

Zeitschrift: Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern
Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern
Band: 8 (1838)

Rubrik: Gesetze, Dekrete und Verordnungen des Kantons Bern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

D e k r e t ,
über
die Leibgedinge und außerordentlichen Unterstützungen
der Primarschullehrer.

(Nachtrag vom Jahr 1837.)

Der Große Rath der Republik Bern,

In der Absicht die Dekrete vom 25. Februar 1833 5. Dezember
und vom 21. Februar 1835, betreffend die Leibgedinge und außerordentlichen Unterstützungen der Primarschullehrer zu vereinigen, und die Vollziehung derselben zu erleichtern, 1837.

auf den Vortrag des Erziehungsdepartements und
nach geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath,
beschließt:

1. Der Staat entrichtet Unterstützungen an alte, gebrechliche, im Schuldienste untauglich gewordene oder durch außerordentliche Unglücksfälle bedrängte Lehrer öffentlicher Primarschulen. Hierzu wird jährlich dem Erziehungsdepartement ein Kredit von Fr. 6000 eröffnet.

2. Von obiger Summe sollen Fr. 4000 auf fixe Leibgedinge und Fr. 2000 auf außerordentliche Unterstützungen, in beiden Fällen von höchstens Fr. 100 verwendet werden.

5. Dezember 1837. Jene werden nach dem Altersrange, diese nach freier Wahl vergeben.

3. Die Primarschullehrer, welche auf fixe Leibgedinge Anspruch machen wollen, haben dem Erziehungsdepartement folgende Schriften einzusenden:

- 1) Den Tauffchein;
- 2) die Bescheinigung von Sittlichkeit und eines zwanzigjährigen im Kanton als Lehrer einer öffentlichen Primarschule mit Treue, Fleiß und nach Kräften versehenen Schuldienstes;
- 3) ein Zeugniß der Lokalschulbehörden, daß der Bewerber sich im Falle des §. 1 befinde.

4. Die Anschreibung für fixe Leibgedinge steht das ganze Jahr hindurch offen. Der Bewerber wird auf geschehene Anmeldung, sobald die eingesandten Zeugnisse den Forderungen des §. 3 entsprechen, nach seinem Altersrange in das hiefür aufgestellte Verzeichniß eingetragen.

5. Das erledigte Leibgeding wird vom Erziehungsdepartement dem ältesten Bewerber auf Lebenszeit zugesprochen. Bei gleichem Datum der Geburt entscheidet das Erziehungsdepartement.

6. Sobald einem Primarschullehrer ein festes Leibgeding zugesprochen ist, soll die Schullehrerstelle, welche er bis dahin versehen hat, ausgeschrieben werden.

7. Die Wittwe oder die Kinder des Inhabers eines Leibgedings genießen dasselbe noch während des laufenden Quartals des Todestages und des darauf folgenden Vierteljahrs.

8. Die außerordentlichen Unterstützungen sind bestimmt für die an öffentlichen Primarschulen angestellten Lehrer, welche

- a. von außerordentlichen Unglücksfällen betroffen worden,

- b. ohne eigenes Verschulden in die Unfähigkeit versetzt 5. Dezember
sind, ihrem Amte gehörig vorzustehen. 1837.

Das Erziehungsdepartement ertheilt diese außerordentlichen Unterstützungen und bestimmt sowohl die Dauer derselben als den Betrag der Unterstützungssummen.

9. Die Leibgedinge und diejenigen außerordentlichen Unterstützungen, welche auf längere Dauer ertheilt worden sind, werden den Betreffenden vierteljährlich durch die Amtsschaffner entrichtet, und von der Standesbuchhalterei gehörigen Ortes verrechnet.

10. Dieses Dekret, durch welches die Dekrete vom 25. Februar 1833 und vom 21. Februar 1835 aufgehoben werden, tritt vom 1. Januar 1838 an in Kraft.

Das Erziehungsdepartement ist mit dessen Vollziehung beauftragt.

11. Dasselbe soll in beiden Sprachen gedruckt und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,
Bern, den 5. Dezember 1837.

Der Landammann,
Zillier.

Der Staatschreiber,
F. May.

K r e i s s c h r e i b e n

des

Regierungsrathes an sämtliche Regierungsstatthalter,
in Betreff der Eheverkündigungen, welche einer Bewilligung bedürfen.

Zit.

5. Januar
1838.

Von Unserer Polizeisektion sind Wir darauf aufmerksam gemacht worden, daß viele Geistliche sich erlauben, Ehen solcher Personen zu verkündigen, welche zu ihrer Verheirathung nach den vorhandenen Gesetzen einer Heirathsbewilligung bedürfen.

Der §. 50 des Fremdengesetzes vom 21. Dezember 1816 macht es nämlich jedem Kantonsfremden, der sich in hierseitiger Böttmässigkeit es sei mit einer Kantonsangehörigen oder einer Fremden verehelichen, oder auch nur seine Ehe verkündigen lassen will, zum Beding, sich zuvor bei dem Regierungsrath um eine Heirathsbewilligung anzumelden.

Durch den §. 58 des nämlichen Gesetzes wird jeder Pfarrer oder andere Geistliche, der gegen obige Vorschrift die Ehe eines Kantonsfremden von der Kanzel verkündigen würde, mit einer Geldbuße, die bis auf Fr. 100 ansteigen kann, und je nach den Umständen mit der Einstellung bedroht und für die Folgen der ungesetzlichen Ehe verantwortlich gemacht.

Es schreibt ferner die Satzung 52 des Personenrechts ausdrücklich vor, daß der Pfarrer sich jedesmal, bevor er die Verkündigung einer Ehe annimmt, soll bescheinigen

lassen, daß der Bräutigam, wenn er ein Fremder ist, 5. Januar
die erforderliche Bewilligung erhalten habe. 1838.

Wenn nun auch nicht immer nachtheilige Folgen daraus erwachsen, daß die Ehe eines Fremden vorläufig verkündet wird, so bald er Behufs der Kopulation im Besiz der nöthigen Heirathsbewilligung sich befindet, so liegt es hingegen im Interesse einer geordneten Staatsverwaltung, daß die bestehenden Gesetze streng und gleichmäßig befolget werden.

Sie erhalten demnach den Auftrag, sämmtlichen Geistlichen Ihres Bezirkes durch Zusendung einer Abschrift dieses Cirkulars, die angeführten Gesetzesbestimmungen über die Verkündigung von Ehen, welche einer Bewilligung bedürfen, in Erinnerung zu bringen und denselben die genaue Beachtung derselben anzuempfehlen.

Bern, den 5. Februar 1838.

Der Schultheiß,
Tscharner.

Der zweite Rathsschreiber,
M. v. Stürler.

Freizügigkeitsvertrag

zwischen

dem Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin, und der
schweizerischen Eidgenossenschaft.

Eidgenössische Erklärung.

5. Februar
1838.

Der eidgenössische Vorort ist, Namens der schweizerischen Eidgenossenschaft, mit der großherzoglich mecklenburg-schwerinischen Staatsregierung in Hinsicht einer wechselseitigen allgemeinen Freizügigkeit über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin oder umgekehrt aus dem Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin in die schweizerische Eidgenossenschaft gehenden Vermögen unter was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen eingeführt sind oder allenfalls noch eingeführt werden könnten und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen, ohne Rücksicht auf Vermögensexportation entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatskassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden, und es sollen daher auch alle Privatberechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten aufgehoben sein.

5. Februar
1838.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblick an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene, aber noch nicht exportirte, Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

6. Gegenwärtige im Namen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der großherzoglich mecklenburg-schwerinischen Staatsregierung zweimal gleichlautend ausgefertigte Konvention soll, nach erhaltener Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Luzern, den vierzehnten Heumonats eintausend acht-hundert sieben und dreißig.

Schultheiß und Staatsrath des Kantons Luzern,
als eidgenössischer Vorort,

in deren Namen,

Der Schultheiß,

(L. S.)

J. R. Amrhyn.

Der eidgenössische Kanzler,

Am Rhyn.

Für getreue Abschrift,

der eidgenössische Kanzler,

Am Rhyn.

E r k l ä r u n g
der großherzoglich mecklenburg-schwerinischen
Regierung.

5. Februar
1838.

Die großherzoglich mecklenburg-schwerinische Regierung ist mit dem eidgenössischen Vorort, Namens der schweizerischen Eidgenossenschaft, in Hinsicht einer wechselseitigen allgemeinen Freizügigkeit über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus dem Großherzogthume Mecklenburg-Schwerin in die schweizerische Eidgenossenschaft, oder umgekehrt aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin gehenden Vermögen unter was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein, ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen eingeführt sind, oder allenfalls noch eingeführt werden könnten und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen, ohne Rücksicht auf Vermögensexportation entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatskasse geflossen, oder sonst von Standesherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden,

und es sollen daher auch alle Privatberechtigungen zu 5. Februar
Nachsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten 1838.
aufgehoben sein.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblicke an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene, aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

6. Gegenwärtige Erklärung soll gegen eine gleichlautende, Namens der schweizerischen Eidgenossenschaft ausgefertigte Erklärung ausgetauscht und von dem Zeitpunkte an, wo diese Auswechslung stattgefunden haben wird, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Ländern haben, dann auch öffentlich bekannt gemacht werden.

Schwerin, am 10. Januar 1837.

Großherzoglich mecklenburgisches geheime
Ministerium,

(L. S.) von Plessen.

Für getreue Abschrift,
der eidgenössische Kanzler,
Am Rhyn.

Promulgationsdekret.

Wir Schultheiß und Regierungsrath der
Republik Bern

verordnen:

5. Februar
1838.

Die vorstehenden, unterm 22. Dezember 1837 zu Wien zwischen den beidseitigen diplomatischen Agenten ausgewechselten urkundlichen Erklärungen über die Einführung einer vollkommenen Freizügigkeit zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin, zu denen der Kanton Bern durch seine Ehrengesandtschaft bei der vorjährigen Tagsatzung, vermöge der ihr vom Großen Rathe unterm 9. Mai 1837 ertheilten Instruktion, seinen Beitritt erklärt hat, — sollen von nun an in unserm Kanton in Vollziehung treten und zu Jedermanns Verhalt in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingerückt werden.

Bern, den 5. Februar 1838.

Der Schultheiß,
Ischärner.

Der zweite Rathsschreiber,
M. v. Stürler.

Freizügigkeitsvertrag

zwischen

dem Großherzogthum Oldenburg und der schweizerischen Eidgenossenschaft.

Eidgenössische Erklärung.

Der eidgenössische Vorort ist Namens der schweizerischen Eidgenossenschaft mit der großherzoglich-oldenburgischen Staatsregierung in Hinsicht einer wechselseitigen allgemeinen Freizügigkeit über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

5. Februar
1838.

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Großherzogthum Oldenburg, oder umgekehrt aus dem Großherzogthum Oldenburg in die schweizerische Eidgenossenschaft gehenden Vermögen, unter was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein, ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen eingeführt sind, oder allenfalls eingeführt werden könnten und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen, ohne Rücksicht auf Vermögensexportation, entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

5. Februar
1838.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatskassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden seien, und es sollen daher auch alle Privatberechtigungen zu Nothsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten aufgehoben sein.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblick an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene, aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

6. Gegenwärtige, im Namen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der großherzoglich-oldenburgischen Staatsregierung zweimal gleichlautend ausgefertigte Konvention soll, nach erfolgter Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Luzern, den vierzehnten Heumonats eintausend acht-hundert sieben und dreißig.

Schultheiß und Staatsrath des Kantons Luzern,
als eidgenössischer Vorort,

in deren Namen,

Der Schultheiß,

(L. S.)

J. R. Amrhyn.

Der eidgenössische Kanzler,

Am Rhyn.

Für getreue Abschrift,

der eidgenössische Kanzler,

Am Rhyn.

E r k l ä r u n g

des großherzoglich-oldenburgischen Staats- und Kabinetministeriums.

Mit höchster Genehmigung Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs ist das großherzoglich-oldenburgische Staats- und Kabinetministerium mit dem hohen eidgenössischen Vorort Namens der schweizerischen Eidgenossenschaft in Hinsicht einer wechselseitigen allgemeinen Freizügigkeit über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

5. Februar
1838.

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus dem Großherzogthum Oldenburg in die schweizerische Eidgenossenschaft, oder umgekehrt aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Großherzogthum Oldenburg gehenden Vermögen, unter was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein, ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen eingeführt sind, oder allenfalls eingeführt werden könnten, und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen, ohne Rücksicht auf Vermögensexportationen, entrichtet werden müssen sind hierdurch nicht aufgehoben.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die

5. Februar 1838. Staatskassen geflossen, oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden seien, und es sollen daher auch alle Privatberechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten aufgehoben sein.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalles oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblick an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene, aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

6. Gegenwärtige, im Namen der großherzoglich-oldenburgischen Staatsregierung und der schweizerischen Eidgenossenschaft zweimal gleichlautend ausgefertigte Konvention soll, nach erfolgter Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben, und öffentlich bekannt gemacht werden.

Oldenburg, den 27. Januar 1837.

Großherzoglich-oldenburgisches Staats- und
Kabinettsministerium,

(L. S.)

von Berg.

Für getreue Abschrift,
der eidgenössische Kanzler,
Am Nhn.

Promulgationsdekret.

Wir Schultheiß und Regierungsrath der
Republik Bern

verordnen:

Die vorstehenden zwischen den beidseitigen diploma- 5. Februar
tischen Agenten am 22. Dezember 1837 zu Wien aus- 1838.
gewechselten Erklärungen über die Einführung einer
vollkommenen Freizügigkeit zwischen der schweizerischen
Eidgenossenschaft und dem Großherzogthum Oldenburg,
zu denen der Kanton Bern durch seine Ehrengesandtschaft
bei der vorjährigen Tagsatzung, vermöge der ihr vom
Großen Rathe unterm 9. Mai 1837 erteilten Instruk-
tion, beigetreten ist, sollen von nun an in unserm
Kanton in Vollziehung treten und zu Jedermanns Ver-
halt in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingerückt
werden.

Bern, den 5. Februar 1838.

Der Schultheiß,
E. Scharner.

Der zweite Rathsschreiber,
M. v. Stürler.

D e f r e t

über

Aufstellung von zwei Grundsteuereinnehmern im Amtsbezirk Freibergen.

Der Regierungsrath der Republik Bern,
 17. Februar 1838. In Betrachtung, daß der Amtsbezirk Freibergen der einzige im Jura ist, für den bisher bloß ein Grundsteuereinnnehmer aufgestellt war, und daß einerseits die Ausdehnung dieses Amtsbezirks und die Entlegenheit der Ortschaften von einander im Interesse des Dienstes zwei Beamte dafür wünschenswerth machen, anderseits dann die Provision des bisherigen Beamten hinreichend ist, um eine billige Entschädigung für zwei Beamte zu bilden,

beschließt:

1. Vom 1. Januar 1838 an sind für den Amtsbezirk Freibergen zwei Grundsteuereinnnehmer aufgestellt.

2. Die eine dieser Stellen begreift folgende Gemeinden in sich:

Saignelégier.	Les Enfers.	Epauviliers.
Bémont.	Montfavargier.	Epiquerez.
Montfaucon.	St-Brais.	Soubey.

3. Die zweite Stelle dann umfaßt folgende Gemeinden:

Muriaux.	Peuchapatte.	Goumois.
Noirmont.	Breuleux.	Les Pommerats.
Les Bois.	Lachaux.	

4. Das Finanzdepartement wird mit der Vollziehung dieses Dekrets beauftragt, das in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden soll. 17. Februar 1838.

Geben in Bern, den 17. Februar 1838.

Der Schultheiß,
Tscharner.

Der erste Rathsschreiber,
J. F. Stapfer.

K r e i s s c h r e i b e n

an

alle Regierungsstatthalter über die Ausstellung der
Heimathscheine.

Durch verschiedene Einfragen aufmerksam gemacht, 21. Februar 1838.
daß in der Ertheilung von Heimathscheinen ein ungleiches Verfahren beobachtet werde, und daß einige Gemeindsbehörden im Zweifel stehen, ob ihnen die Befugniß der Ausstellung von Heimathscheinen an ihre Angehörigen zukomme, haben Wir auf angehörten Vortrag der Polizeisektion, und in Betrachtung, daß dieser Gegenstand zunächst das Interesse der betreffenden Gemeinden berührt, beschlossen: es solle dem Ermessen der Bürgergemeindräthe überlassen sein, die Ausstellung der Heimathscheine für ihre Angehörigen entweder selbst zu besorgen und dafür die bisher ausgesetzte Gebühr zu beziehen, oder aber dieses Pensum dem Pfarramt der Kirchgemeinde zu übertragen.

21. Februar 1838. Sie werden demnach angewiesen sowohl den Pfarrherren Ihres Amtsbezirks als den Bürgergemeindevräthen desselben durch Mittheilung des gegenwärtigen Circulars (von welchem eine angemessene Anzahl Exemplare beigelegt wird) von diesem Beschluß Kenntniß zu geben und bei diesem Anlaß den Leßtern gleichzeitig das Kreisschreiben des Justizrathes vom 26. Juni 1831 in Erinnerung zu bringen, welches ausdrücklich vorschreibt, daß in jeder Bürgergemeinde ein Register über die ausgestellten Heirathscheine geführt werden solle.

Geben in Bern, den 21. Hornung 1838.

Der Schultheiß,

Tscharner.

Der erste Rathsschreiber,

J. F. Stapfer.

Staats-Budget
 der
 Republik Bern für das Jahr 1838.

Einnahmen.

I. Aktivrestanz früherer Jahre.

	Fr.	Fr.	Fr.
Als zur Verwendung disponible Summe wird hier ange setzt, die als Ueberschuß des Einnehmens gegen die Ausgaben nach der Standesrechnung pro 1835 sich er zeigende Vermehrung des Staatsvermögens von			294185

II. Eigenthümliche Einkünfte.

A. Von Staatsdomainen.

1. Von den Waldungen:

Erlös von zu verkaufendem Holz und Lohrinde, von Holzrecht abgaben, Lehen zinsen, Holzausfuhrgebühren u. s. w. 188221

Ueber diese Summe aus liefern noch die Staatswaldungen zum Dienst und Bedarf der Staatsverwaltung in Natur nach mäßigem Preisanschlag:

a. Für Beheizung der oberamtlichen Audienzlokalien . . . Fr. 1300

b. Brenn- und Nutzholz an Pächter von Staatsdomainen . . . „ 3600

Uebertrag Fr. 4900 188221

E i n n e h m e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	Fr. 4900	188221	
c. Brennholz zu Pfarrholz= pensionen	„ 7400		
d. Zu Bannwartenbesoldun= gen	Fr. 400		
e. An Armenholz u. Steuern bis auf eine Summe von . . .	„ 30000		
		<u>42300</u>	
Roh-Ertrag der Waldungen		230521	
Abzug der Ausgaben:			
Besoldungen: des Forstmeisters (fällt weg wegen einstweiliger Nichtbe= setzung der Stelle).			
der sechs Oberförster	Fr. 7800		
des Forstsekretärs	„ 1200		
fünf Unterförster, 9 Ge= meindsförster, 2 In= spektoren, 1 Adjunkt und 2 alte Unterförster im Jura	„ 10640		
für Unterförster im alten Kanton	„ 2500		
sämmtliche Bannwarte (nebst Fr. 400 in Natur) . . .	„ 13600		
	<u>Fr. 35740</u>		
Reisekosten der Forstbeamten	„ 6000		
Holzaufkrüstkosten, Kulturen, Marchun= gen, Kantonnements, Grundsteuer, Bureau= kosten, Unvorhergese= henes	„ 44162		
		<u>85902</u>	
		144619	
Uebertrag	Fr. .	<u>144619</u>	

E i n n e h m e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	144619	
2. Von Pachtzinsen und Ertrag der übrigen Liegenschaften:			
a. Von den Schloßgütern und übrigen obrigkeitlichen Liegenschaften und Gebäuden, nach den bestehenden Pachtverträgen und nach Durchschnitten	95631		
b. Von den Pfarrgütern, nach den dahierigen Etats	36665		
	<u>132296</u>		
Abzug der Administrationskosten:			
a. Bearbeitung der Domainen, Neben u. s. w., Verpachtungs- und Aufsichtskosten	Fr. 3500		
b. Brenn- und Nutzholz für die Staatsdomainen und für Pächter derselben	„ 3600		
	<u>7100</u>		
		<u>125196</u>	
			269815
B. Von Lehengefällen und Zehnten.			
1. Von Primizen und Gemeindsbeiträgen für die Geistlichkeit		7787	
2. Von Bodenzinsen, nach Abzug der durch das Gesetz vom 22. Dezember 1832 bestimmten Prozente		100900	
3. Von Ehrschätzen		3000	
4. Von Zehnten: berechnet nach dem Durchschnittsertrag der letzten vier Jahre, und mit den durch das Gesetz vom 22. Dezember 1832 bewilligten Abzügen		184000	
		<u>295687</u>	
Uebertrag Fr.	.	.	565502

E i n n e h m e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	.	565502
C. Grundsteuer im Leberberg: nach dem Dekret vom 29. Dezember 1819	.	160171	
Als Bezugs- und Verwaltungskosten werden hier abgezogen:			
a. Für Besoldung des Grundsteuerdirektors, nach dem Dekret vom 6. Mai 1835	1400		
Für dessen Büreaufkosten und Gehülfen, Reisen, Druckkosten u. s. w.	1200		
b. Für Besoldung der sieben Grundsteueraufseher	2560		
c. Für Besoldung des Ingenieur-Verifikateur des Kadasters	400		
	<hr/>	5560	
Reiner Ertrag der Grundsteuer, mit Inbegriff desjenigen, was der Staat selbst von seinen Liegenschaften und Waldungen beiträgt	.	<hr/>	154611
D. Fischereizinse: nach den bestehenden Pachtverträgen	.	.	2500
E. Jagdpatente: nach dem Ertrag der letzten Jahre	.	.	11000
F. Kapitalzinse:			
1. Ausländischer Zinsrodel: von dem im Ausland angelegten Kapital wird der Zinsertrag, nach Abzug von Fr. 2200 für Bezugskosten, abwerfen circa	356100		
2. Inländischer Zinsrodel:			
Von Fr. 525887 zu 4 Prozent,			
Fr. 2250 zu 3½ Prozent, Fr. 97764			
Uebertrag Fr.	.	<hr/>	733613

E i n n e h m e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	356100	733613
zu 3 Prozent, Fr. 71250 zu 1 Prozent, und Fr. 28713 ohne Zins angelegten Kapitalien, nach Abzug von Fr. 800 Verwaltungskosten	.	24225	
3. Von der Salzhandlung: Zins des darin liegenden fixen Kapitals von Fr. 600000 zu 4 Prozent	.	24000	
4. Von der Pulverhandlung: Zins des darin liegenden Kapitals von circa Fr. 96000 zu 4 Prozent	.	3840	
5. Von der Kantonalbank: Jahrzins zu 4 Prozent von einem Kapital von Fr. 1200000	48000		
Zins auf Fr. 151696 in zirkulirenden Bankscheinen	6068		
Gewinn auf circa Fr. 300000 Depositengeldern zu 1 Prozent	3000		
Muthmaßlicher Gewinn auf dem Wechselkonto	3932		
	<u>61000</u>		
Nach Abzug der Verwaltungskosten:			
Besoldung des Direktors Fr. 3000;			
des Kassiers Fr. 2000	Fr. 5000		
Der Angestellten; Sekretär,			
Commis, Kopisten, Abwart „	3700		
Büreaufkosten, Bücher,			
Druckkosten u. s. w. „	1800		
	<u>10500</u>		
		<u>50500</u>	
			<u>458665</u>
Uebertrag Fr.	.	.	1192278

E i n n e h m e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	.	1192278
G. Lösung von verkauften Effekten	.	.	1000
H. Erstattungen von Gefangenschafts- und Judizialkosten, von Vorschüssen u. s. w.	.	.	8000
Summe von eigenthümlichen Einkünften			<u>1201278</u>

III. Regalien.

A. Salzhandlung.

Von einem Verkauf von circa Centner 135000 Salz zu $7\frac{1}{2}$ Rappen das Pfund

1012500

Abzüge:

- a. Zins zu 4 Prozent von dem in der Handlung liegenden Kapital von Fr. 600000 (hievon bei den Kapitalzinsen) 24000
- b. Ankauf von circa Centner 135000 Schweizer-, französisches und deutsches Salz 498715
- c. Sämmlliche Besoldungen, Provisionen und Kosten der Centralverwaltung 30760
 Darunter: Verwalter mit Fr. 2000; zwei Commis mit Fr. 1500 und Fr. 1000; die acht Faktoren mit Fr. 200 und Ein- und Ausgangsprovisionen.
- d. Fuhrslöhne in die Magazine und von da in's Innere und in die Bütten 80000

Uebertrag Fr. 633475 1012500

E i n n e h m e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	633475	1012500	
e. Auswägerlöhne zu 5 Prozent von der Verkaufssumme von Fr. 1012500	50625		
f. Vergütung an die Auswäger für Baarzahlung	6400		
		690500	
			322000
B. Pulverhandlung. Gewinn über den hievor angesetzten Kapitalzins aus			8000
C. Postverwaltung. Reiner Ertrag derselben, muthmaßlich			180000
Unter den als Ausgaben in Abzug gebrachten Besoldungen befinden sich: der Postdirektor für Besoldung, nebst freier Wohnung Fr. 2000; der Sekretär mit Fr. 1200; ferner nebst Fr. 15000 für Materialanschaffungen: Fr. 16000 für neue Fußbotendienste.			
D. Bergwerke.			
Einnehmen: von Bergzehnten, Grubenlosung, Bergwerksabgaben, Torfstecherei	3630		
vom Dachschieferverkauf	13970		
		17600	
Ausgeben: für Aufsichts- und Ausbeutungskosten	1665		
für den im Laufe des Jahrs muthmaßlich anzustellenden Bergbauinspektoren: für dessen Besoldung und Reisekosten circa	1000		
Uebertrag Fr.	2665	17600	510000

E i n n e h m e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	2665	17600	510000
für die Schieferanstalt: Besoldung des Kassiers Fr. 700; Fuhr- und Schiff-löhne, Fabrikations- und Bureaukosten	12235		
	<u>14900</u>		
		<u>2700</u>	
E. Zölle, Straßen-, Brücken- und Lizenzgelder, brutto		200000	
Abzüge: Besoldung des Zollsekretärs Fr. 1200; und der übrigen Zollbeamten	33900		
Kosten der Zollstätte, Kaufhäuser, Vergütungen, Bureaukosten	7500		
	<u>41400</u>		
		<u>158600</u>	
Summe von Staatsregalien			<u>671300</u>

IV. Staatsabgaben.

A. Kanzleiemolumente			12000
Nota. Die bisher mit circa Fr. 6000 unter dieser Rubrik erschienenen Gebühren für Gewerbskonzessionen und Patente erscheinen hienach unter litt. D.			
B. Stempeltaxe: Einnahme, brutto		73370	
Auslagen: Ankauf von Papier, Werkzeug, Löhnung der Arbeiter	6870		
Besoldung des Direktors Fr. 1200, Provisionen der Unterverkäufer, Bureaukosten	5100		
	<u>11970</u>		
		<u>61400</u>	
Uebertrag Fr.			<u>61400</u>

E i n n e h m e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	.	61400
C. Ohmgeld: brutto, ungefähr	.	330000	
Abzüge: Besoldung des Ohmgeld- und Zollverwalters	2000		
Besoldung des Ohmgeldsekretärs	1200		
„ der Ohmgeldinspektoren	7740		
Büreaufkosten, Kopistenlöhne, Druck- sachen, Reisen	2160		
		<u>13100</u>	
			316900
D. Wirthschaftsabgaben und Ge- werbspatente, nach ihrem Ertrag im Jahre 1837 circa	.	.	93650
E. Militärdispensationsgebühren: durchschnittlich ungefähr	.	.	6700
F. Gerichtsgebühren	.	.	13800
G. Handänderungsgebühren	.	.	61000
H. Bußen und Konfiskationen	.	.	7000
Summe von Staatsabgaben	.	.	<u>572450</u>

Zusammenzug des Einnehmens.

I. Aktivrestanz früherer Jahre	.	.	294185
II. Eigenthümliche Einkünfte	.	.	1201278
III. Regalien	.	.	671300
IV. Staatsabgaben	.	.	<u>572450</u>
Summe muthmaßlichen Einnehmens	Fr.		<u>2739213</u>

Ausgaben.

I. Beiträge zur eidgenössischen Bundeskassa.

	Fr.	Fr.
1. Laut Beschluß der hohen Tagsatzung vom 9. September 1837 sollen die eidgenössischen Stände für das Rechnungsjahr 1838 an die eidgenössische Centralkassa $\frac{1}{7}$ des Geldkontingents bezahlen; für den Stand Bern beträgt dieser $\frac{1}{7}$		14868
2. Ferner wird der Stand Bern zu bezahlen haben: seinen kontingentmäßigen Antheil zu den gewöhnlichen Centralmilitärausgaben von circa Fr. 20000 mit		4000
Summe für Beiträge zur eidg. Bundeskassa		<u>18868</u>

II. Der Große Rath.

A. Der Landammann: nach dem Beschluß des Großen Rathes vom 29. März 1833	2000
B. Entschädigungen und Reisegelder: mit Inbegriff derjenigen für die Sechszehner und Departementalmitglieder	22000
Summe für den Großen Rath	<u>24000</u>

III. Verwaltungsbehörden.

A. Regierungsrath.

1. Gehalte: des HgHrn. Schultheißens	5000
der 16 Regierungsräthe zu Fr. 3000	48000
Uebertrag Fr.	<u>53000</u>

Ausgeben.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	53000	
Zulagen: zu Fr. 200 an die Herren Präsidenten der Departemente, mit Ausnahme des diplomatischen Depar- tements, und mit Inbegriff der zwei Zulagen im Justizdepartement, für die getrennten Sektionen des Justiz- und Polizeifaches, und an das die Stelle des Centralpolizeidirektors versehende Mitglied des Regierungsrathes, 8 Zu- lagen	1600	54600
2. Kredit des Regierungsrathes: zu außerordentlichen Unterstützungen und Steuern an Gemeinden und Partiku- laren, Aufmunterungen von gemein- nützigen Unternehmungen etc.	30000
3. Sechszehnerkollegium: für die an das- selbe, dessen Kanzleibeamte und die Ammänner auszutheilenden Sechszeh- nerpfennige, für 38 Stück zu Fr. 13, in runder Summe hier	500
4. Staatskanzlei:			
a. Besoldungen: Staatschreiber mit freier Wohnung	2400		
zwei Rathsschreiber zu Fr. 2400 und Fr. 1600	4000		
zwei französische Sekretärs und Ueber- setzer zu Fr. 2000 und Fr. 1500	3500		
zwei Substituten zu Fr. 1200 und Fr. 1000	2200		
Uebertrag Fr.	12100	.	85100

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	12100	.	85100
Archivar und Registrator	1200		
Konzipient der Großrathsverhandlungen	1600		
	<u> </u>	14900	
b. Kopistenlöhne, Druckkosten, Einbände, Schreib- und Büreaumaterialien	18700	
c. Uebersetzung der Gesetze und Dekrete und Druck derselben	2000	
		<u> </u>	35600
5. Gesandtschafts-, Deputations- und Reisekosten	4000
6. Ammänner, Standesweibel und Ab- wart: zwei Ammänner zu Fr. 1000; vier Standesweibel und zwei Kanz- leiläufer zu Fr. 600	5600	
Amtskleidungsvergütung an die Stan- desweibel und Kanzleiläufer, laut Be- schluß des Regierungsraths vom 18. Oktober 1832, zu Fr. 40	240	
		<u> </u>	5840
7. Bedienung und Unterhalt des Rath- hauses	2500
Summe für den Regierungsrath	.	.	<u>133040</u>

**B. Verwaltungskosten auf den
Ämtern.**

**1. Regierungsstatthalter und Amtsver-
weser:**

a. Besoldungen:

I. Klasse.	1 zu Fr.	3000	.	.	3000
II. „	6 zu „	2400	.	.	14400
				<u> </u>	
	Uebertrag Fr.	17400			

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	17400		
III. Klasse. 6 zu Fr. 2000 . . .	12000		
IV. „ 13 zu „ 1600 . . .	20800		
V. „ 2 zu „ 1200 . . .	2400		
	<hr/>	52600	
b. Zulagen an Amtsverweser: an die Amtsverweser von Neuenstadt und Lauffen, infolg Dekrets vom 6. Mai 1833 zu Fr. 400		800	
c. Kanzleikosten: muthmaßlich		4000	
d. Beholzungskosten: Beheizung der Au- dienz- und Wartzimmer der Regie- rungsstatthalter und Amtsgerichte für circa 325 Klafter Holz zu Fr. 4 . . .	1300		
für Fuhr- und Aufrüstlohn circa . . .	1200		
	<hr/>	2500	
e. Miethzinse für Audienzlokalien: zu Oberhasle, Sanen, Biel		275	
		<hr/>	60175
2. Amtsschreiber:			
Für Abschlagszahlungen, in Erwar- tung der definitiven Bestimmung ihrer Entschädigungen auf bisherigem Fuße:			
a. An die Amtsschreiber des alten Kan- tons, mit Courtelary, Münster und Biel	11750		
b. An die Amts- und Amtsgerichtschrei- ber von Pruntrut, Delsberg und Freibergen	6940		
	<hr/>	18690	
c. Miethzinse für Kanzleilokalien: an die Amtsschreiber von Seftigen, Ober-			
Uebertrag Fr.		18690	60175

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	18690	60175
basle, Genen, Obersimmenthal und			
Biel	365	
		<u> </u>	19055

3. Unterstatthalter:

Nach dem Dekret vom 12. Mai 1834 erhalten dieselben im ganzen Kanton eine Besoldung nach der Bevölkerung ihrer Bezirke, und zwar für die ersten 500 Seelen Fr. 50 als Minimum und für jedes 100 Seelen mehr Fr. 5 bis auf ein Maximum von Fr. 600. Es erfordern demnach die 198 Unterstatthalter nach den §§. 3 und 6 des erwähnten Dekrets eine Besoldungssumme, laut Etat, von

23805

4. Amtsweibel. Besoldungen:

I. Klasse.	1 zu	Fr. 160	160
II. „	6 zu	„ 112	672
III. „	6 zu	„ 96	576
IV. „	13 zu	„ 80	1040
V. „	2 zu	„ 64	128
VI. „	2 zu	„ 50	100
						<u> </u>	2676

Summe für Verwaltungskosten auf den Aemtern 105711

C. Diplomatisches Departement.

1. Für Kanzleikosten und Unvorhergesehenes

1000

Uebertrag Fr.

1000

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	.	1000
2. Amtsblatt:			
a. Deutsches: Einnahme, circa . . .	29050		
Kosten, mit Inbegriff der Besoldung des Direktors von Fr. 1000 . . .	26900		
Reiner Ertrag	—	2150	
b. Französisches: Kosten dafür, ohne Ab- zug der Einnahmen, welche laut Afford dem Unternehmer überlassen werden . . .		3150	
		—	1000
Summe für das diplomatische Departement . . .			2000

D. Departement des Innern.

1. Kanzleikosten:

a. Besoldungen: des ersten Sekretärs . . .	1600		
„ zweiten „ . . .	1200		
„ dritten „ . . .	1000		
	—	3800	
b. Büreaukosten: Kopistenlöhne, Druck- kosten, Schreib- und Büreaumaterial . . .		6000	
		—	9800

2. Armenwesen:

a. Direkte Armenunterstützungen: eigent- liche Verpflegungen, Kostgelder, Pen- sionen, Steuern, poliklinische Anstalt	13650		
Steuern und Bewilligungen in Holz aus den Staatswaldungen . . .	30000		
Zuschuß für Einrichtung einer Armen- anstalt zu Pruntrut: für 1838 von den vom Großen Rath hiefür zu ver- langenden Fr. 10000, die Hälfte . . .	5000		
	—	48650	
Uebertrag Fr. . .		48650	9800

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	48650	9800
b. Landsaßen :			
Besoldung des Almosners . . .	1200		
Unterstützungen, Verpflegungen, Kost- gelder u. s. w.	22900		
Einbürgerung von Landsaßen . . .	2000		
Für die Landsaßenerziehungsanstalten :			
zu Rüeggisberg für Mädchen, auf 40 Zöglinge berechnet	5000		
zu Köniz für Knaben, auf 40 Zög- linge berechnet	5000		
	<u>36100</u>		
c. Für Pfründen und Spenden aus Klo- sterschaffnereien		32800	
d. Fixe Steuern an Gemeinden und Ur- mengüter :			
1) Im Kanton: an verschiedene Ge- meinden und Korporationen . . .	6500		
2) Außer dem Kanton: Unterstützung der Waldenser	300		
	<u>6800</u>		
		<u>124350</u>	
3. Pensionen :			
a. Civileibgedinge: im alten Kanton an 7 Pensionirte	2640		
im Leberberg an 4 Pensionirte . .	1169		
	<u>3809</u>		
b. Militärpensionen: im alten Kanton, an Nachgelassene von Umgekommenen, und an Verwundete aus den Feldzö- gen von 1798 bis 1815; an verschie-			
Uebertrag Fr.	.	3809	134150

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	3809	134150
dene ausgediente Militärs und ehemalige Schweizergarde-Soldaten	7206		
Im Leberberg, an 75 Pensionirte	10081		
	<u>17287</u>		
		<u>21096</u>	
4. Sanitätsanstalten:			
a. Ordentlicher Kredit: für die Impfanstalten	2500		
Für wissenschaftliche Arbeiten, Medizinalordnung und Pharmacopöe	2100		
Für Vorkehren gegen ansteckende Krankheiten, Unterstützungen etc.	1700		
Besoldung des Sekretärs des Sanitätskollegii =	100		
	<u>6400</u>		
b. Entbindungsanstalten, Hebammenschule	7400		
c. Staatsapothek: Kredit für nachträgliche Einrichtungskosten	1000		
Im übrigen wird sich diese Anstalt, wie erwartet wird, durch eigenen Verdienst erhalten.			
d. Nothfallstuben auf dem Lande; nach dem Beschluß des Großen Raths vom 3. Juli 1835	10000		
e. Spital zu Pruntrut: durchschnittlich	4000		
	<u>28800</u>		
5. Handel und Industrie: für Hebung verschiedener Zweige der Landesindustrie	5500		
	<u>189546</u>		
Uebertrag Fr.	.	.	

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	.	189546
6. Viehzucht:			
a. Pferdezucht: Prämien auf 10 Pferdezeichnungen	4600		
Reise- und übrige Kosten der Pferdezeichnungen	1000		
Prämien an junge Hufschmiede	150		
	<u>5750</u>		
b. Hornviehzucht: Prämien an den 6 ordentlichen Viehschauen	4900		
Reise- und übrige Kosten	850		
	<u>5750</u>		
		<u>11500</u>	
7. Unvorhergesehenes	.	.	3000
Summe für das Departement des Innern	.	.	<u>204046</u>

E. Justizdepartement.

1. Verwaltungs- und Kanzleikosten:			
a. Besoldungen: des ersten Sekretärs	1800		
des Sekretärs der Justizsektion	1200		
des ersten Sekretärs der Polizeisektion	1500		
des laut Beschluß des Regierungsraths vom 7. Juni 1837 einstweilen für 1 Jahr bewilligten zweiten Sekretärs	1000		
	<u>5500</u>		
b. Kredit der Justizsektion für Rechtsgutachten und Rapporte von Rechtsgelehrten		1500	
c. Materiale: Kopistenlöhne, Druckkosten, Schreib- und Büreaumaterial: Für das Departement im Allgemeinen			
Uebertrag Fr.	.	<u>7000</u>	

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	7000	
und die Justizsektion, mit Inbegriff der Büreaufkosten des Staatsanwalts	4200		
Für die Polizeisektion, wie im letzten Jahr	2000		
	<u>6200</u>		
2. Für Arbeiten im Fache der Gesetz- gebung:		<u>13200</u>	
Sitzungsgelder und Reisekosten der Mit- glieder der Gesetzgebungskommission, Redaktionen, Büreaufkosten			6850
3. Departementalkassa: für die Ausgaben des Justiz- und Polizeidepartements in den Amtsbezirken:			
Für Brandanstalten, Schußgelder und Jagdpolizei, vermischte Polizeisachen, Kriminal- und Judizialkosten, Ge- fangenschaftskosten			31600
Nota. Die Erstattungen von Gefangen- schafts- und Judizialkosten sind im Einnahmen angesetzt.			
4. Polizeisektion.			
a. Centralpolizeidirektion:			
Besoldungen: Centralpolizeidirektor, die Zulage an das dieser Stelle vor- stehende Mitglied des Regierungsraths ist hievor angesetzt.			
Aldjunkt des Centralpolizeidi- rektors, mit Fr. 400 Woh- nungsentgeld	Fr. 2000		
Sekretär Fr. 1200; Substi- tut Fr. 1000	„ 2200		
	<u>4200</u>		
Uebertrag Fr.	4200		51650

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	4200	.	51650
Centralpolizeikassa : Gefan- genschaftskosten, Entdeckung und Einbringung von Ver- brechern, allgemeine Sicher- heits-, Personal- und Frem- denpolizei	Fr. 16050		
Kanzleikosten, Unvorhergese- henes zc.	„ 3950		
	<u>20000</u>		
		<u>24200</u>	

Nota. Hieran wird sie zu beziehen haben an Einnahmen ungefähr Fr. 5000, welche hievor im Einnehmen ange-
setzt sind, so daß der Zuschuß aus der Standeskassa sich auf Fr. 19200, mit Inbegriff der Besoldungen, be-
schränkt.

b. Landjägerkorps :

Besoldung des Kommandanten	Fr. 1600		
und Sold für 1 Offizier und 233 Mann, nebst Invalidengehalte, Handgeldern, Prämien	77383		
Einquartirung	14000		
Montirung	18946		
Bewaffnung, ärztliche Versorgung, In- spektionen, Büreaufkosten zc.	2471		
	<u>112800</u>		

c. Stadtpolizeidirektion. Besoldung:

des Direktors	Fr. 1600, Haus-		
zins	Fr. 250	Fr. 1850	
des Sekretärs	Fr. 1000; Sub-		
stitut	Fr. 600	„ 1600	
	<u>3450</u>		
Uebertrag	Fr. 3450	137000	51650

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	3450	137000	51650
Gold, Kleidung und Bewaffnung der 15 Stadtgendarmen	7254		
Kanzleikosten, Befeuerung und Beleuch- tung der Wacht- und Arrestzimmer	1600		
		12304	
<p>Nota. Hieran wird sie an muthmaßlichen Einnahmen circa Fr. 2500 zu bezie- hen haben, welche hievor im Ein- nehmen angeführt und von der obigen Summe bei den Zuschüssen der Stan- deskassa abzurechnen sind.</p>			
d. Einbürgerung der Heimathlosen		4000	
e. Zuchtanstalten:			
Zu Bern: Kosten im Ganzen mit In- begriff der Besoldungen des Direktors Fr. 2000; des Buchhalters Fr. 1600; des Substituten Fr. 600; des Arzts und Wundarzts Fr. 800 u. s. w.	58400		
Abzug: muthmaßlicher Verdienst, Kost- gelder u. s. w.	19000		
	39400		
Zu Pruntrut: Kosten mit In- begriff der Besoldungen des Direktors Fr. 700; der Geist- lichen Fr. 150; des Schul- lehrers Fr. 500	Fr. 11000		
Abzug muthmaßlichen Ein- nehmens an Verdienst u.	5000		
	6000		
		45400	
f. Einführung der neuen Maße und Ge- wichte.			
Uebertrag Fr.		198704	51650

Ausgaben.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	198704	51650
Wirkliche Ausgaben:			
Besoldung des Inspektors für Maß und Gewicht	1000		
Wartgelder der Eichmeister: 1 zu Fr. 800; 5 zu Fr. 400; 1 zu Fr. 200 für ein halbes Jahr	1500		
Kosten für Anschaffung von Probemaßen und Gewichten und der Eichungsgewäthschaften	10000		
		<u>12500</u>	
			<u>211204</u>
5. Unvorhergesehenes: nach den Spezialangaben für beide Sektionen zusammen	.	.	<u>3000</u>
Summe für das Justizdepartement	.	.	<u>265854</u>

F. Finanzdepartement.

1. Kanzleikosten.

a. Sekretariat des Departements:

Besoldungen:

des ersten Sekretärs	Fr. 1600	
„ zweiten „	„ 1000	
	<u>2600</u>	

Büreaufkosten: Kopistenlöhne, Druckkosten, Schreibmaterial, Abwart	3000	
	<u>5600</u>	

b. Buchhalterei und Hauptkassa:

Besoldungen:

Standesbuchhalter	Fr. 2000	
Buchhalterei-substitut	„ 1200	
Standeskassier	„ 1800	
	<u>5000</u>	

Uebertrag Fr.	5000	5600
---------------	------	------

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	5000	5600	
Büreaufkosten: Revisoren, Controleurs, Zahlmeister, Kopisten	Fr. 10000		
Büreaumaterial, Drucksa- chen, Bücher	„ 2250		
Befeuerung, Beleuchtung	„ 300		
Abwart und Unterhalt des Gebäudes	„ 450		
	<u>13000</u>		
		<u>18000</u>	
c. Lehenskommissariat:			
Besoldungen:			
Oberlehenskommissär	Fr. 1600		
Unterlehenskommissär	„ 800		
	<u>2400</u>		
Kopistenlöhne, Druckkosten, Schreib- und Büreaumaterial	3000		
	<u>5400</u>		
d. Zahlmeister der französischen Militär- pensionen		500	
		<u>29500</u>	
2. Gehalte der Amtsschaffner			21300
3. Abgang und Besorgung der Getreid- und Weinvorräthe			2000
4. Vermessungen, Vereinigungen, Marchungen			4250
5. Prozeß- und Betreibungskosten; durch- schnittlich			1250
6. Dominiallasten und Abgaben			2250
7. Kosten der Münzstatt:			
Besoldung des Münzmeisters, mit freier Wohnung		1000	
		<u>1000</u>	
Uebertrag Fr.			60550

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	1000	60550
Unterhalt der Gebäude, Werke, Maschinen, Defen u. s. w.	.	1000	
		<u>2000</u>	
Summe für das Finanzdepartement	.	.	<u>62550</u>

G. Erziehungsdepartement.

1. Kanzleikosten:

a. Besoldungen: des ersten Sekretärs	.	1600	
„ zweiten „	.	1200	
„ Offiziäls	.	300	
		<u>3100</u>	
b. Materiale: Kopistenlöhne, Druckkosten, Schreib- und Büreaumaterial, Reisekosten und Kosten der Prüfungskommission für die Kandidaten zum heiligen Predigtamte	.	7000	
		<u>10100</u>	

2. Besoldung der protestantischen Geistlichkeit:

a. Dotationssumme zu Besoldung der protestantischen Geistlichkeit, nach dem Dekret vom 18. Dezember 1824	.	303000	
b. Seither dazugekommene Vermehrungen, mit Inbegriff der von dem Großen Rathe am 29. November 1837 erkannten neuen Pfarre Sonvilliers und nach Abzug der durch Aufhebung geistlicher Stellen eingetretenen Verminderungen	.	7600	
Betrag der Dotationssumme auf 1. Jenner 1838	.	310600	
Uebertrag Fr.	.	310600	10100

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	310600	10100
c. Zahlungen neben der Dotation: Holz- und Hauszinsvergütungen in Geld	.	2693	
		<u>313293</u>	
Abzug: für muthmaßliche Ersparnisse durch Vacanzen und auf dem Besoldungsüberschußfond	.	1693	
		<u>311600</u>	
d. Holzpensionen in Natur an Pfarrer und Helfer	.	7400	
		<u>319000</u>	
3. Besoldung der katholischen Geistlichkeit:			
a. Beiträge zur Besoldung des Hochw. Herrn Bischofs von Basel, und Gehalte der bernischen Domherren	.	4664	
b. Katholischer Gottesdienst in der Hauptstadt	.	2400	
c. Besoldung der katholischen Geistlichkeit im Leberberg	.	51910	
d. Pensionen an die fürstbischöflichen Capitularen und Beamten	.	8351	
e. Geistlichkeitspensionen im Leberberg	.	3294	
		<u>70619</u>	
4. Verschiedene Lieferungen zum Dienste der Kirche, theils urbarisirt, theils auf alter Uebung beruhend:			
a. Lieferungen an Kommunionbrod und Wein	.	900	
b. Beischüsse an Küsterbesoldungen	.	200	
c. Beischüsse an Kollaturen und äußere Geistliche, mit Inbegriff der Beiträge	.		
Uebertrag Fr.	.	<u>1100</u>	399719

Ausgaben.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	1100	399719
an die reformirten Gemeinden in Luzern, Solothurn und Freiburg	.	4050	
d. Beischüsse an geistliche Korporationen und Kirchengüter	.	150	
		<u>5300</u>	
5. Lehranstalten:			
a. Hochschule:			
Besoldungen	69300		
als: Theologische Fakultät:			
3 ordentliche, 3 außerordentliche Professoren	Fr. 10900		
Juristische Fakultät:			
4 ordentliche, 3 außerordentliche Professoren	„ 14600		
Medizinische Fakultät:			
3 ordentliche, 9 außerordentliche Professoren	„ 18500		
Philosophische Fakultät:			
5 ordentliche, 11 außerordentliche Professoren	„ 23100		
Besoldung des Rektors	„ 200		
Für Honorirung von Dozenten	„ 1800		
Besoldung des Pedells	„ 200		
	<u>Fr. 69300</u>		
Subsidiaranstalten	16872		
als: Bibliotheken	Fr. 2500		
Chemisches und physikalisches Kabinet und Laboratorium	„ 1660		
Poliklinische Anstalt	„ 600		
Uebertrag	Fr. 4760	86172	405019

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	Fr. 4760	86172	405019
Zoologische und botanische Sammlung, Herbarium, Holzsammlung, Baumschule, botanischer Garten	2600		
Sammlung chirurgischer In- strumente	300		
Anatomie und Thierarznei- schule	2712		
Kunstanstalten	500		
Stipendia, Wohnungsent- schädigungen an Pädagogen, Reisegelder, Prämien, Un- terhalt und Verwaltung- kosten	6000		
	<u>Fr. 16872</u>		
		<u>86172</u>	
Abzug muthmaßlicher Einnahmen . .	2520		
Summe für die Hochschule		<u>83652</u>	
b. Höheres Gymnasium:			
Besoldungen: an 12 Lehrer von Fr. 200 bis Fr. 1800	9980		
Abzug muthmaßlicher Einnahmen . .	1100		
		<u>8880</u>	
c. Progymnasium:			
Besoldungen: an 10 Lehrer, den Direk- tor und den Konrektor	13950		
Abzug muthmaßlicher Einnahmen . .	2950		
		<u>11000</u>	
Uebertrag	Fr. .	<u>103532</u>	405019

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	103532	405019
d. Elementarschule:			
Besoldungen der 5 Lehrer	4700		
Abzug muthmaßlicher Einnahmen	3000		
	<u> </u>	1700	
e. Industrieschule:			
Besoldungen an 9 Lehrer	7870		
Abzug muthmaßlicher Einnahmen	800		
	<u> </u>	7070	
f. Subsidiaranstalten für die Gymnasien und Schulen		5780	
g. Kollegien und Sekundarschulen:			
Gewohnte Beischüsse: Gymnasium zu Biel	5025		
Kollegium zu Pruntrut	4725		
Kollegium zu Delsberg	1350		
Sekundarschule in Thun	940		
	<u> </u>	12040	
Beiträge an 15 bestehende Sekundar- schulen	16000		
Für Beiträge an noch zu errichtende Sekundarschulen	12000		
	<u> </u>	40040	
h. Beischüsse an Schulmeisterbesoldungen: theils urbarisirt, theils nach alter Uebung		1340	
i. Primarschulen:			
Verbesserung und Unterstützung der- selben		211300	
als: Leibgedinge und außerordentliche Un- terstützungen an Schullehrer	6000		
Uebertrag Fr.	6000	370762	405019

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	6000	370762	405019
Unterstützungen an Schulen, Schul- lehrer = und Volksbibliotheken, Sän- gervereine &c.	10000		
Mädchen =, Primar = und Arbeits- schulen, Kleinkinderschulen . . .	17000		
Armenerziehungsanstalten . . .	2000		
Zuschüsse an Lehrerbefoldungen . .	150000		
Schulhausbausteuer	20000		
Schulkommissariate	5300		
Belohnungen für besondere Schuldienst- leistungen, Lehrmittel u. s. w. . .	1000		
	<u>211300</u>		
k. Schullehrerbildung :			
Normalanstalt zu Münchenbuchsee . .	29000		
„ im Surra, mit Inbegriff der Fr. 2400 für Mobiliar . . .	12000		
Für Fortbildungs- und Wiederholungs- kurse	6000		
Für Bildung von Primarlehrerinnen . .	3000		
	<u>50000</u>		
l. Taubstummenanstalten :			
Taubstummenanstalt für Knaben, zu Frienisberg	10000		
Anstalt für Bildung taubstummer Mädchen	1500		
	<u>11500</u>		
		<u>432262</u>	
Summe für das Erziehungsdepartement . . .		<u>837281</u>	

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
H. Militärdepartement.			
1. Kanzlei und Verwaltungsbehörden:			
a. Militärkanzlei:			
Besoldungen: des Sekretärs	1600		
des Abwärters, mit Wohnungsent-			
schädniß	480		
	<u>2080</u>		
Büreaufkosten: Kopistenlöhne, Druck-			
kosten, Büreaumaterial	1600		
	<u>3680</u>		
b. Oberstmilizinspektor:			
Besoldungen: des Oberstmilizinspek-			
tors, mit Fouragerationen	4657		
des ersten Sekretärs	1600		
„ zweiten „	1000		
„ Bureauabwarts	365		
	<u>7622</u>		
Materiale: Kopistenlöhne, Druckkosten,			
Büreaumaterial zc.	4000		
	<u>11622</u>		
c. Kriegskommissariat:			
Besoldungen: des Kriegskommissärs	1600		
des Adjunkten	1200		
„ Fourage- und des Holzmagazin-			
auffsehers und Abwärters zu Bk. 10			
täglich	1095		
	<u>3895</u>		
Büreaufkosten	800		
Beforgung des Kleidungsmagazins:			
Aufsicht, Tagelöhne, Effekten	550		
	<u>5245</u>		
Uebertrag Fr.	20547		

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	20547	
d. Zeughausverwaltung:			
Besoldungen: des Zeughausaufsehers			
nebst freier Wohnung	1200		
des Adjunkten	800		
„ Buchhalters Fr. 200, nebst Fr. 250			
Wohnungsentschädigung	450		
	<u>2450</u>		
Büreaufkosten	200		
	<u>2650</u>		
e. Oberfeldarzt: Besoldung desselben	400		
f. Kreisbehörden: den 8 Kreiskomman-			
danten	3500		
den 22 Kreisadjutanten	2875		
„ 153 Instruktooren in den Stamm-			
quartieren	4530		
	<u>10905</u>		
g. Kriegsgerichte: Kosten für dieselben	400		
	<u>34902</u>		
2. Formation, Kleidung und Bewaff-			
nung der Miliztruppen:			
a. Organisations- und Ergänzungsmu-			
sterungen	1200		
b. Kleidung: für 34 Gappeur-, 112 Ar-			
tillerie-, 71 Train-, 28 reitende Jäger-,			
175 Scharffschützen- und 1450 Infan-			
terie-Rekruten	56270		
Zwischmittel, Reparaturen	1780		
	<u>58050</u>		
Uebertrag Fr.	59250	34902	

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	59250	34902
c. Bewaffnung: Scharfschützenarmatur- vergütungen:			
175 Vergütungen zu Fr. 60 nach neuem Reglement, und 40 zu Fr. 30	11700		
Kosten der Stutzerprüfungscommission, Taggelder, Munition etc.	200		
	<hr/>	11900	
d. Rüstung: für 28 Reiter-Pferdeequi- pements		2520	
e. Equipementsentschädigungen an zu Of- fiziers beförderte Unteroffiziere		400	
f. Prämien für Kavalleriepferde		200	
		<hr/>	74270
3. Unterricht der Truppen:			
a. Eidgenössische Militärschule		3500	
b. Theoretische Militärschule: Anschaf- fung von Werken in die Militärbib- liothek		300	
c. Reitschule: Besoldung des Stallmei- sters Fr. 2500, Unterhalt der Reit- schule Fr. 200		2700	
d. Praktische Militärschule:			
1) Besoldung des Instruktionsadjutanten	1200		
2) Besoldung außerordentlicher Instru- ktoren; mit Fechtunterricht	900		
3) Instruktionskorps:			
Sold und Verpflegung nebst			
Fourage für 10 Pferde	Fr. 18000		
Kleidung und Rüstung	„ 2568		
Pferdeankauf, Beschlag und			
medizinische Versorgung etc.	„ 875		
	<hr/>	21443	
Uebertrag Fr.	23543	6500	109172

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	23543	6500	109172
4) Zur Instruktion einzuberufende Truppen:			
Cadetten und Offiziers für die neu zu bildenden Bataillons, 40 Mann	Fr. 7348		
Depot: 32 Mann vom kleinen Stab und Instruktoren, 60 Tambouren u. Trompeter „	2844		
Rekruten: 2280 Mann aller Waffen und Remonte reitender Jäger	„ 72537		
	<u>82729</u>		
5) Kosten für das Berner-Kontingent in das eidgenössische Uebungslager:			
Kavallerie: 1 Kompagnie, 60 Mann, 9 Tage nebst Reitgeld	Fr. 1429		
Infanterie: Bataillons Nr. 2, 3 und 5 vollständig, während 9 Tagen und mit Kompagnien zu 50 Mann, während 7 Tagen	„ 18564		
	<u>19993</u>		
6) Eidgenössische Inspektionen, mit Wiederholungskurs:			
Artillerie: 4 Kompagnien, mit Train, jede 1 Monat nebst Marschtagen	Fr. 11988		
Scharfschützen: 2 Kompagnien, 10 Tage	„ 2070		
Uebertrag	Fr. 14058	126265	6500 109172

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	Fr 14058 126265	6500	109172
Infanterie: Bataillons Nr. 7 und 8, 5 Tage nebst Marsch- tagen „ 14832	28890		
7) Munitionsverbrauch und Pferdemie- then zum Exercieren	8000		
8) Ausbesserung an Waffen, Rüstung, Pferdebeschläg, Pachtzinse	5000		
	<u>168155</u>		
e. Übungsmusterungen: Scharfschützen- munitionsvergütungen	2800		
f. Schießprämien, Steuern und Ehren- gaben an Amtsschützengesellschaften	8000		
	<u>185455</u>		
4. Garnisonsdienst in der Hauptstadt:			
a. Garnisonsmusik: Besoldungen und übrige Kosten	800		
b. Kasernenamt: Besoldungen, Mate- rielles, Feuerung, Licht, Effekten	7933		
c. Wachtposten, Militärgebäude	1000		
d. Gesundheitspflege: Garnisonsspital und Besorgung kranker Pferde	5200		
	<u>14933</u>		
5. Verschiedenartige Militärausgaben, Unvorhergesehenes			4000
6. Zeughaus:			
a. Ordentlicher Unterhalt der Anstalt und Vorräthe	12530		
b. Vermehrung der Vorräthe, neue An- schaffungen:			
Grobes Geschütz: für das Umgießen von 8 Vierpfündergeschützröhren	2000		
Uebertrag	Fr. 2000	12530	313560

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	2000	12530	313560
Fuhrwesen: für 4 Vierpfünderlaffeten und 2 Rüstwagen	2400		
Waffen: für 917 Säbel für Infanterie, Artillerie und kleinen Stab	4890		
Lederzeug: 800 Baudriers und 1000 Bajonnetscheiden	2600		
Verschiedene Ausrüstungsgegenstände	2410		
	<u>14300</u>		
		<u>26830</u>	
Summe für das Militärdepartement			<u>340390</u>

J. Baudepartement.

1. Verwaltungs- und Kanzleikosten:

a. Besoldungen: des ersten Sekretärs	1800		
des zweiten Sekretärs	1000		
„ Rechnungsführers	1800		
„ Ingenieurs für den Hochbau	2000		
der zwei Oberingenieurs für Straßen- und Wasserbau: vacant.			
der vier Bezirksingenieurs für Fr. 2400 und acht Inspektoren zu Fr. 800	16000		
	<u>22600</u>		
b. Materiale: Kopistenlöhne, Büreauma- terial, Druckkosten, Abwart		7500	
c. Technisches Bureau: Instrumente, Modelle, Bücher		2000	
d. Inspektionsreisen, Marchungen, Pläne, Devise:			
Reisefkosten und Taggelder der Depar- tementsmitglieder	1000		
Uebertrag Fr.	1000	32100	

Ausgaben.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	1000	32100	
Reisekosten der ordentlichen Beamten .	2000		
Besoldung außerordentlicher Ingenieure mit Inbegriff des provisorischen Ad- junkten für den Hochbau, hingegen mit Auslassung der für ausgedehntere Bau- ten anzustellenden Sürveillants .	4800	7800	
			39900
2. Hoch- und Brückenbau, Schanzab- tragung:			
a. Gewöhnlicher Unterhalt der Civil-, Pfund- und Kirchengebäude, Ge- fangenschaften und Dominialgegen- stände, und für die Einrichtungen in den Landsäenerziehungsanstalten zu Rüeggisberg und Köniz		99000	
b. Neubauten, bereits bewilligte:			
Kirche und Helfereigebäude zu Hasle im Grund	18000		
Zollhaus zu Roggwyl	5000		
Landjägerwohnungen: zu Huttwyl Fr. 4000; Boncourt Fr. 3000	7000		
Zulgrbrücke bei Thun	13000		
Heimischwand, Kirche und Pfund- haus, restanzlich	3886	46886	
c. Brandasssekuranzbeiträge für die Staats- gebäude		4000	
d. Abtragung der Schanzen in Bern, pro 1838		10000	
			159886
Uebertrag Fr.			199786

A u s g e b e n.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	.	.	199786
3. Straßenbau:			
a. Gewöhnlicher Dienst: Besoldung der Wegmeister, Materialfahren, Kunstarbeiten	161330		
b. Für Ankauf von Griengruben	4000		
	<u>165330</u>		
c. Neue Straßenanlagen und Verbesserungen, bereits bewilligte:			
Verbesserung der Grimsel- und Sustenpässe	5000		
Neue Straßen von Zweisimmen nach Sanen:			
von den dafür bewilligten Fr. 174000 sind bis Ende 1837 verwendet worden	112000		
	<u>62000</u>		
pro 1838 von den noch disponibeln	Fr. 62000	52000	
Straße von Lyß nach Hindelbank, pro 1838	46000		
Brücken-, Straßen- und Wasserbauten im Amt Schwarzenburg	30000		
Melchnaustraße; von Fr. 30000 den Rest	23000		
Korrektion des Fuhren- und des Blindenbachstükes	19375		
Straße von der Wannenfluh auf Flühenstalden und Zollbrück	15000		
Landentschädigungen für diesen Straßenzug	16646		
	<u>207021</u>	165330	199786
Uebertrag	Fr. 207021	165330	199786

Ausgaben.

	Fr.	Fr.	Fr.
Uebertrag	207021	165330	199786
Straße von der Mühle des Pichour bis auf Chetelat	12000		
Bielseestraße mit Verbindungsstraße mit Nidau über den Pasfart	80000		
	<u>299021</u>		
		<u>464351</u>	
4. Wasserbau :			
a. Gewöhnlicher Schwellenbau :			
Unterhalt der obrigkeitlichen Schwellen, Steuern, Besoldung der Schwellenmeister etc.		10000	
b. Neue Wasserbauten :			
Steuern zu den Wasserbauten an der Aare zwischen Thun und Bern	10000		
Steuern zu den Wasserbauten an der Kander, Engstligen und Sulz	4000		
Steuern zu den Wasserbauten an der Lütschinen	1000		
Steuern zu den Wasserbauten an der Aare im Oberhasle	3000		
Steuern zu den Wasserbauten am Alp- bach daselbst	1000		
Steuern zu den Wasserbauten im Lenk- thale	1000		
Schwellenbauten an der Aare in der Mühlau bei Narberg	13000		
	<u>33000</u>		
		<u>43000</u>	
Summe für das Baudepartement			<u>707137</u>

A u s g e b e n.

IV. Gerichtsbehörden.

	Fr.	Fr.	Fr.
A. Obergericht.			
1. Gehalte: des HgHrn. Präsidenten des Obergerichts	3000		
der 10 Obergerichter zu Fr. 2800	28000		
für die 4 Suppleanten, an Sitzungsgeldern	2000		
	<u> </u>	33000	
2. Kanzleikosten:			
a. Besoldungen: des Obergerichtsschreibers	Fr. 1800		
der 2 Kommissionschreiber zu Fr. 1400 und Fr. 1000	„ 2400		
des Staatsanwalts	„ 2500		
dessen Substitut	„ 1600		
des Offizials, mit Fr. 40 Amtskleidungsvergütung	„ 640		
	<u> </u>	8940	
b. Materiale: Kopistenlöhne, Druckkosten, Schreib- und Büreaumaterial, inbegriffen Fr. 100 für die juridische Bibliothek	7100		
	<u> </u>	16040	
B. Gerichtsbehörden in den Amtsbezirken.			49040
1. Amtsgerichtspräsidenten:			
I. Klasse. 1 zu Bern zu Fr. 2400	2400		
Dessen Adjunkt, laut Beschluß des Regierungsraths vom 7. März 1835	1400		
Für den Untersuchungsrichter des Amtsbezirks Bern	1600		
Für dessen Sekretär	1000		
	<u> </u>		
Uebertrag Fr.	6400		49040

Ausgaben.

			Fr.	Fr.	Fr.
		Uebertrag	6400	.	49040
II. Klasse.	6 zu Fr. 2000	.	12000		
III. „	5 zu „ 1800	.	9000		
IV. „	14 zu „ 1400	.	19600		
V. „	4 zu „ 1000	.	4000		
			<u>51000</u>		

Miethzinse für die Gerichtslökalien zu		
Sestigen, Biel, Sanen und Oberhasle	415	
Kanzleikosten: muthmaßlich	2000	
	<u>53415</u>	

2. Amtsgerichte:

I. Klasse.	1 Amtsgericht, zu Bern,	
	zu Fr. 800 per Richter	3200
	Dem als Friedensrichter funk-	
	tionirenden Amtsrichter	300
II. Klasse.	1 Amtsgericht, zu Prun-	
	trut, zu Fr. 400 per Richter	1600
III. Klasse.	10 Amtsgerichte zu Fr. 300	
	per Richter	12000
IV. Klasse.	14 Amtsgerichte zu Fr. 250	
	per Richter	14000
V. Klasse.	4 Amtsgerichte zu Fr. 150	
	per Richter	2400
Taggelder zu Fr. 4 an die Amtsge-		
richtsuppleanten	1600	
	<u>35100</u>	

3. Amtsgerichtsschreiber:

Miethzinse für die Büreaulökalien zu		
Sestigen, Konolfingen, Obersimmen-		
thal, Sanen, Oberhasle, Biel, Erlach,		
Neuenstadt, Thun und Laupen	630	
	<u>89145</u>	49040
Uebertrag Fr.	.	

Ausgeben.

			Fr.	Fr.	Fr.
		Uebertrag	.	89145	49040
4. Amtsgerichtsweibel:					
I. Klasse.	1 zu	Fr. 150	.	150	
II.	6 zu	80	.	480	
III.	5 zu	70	.	350	
IV.	14 zu	60	.	840	
V.	4 zu	50	.	200	
				<u>2020</u>	
					<u>91165</u>
		Summe für Gerichtsbehörden	Fr.	140205	

Zusammenzug des Ausgebens.

		Fr.	Fr.
I. Beiträge zur eidgenössischen Bundeskassa	.	.	18868
II. Für den Großen Rath	.	.	24000
III. Für die Verwaltungsbehörden:			
A. Für den Regierungsrath	.	133040	
B. „ Verwaltungsbehörden auf den Aemtern	.	105711	
C. „ das diplomatische Departement	.	2000	
D. „ „ Departement des Innern	.	204046	
E. „ „ Justizdepartement	.	265854	
F. „ „ Finanzdepartement	.	62550	
G. „ „ Erziehungsdepartement	.	837281	
H. „ „ Militärdepartement	.	340390	
J. „ „ Baudepartement	.	707137	
		<u>2658009</u>	
IV. Für die Gerichtsbehörden	.	.	<u>140205</u>
Summe des muthmaßlichen Ausgebens	Fr.	2841082	

B i l a n z.

	Fr.
Das muthmaßliche Einnahmen beträgt . .	2739213
„ „ „ Ausgaben „ . .	2841082
Muthmaßlicher Ueberschuß der Ausgaben	<u>Fr. 101869</u>

Also beschlossen von dem Großen Rathe am 22. und 23. Hornung 1838.

Der Landammann,
J. Schnell.

Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

D e k r e t

über

die Abtretung des Schlosses Pruntrut zu Errichtung
einer Armenanstalt.

Der Große Rath der Republik Bern,

Nach Einsicht des Beschlusses des Regierungsraths 26. Februar
vom 27. September lezthin und der Verhandlung der 1838.
Ausgeschossenen der 37 Gemeinden des Amtsbezirks
Pruntrut vom 31. Oktober;

in Erwägung, daß die Mehrheit der Bewohner dieses
Amtsbezirks, welche den am 29. Oktober förmlich abge-
haltenen Gemeindsversammlungen beiwohnten, so wie
ihre Ausgeschossenen, den Wunsch geäußert haben, daß
der ihnen zukommende Ueberschuß der Einregistrirungs-
gebühren zu Gründung einer Armen- und Waisenanstalt
in dem alten Schlosse zu Pruntrut unter den in erwähn-
tem Rathsbeschlusse enthaltenen Bedingungen verwendet
werde;

in Erwägung ferner, daß die Gemeinden des Amts-
bezirks Pruntrut ihre Hülfquellen nicht besser verwenden
können, und daß es Pflicht des Staates ist, Anstalten
zu befördern, welche den Zweck haben, die Hülflosen zu
unterstützen und der Armuth vorzubeugen;

auf den Vortrag des Departements des Innern und
nach geschעהner Vorberathung durch den Regierungsrath,

beschließt:

1. Das Schloß Pruntrut mit Dependenzen wird
den Gemeinden des dortigen Amtsbezirks zur Benützung

26. Februar überlassen, um darin eine Armenanstalt und ein Waisenhaus zu errichten.
1838.

2. Die Einregistrirungsgebühren, welche den Gemeinden gehören, sollen nach Abzug der dem Amtsbezirke Pruntrut jährlich auffallenden gewöhnlichen Ausgaben, welche gegenwärtig aus diesen Gebühren bestritten werden, die Aussteuer dieser Anstalt bilden, und fortan für die Einrichtung und Unterhaltung derselben verwendet werden, unter Vorbehalt allfällig späterer Abänderung des Gesetzes über die Einregistrirungsgebühren und ihre Bestimmung. Indessen sollen die Gemeinden, ohne ihre Einwilligung, nicht zu andern Beiträgen an diese Anstalt angehalten werden können.

3. Die Herstellung des Schlosses soll unter Aufsicht und Leitung eines Hochbaubeamten geschehen. Der Staat wird den vierten Theil der Bau- und Einrichtungskosten, so wie der Anschaffung des Mobiliars übernehmen; jedoch soll dieser Vierteltheil die Summe der Fr. 10,000 nicht übersteigen.

4. Die Anstalt wird durch eine Kommission verwaltet, welche unter Vorsitz des Regierungsstatthalters aus Abgeordneten der Gemeinden bestehen soll. Das Organisations- und Verwaltungsreglement so wie die jährlichen Rechnungen sind der Genehmigung des Regierungsraths unterworfen.

5. Der Thurm, „Rehfuß“ genannt, soll nicht zerstört, sondern vielmehr sorgfältig in seinem gegenwärtigen Zustande unterhalten werden. Ferner behält sich der Staat sowohl die freie Benützung durch den gewöhnlichen Zugang als auch das Eigenthum des Thurmes »du coq« vor, der zu Aufbewahrung der Landesarchive dient.

6. Falls auch andere Amtsbezirke oder Gemeinden des Jura Theil an der Anstalt nehmen wollen, wird ihnen die Befugniß dazu vorbehalten, insofern sie an alle daherigen Kosten in gleichem Verhältnisse beitragen wie die Gemeinden des Amtsbezirks Pruntrut, so daß sie alsdann die Vortheile der gegenwärtigen Donation ebenfalls in gleichem Maße zu genießen haben. 26. Februar 1838.

7. Im Falle einer Liquidation wird ein Schätzungswerth der Gebäude von Fr. 10,000, verbunden mit dem Geldbeitrage von höchstens Fr. 10,000, als Basis des Antheils des Staats an den Schloßgebäuden angenommen.

8. Dieses Dekret soll in beiden Sprachen gedruckt und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingedrückt werden.

Gegeben in der Sitzung des Großen Rathes, Bern den 26. Hornung 1838.

Der Landammann,
J. Schnell.

Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

D e k r e t

über

theilweise Abänderung des Fremden-
gesetzes
vom 21. Dezember 1816.

Der Große Rath der Republik Bern,

28. Februar 1838. In Erwägung, daß eine zweckmäßigere Ordnung des
Paßwesens die theilweise Abänderung der Verordnung
über den Aufenthalt, die Verehelichung und die übrigen
polizeilichen Verhältnisse der Fremden vom 21. Dezem-
ber 1816 nothwendig macht;

auf den Vortrag der Polizeisektion und nach gesche-
hener Vorberathung durch den Regierungsrath

beschließt:

1. Die im §. 10, Titel I. der angeführten Verord-
nung enthaltene Bestimmung, daß die Ertheilung und
Visirung der Lauspässe auf dem Lande dem Oberamt-
mann (an dessen Stelle später der Regierungstatthalter
getreten ist) und nur in der Hauptstadt der Central-
polizeidirektion zustehen solle, ist anmit aufgehoben.

2. In Zukunft sollen sämtliche Pässe für das Aus-
land von der Centralpolizeidirektion ausgestellt werden.

3. Der Regierungsrath ist beauftragt die zu Exe-
kution dieses Dekrets erforderlichen Verordnungen zu
erlassen.

Dieses Dekret soll mit dem 1. April laufenden Jahres
in Kraft treten, auf übliche Weise bekannt gemacht und

in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen 28. Februar
werden. 1838.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,
Bern den 28. Hornung 1838.

Der Landammann,
J. Schnell.

Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

D e k r e t

über

die Aufstellung eines eigenen Unter- und Sittengerichtes für den Helfereibezirk Buchholterberg.

Der Große Rath der Republik Bern,

In Betrachtung des von den Gemeinden Buchholterberg und Wachfeldorn geäußerten Wunsches, daß für den daselbst neu errichteten Helfereibezirk ein eigenes Sitten- und Untergericht aufgestellt werden möchte; 1. März
1838.

in Betrachtung ferner, daß die übrigen Gemeinden und Ortschaften der Kirchgemeinde Dießbach, mit welchen die Gemeinden Buchholterberg und Wachfeldorn vor Errichtung jenes Helfereibezirks in einem gemeinsamen Kirchenverbände gestanden, gegen jenes Begehren keinerlei Einwendungen machen, sondern sich lediglich ihre althergebrachten Rechte verwahren;

1. März
1838.

in Betrachtung endlich, daß es zweckmäßig ist, für die Gemeinden Buchholterberg und Wachfeldorn, nachdem dieselben aus dem bisherigen Kirchenverbande mit den übrigen Ortschaften der Kirchgemeinde Dießbach getreten, und zufolge früherer Beschlüsse zu einem besondern Helfereibezirk erhoben worden, ein eigenes Sitten- und Untergericht aufzustellen und auf diese Weise die vollständige Trennung desselben von der Pfarrgemeinde Dießbach herbeizuführen;

auf den Vortrag der Justizsektion des Justiz- und Polizeidepartements und nach geschehener Vorberathung des Kollegiums des Regierungsraths und der Sechszehner

beschließt:

1. Es sollen die zu dem Helfereibezirk von Buchholterberg gehörenden Ortschaften, als Buchholterberg und Wachfeldorn mit Güzischwendi, vom 1. Mai 1838 hinweg von dem Gerichtsbezirke von Dießbach getrennt, zu einem besondern Gerichtsbezirke des Amtsbezirks Ronofingen gemacht, und ein eigenes Sitten- und Untergericht für dieselben aufgestellt werden. Ferner sollen die erwähnten Ortschaften ermächtigt sein, auch einen eigenen Kirchgemeindrath und eine eigene Schulkommission aufzustellen.

2. Von dem Zeitpunkte hinweg, wo das neue Sitten- und Untergericht in Funktion tritt, sollen diejenigen Mitglieder von Buchholterberg, Wachfeldorn und Güzischwendi, welche bisdahin an dem Sitten- und Untergerichte von Dießbach gesessen sein mögen, aus demselben ihren Austritt nehmen, und durch andere Mitglieder aus den zu dem Gerichtsbezirke Dießbach gehörigen Gemeinden ersetzt werden.

3. In Betreff des für den Helfereibezirk Buchhol- 1. Merz
terberg aufzustellenden neuen Sitten- und Untergerichts 1838.
dagegen wird verordnet was folgt:

Untergericht.

4. Dasselbe besteht:

- a. Aus dem jeweiligen Unterstatthalter, als Präsident, welcher nach §. 72 der Staatsverfassung zu erwählen ist, und in alle diejenigen Rechte und Pflichten eintritt, welche durch die §§. 37 bis 42 des Gesetzes vom 3. Dezember 1831 über die Amtsverrichtungen der Regierungstatthalter den Unterstatthaltern übertragen sind.
- b. Aus sechs Mitgliedern, wovon vier aus der Gemeinde Buchholterberg und zwei aus der Gemeinde Wachfeldorn (mit Güzischwendi) genommen werden sollen.

5. Die Mitglieder des Untergerichts (mit Ausnahme des Unterstatthalters) sollen nach Vorschrift des Gemeindgesetzes an den betreffenden Einwohnergemeinden von Buchholterberg und Wachfeldorn gewählt, und dabei nach dem angegebenen Verhältnisse auf die beiden bemeldeten Gemeinden Rücksicht genommen werden.

6. Hinsichtlich der Stimm- und Wahlfähigkeit, so wie der Amtsdauer und Wiederwählbarkeit, gelten die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen.

7. Das Untergericht bestellt seinen Gerichtsschreiber und seinen Weibel (§. 36 des Gemeindgesetzes).

8. Dasselbe hat alle Befugnisse und Verpflichtungen, welche den übrigen Untergerichten der Republik durch die Gesetze, und namentlich durch die Instruktion vom 24. Dezember 1803, übertragen sind.

1. März
1838.

9. Der Regierungsstatthalter wird auf den Antrag des Untergerichts den jeweiligen Versammlungsort desselben bestimmen.

10. Der Gerichtsschreiber soll die freie Einsicht und Abschrifterhebung aus den bisherigen Gerichtsprotokollen von Dießbach haben, so weit sie sich auf die seinem Bezirke zugetheilten Ortschaften beziehen.

11. Der Amtsschreiber von Konolfingen soll für den Untergerichtsbezirk von Buchholterberg und Wachfeldorn (mit Güzischwendi) nach Mitgabe des Gesetzes vom 18. Dezember 1832 ein eigenes Grundbuch führen. Dasselbe soll in der Amtsschreiberei aufgestellt und der Untergerichtsschreiber angewiesen sein, alle von dem Untergerichte gefertigten Akten zu gehöriger Zeit (Satz. 442) dem Amtsschreiber zur Eintragung in das Grundbuch zuzustellen.

12. Der Amtsschreiber soll bei der Eintragung jedes Akts, welcher unbewegliche Sachen oder Rechte auf solche zum Gegenstande hat, in dem neuen Grundbuche auf die Nummer und die Seitenzahl des alten Grundbuchs hinweisen, wo sich der unmittelbar vorhergehende Erwerbtitel eingeschrieben befindet.

Sittengericht.

13. Das Sittengericht soll bestehen aus:

- a. Dem jeweiligen Unterstatthalter als Präsident.
- b. Dem jeweiligen Helfer von Buchholterberg von Amtswegen.
- c. Zwei Mitgliedern aus der Gemeinde Buchholterberg, und
- d. Einem Mitgliede aus der Gemeinde Wachfeldorn mit Güzischwendi.

14. Die Wahl des Sittengerichts soll auf die gleiche Weise geschehen wie diejenige des Untergerichts (§. 5).

15. Der Helfer von Buchholterberg ist von Amtswegen Aktuar. Das Sittengericht bestellt seinen Weibel. 1. März 1838.

16. Dasselbe hat alle Befugnisse und Verpflichtungen, welche den übrigen Sittengerichten der Republik durch die Gesetze übertragen sind. Doch soll dasselbe von einlangenden Schwangerschaftsanzeigen, welche Gemeindsangehörige von Dießbach betreffen, dem dortigen Sittengerichte Kenntniß geben. Auch sollen die Protokolle des Sittengerichts von Buchholterberg demjenigen von Dießbach, und umgekehrt diejenigen des Sittengerichts von Dießbach dem Sittengerichte von Buchholterberg, jeweilen zu ungehinderter Einsicht offen stehen.

Dieses Dekret soll gedruckt und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes, Bern, den 1. März 1838.

Der Landammann,
J. Schnell.

Der Staatschreiber,
Hünerrwadel.

K r e i s s c h r e i b e n

an

die Regierungsstatthalter, betreffend die Stipulation
von Kontrakten durch Notarien, welche zu den
Kontrahenten in verwandtschaftlichem Verhältnisse
stehen.

Z i t.

19. März
1838.

Wir sind aufmerksam gemacht worden, daß in einigen
Amtsbezirken die Notarien Kontrakte stipuliren und Ge-
lübde abnehmen, ungeachtet sie zu den Kontrahenten in
verwandtschaftlichen Verhältnissen stehen. Damit nun
diesem Uebelstande abgeholfen werde, finden wir uns,
auf den uns von der Justizsektion erstatteten Rapport,
veranlaßt, Ihnen zu Händen des Amtschreibers und der
Notarien Ihres Amtsbezirks über diesen Gegenstand fol-
gende Weisung zu ertheilen:

Zufolge §. 1 des dritten Titels des zweiten Theils des
Emolumententarifs von 1813 sollen die Notarien die
ihnen übergebenen Kontrakte nur insofern abnehmen und
verschreiben, als dieselben durch das Gesetz nicht verboten
und die Parteien mit ihnen nicht in einem ver-
botenen Verwandtschaftsgrad stehen.

Nun ist zwar der Verwandtschaftsgrad, in welchem
die Stipulation von Verträgen und die Abnahme von Ge-
lübden verboten sein soll, nirgends ausdrücklich bestimmt.
Da aber das Instrument eines Notars als ein vollgül-
tiges Zeugniß über einen zwischen den Parteien geschlos-
senen Vertrag angesehen werden muß, so liegt es in der

Natur der Sache, daß ein Notar alle Eigenschaften eines Zeugen besitzen und demnach in allen denjenigen Fällen weder Verträge stipuliren noch Gelübde abnehmen solle, in welchen er zufolge Sak. 225 P. als Zeuge verworfen werden könnte.

19. Merz
1838.

Sie werden daher darüber wachen, daß die Notarien Ihres Bezirkes in Zukunft dieser Weisung nachleben und sich demnach in allen denjenigen Fällen der Stipulation von Kontrakten enthalten, in welchen sie mit der einen oder andern der kontrahirenden Parteien in dem durch Sak. 225 bestimmten Grade verwandt oder verschwägert sind.

Und da die Amtschreiber zufolge §. 8 des Gesetzes vom 18. Dezember 1832 darauf achten sollen, daß die auf die richtige Führung der Grundbücher abzweckenden Gesetze von den betreffenden Notarien bei Abfassung der zu Eintragung in dieselben sich eignenden Akten strenge befolgt werden, so wollen Sie Ihren Amtschreiber anweisen: wenn ihm Verträge zur Eintragung in die Grundbücher zugestellt werden, wobei der Stipulator und die Kontrahenten in dem durch Sak. 225 P. bezeichneten Verwandtschaftsgrade zu einander stehen, — die Einschreibung derselben zu verweigern und bei kompetenter Behörde die Anzeige davon zu machen, damit die betreffenden Notarien zur Verantwortung gezogen werden.

Bern, den 19. Merz 1838.

Der Schultheiß,
Tscharner.

Der erste Rathsschreiber,
J. F. Stapfer.

V e r o r d n u n g

des

Regierungsraths über die Vollziehung des Großraths-
dekrets vom 28. Hornung 1838, betreffend die
Ausstellung der Reisepässe durch die Centralpolizei.

23. März
1838.

Der Regierungsrath der Republik Bern,
In Vollziehung des Dekrets des Großen Rathes vom
28. Hornung 1838, wodurch der Beschluß, daß in Zu-
kunft sämtliche Pässe für das Ausland von der Central-
polizeidirektion ausgestellt werden sollen, gefaßt, der
Regierungsrath aber beauftragt worden ist, die zur Exe-
kution dieses Dekrets erforderlichen Verordnungen zu
erlassen,

verordnet:

1. Alle Kantonsbürger, angefahrenen Schweizer und
die mit Niederlassungsbewilligungen versehenen Fremden,
welche in das Ausland reisen wollen, sind gehalten, sich
zu diesem Zwecke mit Reisepässen zu versehen.

2. Die Reisepässe nach dem Ausland sollen aus-
schließlich von der Centralpolizeidirektion ertheilt, und
nach dem durch das Konkordat vom 22. Juni und 2. Juli
1813 angenommenen Formular auf Stempelpapier aus-
gefertigt werden.

Ist der Reisepaß auf Staaten ausgestellt, die einen
Gesandten in der Schweiz haben, so sollen sich die
Paßinhaber bei demselben um das erforderliche Visa
bewerben.

23. März
1838.

3. In Fällen, wo ein Paßbewerber zu Erhebung seines Reisepasses sich nicht persönlich bei der Centralpolizeidirektion zu stellen wünscht, sollen die Regierungstatthalter die Paßbegehren unter Anfügung der Personsbeschreibung der betreffenden Bewerber, der Bestimmung und des Reisezweckes per Post an die Centralpolizeidirektion gelangen lassen, welche das Erforderliche besorgen und die ausgefertigten Pässe ihnen überschicken wird.

4. Reisepässe an Kantonsbürger und Einwohner für das Innere der Schweiz sollen entweder durch die Centralpolizeidirektion oder aber durch den Regierungstatthalter des betreffenden Amtsbezirks ertheilt werden.

5. Wer sich bei der Centralpolizeidirektion um einen Reisepaß bewerben will, soll sich vorerst bei dem Regierungstatthalter seines Wohnortes um eine daherige Empfehlung anmelden. Die Centralpolizeidirektion wird diese Empfehlungen in gedruckten Formularen an die Regierungstatthalter unentgeltlich versenden.

In Fällen, wo der Regierungstatthalter einem Paßbewerber die Paßempfehlung verweigern würde, soll derselbe die Gründe des Abschlags der Centralpolizeidirektion einsenden.

6. Die Regierungstatthalter sollen an Kantonsbürger und Einwohner des betreffenden Amtsbezirks nur dann Paßempfehlungen erteilen, wenn die Bewerber ihnen persönlich bekannt sind, oder sich durch Vorlage gültiger Schriften, oder durch glaubwürdige Zeugen hinlänglich legitimiren können.

Paßbewerber im milizpflichtigen Alter sollen noch aufweisen, daß sie die Vorschriften der Militärverfassung vom 14. Dezember 1835, §§. 72 und 73 bezüglich der Reiseerlaubnis erfüllt haben.

23. März
1838.

7. Ein Reisepaß soll auf mehr nicht als eine Person ausgestellt werden; die Frauen und Kinder und Dienerschaft, die sich im Gefolge eines Reisenden befinden, ausgenommen, welche im Passe namentlich anzumerken sind.

8. In Fällen, wo der Paßbewerber durch Vermittlung des Regierungsstatthalters seinen Paß erhält, soll die Unterzeichnung desselben, wofern der Paßbewerber anwesend ist, bei dem betreffenden Regierungsstatthalter statt finden, und von diesem die Beglaubigung der Unterschrift beigelegt werden.

9. Bei Ausstellung eines jeden Reisepasses soll in selbigem die Art der Legitimation sorgfältig angezeigt werden. Bei Auswechslung von Pässen, soll die ausstellende Behörde sich auf den alten Paß berufen.

10. Auswanderungspässe an einzelne Personen und ganze Familien sollen nur mit besonderer Vorsicht ertheilt werden. Diejenigen, welche in fremde Staaten auswandern wollen, sollen ihr Vorhaben eine geraume Zeit vor ihrer Abreise öffentlich bekannt machen, damit ihre Gläubiger in die Möglichkeit gesetzt werden, sich für ihre Forderungen bezahlt zu machen, oder gehörig sicher stellen zu lassen. Zu Eingabe ihrer Ansprachen soll denselben eine Frist von wenigstens vier Wochen, vom Tage der ersten Bekanntmachung an gerechnet, eingeräumt werden. Eine solche Bekanntmachung ist wenigstens zwei Mal in das Amtsblatt einzurücken, und in der Heimaths- und Wohnortsgemeinde des Betreffenden durch den öffentlichen Anschlag oder Verlesen zur Kenntniß des Publikums zu bringen. In diesen Fällen sollen zwar die Reisepässe ausgefertigt, aber den Betreffenden nicht abgegeben werden, bis diese Vorschriften erfüllt sind.

11. Die Regierungsstatthalter sollen an Personen, die in gerichtlicher Untersuchung liegen, vor der Aus-

fällung der Endurtheile, ohne spezielle Bewilligung der Polizeisektion des Justiz- und Polizeidepartements keine Empfehlungen zu Reisepässen nach dem Ausland ertheilen, und die Centralpolizeidirektion soll in solchen Fällen jeden Reisepaß verweigern.

23. März
1838.

12. Nichtangesessene Fremde, die im Falle sind, sich mit neuen Pässen versehen zu lassen, sollen sich dafür, oder für einen Bewilligungsschein zu einem schweizerischen Paß, bei den Gesandtschaften der betreffenden Staaten anmelden, solche aber, deren Staaten keinen Gesandten in der Schweiz haben, sollen sich bei der Centralpolizeidirektion stellen, welche dem Begehren entsprechen wird, wenn der betreffende Bewerber sich auf eine hinreichende, unzweideutige Weise legitimiren kann, und keine besondere Gründe dagegen obwalten.

Die Centralpolizeidirektion kann ausnahmsweise, wo der Paß vergessen, verloren, oder die Dauer desselben ausgelaufen ist, auch durchreisenden Schweizerbürgern aus andern Kantonen Pässe ertheilen, wenn sich dieselben durch einen angesehenen Mann des Orts, oder auf eine andere hinreichende, unzweideutige Art als rechtliche Leute ausweisen.

13. Die Regierungsstatthalter sollen über die von ihnen ausgestellten Paßempfehlungen und Pässe für das Innere der Schweiz, und die Centralpolizeidirektion über die von ihr ausgestellten Reisepässe ein genaues Register führen und die letztere die Ausweisschriften zu ihrer Legitimation aufbewahren.

Die Regierungsstatthalter sind gehalten, der Centralpolizeidirektion, so oft diese Behörde es verlangt, ihre Kontrollen über ertheilte Paßempfehlungen und Reisepässe nach dem Innern der Schweiz, zur Einsicht, oder Auszüge davon einzusenden.

23. Merz
1838.

14. Die gegenwärtige Verordnung, durch welche die Polizeiverordnung über die Pässe, vom 11. Juni 1804, und die Erläuterung darüber vom 16. Merz 1808, aufgehoben sind, soll mit dem 1. April 1838 in Kraft treten. Dieselbe soll in beiden Sprachen gedruckt, auf die gewohnte Weise bekannt gemacht, der Sammlung der Gesetze und Dekrete einverleibt und mit dem Amtsblatt ausgetheilt werden.

Geben in Bern, den 23. Merz 1838.

Namens des Regierungsraths,
Der Schultheiß,
Tscharner.

Der zweite Rathsschreiber,
M. v. Stürler.

K r e i s s c h r e i b e n

an

die Regierungsstatthalter, betreffend das Verfahren gegen die Gemeinden in Beziehung auf den Straßenunterhalt und die Eröffnung von Gruben.

Z i t.

9. April
1838.

Auf verschiedene Einfragen, wie zu verfahren sei, wenn die unterhaltungspflichtigen Gemeinden ihre Straßen vernachlässigen, und zu deren Instandstellung und Begrenzung sich Niemand willig finden lassen wolle, sein Land

gegen Entschädigung zu Ausbeutung des darin enthaltenen Griens abzutreten? finden wir uns, nach angehörttem Berichte des Baudepartements, bewogen, Ihnen Folgendes zu bemerken:

9. April
1838.

1. In Bezug auf den Straßenunterhalt:

Nach §. 3 des Straßengesetzes vom 21. März 1834 stehen, mit alleiniger Ausnahme der eigentlichen Privatwege, alle übrigen öffentlichen Straßen und Wege, also auch diejenigen vierter Klasse, unter der Aufsicht der Regierung und nach §. 19 desselben Gesetzes soll der Regierungstatthalter die nöthigen Anordnungen treffen, damit diese Straßen und Wege in gutem Zustande erhalten werden; ferner ist derselbe befugt, den Straßeninspektoren deshalb die hiezu geeigneten Befehle und Aufträge zu ertheilen.

Durch diese Gesetzesstelle ist also der Regierungstatthalter zum Polizei- und Administrativrichter in Straßen-sachen ernannt, und es tritt mithin in letzterer Beziehung für ihn ganz besonders der vierte Abschnitt des Administrativprozeßgesetzes in Kraft, demzufolge er die Pflichten zu Erfüllung der ihnen obliegenden Leistungen auffordern und anhalten, und im Falle der Verweigerung die nöthigen Arbeiten auf Kosten des unrechthabenden Theils anordnen soll.

Was denn die Ausführung solcher Arbeiten, die entweder von den Gemeinden, oder aber auf unrechthabende Kosten gemacht werden sollen, betrifft: so wird dem Regierungstatthalter der Bezirksinspektor beigegeben, welcher die nöthigen Arbeiten bezeichnen und devisiren, und auch deren Ausführung leiten soll. Auf solche Weise hat der Regierungstatthalter das Polizeiliche und Administrative, der Ingenieur aber das Technische des Straßenwesens unter sich, und beiden mit einander im

9. April
1838.

Einverständnis liegt ob, die Straßen vierter Klasse in gehörigem Zustande zu erhalten.

2. In Betreff der Eröffnung von Griengruben: so ist dieß keineswegs Sache der Regierung und ihrer Beamten, und liegt vielmehr im eigenen Interesse der Gemeinden, welche den Unterhalt ihrer Straßen besorgen müssen, und daher das benötigte Material zu ihrem eigenen Gebrauch herbeischaffen sollen.

Sie werden daher die einschlagenden Stellen des Straßen- und Administrativprozeßgesetzes strenge handhaben, und sich zu Entwerfung und Leitung des technischen Theils an die betreffenden Bezirksinspektoren wenden.

Bern, den 9. April 1838.

Der Schultheiß,
Tscharner.

Der erste Rathsschreiber,
J. F. Stapfer.

Freizügigkeitsvertrag

mit

dem Herzog von Lükka.

Eidgenössische Erklärung.

12. April
1838.

Da der Grundsatz der Gegenseitigkeit in Bezug auf das Heimfallsrecht in den Staaten Sr. königlichen Hoheit des Herzogs von Lükka anerkannt und bestätigt ist, so erklären Schultheiß und Staatsrath des Kantons Luzern,

als dermaliger Vorort der schweizerischen Eidgenossenschaft, auf daß die schweizerischen Angehörigen die aus der Aufhebung des Heimfallrechtes in dem Herzogthum Lufka herrührenden Vortheile genießen können, durch die gegenwärtige Urkunde Namens der eidgenössischen Kantone, daß in den zwei und zwanzig Kantonen der schweizerischen Eidgenossenschaft das Heimfallsrecht gegen die Unterthanen Sr. königlichen Hoheit des Herzogs von Lufka nicht mehr ausgeübt werde, infolge welcher Erklärung dieselben die auf dem Gebiet der erwähnten Kantone zu ihren Gunsten eröffneten Erbschaften ungehindert antreten können.

12. April
1838.

Zu Urkund dessen ist die gegenwärtige Erklärung, die gegen eine ähnliche der Regierung des Herzogthums Lufka, durch welche den schweizerischen Angehörigen die nämliche Gegenseitigkeit zugesichert wird, ausgewechselt werden soll, unterzeichnet und mit dem eidgenössischen Siegel bekräftigt worden.

Also geschehen in Luzern, den eilften Hornung eintausend achthundert dreißig und acht.

Schultheiß und Staatsrath des Kantons Luzern,
als eidgenössischer Vorort,
in deren Namen,
Der Schultheiß,

(L. S.)

J. Kopp.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,
Am Rhyn.

Für getreue Uebersetzung,
der eidgenössische Kanzler,
Am Rhyn.

E r k l ä r u n g

der Regierung des Herzogthums Luffa.

12. April
1838.

Nachdem die königliche Regierung des Herzogthums Luffa und die schweizerische Eidgenossenschaft übereingekommen sind, die Aufhebung des Heimfallrechtes zwischen beiden Staaten und zu Gunsten der betreffenden Unterthanen (Staatsangehörigen) vermittelt gegenseitig und ohne Vorbehalt einer weiteren Ratifikation auszuwechselnder Akten auszusprechen, so hat der unterzeichnete Minister Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten etc. etc. Sr. königlichen Hoheit des durchlauchtigsten Infants von Spanien, Don Karl Ludwig von Bourbon, Herzog von Luffa, in Folge einer am 29. August 1837 erlassenen allerhöchsten Ermächtigung Folgendes erklärt:

Da der Grundsatz der Gegenseitigkeit in Bezug auf das Heimfallsrecht in den Staaten der schweizerischen Eidgenossenschaft anerkannt und bestätigt ist, so erklärt die königliche Regierung des Herzogthums Luffa, auf daß ihre Unterthanen die aus der Aufhebung des Heimfallsrechtes in den Kantonen und Gebieten der Schweiz herrührenden Vortheile genießen können, durch die gegenwärtige Urkunde, daß in den Staaten Sr. königlichen Hoheit des Infanten Herzogs von Luffa das Gegenrecht gegen die Unterthanen (Staatsangehörigen) der zwei und zwanzig Kantone der schweizerischen Eidgenossenschaft nicht mehr ausgeübt werde, in Folge welcher Erklärung dieselbe die auf dem Gebiet des erwähnten Herzogthums zu ihren Gunsten eröffneten Erbschaften ungehindert antreten können.

Zu Urkund dessen ist die gegenwärtige Erklärung, die gegen eine ähnliche der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft, durch welche den Unterthanen des

Herzogthums Luffa die nämliche Gegenseitigkeit zugesichert wird, ausgewechselt werden soll, von mir unterzeichnet und mit dem Siegel des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten bekräftigt worden. 12. April 1838.

Also geschehen Luffa, den fünften Merz eintausend achthundert dreißig und acht.

(L. S.) Marquis Ascanio Mansi.

Für getreue Abschrift,
der eidgenössische Kanzler,
Am Rhyn.

Der Regierungsrath der Republik Bern,
verordnet:

Die vorstehenden, unter'm 24. Merz 1838 zu Wien zwischen dem Geschäftsträger der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Bevollmächtigten Sr. königlichen Hoheit des Herzogs von Luffa gewechselten Erklärungen über gegenseitige Aufhebung des Heimfallrechtes, zu denen der Große Rath des Kantons Bern unter'm 8. Dezember 1837 seinen Beitritt erklärt hat, sollen von nun an in dem ganzen Gebiet der Republik in Vollziehung treten, und zu Jedermanns Verhalt in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingerückt werden.

Geben in Bern, den 12. April 1838.

Der Schultheiß,
Ischärner.

Der erste Rathsschreiber,
J. F. Stapfer.

K r e i s s c h r e i b e n

an

alle Regierungsstatthalter und Gerichtspräsidenten der protestantischen Amtsbezirke, betreffend die Befugnisse der Sittengerichte in Sittenpolizeisachen.

I t.

30. April
1838.

Da sich über die Befugnisse der Sittengerichte in Sittenpolizeisachen Zweifel erhoben haben, so hat sich der Regierungsrath veranlaßt gefunden, in Abänderung und näherer Bestimmung der früher von ihm ausgegangenen Kreisschreiben vom 13. April 1833 und 22. Herbstmonat 1834 zu verfügen, was folgt:

1. Den Sittengerichten liegt die Pflicht ob, nach bestem Vermögen zur Handhabung der Ruhe und Ordnung, Zucht und Ehrbarkeit, und zu Vermeidung jedes öffentlichen Vergernisses beizutragen.

2. Um ihre Pflichten in dieser Hinsicht erfüllen zu können, steht ihnen das Recht zu, die betreffenden Personen zu bescheiden, zu vernehmen, sie ernstlich zu vermahnen und zu warnen.

3. Personen, welche den ihnen gehörig zugegangenen Ladungen vor das Sittengericht nicht Folge leisten, sind bei dem Regierungsstatthalter anzuzeigen, welcher die Vorführung derselben veranstalten, oder das sonst Angemessene verfügen wird.

4. Bleiben die Ermahnungen und Warnungen des Sittengerichtes fruchtlos, oder werden dieselben mit

Troß und Widerspenstigkeit erwidert, so hat das Sitten-gericht dem Gerichtspräsidenten die amtliche Anzeige davon zu machen, welcher nach vorhergegangener Untersuchung der Sache, die einschlagenden Gesetze gegen die Fehlbaren in Anwendung zu bringen hat. (§§. 20 und 21 des Gesetzes vom 3. Dezember 1831.)

30. April
1838.

Bern, den 30. April 1838.

Der Schultheiß,
Tscharner.

Der erste Rathsschreiber,
J. F. Stapfer.

D e k r e t

über

den Brückenbau bei'm untern Thore in Bern.

Der Große Rath der Republik Bern,

Auf das an ihn gestellte Ansuchen des Burgerrathes der Stadt Bern, betreffend den durch eine Aktiengesellschaft beabsichtigten Bau einer Brücke über die Aare bei'm untern Thore in Bern;

7. 8. Mai
1838.

in Betracht, daß dieses Unternehmen durch die großen Vortheile, die seine Ausführung dem Verkehr gewähren wird, zum öffentlichen Nutzen gereicht;

auf angehörte Berichte der Finanz- und Baudepartemente, und nach geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath,

beschließt:

1. Es wird der benannten Aktiengesellschaft erlaubt, eine steinerne Brücke über die Aare in dem untern Theile

7. 8. Mai
1838.

der Stadt Bern, nach der von den Herren Ingenieurs Donegani und Jacquini vorgeschlagenen Richtung, nach Ausweis des vorgelegten Planes zu erbauen.

2. Da, nach dem vorgelegten Plane, dieser Brückenbau die Niederreissung oder Beschlagnahme verschiedener Gebäulichkeiten nothwendig macht, so wird, einerseits, um den Eigenthümern derselben eine vollständige Entschädigung dafür zu sichern, anderseits, um der Gesellschaft die Akquisition möglich zu machen, das dem Großen Rathe, nach Satzung 379, zustehende Expropriationsrecht an die Aktiengesellschaft dahin delegirt, daß dasselbe mit Vorbehalt der nachstehenden Bestimmungen auf dasjenige Grundeigenthum seine Anwendung finden kann, welches zum Behuf der Erbauung jener Brücke nothwendig ist.

3. Der Regierungsrath wird ermächtigt, die dem Staate gehörenden Haus und Garten Nr. 199, nebst dem hinter der Nydeckkirche gelegenen Pfrundgarten, so wie alle dem Staate auf das sogenannte Frienisberghaus Nr. 201, laut Kaufbeile vom 18. Jenner 1811 und Nachtrag vom 4. Brachmonat 1812, zustehenden Rechte der Aktiengesellschaft gegen das bisher von Herrn Stadtwerkmeister Stürler bewohnte Haus Nr. 274 roth Quartier, sammt dazu gehörenden, oder in dessen Umgebung liegenden Garten und Erdreich, tauschweise, je nach dem Werthe des beidseitigen Eigenthums, abzutreten.

4. Unter bestimmtem Vorbehalte der Genehmigung der Tagsatzung, wird der Gesellschaft die Erhebung eines Brückengeldes nach folgendem Tarife gestattet:

Von einer Person, ohne Ausnahme, gehend,
reitend oder im Wagen fahrend . . . 1 Kreuzer.

7. 8. Mai
1838.

Vom Fuhrwerk jeder Art, leer oder geladen,
vom Stück 2 Kreuzer.
mit Ausnahme der Güter- und Weinwägen,
welche per Stück bezahlen 4 „

Für ein Handwägelein, Schubkarren und
dergleichen wird nichts bezahlt.

Pferde, Lastthiere, Großvieh aller Art, ein-
gespannt oder im Kuppel, vom Stück . 2 „

Kleinvieh aller Art, Kälber, Füllen, Schaafse,
Lämmer, Ziegen, Schweine, Ferkel u. s. w.,
vom Stück 1 Rappen.

Für die Posten, welche die Brücke passiren,
sind von jedem Pferde der Bespannung . 2 Kreuzer
zu bezahlen. Die Postwägen hingegen und die dazu
gehörenden Passagiers, Konduktoren und Postillons
haben kein Brückengeld zu entrichten. Auch sollen die
Postwägen auf der Brücke nicht angehalten werden.

Frei vom Brückengelde sind:

Armen- und Krankenfuhren, die Kinder, die Mili-
tärs im Dienst und ihr Gepäck, Artillerie und Kriegs-
fuhrwerke, Feuerspritzen, hülfleistende Mannschaft bei
einem Brande (oder sonstigen großen Unglücksfällen),
Löschgeräthschaften sammt deren Bespannung, Polizei-
beamtete und Polizeidiener, endlich alle der Eidgenossen-
schaft angehörigen oder zu ihrem Dienste bestimmten
Effekten.

5. Der Regierungsrath und unsere Gesandtschaft
auf der Tagsatzung werden beauftragt, die nöthigen
Schritte zu Auswirkung der erforderlichen Sanktion dieses
Brückengeldes durch die oberste Bundesbehörde zu besor-
gen und kräftigst zu unterstützen.

Bis jedoch diese Sanktion erfolgt sein wird, soll
kein Brückengeld bezogen werden.

7. 8. Mai
1838.

6. Die Erhebung obigen Brückengeldes wird jedoch nur auf so lange gestattet, bis der Aufwand für den Brückenbau sammt daherigen Entschädigungen, und für den Unterhalt der Brücke, so wie alle übrigen dießörtigen Bauten und Kosten in Kapital und Zinsen, welche letzteren unter keinem Vorwande das Vier vom Hundert der verzinslichen Aktien übersteigen sollen, vollständig aus den verschiedenen Loosungen und Erträgen der Brücke und des übrigen gemeinschaftlichen Eigenthums der Brückenaktiengesellschaft zurückbezahlt sein werden. Sobald dieser Fall eingetreten sein wird, so soll auch der Bezug des Brückengeldes ganz aufhören, und die Brücke gegen Uebernahme des künftigen Unterhaltes dem Staate eigenthümlich und ohne ferneres Entgeld anheimfallen.

7. Die Aktiengesellschaft soll der Regierung eine Rechnung über die sämmtlichen Kosten dieses Brückenbaues, so wie auch alljährlich eine solche über den Ertrag des Brückengeldes und des übrigen Eigenthums der Aktiengesellschaft vorlegen. Es soll auch überdieß der zu bestellende Brückengeldbezieher durch den Regierungsstatthalter von Bern in Eidspflicht aufgenommen werden.

8. Die Aktiengesellschaft hat sich allen bestehenden oder noch zu erlassenden Polizeivorschriften zu unterziehen, und soll überdieß der Regierung die erforderlichen Gebäulichkeiten oder Lokale für die nöthige Militär-, Zoll- und Polizeibewachung dieses neuen Thores unentgeltlich zur Verfügung stellen.

9. Das Statut der Aktiengesellschaft, so wie es von der Burgergemeinde Bern am 6. Christmonat 1837 beschlossen worden ist, wird im Uebrigen hiemit gutgeheißen; und es soll jede vorzunehmende Veränderung dieses Statuts dem Regierungsrath mitgetheilt werden,

damit er untersuche, ob dieselbe gegen keine gesetzliche Bestimmung verstoße. 7. 8. Mai 1838.

10. Würde auf 1. Jenner 1840 der Bau der Brücke noch nicht angefangen sein, so soll untersucht werden, ob das gegenwärtige Dekret wieder aufzuheben sei.

11. Dieses Dekret soll in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes, Bern, den 7. und 8. Mai 1838.

Namens des Großen Rathes,

Der Landammann,

J. Schnell.

Der Staatschreiber,

Hünerwadel.

D e k r e t

über

die Erhöhung der Besoldung des Obergerichtsschreibers.

Der Große Rath der Republik Bern,

In Betracht der vielen dem Obergerichtsschreiber obliegenden Geschäfte und der zu dieser Stelle erforderlichen Kenntnisse; 8. Mai 1838.

8. Mai
1838.

auf den Vortrag des diplomatischen Departements
und des Regierungsraths,

beschließt:

1. Die Besoldung des Obergerichtsschreibers wird vom Tage der bevorstehenden Wiederbesetzung der Stelle an von Fr. 1800 auf Fr. 2000 erhöht.

2. Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung dieses Dekretes beauftragt, welches in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingerückt werden soll.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,
Bern den 8. Mai 1838.

Der Landammann,
J. Schnell.

Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

D e k r e t ,

betreffend

die Mittheilung aller obergerichtlichen Strafurtheile
an den Regierungsrath zu Beisetzung des Voll-
ziehungsbefehls.

Der Große Rath der Republik Bern,

8. Mai
1838.

In Betrachtung, daß nach dem Buchstaben des §. 33
des Gesetzes vom 11. April 1832 bloß die vom Oberge-
richte ausgefallten Criminalurtheile dem Regierungsrathe
zur Vollziehung übermacht werden sollen;

daß es aber im Interesse einer geregelten Staatsverwaltung erforderlich ist, daß alle von dem Obergerichte ausgefallten Strafurtheile dem Regierungsrath zur Ertheilung des Vollziehungsbefehls mitgetheilt werden, bevor sie von den Regierungsstatthaltern vollzogen werden dürfen;

8. Mai
1838.

nach Anhörung des Rapports der Justizsektion und des Regierungsrathes,

beschließt:

1. Alle von dem Obergerichte revisionsweise oder auf dem Wege der Appellation ausgefallten Strafurtheile in Criminal- oder Polizeisachen sollen dem Regierungsrathe mitgetheilt und mit dessen Vollziehungsbefehl versehen dem betreffenden Regierungsstatthalter zur Exekution übermacht werden.

2. Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung dieses Dekretes beauftragt, welches von nun an in Kraft tritt und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden soll.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,
Bern den 8. Mai 1838.

Der Landammann,
J. Schnell.

Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

14. Mai
1838.

K r e i s s c h r e i b e n

an

sämmtliche Regierungsstatthalter, betreffend die Befreiung der Liegenschaften, welche durch Arrestzubekennntniß und ohne öffentliche Steigerung erworben worden, von der Bezahlung der Handänderungsgebühr.

Z i t.

Auf des Finanzdepartements Antrag haben wir unter'm 12. Merz beschlossen: es seien Liegenschaften, die durch Arrestzubekennntniß und ohne öffentliche Versteigerung erworben worden, der Bezahlung der Handänderungsgebühr nicht zu unterwerfen.

Indem wir Ihnen von dieser Verfügung zu Händen der Untergerichte wie der Amtsschreiberei Ihres Bezirks Kenntniß zu geben eilen, gewärtigen wir, daß Sie ob pünktlicher Nachachtung derselben wachen werden.

Bern, den 14. Mai 1838.

Der Schultheiß,
I s c h a r n e r.

Der zweite Rathsschreiber,
M. v. Stürler.

R e c h n u n g

über

das Einnehmen und Ausgeben, betreffend den Wasserschaden
vom 12. und 13. August 1837, nebst dem Verzeichnisse der
eingegangenen Liebessteuern.

Auf Befehl des Regierungsrathes vom 16. Mai in die Samm-
lung der Gesetze und Dekrete eingerückt.

V o r b e r i c h t.

Als der Regierungsrath von dem im August 1837 durch die in mehrern Gegenden entstandene WassergröÙe erlittenen Schaden ganz besonders aber im Emmenthal Kenntniß erhielt, hat derselbe sowohl als der Große Rath unter anderm verordnet:

1. Um heiligen Bettage in allen Kirchen des Kantons Steuern aufnehmen zu lassen und außerdem die Anordnung zu treffen, daß in jeder Gemeinde oder Unterabtheilung derselben, von Behörde aus Personen bezeichnet werden, bei welchen sowohl vor als nach jener Kirchensteuer jede milde Gabe in Geld, Effekten oder Lebensmittel abgegeben werden könne.

2. Wurde den betreffenden Regierungstatthaltern die Weisung ertheilt, den in Ihren Amtsbezirken entstandenen Schaden, gemäß der dafür ertheilten Instruktionen, schätzen und klassifiziren zu lassen.

3. Daß die Beschädigten folgende Entschädigungen an den erlittenen Schaden erhalten sollen.

Diejenigen in der ersten Klasse, welche die armen Miethsleute, für deren beschädigte oder zerstörte Pflanzungen begreift, $\frac{5}{10}^{\text{tel}}$.

Diejenigen in der zweiten Klasse, worunter diejenigen Liegenschaftsbesitzer begriffen, deren Beschädigung eben so hoch oder noch höher sich belaufen, als ihr eigenes Vermögen, welches sie an denselben bezahlt hatten, und welche mithin verarmt sind, $\frac{3}{10}^{\text{tel}}$.

Diejenigen in der dritten Klasse, welche diejenigen begreift, deren Schaden den Betrag ihres fruchtbaren Vermögens nicht erreicht, die viel verloren, denen aber auch noch einiges Vermögen übrig geblieben ist, $\frac{2}{10}$ tel.

Diejenigen in der vierten Klasse, welche Beschädigungen des Staats, der Gemeinden, Korporationen oder solcher Privaten betrifft, deren dermal noch fruchtbares Vermögen höher angeschlagen werden kann, als der Schaden ansteigt, hingegen nichts.

Da es sich zeigte, daß unter den eingegangenen Steuern sehr viele verbotene aber dennoch in den meisten Gegenden des Kantons kursirende Geldsorten befanden und daß bei Angabe des Betrags nur selten die gesetzliche Werthung befolgt worden sei, sondern meistens der Brabänderthaler zu Bk. 40 und der französische Günf frankenthaler zu Bk. 35 u. s. w. in Rechnung gebracht wurde, hat der Regierungsrath unter'm 22. November 1837 die Weisung ertheilt, die von den Privaten eingegangenen Geldsteuern auf kurrentem Fuße zu zählen und auszurichten; die von dem Staat geleistete Summe hingegen wurde nach gesetzlichem Werth verabreicht.

E i n n e h m e n.

Fr. Bk. Rp.

Die aus den verschiedenen Amtsbezirken eingelangten Steuern betragen laut Verzeichniß (Beilage Nr. 1) in kurrentem Geld 54310 7 5

(Worunter die im Amte Signau und Thun gefallenen und daselbst verwendeten Steuern mit Fr. 3288. 70 begriffen).

Die noch seither erhaltenen Steuern direkt in Geld und Erlös von Naturalien, so wie von gestrandetem Holz (Beilage Nr. 1) 3042 2 $2\frac{1}{2}$

Dazu kommen die vom Regierungsstatthalter von Fraubrunnen von gestrandetem Holz inbehaltenen 9 9 $7\frac{1}{2}$

Summa Fr. 57362 9 5

E i n n e h m e n.

Fr. Bk. Rp.

Uebertrag 57362 9 5

Verrechne hier ferner als eingegangen:

a. Die vom Regierungsstatthalter von Signau aus den verschiedenen Gegenden erhaltenen Naturalien, von Werth	4694	2	5
b. Die vom Regierungsstatthalter von Thun erhaltenen Naturalien von	301	5	7½
c. Die vom Regierungsstatthalter von Frutigen erhaltenen und vertheilten Naturalien	71	6	5
d. Von den vom Regierungsrath dem Amt Signau verabreichten Fr. 2000 als Unterstützung verwendeten	592	—	—
e. Die von dem Regierungsrath dem Amt Trachselwald vorläufig gegebenen	520	—	—
f. Die vom Regierungsstatthalter von Trachselwald erhaltenen Naturalien von	407	1	5

1838. Mai 3. Von der Standeskassa auf Vorschlag der von dem Großen Rath bewilligten Summe von Fr. 10000 empfangen

6405 3 8½

 Summa Fr. 70354 9 6

A u s g e b e n.

I. An Schatzungskosten u. f. w.

Beilagen

Nro. Fr. Bz. Rp.

NB. Unter'm 27. September 1837 hat der Regierungsrath beschlossen, denjenigen Schätzern, welche den Schaden schätzten und welche Bezahlung verlangen, ein Taggeld von Bz. 15 zu entrichten.

1838. Hornung 5. Dem Regierungstatthalter von Thun für die Schätzer von Schwarzenegg, Sigriswyl, Hilterfingen und Steffisburg 2

73 5 —

Das gesetzliche Aufgeld auf 21 Fünffrankenstücke 1

— 5

1838. Hornung 10. Verrechne hier die vom Regierungstatthalter von Signau bezahlten Beträge:

a. Die Frachtkosten von eingegangenen Naturalsteuern mit Fr. 615 8 —

b. Die Schatzungskosten „ 93 — — 3

708 8 —

1838. April 21. Für ein Kistchen zur Geldversendung binden zu lassen —

4 —

Summa Fr. 783 7 5

A u s g e b e n.

II. An Vergütungen für die Wasserbeschädigten.

Burgdorf.

Beilagen

Nro. Fr. Bk. Rp.

NB. Der Schaden beträgt			
in der ersten Klasse	Fr.	706	— —
„ „ zweiten „	„	100	— —
„ „ dritten „	„	1240	— —
„ „ vierten „	„	4492	— —
Summa		Fr. 6538	— —

Zu vergüten daran ist:

der ersten Klasse	$\frac{5}{10}$.	mit	Fr.	353	— —
„ zweiten „	$\frac{3}{10}$.	„	„	30	— —
„ dritten „	$\frac{2}{10}$.	„	„	248	— —
„ vierten „	Nichts.			— —	— —
Summa		Fr.	631	— —	

631 — —

1838. Hornung 10. An den Regierungs-					
statthalter von Burgdorf	.	.	.	4	591 — —
1838. April 16. An den Nämlichen	.	.	.	5	40 — —
Summa		Fr.	631	— —	

Frutigen.

NB. Der Schaden beträgt			
in der ersten Klasse	Fr.	—	— —
„ „ zweiten „	„	890	— —
„ „ dritten „	„	—	— —
„ „ vierten „	„	1592	— —
Summa		Fr. 2482	— —

Ausgaben.

				Beilagen			
				Nro.	Fr.	Sh.	Sp.
Zu vergüten daran ist:							
der zweiten Klasse $\frac{3}{10}$. mit Fr.	267	—	—				
„ vierten „ Nichts.	—	—	—				
Summa Fr.	267	—	—		267	—	—

1837. Oktober 30. Wurde der Regierungstatthalter von Frutigen autorisirt die in den Gemeinden Krattigen und Aeschi eingelangten Naturalien von Werth . . . 6 71 6 5 unter die Wasserbeschädigten zu vertheilen.

1837. Hornung 14. An den Regierungstatthalter von Frutigen baar versendet . 7 195 3 5
Summa Fr. 267 — —

Konolfingen.

NB. Der Schaden beträgt							
in der ersten Klasse Fr.	—	—	—				
„ „ zweiten „ „	949	5	—				
„ „ dritten „ „	5134	3	—				
„ „ vierten „ „	480	—	—				
Summa Fr.	6563	8	—				

Woran zu vergüten ist:							
der zweiten Klasse $\frac{3}{10}$. mit Fr.	284	8	5				
„ dritten „ $\frac{2}{10}$. „ „	1026	8	6				
„ vierten „ Nichts.	—	—	—				
Summa Fr.	1311	7	1		1311	7	1

1838. Hornung 10. An den Regierungstatthalter von Konolfingen. . . 8 1311 7 1
Summa Fr. 1311 7 1

Ausgaben.

Sanen.

	Beilagen			
	Nro.	Fr.	Sh.	Np.
NB. Der Schaden beträgt in der dritten Klasse . . .	Fr. 2646	5	—	—
Woran $\frac{2}{10}$ zu vergüten sind mit . . .		529	3	—
1838. Hornung 10. An den Regierungsstatthalter von Sanen . . .	9	529	3	—
Summa Fr.	529	3	—	—

Seftigen.

NB. Der Schaden beträgt in der ersten Klasse Fr.	142	—	—
„ „ dritten „ „	90	—	—
„ „ vierten „ „	3200	—	—
Summa Fr.	3432	—	—

Woran zu vergüten sind:			
der ersten Klasse $\frac{5}{10}$.	Fr.	71	— —
„ dritten „ $\frac{2}{10}$.	„	18	— —
„ vierten „ Nichts.		—	— —
Summa Fr.	89	—	—

1838. Hornung 10. An den Regierungsstatthalter von Seftigen . . .	10	89	— —
Summa Fr.	89	—	—

Ausgaben.

Signau.

Bellagen

Mro. Fr. Bk. Rp.

NB. Der Schaden beträgt, nach Abzug
des Werthes des wieder aufgefundenen
Holzes,

in der ersten Klasse	Fr.	8127	—	—
„ „ zweiten „	„	89366	—	—
„ „ dritten „	„	95863	—	—
„ „ vierten „	„	111268	—	—
Summa		Fr. 304624	—	—

Zu vergüten ist:

der ersten Klasse	$\frac{5}{10}$.	mit Fr.	4063	5	—
„ zweiten „	$\frac{3}{10}$.	„ „	26809	8	—
„ dritten „	$\frac{2}{10}$.	„ „	19172	6	—
„ vierten „	Nichts.		—	—	—
Summa		Fr. 50045	9	—	

50045 9 —

An obige Entschädigungssumme hat der
Regierungsstatthalter erhalten:

- Die am Bettag im
Amt Signau gefalle-
nen Liebessteuern Fr. 1013 7 —
- Die aus den verschie-
denen Gegenden erhal-
tenen Naturalien ,
nach Abzug der be-
zahlten Fracht- und
Schakungskosten, mit „ 3985 4 5

Transport Fr. 4999 1 5

Ausgaben.

	Beilagen						
	Nro.	Fr.	Bk.	Np.			
Transport Fr. 4999	1	5					
c. Die von den von der Regierung gegebenen Fr. 2000 als Unter- stützung verwendeten	„	592	—	—	11		
						5591	1 5
1838. Hornung 14. An den Regierungs- statthalter von Signau baar versendet	. 11	10000	—	—			
1838. Merz 21. Bescheiniget der Regie- rungsstatthalter den Empfang für in einem Pacß zu viel gelegene	. 12	24	—	—			
1838. April 21. Dem Regierungsstat- thalter von Signau baar gesandt	. 13	25450	3	4			
1838. Mai 3. Dem Nämlichen den Rest mit	. 14	8980	4	1			
Summa Fr. 50045			9	—			

Obersimmenthal.

NB. Der Schaden beträgt

in der ersten Klasse Fr.	350	—	—
„ „ zweiten „ „	1932	5	—
„ „ dritten „ „	3618	—	—
„ „ vierten „ „	22662	5	—

Summa Fr. 28563 — —

Woran zu vergüten sind:

der ersten Klasse $\frac{5}{10}$.	Fr. 175	—	—
„ zweiten „ $\frac{3}{10}$.	„ 579	7	5

Transport Fr. 784 7 5

Ausgeben.

				Beilagen		
				Nro.	Fr.	Wk. Rp.
Transport		Fr.	784	7	5	
der dritten Klasse	$\frac{2}{10}$.	„	723	6	—	
„ vierten	„	Nichts.	—	—	—	
					<u>1478</u>	<u>3 5</u>
Summa		Fr.	<u>1478</u>	<u>3</u>	<u>5</u>	

1838. Hornung 10. An den Regierungs-						
statthalter von Obersimmenthal				15	<u>1478</u>	<u>3 5</u>
					<u>Summa</u>	<u>Fr. 1478 3 5</u>

Niedersimmenthal.

Nihil.

NB. Indem bloß in der vierten Klasse ein Schaden von Fr. 61 statt gefunden hat, welche Klasse nicht entschädigt wird.

Ehun.

NB. Der Schaden beträgt						
in der ersten Klasse		Fr.	8999	—	—	
„	„ zweiten	„	16536	—	—	
„	„ dritten	„	11619	—	—	
„	„ vierten	„	23347	—	—	
					<u>Summa</u>	<u>Fr. 60501 — —</u>

Daran sind zu vergüten:

der ersten Klasse		$\frac{5}{10}$.	mit Fr.	4499	5	—
„	zweiten	„	$\frac{3}{10}$.	„	4960	8 —
„	dritten	„	$\frac{2}{10}$.	„	2323	8 —
„	vierten	„	Nichts.	—	—	—
					<u>Summa</u>	<u>Fr. 11784 1 —</u>
					<u>11784</u>	<u>1 —</u>

Ausgaben.

Beilagen

Nro. Fr. Bk. Rp.

An diese Vergütungen hat der Regie-
rungsstatthalter von Thun bereits erhalten:

Die in diesem Amtsbezirk geflossenen Geld-
steuern mit

16 2275 — —

Ferner die im Amt Thun und Nieder-
simmenthal gefallenen Steuern in Naturalien,
laut Bericht vom 22. Oktober 1837 zu-
sammen

17 301 5 7½

1838. Hornung 14. An den Regierungs-
statthalter von Thun baar versendet . . .

16 9160 3 5

1838. Hornung 26. An den Regierungs-
statthalter von Thun baar versendet . . .

18 46 3 7½

Summa Fr. 11784 1 —

Trachselwald.

NB. Der Schaden beträgt

in der ersten Klasse Fr. 3713 5 —

„ „ zweiten „ „ 3127 5 —

„ „ dritten „ „ 1849 — —

„ „ vierten „ „ 5148 9 —

Summa Fr. 13838 9 —

Daran sind zu vergüten:

der ersten Klasse $\frac{5}{10}$. Fr. 1856 7 5

„ zweiten „ $\frac{3}{10}$. „ 938 2 5

„ dritten „ $\frac{2}{10}$. „ 369 8 —

„ vierten „ Nichts. — — —

Summa Fr. 3164 8 —

3164 8 —

Ausgeben.

Beilagen

Nro. Fr. Bk. Rp.

An obige Entschädigungssumme hat der
Regierungsstatthalter bereits erhalten und un-
ter die Beschädigten vertheilt:

a. Die von der Regierung vorläufig gegebenen	Fr. 520	—	—				
b. Die im Amt Trachsel- wald gefallenen Natu- ralsteuern von Werth	„ 407	1	5	19	927	1	5
1838. Hornung 14. An den Regierungs- statthalter von Trachselwald baar versendet	20	2192	6	5			
1838. Merz 12. An den Regierungsstat- thalter von Trachselwald nachträglich	21	45	—	—			
Summa	Fr. 3164	8	—				

Fraubrunnen.

NB. Der Schaden beträgt							
in der ersten Klasse	Fr. 483	—	—				
„ „ zweiten „	66	5	—				
„ „ dritten „	40	—	—				
„ „ vierten „	1247	5	—				
Summa	Fr. 1837	—	—				

Daran sind zu vergüten:

der ersten Klasse	5/10.	Fr. 241	5	—			
„ zweiten „	3/10.	20	5	5			
„ dritten „	2/10.	8	—	—			
„ vierten „	Nichts.	—	—	—			
Summa		Fr. 270	—	5			
			270	—	5		

A u s g e b e n.

	Beilagen			
	Nro.	Fr.	Bk.	Np.
1838. Hornung 23. An obigen Betrag hat der Regierungstatthalter in Händen, den Erlös von gestrandetem Holz mit	22	9	9	7½
1838. Hornung 26. Wurde an den Regierungstatthalter baar gesandt	23	260	—	7½
Summa Fr.	270	—	5	

Z u s a m m e n z u g

der

Schatzungskosten, Schäden und Vergütungen.

	Fr. Bk. Np.		Fr. Bk. Np.	
Schatzungskosten			783	7 5
Burgdorf.				
a. Schäden	6538	— —		
b. Vergütungen			631	— —
Frutigen.				
a. Schäden	2482	— —		
b. Vergütungen			267	— —
Konolfingen.				
a. Schäden	6563	8 —		
b. Vergütungen			1311	7 1
Transport Fr.	15583	8 —	2993	4 6

	Fr.	Bk.	Ap.	Fr.	Bk.	Ap.
Transport	15583	8	—	2993	4	6
Sanen.						
a. Schäden	2646	5	—			
b. Vergütungen				529	3	—
Seftigen.						
a. Schäden	3432	—	—			
b. Vergütungen				89	—	—
Signau.						
a. Schäden	304624	—	—			
b. Vergütungen				50045	9	—
Obersimmenthal.						
a. Schäden	28563	—	—			
b. Vergütungen				1478	3	5
Niedersimmenthal.						
Nihil	61	—	—			
Ehun.						
a. Schäden	60501	—	—			
b. Vergütungen				11784	1	—
Trachselwald.						
a. Schäden	13838	9	—			
b. Vergütungen				3164	8	—
Fraubrunnen.						
a. Schäden	1837	—	—			
b. Vergütungen				270	—	5
Summa Schaden Fr.	431087	2	—			
Summa Vergütungen Fr.	70354	9	6			

Bern, den 7. Mai 1838.

Der Rechnungsgeber,
Brönnimann,
 Sekretär des Departements des Innern.

P a s s a t i o n.

Die Armenkommission hat die vorstehende Rechnung als eine getreue und sorgfältige Verhandlung, unter Irr- und Mißrechnungsvorbehalt passirt und an das Departement des Innern gewiesen.

Bern, am 7. Mai 1838.

Der Präsident der Armenkommission,

Escharner.

Für den Sekretär,

Karl Hunziker.

P a s s a t i o n.

Das Departement des Innern hat die vorstehende Rechnung als eine getreue und sorgfältige Verhandlung unter Irr- und Mißrechnungsvorbehalt passirt.

Bern, am 8. Mai 1838.

Der Präsident

des Departements des Innern,

Escharner.

Der zweite Sekretär,

Karl Hunziker.

S a n k t i o n.

Der Regierungsrath der Republik Bern
hat vorstehende Rechnung über die Verwendung der Liebessteuern
für die Wasserbeschädigten unter Vorbehalt von Omission und
Mißrechnung passirt und gutgeheißen.

Bern, den 9. Mai 1838.

Namens des Regierungsraths,
Der Schultheiß,
Efcharner.

Der zweite Rathsschreiber,
M. v. Stürler.

V e r z e i c h n i s s

der

aus den sämtlichen Amtsbezirken des Kantons Bern, so wie
der außer demselben für die Wasserbeschädigten im Som-
mer 1837 geflossenen Liebessteuern.

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n .		In Naturalien.		
A r b e r g .		Fr.	Bk.	Ap.
Arberg	—	—	—
Affoltern	—	—	—
Bargen	—	—	—
Kappelen	—	—	—
Kallnach	—	—	—
Lyß	—	—	—
Meykirch	—	—	—
Nadelfingen	—	—	—
Rapperswyl	—	—	—
Schüpfen	—	—	—
Seedorf	—	—	—
Erlös des von der Gemeinde Kallnach ge- steuerten Getreides		—	—	—
A r w a n g e n .				
Arwangen	—	—	—
Bleienbach	—	—	—
Langenthal	—	—	—
Lozwyl	—	—	—
Madiswyl	—	—	—
Melchnau	—	—	—
Roggwyl	—	—	—
Rohrbach	—	—	—
Thunstetten	—	—	—
Wynau	—	—	—
Erlös aus gesteuertem Getreide aus dem ganzen Amtsbezirke		—	—	—

In Geld.			Nach Angabe.			Kursirend.		
Fr.	Sh.	Np.	Fr.	Sh.	Np.	Fr.	Sh.	Np.
350	—	—						
136	—	—						
106	—	—						
51	3	5						
184	1	—						
114	2	7½						
228	8	—						
50	9	7½						
244	7	7½						
362	4	—						
100	—	—	1928	6	7½			
—	—	—	94	7	—	2023	3	7½
312	5	5						
135	1	—						
624	6	—						
143	1	7½						
233	3	—						
282	9	7						
124	—	—						
315	7	5						
106	1	9						
105	5	5	2383	1	8½			
—	—	—	359	7	5	2742	3	—

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n .						In Naturalien.		
B e r n .						Fr.	Bk.	Np.
Bern, Stadt	—	—	—
Bolligen	—	—	—
Bremgarten	—	—	—
Bümpliz	—	—	—
Kirchlindach	—	—	—
Köniz	260	9	—
Muri	—	—	—
Oberbalm	—	—	—
Stettlen	—	—	—
Vechnigen	—	—	—
Wohlen	—	—	—
B i e l .						—	—	—
Biel	—	—	—
Bözingen	—	2	5
Leubringen	—	—	—
B ü r e n .						—	—	—
Dießbach	—	—	—
Obermühl	—	—	—
Büren	—	—	—
Rütti	—	—	—
Wengi	28	2	—
Pieterlen	—	—	—
Lengnau	—	—	—
Arch	—	—	—

In Geld.			Nach Angabe.			Kursirend.		
Fr.	Bk.	Np.	Fr.	Bk.	Np.	Fr.	Bk.	Np.
7726	3	6						
450	—	—						
228	3	—						
623	4	5						
186	—	5						
915	—	—						
398	7	—						
123	5	—						
155	7	5						
211	1	4						
140	—	—						
			11158	2	5	11161	8	7
817	3	5						
85	2	5						
40	—	—						
			942	6	—	945	4	7
141	9	5						
131	9	5						
121	9	—						
112	1	5						
74	—	5						
44	—	—						
80	6	5						
69	7	5						
			776	4	—	776	5	—

In Geld.			Nach Angabe.			Kursirend.		
Fr.	Sh.	Np.	Fr.	Sh.	Np.	Fr.	Sh.	Np.
235	9	5						
410	7	7 $\frac{1}{2}$						
150	8	5						
220	8	5						
337	—	5						
1065	5	5						
473	4	2 $\frac{1}{2}$						
241	6	—						
1657	—	—						
			4793.	—	5	4793	—	5
254	8	5						
450	5	—						
579	5	5						
300	5	—						
178	3	7 $\frac{1}{2}$						
302	3	5						
110	—	—						
223	5	7						
334	3	5						
114	—	7 $\frac{1}{2}$						
1	5	—						
36	5	2 $\frac{1}{2}$						
52	5	—						
83	7	7 $\frac{1}{2}$						
			3022	4	2	3022	4	2 $\frac{1}{2}$
70	—	—						
30	5	5						
100	5	5						

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n .						In Naturalien.		
Delsberg.						Fr.	Bk.	Ap.
Uebertrag						.	.	.
Bourrignon	—	—	—
Courfaivre	—	—	—
Courroux	—	—	—
Courtetelle	—	—	—
Delsberg	—	—	—
Develier	—	—	—
Glovelier	—	—	—
Montsevelier	—	—	—
Novelier	—	—	—
Pleigne	—	—	—
Rebeuvelier	—	—	—
Roggenburg	—	—	—
Soulcy	—	—	—
Soihières	—	—	—
Soulce	—	—	—
Undervelier	—	—	—
Vermes	—	—	—
Biques	—	—	—
Blauen	—	—	—
Brislach	—	—	—
Burg	—	—	—
Pfeffingen	—	—	—
Lauffen	—	—	—
Liesberg	—	—	—
Nenzlingen	—	—	—
Röschenz	—	—	—
Sittingen	—	—	—
Von Herrn Ingenieur Bazinski	—	—	—
Von einem Unbekannten	—	—	—
Erlös von verkauftem Getreide	—	—	—

In Geld.			Nach Angabe.			Kursirend.		
Fr.	Bh.	Np.	Fr.	Bh.	Np.	Fr.	Bh.	Np.
100	5	5						
26	—	7 $\frac{1}{2}$						
64	5	—						
28	7	—						
19	3	5						
173	6	5						
42	6	—						
20	5	—						
29	1	—						
22	—	1						
18	7	—						
31	1	—						
56	4	—						
37	—	—						
32	—	—						
33	5	7 $\frac{1}{2}$						
160	9	5						
30	1	2 $\frac{1}{2}$						
4	7	—						
25	8	—						
53	6	—						
20	4	—						
91	5	—						
160	2	7						
51	1	5						
19	—	7						
50	—	—						
25	—	—						
7	—	—						
3	5	—						
			1438	8	7 $\frac{1}{2}$			
			32	6	5			
						1471	5	6

In Geld.			Nach Angabe.			Kursirend.		
Fr.	Bk.	Np.	Fr.	Bk.	Np.	Fr.	Bk.	Np.
329	5	5						
511	7	7 $\frac{1}{2}$						
147	—	2 $\frac{1}{2}$						
105	—	—						
125	—	—						
550	6	2 $\frac{1}{2}$						
355	8	—						
145	7	5						
4	—	—						
			2274	5	2 $\frac{1}{2}$			
—	—	—	34	5	5			
						2308	2	7 $\frac{1}{2}$
213	1	2 $\frac{1}{2}$						
243	2	—						
141	5	2 $\frac{1}{2}$						
582	—	—						
354	8	5						
804	3	—						
280	7	5						
			2619	7	5			
—	—	—	—	—	—	2617	3	5
						62	2	3 $\frac{1}{2}$
						2679	5	8 $\frac{1}{2}$
59	4	—						
84	9	—						
27	—	—						
23	3	5						
194	6	5						

In Geld.			Nach Angabe.			Kursirend.		
Fr.	Sh.	Np.	Fr.	Sh.	Np.	Fr.	Sh.	Np.
194	6	5						
82	1	—						
38	6	—						
61	4	—						
23	3	4						
38	9	2 $\frac{1}{2}$						
			439	—	1 $\frac{1}{2}$			
						443	9	6
122	4	3 $\frac{1}{2}$						
38	6	2 $\frac{1}{2}$						
200	—	—						
178	2	5						
			539	3	1			
						538	7	1
232	1	5						
46	—	—						
99	1	2 $\frac{1}{2}$						
44	—	5						
77	2	—						
58	—	—						
43	2	—						
57	—	—						
59	1	—						
			715	8	2 $\frac{1}{2}$			
—	—	—	6	8	5			
						721	7	2

In Geld.			Nach Angabe.			Kursirend.		
Fr.	Bk.	Np.	Fr.	Bk.	Np.	Fr.	Bk.	Np.
516	2	8						
254	9	—						
340	7	6						
690	3	7 $\frac{1}{2}$						
339	1	—						
241	1	1						
497	7	7						
149	1	—						
			3029	3	9 $\frac{1}{2}$			
			29	2	5			
						3058	6	5
290	5	—						
222	2	5						
86	9	5						
246	2	5						
162	—	2 $\frac{1}{2}$						
176	—	—						
135	—	5						
			1319	—	2 $\frac{1}{2}$			
			124	3	7 $\frac{1}{2}$			
						1443	3	9 $\frac{1}{2}$
283	4	5						
11	4	5						
34	6	—						
99	7	2						
151	9	—						
45	8	2						
626	9	4						

In Geld.			Nach Angabe.			Kursirend.		
Fr.	Bk.	Np.	Fr.	Bk.	Np.	Fr.	Bk.	Np.
626	9	4						
471	5	—						
24	1	—						
51	9	—						
319	2	6						
383	8	5 $\frac{1}{2}$						
293	2	5						
30	1	—						
40	—	—						
			2240	9	1 $\frac{1}{2}$	2240	9	—
—	—	—	—	—	—	444	1	7 $\frac{1}{2}$
						2685	—	7 $\frac{1}{2}$
92	6	2 $\frac{1}{2}$						
143	4	5						
100	3	2 $\frac{1}{2}$						
228	2	—						
89	4	—						
522	3	—						
248	8	7 $\frac{1}{2}$						
95	3	—						
131	7	—						
			1652	1	7 $\frac{1}{2}$	1659	—	5
92	—	—						
17	6	7 $\frac{1}{2}$						
109	6	7 $\frac{1}{2}$						

In Geld.			Nach Angabe.			Kursirend.		
Fr.	Bk.	Np.	Fr.	Bk.	Np.	Fr.	Bk.	Np.
109	6	7 $\frac{1}{2}$						
19	7	5						
20	3	7 $\frac{1}{2}$						
—	—	—	149	8	—			
			1	6	—			
						151	4	—
176	2	5						
26	2	—						
35	9	5						
15	—	—						
26	3	5						
19	1	5						
10	6	3						
24	5	—						
29	4	5						
80	—	—						
35	—	—						
19	8	7						
44	—	5						
59	3	1						
14	6	5						
34	5	—						
16	2	5						
10	5	—						
25	8	7						
17	8	7						
59	7	5						
71	4	—						
16	—	—						
868	5	—						

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n .		In Naturalien.		
Pruntrut.	Uebertrag	Fr.	Bk.	Ap.
Montigners		—	—	—
Ocourt		—	—	—
St. Ursanne		—	—	—
Von zwei Unbekannten		—	—	—
Von den Zuchthausbeamten		—	—	—
S a n e n .				
Aus dem ganzen Amtsbezirk zusammen .		114	8	—
S e f t i g e n .				
Belp	}	—	—	—
Gerzensee		—	—	—
Kirchdorf		—	—	—
Gurzelen		571	—	5
Wattenwyl		—	—	—
Thurnen		—	—	—
Rüeggisberg		—	—	—
Zimmerwald		—	—	—
S i g n a u .				
Aus dem ganzen Amtsbezirk zusammen .		—	—	—
S c h w a r z e n b u r g .				
Guggisberg		—	—	—
Wahlern		—	—	—
Albligen		—	—	—
Erlös des von der Gemeinde Wahlern gesteuerten Getreides		—	—	—

In Geld.			Nach Angabe.			Kursirend.		
Fr.	Bk.	Np.	Fr.	Bk.	Np.	Fr.	Bk.	Np.
868	5	—						
26	1	5						
7	3	—						
75	5	5						
8	5	—						
10	—	—						
			996	—	—	996	—	—
561	6	5	561	6	5	564	6	5
512	4	5						
102	—	2 $\frac{1}{2}$						
261	—	5						
128	—	5						
108	—	5						
384	5	5						
309	5	—						
250	1	7 $\frac{1}{2}$	2055	8	5	2055	8	5
—	—	—	—	—	—	1013	7	—
126	4	—						
109	2	2 $\frac{1}{2}$						
71	2	2 $\frac{1}{2}$	306	8	5			
—	—	—	1	5	—	308	3	5

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n.						In Naturalien.		
						Fr.	Bk.	Np.
O b e r = S i m m e n t h a l.								
Voltigen	—	—	—
Lenf	—	—	—
St. Steffan	—	—	—
Zweissimmen	—	—	—
N i e d e r = S i m m e n t h a l.								
Därstetten	—	—	—
Diemtigen	—	—	—
Erlenbach	—	—	—
Oberwyl	88	6	2 ¹ / ₂
Neutigen	—	—	—
Spiez	—	—	—
Wimmis	—	—	—
T h u n.								
Amsoldingen	—	—	—
Blumenstein	—	—	—
Hilterfingen	—	—	—
Schwarzenegg	212	9	5
Sigriswyl	—	—	—
Steffisburg	—	—	—
Thierachern	—	—	—
Thun	—	—	—

In Geld.			Nach Angabe.			Kursirend.		
Fr.	Bk.	Np.	Fr.	Bk.	Np.	Fr.	Bk.	Np.
88	3	5						
100	—	—						
46	—	5						
115	6	—						
			350	—	—	351	7	7
156	—	—						
245	6	5						
272	—	—						
124	5	—						
33	2	5						
257	4	2 $\frac{1}{2}$						
170	1	—						
			1258	9	2 $\frac{1}{2}$	1258	9	2
132	—	—						
100	1	2 $\frac{1}{2}$						
211	5	—						
55	5	—						
107	7	5						
345	8	7 $\frac{1}{2}$						
136	4	—						
1185	8	5						
			2275	—	—	2275	—	—

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n .		In Naturalien.		
		Fr.	Bk.	Np.
T r a c h s e l w a l d .				
Affoltern	}	—	—	—
Dürrenroth		—	—	—
Erismyl		—	—	—
Huttwyl		—	—	—
Lüzelflüh		407	1	5
Rüegsau		—	—	—
Sumiswald		—	—	—
Trachselwald		—	—	—
Walterswyl		—	—	—
Erlös des in den Gemeinden Lüzelflüh und Rüegsau gestrandeten Holzes .		—	—	—
W a n g e n .				
Wangen	}	—	—	—
Oberbipp		—	—	—
Niederbipp		221	4	5
Seeberg		—	—	—
Herzogenbuchsee		—	—	—
Ursenbach		—	—	—
Von Ungenannten		—	—	—
Erlös von verkauften Naturalien		—	—	—

In Geld.			Nach Angabe.			Kursirend.		
Fr.	Bk.	Np.	Fr.	Bk.	Np.	Fr.	Bk.	Np.
187	3	—						
163	1	—						
315	5	—						
165	1	—						
463	5	—						
151	4	5						
806	—	9						
149	8	5						
41	6	—						
			2443	4	9			
—	—	—	108	—	—			
						2565	2	—
281	—	—						
346	2	5						
229	—	—						
393	3	5						
1277	3	7 $\frac{1}{2}$						
183	7	2 $\frac{1}{2}$						
4	5	—						
			2715	2	—			
—	—	—	307	9	5			
						3023	1	5

	In Naturalien.		
	Fr.	Bk.	Rp.
Aus andern Kantonen.			
Von der reformirten Kirche von Solothurn	—	—	—
Von Partikularen in Iserten	—	—	—
Von der Schützengesellschaft der Stadt Luzern	—	—	—
Vom Auslande.			
Von Herrn Klefetes aus Hamburg	—	—	—
Mehrbefand am Gelde bei'm Herrn Staats- schreiber	—	—	—

Z u s a m m e n z u g.

A m t s b e z i r k e.	In			In Geld.		
	Naturalien.			Kursirend.		
	Fr.	Bk.	Sp.	Fr.	Bk.	Sp.
Narberg	—	—	—	2023	3	7 $\frac{1}{2}$
Narwangen	—	—	—	2742	3	—
Bern	260	9	—	11161	8	7
Biel	—	2	5	945	4	7
Büren	28	2	—	776	5	—
Burgdorf	227	5	5	4793	—	5
Courtelary	—	—	—	3022	4	2 $\frac{1}{2}$
Delsberg	—	—	—	1471	5	6
Erlach	—	—	—	2308	2	7 $\frac{1}{2}$
Fraubrunnen	533	8	5	2679	5	7 $\frac{1}{2}$
Freibergen	—	—	—	443	9	6
Frutigen	71	6	5	538	7	1
Interlaken	—	—	—	721	7	2
Uebertrag	1122	4	—	33628	7	9

A m t s b e z i r k e.	In			In Geld.		
	Naturalien.			Kursirend.		
	Fr.	Sh.	Np.	Fr.	Sh.	Np.
Uebertrag	1122	4	—	33628	7	9
Konolfingen	2718	7	—	3058	6	5
Laupen	17	5	—	1443	3	9½
Münster	—	—	—	2685	—	7½
Nidau	—	—	—	1659	—	5
Oberhasle	—	—	—	151	4	—
Pruntrut	—	—	—	996	—	—
Sanen	114	8	—	564	6	5
Seftigen	571	—	5	2055	8	5
Signau	—	—	—	1013	7	—
Schwarzenburg	—	—	—	308	3	5
Ober-Simmenthal . .	—	—	—	351	7	7
Nieder-Simmenthal . .	88	6	2½	1258	9	2
Thun	212	9	5	2275	—	—
Uebertrag	4846	—	2½	51450	6	—

A m t s b e z i r k e.	In			In Geld.		
	Naturalien.			Kursirend.		
	Fr.	Sh.	Np.	Fr.	Sh.	Np.
Uebertrag	4846	—	2 ¹ / ₂	51450	6	—
Trachselwald	407	1	5	2565	2	—
Wangen	221	4	5	3023	1	5
<hr/>						
Aus andern Kantonen .	—	—	—	286	—	—
Vom Auslande	—	—	—	38	—	—
				57362	9	5
				5474	6	2 ¹ / ₂
Summa	62837	5	7 ¹ / ₂
Der Beitrag des Staates mit	7517	3	8 ¹ / ₂
Total	70354	9	6

E r g e b n i s s e

der

im Herbste 1837 vorgenommenen Volkszählung.

Auf Befehl des Regierungsrathes vom 16. Mai in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen.

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n.		Bürger und Angehörige des Kantons.		
		P e r s o n e n männlichen weiblichen Geschlechts.		T o t a l.
N a r b e r g.				
Narberg	385	411	796
Uffoltern	689	694	1383
Bargen	267	260	527
Kallnach	475	453	928
Kappelen	256	249	505
Lyß	673	652	1325
Meikirch	433	408	841
Nadelfingen	599	634	1233
Rapperswyl	850	816	1666
Schüpfen	868	869	1737
Seedorf	1128	1075	2185
Summa		6623	6503	13126
N a r w a n g e n.				
Narwangen	978	1045	2023
Bleienbach	471	449	920
Langenthal	1294	1402	2696
Lozwyl	1176	1155	2331
Madiswyl	1019	1073	2092
Melchnau	1708	1633	3341
Roggwyl	672	734	1406
Rohrbach	2374	2382	4756
Thunstetten	823	843	1666
Wynau	383	385	768
Summa		10898	11101	21999

Bürger und Angehörige anderer Kantone.			A u s l ä n d e r.			Gesamtzahl.
P e r s o n e n		Total.	P e r s o n e n		Total.	
männlichen Geschlechts.	weiblichen Geschlechts.		männlichen Geschlechts.	weiblichen Geschlechts.		
38	21	59	8	1	9	864
30	23	53	—	—	—	1436
12	5	17	—	—	—	544
18	13	31	—	—	—	959
6	6	12	—	—	—	517
24	18	42	2	—	2	1369
19	11	30	—	—	—	871
18	9	27	3	2	5	1265
32	20	52	1	—	1	1719
49	42	91	2	1	3	1831
47	35	82	1	2	3	2270
293	203	496	17	6	23	13645
74	46	120	8	2	10	2153
9	12	21	1	—	1	942
217	153	370	42	22	64	3130
53	44	97	2	—	2	2430
17	15	32	2	—	2	2126
29	23	52	5	1	6	3399
62	76	138	3	1	4	1548
37	35	72	1	2	3	4831
27	44	71	3	2	5	1742
44	39	83	1	1	2	853
569	487	1056	68	31	99	23154

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n.		Bürger und Angehörige des Kantons.		
		P e r s o n e n männlichen weiblichen Geschlechts.		Total.
B e r n.				
Bern, Stadt *)	7661	9543	17204
Bolligen	1534	1388	2922
Bremgarten	844	877	1721
Bümpliz	928	953	1881
Kirchlindach	389	370	759
Köniz	2660	2570	5230
Muri	529	543	1072
Oberbalm	587	579	1166
Stettlen	318	327	645
Vechnigen	1275	1273	2548
Wohlen	1303	1204	2507
Summa		18028	19627	37655
B i e l.				
Biel	1557	1782	3339
Summa		1557	1782	3339
B ü r e n.				
Arch	761	691	1452
Büren	512	542	1054
Dießbach	645	658	1303
Lengnau	336	357	693
Oberwyl	316	316	632
Pieterlen	629	656	1285
Rütti	284	282	566
Wengi	298	303	601
Summa		3781	3805	7586

*) Einige Gesandtschaften haben die Zählung in ihrem Hause verweigert.

Bürger und Angehörige anderer Kantone.			A u s l ä n d e r.			Gesamtzahl.
P e r s o n e n		Total.	P e r s o n e n		Total.	
männlichen Geschlechts.	weiblichen		männlichen Geschlechts.	weiblichen		
1817	2012	3829	945	444	1389	22422
103	77	180	15	9	24	3126
74	86	160	1	—	1	1882
33	23	56	2	1	3	1940
38	7	45	1	—	1	805
118	101	219	32	7	39	5488
24	22	46	1	1	2	1120
2	3	5	—	—	—	1171
8	5	13	—	—	—	658
25	21	46	2	1	3	2597
26	37	63	7	—	7	2577
2268	2394	4662	1006	463	1469	43786
370	331	701	160	48	208	4248
370	331	701	160	48	208	4248
27	17	44	3	—	3	1499
46	37	83	10	—	10	1147
43	33	76	1	—	1	1380
13	9	22	1	—	1	716
21	10	31	—	—	—	663
24	22	46	1	—	1	1332
4	14	18	—	—	—	584
20	18	38	—	—	—	639
198	160	358	16	—	16	7960

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n .	Bürger und Angehörige des Kantons.		
	P e r s o n e n		T o t a l .
	männlichen	weiblichen	
G e s c h l e c h t s .			
B u r g d o r f .			
Burgdorf	1057	1018	2075
Hasle	1027	1017	2044
Heimiswyl	1135	1082	2217
Hindelbank	545	572	1117
Kirchberg	2173	2053	4226
Koppigen	1009	952	1961
Krauchthal	900	924	1824
Oberburg	931	910	1841
Wynigen	1203	1185	2388
Summa	9980	9713	19693
C o u r t e l a r y .			
Corgemont	411	397	808
Courtelary	515	550	1065
St. Immer	985	1009	1994
Ilfingen (Orvin)	303	272	575
Büderich (Pern)	348	295	643
Renan	897	810	1707
Sombeval	207	173	380
Sonvillier	817	788	1605
Eramlingen	1121	1121	2242
Vaufelin	217	198	415
Summa	5821	5613	11434

Bürger und Angehörige anderer Kantone.			Ausländer.			Gesamtzahl.
Personen		Total.	Personen		Total.	
männlichen Geschlechts.	weiblichen Geschlechts.		männlichen Geschlechts.	weiblichen Geschlechts.		
119	123	242	82	18	100	2417
10	13	23	—	—	—	2067
8	12	20	—	3	3	2240
36	32	68	3	2	5	1190
128	118	246	11	6	17	4489
28	24	52	4	1	5	2018
45	41	86	—	—	—	1910
35	28	63	3	—	3	1907
37	24	61	2	—	2	2451
446	415	861	105	30	135	20689
85	52	137	4	—	4	949
58	55	113	37	9	46	1224
243	243	486	70	35	105	2585
18	20	38	—	—	—	613
42	24	66	7	7	14	723
292	277	569	49	30	79	2355
9	11	20	3	3	6	406
117	128	245	36	18	54	1904
34	21	55	13	7	20	2317
3	1	4	1	—	1	420
901	832	1733	220	109	329	13496

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n .	Bürger und Angehörige des Kantons.		
	P e r s o n e n männlichen weiblichen Geschlechts.		T o t a l .
D e l s b e r g .			
Bassecourt	386	393	779
Boecourt	290	283	573
Bourrignon	152	192	344
Courfaivre	306	304	610
Courroux	362	390	752
Courtetelle	299	290	589
Delsberg	574	617	1191
Develier	256	250	506
Glovelier	267	250	517
Montsevelier	207	194	401
Novelier	209	249	458
Pleigne	232	183	415
Rebeuvelier	127	142	269
Saulcy	114	137	251
Soihières	132	114	246
Soulce	201	193	394
Undervelier	314	308	622
Vermes	231	262	493
Viques	199	227	426
Blauen	138	140	278
Brislach	166	194	360
Burg	99	113	212
Lauffen	762	790	1552
Liesberg	232	222	454
Nenzlingen	104	80	184
Pfeffingen *)	301	305	606
Roggenburg	227	226	453
Röschenz	209	221	430
Tittingen	148	145	293
Summa	7244	7414	14658

*) Nämlich die zu diesem, dem Kanton Basel zugetheilten, Kirchspiel

Bürger und Angehörige anderer Kantone.			A u s l ä n d e r.			Gesamtzahl.
P e r s o n e n		Total.	P e r s o n e n		Total.	
männlichen Geschlechts.	weiblichen Geschlechts.		männlichen Geschlechts.	weiblichen Geschlechts.		
2	3	5	12	10	22	806
—	—	—	1	2	3	576
9	3	12	1	1	2	358
2	2	4	1	1	2	616
43	31	74	—	3	3	829
10	5	15	3	2	5	609
70	60	130	62	39	101	1422
5	9	14	2	2	4	524
2	1	3	3	3	6	526
1	—	1	—	2	2	404
—	1	1	7	8	15	474
9	6	15	21	13	34	464
13	15	28	3	9	12	309
3	4	7	—	—	—	258
5	3	8	2	—	2	256
2	2	4	—	1	1	399
4	4	8	34	40	74	704
42	33	75	1	1	2	570
5	6	11	2	2	4	441
8	10	18	1	1	2	298
25	13	38	1	—	1	399
21	21	42	5	5	10	264
44	52	96	30	19	49	1697
9	20	29	—	—	—	483
—	3	3	—	—	—	187
37	22	59	11	4	15	680
4	5	9	13	11	24	486
12	8	20	3	2	5	455
2	3	5	—	—	—	298
389	345	734	219	181	400	15792

gehörenden Ortschaften Duggingen und Grellingen.

A m t s b e z i r k e					Bürger und Angehörige des Kantons.		
und					P e r s o n e n		Total.
K i r c h g e m e i n d e n .					männlichen	weiblichen	
					Geschlechts.		
E r l a c h .							
Erlach	488	522	1010
Gampelen	332	330	662
Ins	1261	1303	2564
Neuenstadt	588	574	1162
Nods	370	350	720
Siselen	435	436	871
Tes	586	556	1142
Vinelz	422	390	812
Summa					4483	4461	8943
F r a u b r u n n e n .							
Bätterkinden	508	505	1013
Gräffenried	463	456	919
Regenstorf	1344	1280	2624
Limpach	409	399	808
Messen	529	535	1064
Münchenbuchsee	1128	893	2021
Ugenstorf	1008	1018	2026
Summa					5389	5086	10475
F r e i b e r g e n .							
Des Bois	513	521	1034
St. Brais	282	292	574
Des Breuleux	382	355	737
Transport					1177	1168	2345

Bürger und Angehörige anderer Kantone.			A u s l ä n d e r.			Gesamtzahl.
P e r s o n e n		Total.	P e r s o n e n		Total.	
männlichen Geschlechts.	weiblichen		männlichen Geschlechts.	weiblichen		
31	26	57	7	—	7	1074
31	31	62	10	—	10	734
66	66	132	2	1	3	2699
111	72	183	56	10	66	1411
45	35	80	—	—	—	800
4	3	7	1	—	1	879
20	14	34	5	3	8	1184
27	17	44	—	—	—	856
335	264	599	81	14	95	9637
22	24	46	5	—	5	1064
22	25	47	2	2	4	970
48	47	95	4	—	4	2723
23	15	38	—	—	—	846
41	36	77	—	—	—	1141
97	44	141	47	7	54	2216
50	46	96	6	1	7	2129
303	237	540	64	10	74	11089
10	3	13	53	37	90	1137
1	—	1	3	1	4	579
2	—	2	1	—	1	740
13	3	16	57	38	95	2456

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n.				Bürger und Angehörige des Kantons.		
				P e r s o n e n		T o t a l.
				männlichen	weiblichen	
				Geschlechts.		
Freibergen.	Transport			1177	1168	2345
Epauvillers				261	283	544
Montfaucon				291	319	610
Noirmont				514	516	1030
Pommerats				232	191	423
Saignelégier				897	947	1844
Soubey				150	152	302
Summa				3522	3576	7098
F r u t i g e n.						
Frutigen				2047	2144	4191
Reichenbach				1056	1211	2267
Neschi				892	863	1755
Adelboden				623	642	1265
Summa				4618	4860	9478
I n t e r l a k e n.						
Brienç				1597	1491	3088
Osteig				2751	2707	5458
Grindelwald				1276	1271	2547
Habferr				370	307	677
Leißigen				383	409	792
Lauterbrunnen . . .				844	862	1706
Ringgenberg				549	585	1134
St. Beatenberg . . .				489	477	966
Unterseen				525	550	1075
Summa				8784	8659	17443

Bürger und Angehörige anderer Kantone.			A u s l ä n d e r.			Gesamtzahl.
P e r s o n e n männlichen weiblichen Geschlechts.		Total.	P e r s o n e n männlichen weiblichen Geschlechts.		Total.	
13	3	16	57	38	95	2456
1	—	1	10	10	20	565
2	1	3	4	3	7	620
2	3	5	48	38	86	1121
—	—	—	22	32	54	477
4	6	10	25	24	49	1903
5	2	7	24	18	42	351
27	15	42	190	163	353	7493
21	18	39	3	—	3	4233
7	6	13	4	7	11	2291
—	—	—	—	—	—	1755
—	—	—	—	—	—	1265
28	24	52	7	7	14	9544
4	5	9	3	2	5	3102
29	22	51	11	2	13	5522
—	—	—	2	1	3	2550
—	—	—	2	2	4	681
2	3	5	—	—	—	797
—	—	—	—	—	—	1706
—	—	—	—	—	—	1134
2	6	8	—	—	—	974
16	16	32	3	—	3	1110
53	52	105	21	7	28	17576

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n.		Bürger und Angehörige des Kantons.		
		P e r s o n e n männlichen weiblichen Geschlechts.		Total.
K o n o l f i n g e n.				
Dießbach		2965	2894	5859
Wichtrach		985	976	1961
Münsingen		2516	2348	4864
Worb		1420	1385	2805
Walfringen		921	908	1829
Biglen		1522	1448	2970
Höchstetten		2244	2174	4418
Wyl		447	426	873
	Summa	13020	12559	25579
L a u p e n.				
Ferenbalm		412	400	812
Frauenkappelen		344	297	641
Kerzerz		488	498	986
Laupen		425	420	845
Mühleberg		1083	1026	2109
Münchenwyler u. Clavaleyres *)		209	187	396
Neuenegg		913	893	1806
	Summa	3874	3721	7595
M ü n s t e r.				
Bevilard		422	402	824
Court		421	356	777
Grandval		385	365	750
	Transport	1228	1123	2351

*) Sind zwar keine Kirchgemeinden, müssen aber, als nach Murten, im

Bürger und Angehörige anderer Kantone.			A u s l ä n d e r.			Gesamtzahl.
P e r s o n e n		Total.	P e r s o n e n		Total.	
männlichen Geschlechts.	weiblichen		männlichen Geschlechts.	weiblichen		
27	27	54	2	—	2	5915
34	47	81	4	6	10	2052
27	23	50	12	2	14	4928
48	39	87	7	—	7	2899
10	16	26	4	—	4	1859
4	3	7	—	—	—	2977
15	17	32	3	—	3	4453
10	5	15	—	—	—	888
175	177	352	32	8	40	25971
56	50	106	1	—	1	919
8	6	14	—	—	—	655
7	9	16	1	—	1	1003
21	27	48	5	—	5	898
33	30	63	1	—	1	2173
50	35	85	1	—	1	482
35	39	74	1	—	1	1881
210	196	406	10	—	10	8011
29	28	57	1	—	1	882
29	27	56	14	5	19	852
76	63	139	10	12	22	911
134	118	252	25	17	42	2645

Kanton Freiburg, kirchgenössig, hier ausgesetzt werden.

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n.				Bürger und Angehörige des Kantons.		
				P e r s o n e n		T o t a l.
				männlichen	weiblichen	
				Geschlechts.		
Münster.	Transport			1228	1123	2351
Münster				603	585	1188
Sornetan				300	334	634
Savannes				746	750	1496
Corban				162	153	315
Courrendlin . . .				433	451	884
Courchapoix . . .				114	127	241
Les Genevez . . .				233	238	471
La Tour				232	250	482
Mervelier				233	273	506
Elay *)				71	73	144
Summa				4355	4357	8712
N i d a u.						
Bürglen				911	935	1846
Gottstatt				353	353	706
Ligerz				215	195	410
Mett				434	435	869
Nidau				568	581	1149
Suz				294	252	546
Täuffelen				665	609	1274
Zwamm				388	405	793
Walperswyl . . .				370	362	732
Summa				4198	4127	8325

*) Elay ist zwar keine Kirchgemeinde, wird aber hier ausgesetzt, weil

Bürger und Angehörige anderer Kantone.			A u s l ä n d e r.			Gesamtzahl.
P e r s o n e n		Total.	P e r s o n e n		Total.	
männlichen Geschlechts.	weiblichen Geschlechts.		männlichen Geschlechts.	weiblichen Geschlechts.		
134	118	252	25	17	42	2645
45	36	81	24	5	29	1298
30	27	57	1	—	1	692
80	52	132	28	10	38	1666
3	5	8	5	4	9	332
27	26	53	26	28	54	991
3	4	7	—	1	1	249
2	—	2	—	—	—	473
5	—	5	1	—	1	488
30	23	53	5	5	10	569
26	22	48	3	1	4	196
385	313	698	118	71	189	9599
38	42	80	—	—	—	1926
11	14	25	2	—	2	733
22	7	29	14	—	14	453
36	39	75	3	—	3	947
36	14	50	21	8	29	1228
5	6	11	—	—	—	557
15	12	27	2	—	2	1303
38	14	52	10	1	11	856
15	11	26	1	—	1	759
216	159	375	53	9	62	8762

es nach Vermes, im Amtsbezirk Delsberg, kirchgenössig ist.

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n .	Bürger und Angehörige des Kantons.		
	P e r s o n e n		T o t a l .
	männlichen Geschlechts.	weiblichen	
O b e r h a s l e .			
Gadmen	318	372	690
Guttannen	229	257	486
Inner-Kirchet	662	694	1356
Meiringen	2019	2107	4126
Summa	3228	3430	6658
P r u n t r u t .			
Beurnevaisin	158	160	318
Bonfol	588	598	1186
Coeuve	286	279	565
Dampfreux	292	266	558
Vendelincourt	312	346	658
Boncourt	251	263	514
Buir	206	179	385
Bure	408	392	800
Courchavon	119	120	239
Courtemaiche	195	204	399
Montignez	158	139	297
Alle	382	415	797
Bressancourt	188	187	375
Courgenay	479	509	988
Courtedoux	220	229	449
Fontenois	261	285	546
Charmoille	678	733	1411
Cornol	369	351	720
Miscourt	267	280	547
Transport	5817	5935	11752

Bürger und Angehörige anderer Kantone.			A u s l ä n d e r.			Gesamtzahl.
Personen		Total.	Personen		Total.	
männlichen Geschlechts.	weiblichen Geschlechts.		männlichen Geschlechts.	weiblichen Geschlechts.		
3	4	7	—	—	—	697
3	3	6	—	—	—	492
4	9	13	—	—	—	1369
17	17	34	4	1	5	4165
27	33	60	4	1	5	6723
—	—	—	2	3	5	323
1	—	1	12	8	20	1207
4	2	6	3	4	7	578
—	—	—	11	6	17	575
—	—	—	2	14	16	674
5	5	10	50	28	78	602
1	—	1	5	6	11	397
—	—	—	14	12	26	826
2	4	6	19	13	32	277
2	1	3	12	6	18	420
1	—	1	11	5	16	314
—	—	—	—	2	2	799
—	—	—	5	4	9	384
6	2	8	19	9	28	1024
—	—	—	2	6	8	457
—	—	—	18	13	31	577
2	—	2	21	28	49	1462
2	3	5	8	6	14	739
—	—	—	1	1	2	549
26	17	43	215	174	389	12184

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n.		Bürger und Angehörige des Kantons.		
		P e r s o n e n männlichen weiblichen Geschlechts.		Total.
Pruntrut.	Transport	5817	5935	11752
Pruntrut		851	1030	1881
Chevenez		424	384	808
Damvant		253	272	525
Fahy		211	218	429
Grandfontaine		393	418	811
Ocourt		157	142	299
St. Ursanne		524	576	1100
	Summa	8630	8975	17605
S a n e n.				
Abläntschen		66	60	126
Gsteig		348	360	708
Lauenen		299	305	604
Sanen		1470	1557	3027
	Summa	2183	2282	4465
S c h w a r z e n b u r g.				
Albligen		285	288	573
Guggisberg		2526	2645	5171
Wahlern		2512	2439	4951
	Summa	5323	5372	10695

Bürger und Angehörige anderer Kantone.			A u s l ä n d e r.			Gesamtzahl.
P e r s o n e n		Total.	P e r s o n e n		Total.	
männlichen Geschlechts.	weiblichen		männlichen Geschlechts.	weiblichen		
26	17	43	215	174	389	12184
65	39	104	279	258	537	2522
—	—	—	12	9	21	829
—	—	—	38	31	69	594
—	—	—	11	12	23	452
—	—	—	17	9	26	837
5	6	11	60	55	115	425
10	9	19	94	68	162	1281
106	71	177	726	616	1342	19124
5	1	6	—	—	—	132
6	9	15	3	1	4	727
10	8	18	—	—	—	623
31	43	74	7	1	8	3109
52	61	113	10	2	12	4590
8	10	18	—	—	—	591
14	16	30	1	1	2	5203
13	10	23	1	—	1	4975
35	36	71	2	1	3	10769

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n.	Bürger und Angehörige des Kantons.		
	P e r s o n e n		T o t a l.
	männlichen Geschlechts.	weiblichen	
S e f t i g e n.			
Belp	1499	1503	3002
Gerzensee	394	399	793
Gurzelen	535	591	1126
Kirchdorf	989	889	1878
Rüeggisberg	1466	1502	2968
Thurnen	1857	1946	3803
Wattenwyl	909	992	1901
Zimmerwald	903	843	1746
Summa	8552	8665	17217
S i g n a u.			
Eggiwyl	1218	1210	2428
Langnau	2554	2483	5037
Lauperswyl	1230	1252	2482
Röthenbach	755	728	1483
Rüderswyl	1103	1134	2237
Schangnau	523	511	1034
Signau	1187	1103	2290
Trub	1360	1331	2691
Summa	9930	9752	19682
O b e r - S i m m e n t h a l.			
Boltigen	978	946	1924
Lenk	1072	1158	2230
St. Steffan	663	745	1408
Zweisimmen	945	994	1939
Summa	3658	3843	7501

Bürger und Angehörige anderer Kantone.			A u s l ä n d e r.			Gesamtzahl.
P e r s o n e n		Total.	P e r s o n e n		Total.	
männlichen Geschlechts.	weiblichen Geschlechts.		männlichen Geschlechts.	weiblichen Geschlechts.		
70	65	135	8	1	9	3146
6	9	15	—	—	—	808
6	6	12	1	2	3	1141
22	22	44	—	—	—	1922
5	5	10	—	—	—	2978
74	64	138	4	—	4	3945
5	8	13	2	—	2	1916
5	1	6	—	—	—	1752
193	180	373	15	3	18	17608
7	13	20	—	—	—	2448
26	13	39	5	—	5	5081
6	4	10	2	—	2	2494
5	6	11	—	—	—	1494
11	8	19	—	—	—	2256
1	3	4	—	—	—	1038
20	9	29	5	—	5	2324
3	2	5	1	—	1	2697
79	58	137	13	—	13	19832
2	5	7	2	8	10	1941
3	5	8	—	—	—	2238
3	2	5	—	—	—	1413
7	6	13	18	—	18	1970
15	18	33	20	8	28	7562

A m t s b e z i r k e und K i r c h g e m e i n d e n.	Bürger und Angehörige des Kantons.		
	P e r s o n e n		T o t a l.
	männlichen Geschlechts.	weiblichen	
Nieder-Simmenthal.			
Därstetten	487	467	954
Diemtigen	901	933	1834
Erlenbach	573	631	1204
Oberwyl	679	736	1415
Reutigen	588	614	1202
Spiez	869	930	1799
Wimmis	546	601	1147
Summa	4643	4912	9555
Thun.			
Amsoldingen	837	842	1679
Blumenstein	420	441	862
Hilterfingen	864	884	1748
Schwarzenegg	1274	1266	2540
Sigriswyl	1415	1441	2856
Steffisburg	2316	2186	4502
Thierachern	1392	1368	2760
Thun	2132	2446	4578
Summa	10650	10874	21524
Trachselwald.			
Affoltern	543	504	1047
Dürrenroth	780	745	1525
Erismwyl	2004	1983	3987
Huttwyl	1490	1538	3028
Transport	4817	4770	9587

Bürger und Angehörige anderer Kantone.			A u s l ä n d e r.			Gesamtzahl.
P e r s o n e n männlichen weiblichen Geschlechts.		Total.	P e r s o n e n männlichen weiblichen Geschlechts.		Total.	
2	2	4	—	—	—	958
9	11	20	1	—	1	1855
17	17	34	3	1	4	1242
3	5	8	—	—	—	1423
4	6	10	—	—	—	1212
8	3	11	—	—	—	1810
14	8	22	—	—	—	1169
57	52	109	4	1	5	9669
9	4	13	—	—	—	1692
1	—	1	—	—	—	862
7	9	16	7	4	11	1775
3	3	6	—	—	—	2546
1	—	1	2	5	7	2864
49	26	75	15	3	18	4595
34	29	63	1	1	2	2825
147	130	277	78	22	100	4955
251	201	452	103	35	138	22114
3	2	5	—	—	—	1052
9	8	17	—	—	—	1542
28	24	52	—	—	—	4039
29	27	56	8	—	8	3092
69	61	130	8	—	8	9725

Amtsbezirke und Kirchgemeinden.	Bürger und Angehörige des Kantons.		
	Personen männlichen weiblichen Geschlechts.		Total.
Trachselwald. Transport	4817	4770	9587
Lüzelflüh	1690	1624	3314
Rüegsau	1025	969	1994
Sumiswald	2565	2572	5137
Trachselwald	801	819	1620
Walterswyl	353	324	677
Summa	11251	11078	22329
Wangen.			
Herzogenbuchsee	2848	2939	5787
Niederbipp	1293	1248	2541
Oberbipp	1598	1590	3188
Seeberg	948	883	1831
Ursenbach	702	642	1344
Wangen	828	793	1621
Summa	8217	8095	16312

Bürger und Angehörige anderer Kantone.			A u s l ä n d e r.			Gesamtzahl.
Personen männlichen weiblichen Geschlechts.		Total.	Personen männlichen weiblichen Geschlechts.		Total.	
69	61	130	8	—	8	9725
18	9	27	4	—	4	3345
22	10	32	2	—	2	2028
25	23	48	18	4	22	5207
2	5	7	1	—	1	1628
4	4	8	—	—	—	658
140	112	252	33	4	37	22618
104	102	206	13	2	15	6008
46	36	82	6	—	6	2629
46	39	85	4	2	6	3279
22	9	31	1	—	1	1863
15	9	24	—	—	—	1368
37	17	54	17	13	30	1705
270	212	482	41	17	58	16852

Zusammenzug. Amtsbezirke.	Bürger und Angehörige des Kantons.		
	Personen männlichen weiblichen Geschlechts.		Total.
Narberg	6623	6503	13126
Narwangen	10898	11101	21999
Bern	18028	19627	37655
Biel	1557	1782	3339
Büren	3781	3805	7586
Burgdorf	9980	9713	19693
Courtelary	5821	5613	11434
Delsberg	7244	7414	14658
Erlach	4482	4461	8943
Fraubrunnen	5389	5086	10475
Freibergen	3522	3576	7098
Frutigen	4618	4860	9478
Interlaken	8784	8659	17443
Konolfingen	13020	12559	25579
Laupen	3874	3721	7595
Transport	107621	108480	216101

Bürger und Angehörige anderer Kantone.			A u s l ä n d e r.			Gesamtzahl.
P e r s o n e n		Total.	P e r s o n e n		Total.	
männlichen Geschlechts.	weiblichen Geschlechts.		männlichen Geschlechts.	weiblichen Geschlechts.		
293	203	496	17	6	23	13645
569	487	1056	68	31	99	23154
2268	2394	4662	1006	463	1469	43786
370	331	701	160	48	208	4248
198	160	358	16	—	16	7960
446	415	861	105	30	135	20689
901	832	1733	220	109	329	13496
389	345	734	219	181	400	15792
335	264	599	81	14	95	9637
303	237	540	64	10	74	11089
27	15	42	190	163	353	7493
28	24	52	7	7	14	9544
53	52	105	21	7	28	17576
175	177	352	32	8	40	25971
210	196	406	10	—	10	8011
6565	6132	12697	2216	1077	3293	232091

Zusammenzug.		Bürger und Angehörige des Kantons.		
		Personen		Total.
Amtsbezirke.		männlichen	weiblichen	
		Geschlechts.		
Transport		107621	108480	216101
Münster	4355	4357	8712
Nidau	4198	4127	8325
Oberhasle	3228	3430	6658
Pruntrut	8630	8975	17605
Sanen	2183	2282	4465
Schwarzenburg	5323	5372	10695
Seftigen	8552	8665	17217
Signau	9930	9752	19682
Ober-Simmenthal	3658	3843	7501
Nieder-Simmenthal	4643	4912	9555
Thun	10650	10874	21524
Trachselwald	11251	11078	22329
Wangen	8217	8095	16312
Total		192439	194242	386681

Bürger und Angehörige anderer Kantone.			A u s l ä n d e r.			Gesamtzahl.
P e r s o n e n		Total.	P e r s o n e n		Total.	
männlichen Geschlechts.	weiblichen Geschlechts.		männlichen Geschlechts.	weiblichen Geschlechts.		
6565	6132	12697	2216	1077	3293	232091
385	313	698	118	71	189	9599
216	159	375	53	9	62	8762
27	33	60	4	1	5	6723
106	71	177	726	616	1342	19124
52	61	113	10	2	12	4590
35	36	71	2	1	3	10769
193	180	373	15	3	18	17608
79	58	137	13	—	13	19832
15	18	33	20	8	28	7562
57	52	109	4	1	5	9669
251	201	452	103	35	138	22114
140	112	252	33	4	37	22618
270	212	482	41	17	58	16852
8391	7638	16029	3358	1845	5203	407913

E r k l ä r u n g ,

betreffend

die Erneuerung der Uebereinkunft zwischen der königlich sardinischen Regierung und mehreren Schweizerkantonen über die gegenseitigen Niederlassungsverhältnisse.

16. Mai
1838.

Nachdem die am 12. Mai 1827 durch die respektiven Bevollmächtigten unterzeichnete Uebereinkunft über die gegenseitigen Niederlassungsverhältnisse der Unterthanen Sr. Majestät des Königs von Sardinien in der Schweiz und der schweizerischen Angehörigen in den Staaten der sardinischen Monarchie ihr Ende erreicht hat, sind die unterzeichneten Bevollmächtigten, nach erfolgter Auswechslung ihrer Vollmachtsakten und in Folge einer von dem Herrn Freiherrn von Blonay unter'm 28. Mai l. J. dem Vorort der schweizerischen Eidgenossenschaft erteilten Erwiederung, einerseits im Namen der Regierung Sr. Majestät des Königs von Sardinien und anderseits im Namen der Stände Luzern, Zürich, Glarus, Solothurn, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau, Tessin und Neuenburg übereingekommen, die erwähnte Uebereinkunft auf eine Dauer von zehn Jahren, von dem 1. Heumonats 1837 an gerechnet, zu erneuern und zwar in denjenigen Ausdrücken, in welchen dieselbe im Jahr 1827 abgeschlossen wurde, so wie in denjenigen, durch welche die oben aufgezählten Stände derselben beigetreten waren.

Ebenso sind die unterzeichneten Bevollmächtigten ausdrücklich übereingekommen, daß es den Kantonen Graubünden und Waadt, welche sich unter Vorbehalt definitiver Ratifikation für die Erneuerung dieser Ueber-

einkunft erklärt haben, und den Kantonen Bern, Freiburg, Aargau und Wallis, so wie allen übrigen Kantonen, welche sich noch nicht für diese Uebereinkunft erklären konnten, zu allen Zeiten frei stehe, derselben beizutreten.

16. Mai
1838.

Am ersten Heumonats eintausend achthundert sieben und vierzig, nach Ablauf derjenigen zehn Jahre, für welche die erwähnte Uebereinkunft erneuert worden ist, steht es den kontrahirenden Theilen frei, die gegenseitigen Verabredungen zu erneuern, in Folge gemeinsamen Einverständnisses zu verändern oder von derselben des Gänzlichen zurückzutreten.

Von der gegenwärtigen Uebereinkunft sind im Namen Sr. Majestät des Königs von Sardinien durch ihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der schweizerischen Eidgenossenschaft, Herrn Freiherrn von Blonay, und im Namen des eidgenössischen Vororts durch dessen Kommissarien, Herrn de la Harpe, Staatsrath des Kantons Waadt, und Herrn Barman, Mitglied des Landrathes des Kantons Wallis, zwei urschriftliche Ausfertigungen unterzeichnet worden zu Luzern den ein und dreißigsten Heumonats eintausend achthundert dreißig und sieben.

Der außerordentliche
Gesandte und bevollmächtigte
Minister von Sardinien,
Freiherr von Blonay.

E. de la Harpe,
Mitglied des Staats-
raths des Kantons Waadt,
Kommissarius ad hoc.

Barman,
Mitglied des Landrathes
des Kantons Wallis,
Kommissarius ad hoc.

Für getreue Uebersetzung,
der eidgenössische Kanzler,
Am Rhyn.

16. Mai
1838.

Der Stand Bern trat der obigen Erklärung unter'm 21. August 1837 bei, was der Bundesversammlung von Seite der bernischen Gesandtschaft am 29. August 1837 mitgetheilt wurde. (Siehe Bericht der Gesandtschaft des Standes Bern über die Tagsatzung vom Jahr 1837, S. 46, Pag. 76, 77.)

A n m e r k u n g.

Zwischen der Regierung des Kantons Bern und der königlich-sardinischen Gesandtschaft bei der Eidgenossenschaft, ist die auf die Note des außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers von Sardinien, Seiner Excellenz des Herrn Baron von Blonay, vom 19. Hornung 1838, und das Antwortschreiben des Regierungsrathes der Republik Bern, vom 30. April 1838, gegründete Uebereinkunft geschlossen worden, welcher zufolge der Ansiedelungspasß für das neue sardinische Familienhaupt, dessen Vorweisung Behufs der Ertheilung einer Heirathsbewilligung an einen sardinischen Unterthan durch den Artikel 7 des vorgedachten Niederlassungsvertrages mit Sardinien vorgeschrieben ist, demselben erst nach vollzogener Ehe durch die Gesandtschaft zugestellt werden soll.

Bern, den 23. Mai 1838.

Namens des Regierungsraths,

Der Schultheiß,

Escharner.

Der Staatschreiber,

Hünerwadel.

Freizügigkeitsvertrag

zwischen

der Eidgenossenschaft und dem Fürstenthum Lichtenstein.

Eidgenössische Erklärung.

Der Vorort der schweizerischen Eidgenossenschaft ist mit der Regierung des Fürstenthums Lichtenstein in Hinsicht einer wechselseitigen allgemeinen Freizügigkeit übereingekommen:

1. Juni
1838.

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Fürstenthum Lichtenstein, oder umgekehrt aus dem Fürstenthum Lichtenstein in die schweizerische Eidgenossenschaft gehenden Vermögen unter was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein, ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten, bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen eingeführt sind oder allenfalls eingeführt werden könnten und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen, ohne Rücksicht auf Vermögensexportation, entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben. Eben so wenig sind die vorschristgemäßen Geldleistungen aufgehoben, welche als Ersatz für nicht erfüllte Militärpflicht in dem einen oder andern Staate von auswandernden Staatsangehörigen, die noch in den Jahren der Militärpflichtigkeit stehen, bezogen werden.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

1. Juni
1838.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatskassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden seien, und es sollen daher auch alle Privatberechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten aufgehoben sein.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblick an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene, aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

6. Gegenwärtige im Namen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der Regierung des Fürstenthums Lichtenstein zweimal gleichlautend ausgefertigte Konvention soll, nach erfolgter Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Also geschehen in Luzern, den eilften Hornung eintausend achthundert dreißig und acht.

Schultheiß und Staatsrath des Kantons Luzern,
als eidgenössischer Vorort,

in deren Namen,
Der Schultheiß,

(L. S.)

J. Kopp.

Der eidgenössische Kanzler,

Am Rhyn.

Für getreue Abschrift,

der eidgenössische Kanzler,

Am Rhyn.

Fürstlich-Lichtenstein'sche Deklaration.

1. Juni
1838.

Nachdem zwischen dem souveränen Fürstenthum Lichtenstein und dem hohen Vororte der schweizerischen Eidgenossenschaft in Hinsicht einer wechselseitigen allgemeinen Freizügigkeit die nachstehenden Bestimmungen zu dießfälliger Verpflichtung mittelst gegenseitig auszuwechselnder Erklärungen verabredet worden, so wird hiedurch von Seite des souveränen Fürstenthums Lichtenstein erklärt:

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus dem Fürstenthum Lichtenstein in die schweizerische Eidgenossenschaft, oder umgekehrt aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Fürstenthum Lichtenstein gehenden Vermögen unter was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein, ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen eingeführt sind oder allenfalls eingeführt werden könnten und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen, ohne Rücksicht auf Vermögensexportation, entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben. Eben so wenig sind die vorschriftsgemäßen Geldleistungen aufgehoben, welche als Ersatz für nicht erfüllte Militärpflicht in dem einen oder andern Staate von auswandernden Staatsangehörigen, die noch in den Jahren der Militärpflichtigkeit stehen, bezogen werden.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

1. Juni
1838.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatskassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden seien, und es sollen daher auch alle Privatberechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten aufgehoben sein.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalles oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblicke an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene, aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

6. Gegenwärtige im Namen der Regierung des Fürstenthums Lichtenstein und der schweizerischen Eidgenossenschaft zweimal gleichlautend ausgefertigte Konvention soll, nach erfolgter Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Zu Urkund dessen ist gegenwärtige Deklaration mit den üblichen Unterschriften und Siegel bekräftiget worden.

So geschehen zu Wien, den 18. April 1838.

Fürstlich-Lichtenstein'sche Hofkanzlei,
Joseph Freiherr von Buschmann,
fürstlicher dirigirender Hofrath.

(L. S.) **Maximilian Kraupa,**
fürstlicher Rath.

Franz Straß,
fürstlicher Sekretär.

Für getreue Abschrift,
der eidgenössische Kanzler,
Am Rhodn.

Wir Schultheiß und Regierungsrath der
Republik Bern

verordnen:

Die vorstehenden, über die gegenseitige Freizügigkeit zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstenthum Lichtenstein unter'm 20. April lezthin zu Wien zwischen den respektiven Bevollmächtigten gewechselten Erklärungen, zu denen der Große Rath des Kantons Bern, Namens dieses Standes, am 15. November 1837 seinen Beitritt erklärt hat, sollen von nun an in dem ganzen Gebiet der Republik in Vollziehung treten und zu Jedermanns Verhalt in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingerückt werden.

1. Juni
1838.

Bern, den 1. Brachmonat 1838.

Namens des Regierungsrathes,
Der Schultheiß,
Fscharner.
Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

Freizügigkeitsvertrag

zwischen

der Eidgenossenschaft und dem Großherzogthum
Mecklenburg-Strelitz.

Eidgenössische Erklärung.

Der eidgenössische Vorort ist, Namens der schweizerischen Eidgenossenschaft, mit der großherzoglich-mecklenburg-strelitzischen Staatsregierung in Hinsicht einer

1. Juni
1838.

1. Juni
1838.

wechselseitigen allgemeinen Freizügigkeit über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz, oder umgekehrt aus dem Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz in die schweizerische Eidgenossenschaft gehenden Vermögen, unter was immer für einem Namen, erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein, ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen eingeführt sind oder allenfalls eingeführt werden könnten und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen, ohne Rücksicht auf Vermögensexportation, entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatskassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden seien, und es sollen daher auch alle Privatrechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten aufgehoben sein.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblicke

an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene, aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

1. Juni
1838.

6. Gegenwärtige im Namen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der großherzoglich-meklenburg-strelizischen Staatsregierung zweimal gleichlautend ausgefertigte Konvention soll, nach erfolgter Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Luzern, den vierzehnten Heumonats eintausend achthundert sieben und dreißig.

Schultheiß und Staatsrath des Kantons Luzern,
als eidgenössischer Vorort,

in deren Namen,

Der Schultheiß,

(L. S.)

J. K. Amrhyn.

Der eidgenössische Kanzler,

Am Rhyn.

Für getreue Abschrift,

der eidgenössische Kanzler,

Am Rhyn.

Großherzoglich-meklenburg-strelizische
Erklärung.

Die großherzoglich-meklenburg-strelizische Regierung ist mit dem eidgenössischen Vororte, Namens der schweizerischen Eidgenossenschaft, in Hinsicht einer wechselseitigen allgemeinen Freizügigkeit über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus dem Großherzogthum Meklenburg-Streliz in die schweizerische Eidgenossenschaft, oder umgekehrt aus der

1. Juni
1838.

schweizerischen Eidgenossenschaft in das Großherzogthum Mecklenburg = Strelitz gehenden Vermögen, unter was immer für einem Namen, erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein, ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden.

2. Diejenigen Abgaben, welche in dem einen oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen eingeführt sind, oder allenfalls eingeführt werden könnten und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen, ohne Rücksicht auf Vermögensexportation, entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatskassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden, und es sollen daher auch alle Privatberechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten aufgehoben sein.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblicke an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene, aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

6. Gegenwärtige Erklärung soll gegen eine gleichlautende, Namens der schweizerischen Eidgenossenschaft ausfertigte, Erklärung ausgewechselt, und von dem Zeitpunkte an, wo diese Auswechslung Statt gefunden haben wird, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben, dann auch öffentlich bekannt gemacht werden.

1. Juni
1838.

Neustrelitz, den 21. Merz 1838.

(L. S.)

Großherzoglich-meklenburgisches
Staatsministerium,
Dewitz.

Für getreue Abschrift,
der eidgenössische Kanzler,
Am Rhyn.

E r k l ä r u n g

wegen der zwischen der großherzoglich-meklenburg-strelitzschen Regierung und der schweizerischen Eidgenossenschaft abgeschlossenen Uebereinkunft, in Hinsicht einer allgemeinen Freizügigkeit.

Wir Schultheiß und Regierungsrath der
Republik Bern
verordnen:

Die vorstehenden, über die gegenseitige Freizügigkeit zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Großherzogthum Meklenburg-Strelitz am 23. gleichen Monats zu Wien zwischen den respektiven Bevollmächtigten gewechselten Erklärungen, zu denen der Große Rath des Kantons Bern, Namens dieses Standes, am 9. Mai 1837 seinen Beitritt erklärt hat, sollen von nun an in dem ganzen Gebiete der Republik in Vollziehung

1. Juni 1838. treten und zu Jedermanns Verhalt in die Sammlung der Gesetze und Dekrete eingerückt werden.

Bern, den 1. Brachmonat 1838.

Namens des Regierungsraths,

Der Schultheiß,

Tscharner.

Der Staatschreiber,

Hünerwadel.

K r e i s s c h r e i b e n

an

sämmtliche Regierungsstatthalter, betreffend die Bewilligung des Regierungsstatthalters zu Abhaltung von außerordentlichen Gemeindeversammlungen.

T i t.

6. Juni 1838. Durch eine an uns gelangte Einfrage, ob zu der Publikation einer Bürger- oder Einwohnergemeindeversammlung die Bewilligung des Regierungsstatthalters erforderlich sei, finden wir uns veranlaßt, Ihnen nachstehende Weisung zugehen zu lassen:

Die Bekanntmachung der reglementarisch vorgeschriebenen ordentlichen Gemeindeversammlungen bedarf allerdings keiner Genehmigung von Seite der Regierungsbehörde. Dagegen ist es Behufs der Ausübung der amtlichen Aufsicht nothwendig, daß für die Erlassung der Publikation zu Einberufung außerordentlicher

Gemeindeversammlungen zuvor die Bewilligung des Regierungstatthalters eingeholt werde.

6. Juni
1838.

Wir ertheilen Ihnen, Herr Regierungstatthalter, demnach den Auftrag, den Gemeinden Ihres Amtsbezirks von dieser Vorschrift zu ihrem Verhalte Kenntniß zu geben.

Bern, den 6. Juni 1838.

Der Schultheiß,
Escharner.

Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

K r e i s s c h r e i b e n

an

sämmtliche Regierungstatthalter und an die Centralpolizeidirektion über das Verfahren bei Ertheilung von Bezirksbetretungsbewilligungen an Verwiesene.

Z i t.

Auf den Antrag der Polizeisektion des Justiz- und Polizeidepartements haben wir heute, in Betrachtung, daß keine gesetzlichen Vorschriften das Verfahren bezeichnen, welches bei Ertheilung von temporären Bezirksbetretungsbewilligungen an Verwiesene beobachtet werden soll, die Aufstellung eines daherigen Regulativs aber zu Erzielung einer wirksamen Polizeiaufsicht über diese

8. Juni
1838.

8. Juni
1838.

Klasse von Sträflingen durchaus erforderlich ist, uns veranlaßt gesehen, zu beschließen, was folgt:

1. Den Regierungsstatthaltern wird die Befugniß ertheilt, Verwiesenen in dringenden Fällen, wo die Humanität es gebietet, die Betretung des Amtsbezirks für höchstens vier Tage zu bewilligen.

Ueber diese ertheilten Bewilligungen haben die Regierungsstatthalter eine besondere genaue Kontrolle zu führen.

2. Wenn Verwiesene um Gestattung längern Aufenthaltes oder Erlaubniß zu Betretung mehr als eines Bezirkes nachsuchen, ist der Centralpolizeidirektor, und in dessen Abwesenheit sein Adjunkt, ermächtigt, dergleichen Bewilligungen bis auf die Dauer von vierzehn Tagen zu ertheilen. Im erstern Falle ist aber hiefür die Vorweisung einer Empfehlung des betreffenden Regierungsstatthalters vonnöthen.

Auch die Centralpolizeidirektion hat eine Kontrolle zu führen über die von ihr ausgestellten Bezirksbetreuungsbewilligungen.

Diesem Beschlusse, den wir in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufnehmen lassen, ist nun, so oft der Fall seiner Anwendung eintreten wird, von Ihrer Seite gehörig nachzukommen.

Bern, den 8. Juni 1838.

Der Schultheiß,

Eschner.

Der zweite Rathsschreiber,

M. v. Stürler.

Vorörtliches Kreisschreiben,

betreffend

die Uebereinkunft mit Oesterreich wegen Stempel-
und expeditiionsfreier Ausfertigung aller Tauf-,
Trauungs- und Todtenscheine.

Luzern, den 9. Brachmonat 1838.

Hochgeachtete Herren,

Getreue, liebe Eidgenossen!

Unter'm 11. März 1836 hatte der eidgenössische Vorort die Stände in Kenntniß gesetzt, daß in Folge einer kurz vorher erlassenen Entschließung der österreichischen Regierung künftig alle Tauf-, Trauungs- und Todtenscheine, so wie andere derartige Zeugnisse, deren Ausstellung von auswärtigen Behörden auf diplomatischem Wege verlangt wird, gegen Beobachtung der Reziprozität frei von Stempel und allen Expeditiionskosten von österreichischen Behörden und Seelsorgern ausgestellt werden sollen, und die Kantone eingeladen, ein gleiches Verfahren gegen die österreichischen Staaten aufzustellen. Es ist dieser Einladung seiner Zeit von den meisten Kantonen entsprochen worden, und seitdem wurde der oben angeführte Grundsatz gegenseitig beobachtet.

In Folge einiger neuerlich Statt gefundener Vorgänge findet sich der eidgenössische Vorort indessen veranlaßt, die Stände zu benachrichtigen, daß unter denjenigen Zeugnissen, welche tarfrei ausgestellt werden sollen, weder die Ausfertigung von Verlassenschaftsverhandlungen noch von Testamenten oder deren Abschriften begriffen sein können.

9. Juni
1838.

9. Juni
1838.

Indem der Vorort die Stände ersucht, von dieser Anzeige angemessene Vormerkung zu nehmen, benutzt er diesen Anlaß, Hochdieselben, unter getreulicher Empfehlung in den Schutz des Allmächtigen, seiner vollkommenen Hochachtung zu versichern.

Schultheiß und Staatsrath des Kantons Luzern,
als eidgenössischer Vorort,
in deren Namen,
Der Schultheiß,
J. Kopp.

Der eidgenössische Kanzler,
Am Rhyn.

Infolge Weisung der Justizsektion vom 15. Juni 1838
in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen.

Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

D e k r e t

über

die Einführung einer Hundetaxe.

29. Juni
1838.

Der Große Rath der Republik Bern,
In Betrachtung, daß die vielfältigen Unglücksfälle,
welche durch die Hundswuth veranlaßt werden, größtentheils dem leichtsinnigen Halten und der nachlässigen Behandlung der Hunde beizumessen sind;

in Erwägung der Nothwendigkeit, die übermäßige Zahl dieser Hausthiere im Interesse des Publikums auf den Stand des Bedürfnisses zurückzuführen und auf diese

Weise den aus der Verbreitung der Wuthkrankheit entstehenden Gefahren möglichst vorzubeugen;

29. Juni
1838.

auf den Vortrag des Departements des Innern und nach geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath,

beschließt:

1. Für jeden im Kantone gehaltenen Hund, ohne Unterschied, wird eine jährliche Abgabe von Franken 4 bezahlt, worin jedoch die Kosten für Kontrollirung und Zeichnung inbegriffen sind.

2. Der Ertrag dieser Abgabe soll den betreffenden Einwohnergemeinden zufallen.

3. Widerhandlungen werden mit einer Buße von Franken 4 bis 10 und bei Zahlungsunfähigkeit mit einer Gefangenschaft an Wasser und Brod von ein bis zwei Mal 24 Stunden bestraft. Ueberdieß soll in Fällen, wo die Buße nicht erlegt wird, die Abschaffung des Hundes Statt finden.

4. Der Regierungsrath ist beauftragt, die zur Vollziehung dieses Dekretes erforderlichen Anordnungen zu treffen. Dasselbe tritt am 1. Augustmonat nächsthin in Kraft, soll auf übliche Weise bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,
Bern den 29. Juni 1838.

Namens des Großen Rathes,

Der Landammann,

J. Schnell.

Der Staatschreiber,

Hünerwadel.

D e f r e t
über
die Einführung des neuen eidgenössischen Militär-
Strafgesetzbuches.

Der Große Rath der Republik Bern,

30. Juni
1838.

In Betrachtung, daß zufolge des §. 116 der Militär-
verfassung die Kriegszucht bei den bernischen Truppen
nach dem eidgenössischen Strafgesetzbuche gehandhabt wer-
den soll;

daß demnach die erforderlichen Anordnungen getroffen
werden müssen, damit das mit dem August nächstkünftig
in Kraft tretende neue Militärstrafgesetzbuch für die
eidgenössischen Truppen auf den angegebenen Zeitpunkt
auch bei den bernischen Kantonaltruppen in Vollziehung
gesetzt werden könne;

auf den Vortrag des Militärdepartements und nach
geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath,

beschließt:

1. Das von der Tagsatzung in den Jahren 1836
und 1837 beschlossene neue Militärstrafgesetzbuch soll vom
1. August nächstkünftig hinweg für die Republik Bern
in Wirksamkeit treten. Dem zufolge sind alle mit dem-
selben im Widerspruch stehenden gesetzlichen Bestim-
mungen, von diesem Zeitpunkte an, aufgehoben. Das-
selbe ist auch auf diejenigen noch nicht beurtheilten
Straffälle anwendbar, welche sich noch vor jenem Zeit-
punkte ereignen sollten, in so fern die darin enthaltenen
Strafen milder sind, als diejenigen der frühern Gesetze.

2. Der Regierungsrath ist ermächtigt, einstweilen und unter Vorbehalt der nachherigen Genehmigung durch den Großen Rath, die erforderlichen Anordnungen zu treffen, damit das erwähnte Strafgesetzbuch mit den allfällig nöthig erachteten Modifikationen, auf den angegebenen Zeitpunkt in Kraft treten könne, und zu diesem Ende nach Analogie der in dem Gesetzbuche enthaltenen Vorschriften diejenigen Behörden und Beamteten aufzustellen, welchen in Zukunft die Verwaltung der Rechtspflege bei den Truppen obliegen wird, als: ein ordentliches Kriegsgericht (§§. 206—216) nebst der demselben beigeordneten Anklagekammer, ein Kassationsgericht (§§. 217—222), die erforderlichen Auditore, Sekretärs *ic. ic.*

30. Juni
1838.

3. Dieses Dekret soll gedruckt, der Sammlung der Gesetze und Dekrete einverleibt und auf gewohnte Weise bekannt gemacht werden.

Gegeben in der Sitzung des Großen Rathes, Bern den 30. Juni 1838.

Namens des Großen Rathes,

Der Landammann,

J. Schnell.

Der Staatschreiber,

Hünerwadel.

V e r o r d n u n g

über

die Einführung des eidgenössischen Militärstrafgesetzbuches bei den bernischen Truppen.

4. Juli
1838.

Der Regierungsrath der Republik Bern,
Kraft der Ermächtigung, welche ihm durch das Dekret des Großen Rathes vom 30. Juni 1838, bezüglich der Einführung des neuen eidgenössischen Militärstrafgesetzbuches bei den bernischen Truppen, ertheilt worden, — auf den Antrag des Militärdepartements,

verordnet:

1. Die bisher bestandenen Brigade- und Oberkriegsgerichte werden vom 1. August nächstkünftig hinweg als aufgelöst erklärt, und an deren Stelle treten folgende Behörden:

- a. Ein ordentliches Kriegsgericht (§§. 206—216), welches alle in dem Gesetzbuche vorgesehenen Verbrechen und Vergehen der unter seiner Gerichtsbarkeit stehenden Personen beurtheilt.
- b. Ein Kassationsgericht (§§. 217—222), welches alle vorkommenden Kassationsbegehren zu beurtheilen hat.

2. Das Kriegsgericht wird von dem Regierungsrathe gewählt und besteht zufolge §. 206 aus einem Großrichter und acht Mitgliedern, nämlich:

- 1 Großrichter,
- 1 Oberstlieutenant,
- 2 Hauptleute,
- 2 Lieutenante,
- 2 Unterlieutenante,
- 1 Unteroffizier.

3. Zu dem Gerichte gehören überdieß drei ordentliche Ersatzmänner, nämlich ein Hauptmann, ein Lieutenant oder ein Unterlieutenant und ein Unteroffizier (§. 208). Diese außerordentlichen Ersatzmänner (§. 209) werden erst erwählt, wenn der im §. 207 vorgesehene Fall eintritt.

Ferner bilden Bestandtheile des Gerichts: ein Auditor, ein Ankläger und ein Gerichtschreiber (§. 210), so wie die durch den §. 215 aufgestellte Anklagekammer.

4. Das Kassationsgericht wird gleichfalls von dem Regierungsrathe ernannt und besteht aus fünf Mitgliedern. Drei Mitglieder und aus ihnen der Präsident so wie zwei Ersatzmänner werden aus der Mitte des hiesigen Obergerichts, die zwei übrigen Mitglieder aber und ein Ersatzmann aus dem Justizstabe gewählt. Der Sekretär des Kriegsgerichtes ist auch derjenige des Kassationsgerichtes.

5. An Plaz der in §§. 211, 212, 213 und 222 enthaltenen, auf den eidgenössischen Dienst berechneten, Vorschriften über die Ernennung, die Amtsdauer und Auflösung des Kriegsgerichtes und Kassationsgerichtes treten folgende Bestimmungen:

Diejenigen Mitglieder, welche dem Justizstabe angehören, so wie der Auditor, der Ankläger und der Gerichtschreiber bekleiden ihre Stellen jeweilen bis zum Ablaufe ihrer Amtsdauer (§. 271), sind aber sogleich wieder wählbar.

Die übrigen Mitglieder des Kriegsgerichtes, der Anklagekammer und des Kassationsgerichtes dagegen werden auf zwei Jahre ernannt und sind nicht sogleich wieder wählbar.

6. In Betreff der Besoldung des Gerichtspersonals verbleibt es bei den in den §§. 246 und 251 enthaltenen

4. Juli
1838.

4. Juli
1838.

Bestimmungen, mit der alleinigen Abänderung, daß den drei Mitgliedern des Kassationsgerichtes, welche aus der Mitte des Obergerichts gewählt werden, statt der ihnen im §. 246 zugesicherten Entschädigung ein Sitzgeld von Fr. 8 bestimmt wird.

7. Zu Verwaltung der Rechtspflege bei den bernischen Truppen wird ein eigener Kantonaljustizstab aufgestellt (§§. 268—273).

Derselbe besteht aus:

dem Oberauditor, dessen Stelle einstweilen durch das Militärdepartement vertreten wird,

einem Großrichter und einem Stellvertreter mit Oberstlieutenantsrang,

drei Kassationsrichtern mit Oberstlieutenants- oder Majorsrang, und

zwei Auditoren, welche wenigstens den Hauptmanns-rang besitzen sollen, und von denen der eine die eigentlichen Funktionen des Auditors (§. 281), der andere diejenigen des Anklägers zu versehen hat.

8. Diese Verordnung soll gedruckt, der Sammlung der Gesetze und Dekrete einverleibt und auf gewohnte Weise bekannt gemacht werden.

Bern, den 4. Juli 1838.

Namens des Regierungsraths,

Der Schultheiß,

Ischärner.

Der zweite Rathsschreiber,

M. v. Stürler.

G e s e t z e
 für
d i e S t r a f r e c h t s p f l e g e
 bei
 den eidgenössischen Truppen.

Hervorgegangen aus den Berathungen der Tagsatzung
 von 1836 und 1837.

E r s t e s B u c h.

Strafgesetze für die eidgenössischen Truppen.

Einleitungstitel.

§. 1.

Jeder Militär hat die Pflicht, dem gemeinen Vater- I. Allgemeine
 land unverbrüchliche Treue und allen Dienstbefehlen Verpflichtung.
 militärischer Obern den strengsten Gehorsam zu leisten,
 sich gegen seine Kameraden, andere Personen und über-
 haupt in allen seinen Verhältnissen der militärischen
 Ordnung gemäß zu betragen.

Wer eine Handlung begeht, durch welche eine dieser
 Pflichten verletzt wird, macht sich strafbar.

§. 2.

II. Eintheilung
der strafbaren
Handlungen
und Nichtschnur
ihrer Bestrafung.

Die strafbaren Handlungen des Militärs sind von doppelter Art.

Die einen sind Verbrechen (bei einem geringern Maße von Strafbarkeit Vergehen genannt).

Die andern sind Disziplin- oder Ordnungsfehler.

Sowohl die Verbrechen und Vergehen, als die Disziplin- oder Ordnungsfehler werden nach der Vorschrift dieses Gesetzbuches bestraft.

§. 3.

III. Ueberlieferung an die bürgerlichen Gerichte.

Sollte ein Militär sich einer Handlung schuldig machen, welche in diesem Gesetzbuche nicht vorgesehen ist, die aber nach allgemeinen Rechtsbegriffen zu einem Verbrechen oder Vergehen sich eignet, so wird er den bürgerlichen Gerichten des Kantons, unter dessen Truppen er steht, oder wenn er zu keinem Kontingente gehört, des Kantons, in welchem er unmittelbar vor seinem Eintritt in den eidgenössischen Dienst seinen ordentlichen Wohnsitz hatte, zur Bestrafung überliefert.

Erster Theil.

Von den Verbrechen und Vergehen.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Erster Titel.

Von den Strafen und ihren Wirkungen.

§. 4.

Die gegen Verbrechen und Vergehen eintretenden I. Von den Strafen.
Strafen sind:

- 1) Todesstrafe;
- 2) Ehrenstrafen:
 - a. Kassation,
 - b. Entsetzung,
 - c. Fortjagen;
- 3) Freiheitsstrafen:
 - a. Kettenstrafe,
 - b. Zuchthausstrafe,
 - c. Gefängniß,
 - d. Zeitige Landesverweisung.

Todesstrafe.

§. 5.

Die Todesstrafe wird, je nach Bestimmung des A. Todesstrafe.
Gesetzes, durch Erschießen oder durch Enthauptung
vollzogen.

Die Todesstrafe durch Enthauptung ist immer mit vorhergehender Kassation verbunden.

Ehrenstrafen.

§. 6.

B. Ehrenstrafen.

a. Kassation.

Die Kassation besteht in der öffentlichen Erklärung der Unwürdigkeit des Verbrechers zum Dienste des Vaterlandes. Sie ist allemal mit dem Fortjagen verbunden, wenn der Verurtheilte nicht zu einer andern Strafe aufbehalten wird.

Die Strafe der Kassation zieht den Verlust des Aktivbürgerrechtes auf zehn Jahre nach sich, vorbehalten weitere Folgen, welche die Kantonalgesetze des Verurtheilten mit dieser Strafe allfällig verknüpfen.

§. 7.

b. Entsetzung.

Die Entsetzung eines Offiziers, Unteroffiziers und Korporals besteht darin, daß ihm die bekleidete Ehrenstelle entzogen wird, und er die Zeichen seines frühern Grades nicht mehr tragen darf.

Ein entsetzter Unteroffizier oder Korporal muß seine Dienstzeit als Gemeiner vollenden, wenn das Urtheil nicht auf das Fortjagen lautet, oder eine andere Strafe gegen ihn verhängt, welche ihn unfähig macht, Militärdienste zu thun.

Ein entsetzter Offizier muß allemal von der Armee fortgewiesen werden, wenn nicht noch eine andere Strafe gegen ihn verhängt worden ist.

§. 8.

c. Fortjagen.

Das Fortjagen ist die öffentliche Abführung einer Person aus dem Lager oder Kantonnement mit dem Befehle, während der Dauer des Feldzuges keinen Ort zu betreten, wo sich eidgenössische Truppen befinden, mit Ausnahme ihres ordentlichen Wohnsitzes.

§. 9.

Die Kettenstrafe besteht in der Einschließung des Verbrechers in eine Strafanstalt unter Anhaltung zu harter Arbeit. Seine Behandlung richtet sich übrigens nach den Bestimmungen der Gesetze des Kantons, wo er die Strafe auszustehen hat.

c. Freiheitsstrafen.
a. Kettenstrafe.

Die Kettenstrafe ist mit vorübergehender Kassation zu verbinden.

Die Kettenstrafe darf nicht unter 4 Jahren, kann aber bis auf Lebenszeit erkannt werden.

§. 10.

Die Zuchthausstrafe besteht in der Einschließung des Verurtheilten in eine Strafanstalt, unter Anhaltung zu weniger harter Arbeit. Seine Behandlung richtet sich nach den Bestimmungen der Gesetze des Kantons, wo er die Strafe auszuhalten hat.

b. Zuchthausstrafe.

Die Zuchthausstrafe ist bei Offizieren, Unteroffizieren und Korporalen mit Entsezung verbunden.

Zuchthaus darf nicht unter einem Jahr und nicht über sechs Jahre zuerkannt werden.

§. 11.

Die Gefängnißstrafe besteht in der Einschließung des Verurtheilten in einem Gefängnisse.

c. Gefängnißstrafe.

Die Gefängnißstrafe kann bis auf sechzig Tage durch Fasten verschärft werden, wo dann der Verurtheilte je am zweiten Tag eine warme Suppe, die übrige Zeit aber nur Wasser und Brod erhält.

Gefängnißstrafe soll auf längere Zeit als zwei Jahre nicht Statt finden.

§. 12.

Die Landesverweisung besteht in dem Verbote, den eidgenössischen Boden zu betreten.

a. Landesverweisung.

Sie zieht den Verlust des Land- und Bürgerrechtes nicht nach sich.

Die Uebertretung der Landesverweisung wird durch den bürgerlichen Richter des Ortes, wo der Verwiesene ergriffen wird, bestraft.

§. 13.

II. Von der
Strafverwand-
lung.

Wenn bei der Zuchthaus- oder Gefängnißstrafe in Folge eines Zusammenflusses von Verbrechen oder wegen besonderer Schärfungsgründe das gesetzlich bestimmte höchste Maß einer Strafart überstiegen werden müßte, so ist auf die nächstfolgende höhere Strafart mit Verminderung der Dauer zu erkennen.

Als Maßstab der Verminderung ist bestimmt, daß ein Jahr Kettenstrafe für achtzehn Monate Zuchthaus, und ein Jahr Zuchthaus für achtzehn Monate Gefängniß zählt.

§. 14.

Fortsetzung.

Wenn umgekehrt, weil es sich nur um einen Versuch oder um Theilnahme handelt, die auszusprechende Strafe unter dem Minimum bleiben würde, welches für eine Strafart gesetzlich festgesetzt ist, so kommt die zunächst stehende mildere Strafart mit Erhöhung der Dauer zur Anwendung. Als Maßstab der Erhöhung dient der oben angegebene.

§. 15.

III. Folgen der
Strafen.

Betreffend die Folgen der Freiheitsstrafen in Beziehung auf die bürgerliche Ehrenfähigkeit, so richten sich diese nach den Kantonalgesetzen des Verurtheilten.

§. 16.

IV. Von dem
Schadenersatz.

Neben der Strafe hat der Urheber einer strafbaren Handlung den aus derselben entstandenen Schaden zu ersetzen.

Zweiter Titel.

Von dem Vorsatz und der Fahrlässigkeit.

§. 17.

Die in dem besondern Theil dieses Gesetzbuches I. Rechtswidri-
bezeichneten Strafen finden, wo nicht ausdrücklich das ger Vorsatz.
Gegentheil bestimmt ist, nur da Anwendung, wo die
strafbaren Handlungen mit rechtswidrigem Vorsatz verübt
worden sind.

§. 18.

Wer eine entstandene Schädigung zwar nicht beab- II. Fahrlässig-
sichtigte, allein durch Fahrlässigkeit ihre Entstehung seit.
verursachte oder beförderte, soll nur dann bestraft wer-
den, wenn der besondere Theil des Gesetzbuches dieses
vorschreibt.

Dritter Titel.

Von der Vollendung und dem Versuche der Verbrechen.

§. 19.

Ein Verbrechen ist als vollendet zu betrachten, I. Vollendung
sobald alles vorliegt, was das Gesetz zum Begriffe des eines Ver-
Verbrechens erfordert. brechens.

§. 20.

Der Versuch eines Verbrechens ist vorhanden, wenn II. Versuch
eine Person, in der Absicht, dasselbe zu begehen, eine eines Ver-
äußere Handlung vorgenommen hat, welche wenigstens brechens.
schon als ein Anfang der Ausführung der beab- A. Begriff.
sichtigten Uebertretung anzusehen ist.

§. 21.

B. Strafe.

Die Strafe des Versuchs besteht höchstens in der Hälfte der auf das vollendete Verbrechen gesetzten Strafe, wobei auch zu einer gelindern Strafart, jedoch mit verhältnißmäßiger Verlängerung der Dauer der Strafe, übergegangen werden kann. Ist der höchste Grad die Todesstrafe, so soll der Versuch höchstens mit Kettenstrafe bis auf fünfzehn Jahre belegt werden.

§. 22.

C. Besondere
Schärfungs-
und Milde-
rungsgründe.

Bei Ausmessung der Strafe des Versuchs hat der Richter besonders den Grad, in welchem die verbrecherische Handlung bereits vorgeschritten ist, so wie die Ursache der unterbliebenen Vollendung, ob diese nämlich eine größere oder geringere Beharrlichkeit des Thäters, eine mehr oder minder dringende Gefahr für das bedrohte Recht zeige, zu berücksichtigen. Je mehr der Verbrecher durch bessere Ueberzeugung, nicht durch äußere Hindernisse oder Zufall, geleitet wurde, und je früher er von der verbrecherischen Handlung abgelassen hat, desto mehr mag die Strafe gemildert werden, und selbst gänzliche Straflosigkeit eintreten. Sollte aber die Versuchshandlung schon an sich irgend eine Uebertretung enthalten, so tritt immer wenigstens die durch letztere verschuldete Strafe ein.

§. 23.

In den Fällen, wo das Gesetz auf den Versuch zu bestimmten Verbrechen eine eigene Strafe gesetzt hat, wird diese Strafe angewendet.

Vierter Titel.

Von dem Urheber und den Mitschuldigen eines Verbrechens.

§. 24.

Alle Theilnehmer eines Verbrechens: Urheber, Einteilung.
Gehülfen und Begünstiger sind strafbar.

§. 25.

Wer durch Rath oder That die Hauptursache einer I. Urheber.
Uebertretung ist, heißt Urheber. Ihn trifft die auf Begriff und
das Verbrechen gesetzte Strafe. Bestrafung.

§. 26.

Wenn ein Verbrechen von mehreren Theilnehmern Komplott.
auf vorhergegangene Verabredung hin begangen wurde
(Komplott), so sind sie alle als Urheber zu betrachten.

§. 27.

Wer vorsätzlich die Vollbringung des Verbrechens II. Gehülfen.
durch Rath oder That, zum Beispiel: durch Belehrung A. Begriff.
über die Art der Ausführung, durch Herbeischaffung
von Mitteln zu derselben, oder Entfernung von Hinder-
nissen, welche ihr im Wege stehen, oder auch durch
vorläufige Zusage eines erst nach verübter That zu
leistenden Beistandes befördert, ist Gehülfe.

§. 28.

Die Strafe der Gehülfen besteht, je nachdem die B. Bestrafung.
Hülfeleistung größer oder geringer ist, in einem Viertel
bis drei Vierteln der auf das Verbrechen gesetzten
Strafe.

Ist der höchste Grad dieser Strafe Todesstrafe, so
soll den Gehülfen höchstens zwanzigjährige Kettenstrafe
treffen.

Ist die dem Urheber durch das Gesetz angedrohte Strafe sonst von solcher Art, daß sie keine Theilung zuläßt, so wird die nächststehende Strafart, jedoch mit verhältnißmäßiger Verlängerung der Dauer, angewendet.

§. 29.

III. Begünsti-
ger.
A. Begriff.

Wer nach vollendetem Verbrechen dem Thäter in Beziehung auf dasselbe, ohne vorheriges Einverständnis, wissentlich beförderlich ist, indem er, zum Beispiel, die durch das Verbrechen gewonnenen Sachen bei sich aufnimmt, braucht, oder Andern verkauft, oder dem Thäter behülflich ist, um ihn der drohenden Strafe zu entziehen, macht sich der Begünstigung schuldig.

§. 30.

B. Bestrafung.

Die Strafe der Begünstiger ist höchstens die Hälfte der auf die Uebertretung gesetzten Strafe.

§. 31.

IV. Schadener-
satz von Seite
der Theilneh-
mer.

Mehrere Mitschuldige haften solidarisch für den Schadenersatz. Die Vertheilung dieses Ersatzes unter ihnen soll aber nach dem Grade der Theilnahme und der Schuld eines jeden an der strafbaren That in dem Urtheile bestimmt werden.

Fünfter Titel.

Von der Zurechnung der Strafe.

§. 32.

Zurechnung.

1) Bewußtlosig-
keit.

Für die in diesem Gesetzbuche mit Strafe bedrohten Handlungen oder Unterlassungen können Diejenigen nicht bestraft werden, welche in einem Zustande unverschuldeter Bewußtlosigkeit gehandelt haben. Dahin gehören insbesondere Raserei, Wahnsinn u. dergl.

§. 33.

An sich unerlaubte Handlungen sind straflos, wenn ^{2) Befehl des Obern.} sie auf den bestimmten, auf ein militärisches Dienstverhältniß sich beziehenden Befehl eines militärischen Obern des Thäters, welcher jedoch diesen Befehl zu verantworten hat, begangen worden.

§. 34.

Ebenfalls straflos ist derjenige, welcher in Anwen- ^{3) Nothwehr.} dung einer gerechten Nothwehr, um sein oder seines Nebenmenschen Leib, Leben, Eigenthum oder Freiheit zu schützen, eine sonst strafbare Handlung begeht.

Sechster Titel.

Von der Zumessung der Strafe, von den Milderungs- und Schärfungsgründen und den Strafverwandlungen.

§. 35.

Bei der Ausmessung der Strafe inner den gesetz- ^{Zumessung der Strafe.} lichen Grenzen wird der Richter auf die eine Uebertretung ^{A. Ueberhaupt,} begleitenden und die Strafbarkeit derselben mehrenden oder mindernden Umstände sehen.

§. 36.

Die Strafbarkeit einer Uebertretung wird ver- ^{B. Insbesondere.} mehrt:

- a. je mehr und dringendere Verpflichtungen durch die ^{1) Allgemeine Erschwerungsgründe.} strafbare Handlung verletzt worden; hieher gehören die Hülfslosigkeit des Beleidigten, Mißbrauch von Zutrauen u. s. w.;
- b. je größer und unerfklärlicher der Schaden ist, den die strafbare Handlung verursacht oder gedroht hat;

- c. je größere Beharrlichkeit, Verwegenheit oder List bei Vorbereitung und Vollbringung der That gezeigt worden;
- d. je öfter der Schuldige bereits wegen des gleichen Verbrechens oder überhaupt wegen Verbrechen gestraft wurde; daher der Rückfall in Verbrechen als ein allgemeiner Erschwerungsgrund anzusehen ist;
- e. je schwieriger es war, sich gegen das Verbrechen zu schützen; daher namentlich als Erschwerungsgrund angesehen werden soll, wenn ein Verbrechen von mehreren Theilnehmern auf vorhergegangene Verabredung hin (Komplott) begangen wurde, wobei der Anstifter und der Rädelsführer am strafbarsten sind.

§. 37.

2) Milderungs-
gründe.

Die Strafbarkeit einer Uebertretung wird vorzüglich vermindert:

- a. wenn der Urheber der strafbaren That gleich nach der Vollbringung derselben eine thätige Reue bezeugt, indem er die schädlichen Folgen seiner That ganz oder zum Theil verhindert, zum Beispiel, dem Beschädigten freiwillig allen Schaden ersetzt, er sich selbst angibt u. s. w.;
- b. wenn seine Willensfreiheit durch erhebliche Umstände beschränkt war; selbstverschuldete Trunkenheit gilt in der Regel nicht als Milderungsgrund, jedoch ist dem Richter überlassen, in sich ergebenden Fällen bei besondern Umständen solche Trunkenheit als Milderungsgrund anzusehen;
- c. wenn er das sechszehnte Jahr noch nicht zurückgelegt hat.

§. 38.

Wenn mehrere noch nicht bestrafte Uebertretungen ^{3) Zusammen-} des gleichen Thäters so zur Untersuchung kommen, daß ^{fluß von Ver-} darüber in einem und demselben Urtheile zu erkennen ^{brechen.} ist, so soll die Strafe des schwersten dieser Verbrechen angewendet, die übrigen aber als besondere Schärfungsgründe berücksichtigt, und nach Maßgabe der vorhandenen erschwerenden Umstände bis auf das Doppelte jener Strafe erkannt werden.

Erreicht die Strafe des schwersten Verbrechens an sich schon den höchsten Grad einer Strafart, so kann zu einer höhern Strafart, jedoch mit angemessener Berücksichtigung ihres größern Gewichts, übergegangen werden, niemals indessen zur Todesstrafe (§. 13).

Siebenter Titel.

Von Erlöschung der Strafbarkeit durch Verjährung.

§. 39.

Bei rein militärischen Verbrechen gelten hinsichtlich ^{Verjährung.} der Verjährung, durch welche die Strafbarkeit erlischt, ^{1) Bei rein mi-} folgende Vorschriften: ^{litärischen Ver-} ^{brechen.}

- a. Wenn ein Verbrechen begangen, keine Untersuchung aber darüber angehoben worden, so tritt die Verjährung sechs Monate nach Auflösung des Corps, zu welchem der Thäter gehörte, ein.
- b. Wenn ein Verbrechen begangen und eine Untersuchung darüber angehoben worden, eine Entscheidung aber nicht erfolgte, so tritt die Verjährung zehn Jahre, von dem Augenblicke der begangenen That an gerechnet, ein.

- c. Wenn ein Strafurtheil gegen einen Verbrecher erlassen worden, derselbe sich aber der Vollziehung durch die Flucht entzogen hat, so tritt die Verjährung zehn Jahre nach dem Zeitpunkt ein, in welchem die Strafe, falls deren Vollziehung sofort Statt gefunden hätte, ihr Ende erreicht haben würde. Belangend die Todesstrafe, so findet eine Verjährung nicht Statt; jedoch soll nach Verfluß von zehn Jahren, nach erlassenen Todesurtheil, die Strafe nicht mehr vollzogen, sondern dieselbe im Betretungsfalle des Thäters, in eine Freiheitsstrafe durch die Gerichte des Kantons, dem der Thäter angehört, umgewandelt werden.

Die Verjährung eines Verbrechens und der Strafe desselben wird unterbrochen, wenn der Thäter während der Verjährungszeit eines neuen Verbrechens sich schuldig macht.

§. 40.

2) Bei gemeinen Verbrechen.

Bei gemeinen Verbrechen treten hinsichtlich der Verjährung die Gesetze und Uebungen des Kantons, unter dessen Truppen der Thäter während des eidgenössischen Dienstes gestanden, oder, wenn er zu keinem Kontingent gehört hat, des Kantons, in welchem er unmittelbar vor seinem Eintritt in den eidgenössischen Dienst seinen ordentlichen Wohnsitz hatte, in Anwendung.

Als gemeine Verbrechen sind diejenigen Handlungen anzusehen, welche, abgesehen von dem militärischen Verhältnisse des Thäters, im bürgerlichen Leben als Verbrechen bestraft werden, zum Beispiel: Mord, Raub, Diebstahl, Betrug u. s. w.

Zweiter Abschnitt.

Von den verschiedenen Arten der Verbrechen und Vergehen im Besondern.

Erster Titel.

Von der Verrätherei.

§. 41.

Wer durch eine Handlung oder Unterlassung vorsätzlich I. Begriff der
licherweise die Absichten des Feindes begünstigt, begeht Verrätherei.
eine Verrätherei. A. Im Allge-
meinen.

§. 42.

Der Verrätherei macht sich namentlich schuldig: B. Im Beson-
dern.

1) wer an einem Unternehmen Theil nimmt, welches die gewaltsame Umwälzung einer wirklich in der Schweiz bestehenden, anerkannten Verfassung zum Zwecke hat;

2) wer eine Handlung begeht, oder an einem Unternehmen Theil nimmt, welches den Zweck hat, eine fremde Macht zu Feindseligkeiten gegen die Eidgenossenschaft zu veranlassen;

3) wer, in der Absicht, den Feind zu begünstigen, demselben mittelbar oder unmittelbar, mündlich oder schriftlich, Nachrichten über den Zustand der Armee, die Beschaffenheit von Festungen, Verschanzungen, Stellungen und Magazinen mittheilt, oder denselben mit Plänen, bevorstehenden Unternehmungen, Consignes, Losungsworten bekannt macht;

4) wer Losungsworte, Befehle oder andere ihm anvertraute militärische oder politische Geheimnisse in böser Absicht irgend einer Person mittheilt, welche keine Kenntniß davon haben soll;

5) wer Nachrichten über die militärischen oder politischen Verhältnisse der Eidgenossenschaft, vornehmlich der dem Feinde gegenüberstehenden Truppen, sammelt, in der Absicht, sie dem Feinde zukommen zu lassen (Auskundschafter, Spion);

6) jeder Kommandant, welcher, um den Feind zu begünstigen, einen ihm anvertrauten Posten verläßt oder dem Feinde übergibt, oder welcher den Gebrauch der ihm zu Gebote stehenden Vertheidigungsmittel absichtlich vernachlässigt hat;

7) jeder Kommandant eines belagerten Platzes, der ohne Berathung seines Kriegsraths, zu welchem nothwendig die anwesenden Chefs der Artillerie und des Ingenieurwesens zugezogen werden müssen, oder gegen den Willen der Mehrheit desselben, in die Uebergabe einwilligt;

8) jeder Kommandant, welcher ohne Befehl oder ohne Noth einen feindlichen Akt gegen eine fremde Macht, mit welcher die Eidgenossenschaft im Frieden sich befindet, ausübt oder ausüben läßt;

9) jeder Kommandant, welcher die Feindseligkeiten fortsetzt, nachdem er amtliche Kenntniß von dem Abschlusse des Friedens oder eines Waffenstillstandes erhalten hat;

10) jeder Militär und besonders jede Schildwache, welche in der Nähe des Feindes absichtlich falsche Consigne gibt, oder vorsätzlich einen falschen Rapport macht;

11) jeder Postenkommandant in der Nähe des Feindes, welcher demjenigen, der ihn ablöst, die von ihm selbst, von seinen Patrouillen, oder auf irgend eine andere Weise gemachten Entdeckungen oder Beobachtungen solcher Umstände, von welchem die Sicherheit des Postens wesentlich abhängen kann, nicht mittheilt;

eben so jeder Militär oder bei der Armee Angestellter, welchem ein wichtiger feindlicher Anschlag oder eine wichtige Vorkehrung bekannt geworden ist, und der dieses dem betreffenden Obern nicht anzeigt, obgleich er es hätte thun können, wenn im einen oder andern Falle die Sicherheit des Postens durch diese Unterlassung gefährdet worden, oder dieselbe in verrätherischer Absicht geschehen ist;

12) jeder Kommandant eines Detaschements oder einer Patrouille, der zu einer Entdeckung oder Refognosirung beordert worden und dieselbe zu machen unterläßt, oder einen wissentlich falschen, unvollständigen, oder gar keinen Rapport erstattet, wenn daraus ein Nachtheil entsteht, oder verrätherische Absicht die Ursache war;

13) jeder Kommandant oder Oberaufseher, welcher die erforderlichen, von ihm abhängenden Austheilungen von Vorräthen und Kriegsbedürfnissen nicht bewerkstelligen läßt, oder der betreffenden Oberbehörde vom Mangel derselben nicht zur rechten Zeit Nachricht gibt, oder wissentlich unbrauchbare Vorräthe und Kriegsbedürfnisse anschafft, verfertigen oder austheilen, oder vorsätzlich dergleichen verderben läßt, wenn diese Pflichtversäumniß die Sicherheit einer Truppe oder den Erfolg einer Unternehmung gefährdet, oder verrätherische Absicht die Ursache davon war;

14) wer ohne rechtmäßige, aus der Natur des Kriegsdienstes fließende Gründe Befestigungswerke verdirbt, Waffen, schweres Geschütz, Vorräthe oder Kriegsbedürfnisse vorsätzlich unbrauchbar macht, oder dem Feinde in die Hände spielt;

15) wer eine Truppe, einzelne Militärs, Ordonanzen, Transporte oder militärische Boten durch wissentliche Anweisung eines falschen Weges dem Feinde

in die Hände spielt, oder in der Nähe des Feindes von ihrer Bestimmung ableitet;

16) wer in einem belagerten Platz an einem Komplotte Theil nimmt, welches den Zweck hat, die Uebergabe des Platzes gegen den Willen des Kommandanten und seines Kriegsraths zu bewirken, oder auf eine Kapitulation zu dringen; wer von einem solchen Komplotte zuverlässige Kenntniß hatte, ohne dasselbe anzuzeigen, wird als Gehülfe bestraft;

17) wer endlich in der Nähe des Feindes öffentliche Reden führt, oder Lärm oder Geschrei erhebt, in der Absicht, Schrecken, Unordnung oder Flucht unter den Truppen, oder die Uebergabe eines Platzes zu veranlassen, oder Desertion zu verursachen.

§. 43.

II. Strafe der Verrätherei.

Die Verrätherei wird mit dem Tode durch Erschießen, verbunden mit Kassation, bestraft, wenn sie gefährliche oder schädliche Folgen hatte. Außer diesen Fällen tritt Kettenstrafe bis auf zwanzig Jahre, je nach der Größe der Schuld des Thäters und der verursachten Gefahr, ein.

Zweiter Titel.

Von dem Aufruhr und der Meuterei.

Auf ru h r.

§. 44.

I. Auf ru h r.

A. Begriff.

1) Ueberhaupt.

Verabredeter oder beharrlicher Ungehorsam mehrerer Bewaffneter oder Unbewaffneter, um sich ihren Obern oder den Verfügungen derselben zu widersetzen, wird als Auf ru h r angesehen.

§. 45.

Es ist bewaffneter Aufruhr, wenn derselbe bei einer Truppe ausbricht, welche unter dem Gewehr steht. ^{2) Bewaffneter Aufruhr insbesondere.}
 Es ist gleichfalls bezüglich auf die Person, die es betrifft, bewaffneter Aufruhr, wenn ein theilnehmender Offizier sein Seitengewehr zieht, oder überhaupt eine Waffe gebraucht; oder wenn ein theilnehmender Unteroffizier, Korporal oder Gemeiner seine Flinte trägt, oder ergreift, oder sich eigens für die Widerseßlichkeit mit einem andern gefährlichen Instrumente versieht, oder seinen Säbel oder Bajonett u. dergl., falls er sie zufällig trägt, wirklich zieht, oder davon sonst Gebrauch macht.

§. 46.

Als Aufrührer werden auch die angesehen und ^{Fortsetzung.} bestraft, welche sich weigern, auf Befehl ihrer Obern zu marschiren, anzugreifen, oder sich zu vertheidigen.

§. 47.

Bei bewaffnetem Aufruhr, oder wenn bei unbewaffnetem ein Oberer thätlich gemißhandelt worden, oder andere ^{B. Strafe: 1) Des qualifizirten Aufruhrs.} Verbrechen verübt worden sind, oder wenn der Aufruhr in der Nähe des Feindes ausgebrochen ist, werden die Urheber und Anführer mit dem Tode durch Erschießen bestraft; besonders thätige Theilnehmer und Beförderer aber sollen, je nach dem Grade ihrer Schuld, mit Kettenstrafe bis auf zwanzig Jahre oder mit Zuchthaus, die übrigen mit Zuchthaus oder Gefängniß belegt werden.

§. 48.

Die Strafe des unbewaffneten Aufruhrs, wenn derselbe nicht unter die Vorschrift des §. 47 fällt, ist ^{2) Des nicht qualifizirten Aufruhrs.} für die Urheber und Anführer Kettenstrafe bis auf zwanzig Jahre, für besonders thätige Theilnehmer aber

Zuchthaus, und für die übrigen Zuchthaus bis auf zwei Jahre oder Gefängniß.

§. 49.

Fortsetzung.

Wenn die Urheber und Anführer eines Aufruhrs nicht entdeckt werden können, so soll allemal der Theilnehmer, welcher der höchste im Range, bei Gleichheit des Ranges der, welcher der älteste im Dienst, und bei gleichem Dienstalter der älteste an Jahren ist, als Anführer und Urheber bestraft, jedoch niemals mit der Todesstrafe belegt werden. Wenn ein Offizier, Unteroffizier oder Korporal sich als besonders thätiger Theilnehmer auszeichnet, so soll er wie ein Anführer bestraft werden, obschon andere Anführer und Urheber bekannt sind.

§. 50.

Fortsetzung.

Jeder Offizier, Unteroffizier oder Korporal, der an einem Aufruhr wirklich Theil nimmt, so wie jeder, welcher persönlich zum Gehorsam aufgefordert worden und nicht gehorcht hat (§. 53), eben so jeder Tambour, Trompeter oder Waldhornist, welcher ohne Befehl eines Offiziers, und zum Behuf der Aufrührer die Versammlungszeichen geschlagen oder geblasen hat, soll als besonders thätiger Theilnehmer bestraft werden.

§. 51.

Nachlässigkeit
beim Aufruhr.

Jeder Offizier, Unteroffizier oder Korporal, der zwar am Aufruhr nicht wirklich Theil genommen, aber nicht alles gethan hat, was von ihm abhieng, um den Aufruhr zu stillen, kann zu Entsetzung oder Gefängniß verurtheilt werden.

§. 52.

Besondere Be-
stimmung.

Wenn sich eine ganze Kompagnie oder andere Truppenabtheilung des Aufruhrs schuldig macht, so ist der

oberste Kommandirende befugt, neben der Bestrafung der Urheber, Anführer und Theilnehmer, dieser Truppenabtheilung zur Strafe noch den Gebrauch eines oder mehrerer militärischer Ehrenzeichen zu entziehen, als, zum Beispiel, das Schlagen oder Blasen eines Marsches, das Entwickeln der Fahne, das Aufpflanzen des Bajonettes und dergleichen.

§. 53.

Wenn eine Zusammenrottung entsteht, so sollen die Obern befehlen, daß sie auseinandergehe. Sie können auch einige Theilnehmer persönlich auffordern, sich zu trennen und zu gehorchen (§. 50).

Löst sich die Zusammenrottung auf Befehl der Obern nicht auf, so sind diese befugt, alle nöthigen Mittel anzuwenden, um diese mit Gewalt zu zerstreuen.

Meuterei.

§. 54.

Die Aufwieglung oder Verabredung zu einem Auf-
ruhr ist Meuterei, wenn der Aufruhr nicht wirklich
ausgebrochen ist.

Als Meuterer soll gleichfalls angesehen und bestraft werden jeder, der andere vorsätzlich zum Verrath, Ausreißen, grober Insubordination oder Dienstverletzung anstiftet, und jeder, welcher öffentlich und ungeachtet erfolgter Abmahnung eines Obern nach Geld, Brod oder andern Austheilungen, Vortheilen oder Dienst-
leichterungen schreit.

§. 55.

Wenn dieses Verbrechen in der Nähe des Feindes
begangen wird, so soll es gleich dem bewaffneten Auf-
ruhr (§. 47) bestraft werden.

Wenn es zwar nicht in der Nähe des Feindes, aber unter dem Gewehr begangen wird, so ist es wie der unbewaffnete Aufruhr (§. 48) zu bestrafen.

In andern Fällen soll die halbe Strafe des unbewaffneten Aufruhrs verhängt werden.

Dritter Titel.

Von der Insubordination.

§. 56.

Insubordination.
I. Begriff.

Wer die der Person seines Obern schuldige Achtung verletzt, oder einem an ihn besonders gerichteten Dienstbefehle nicht gehorcht, der macht sich der Insubordination schuldig und wird nach Anleitung der folgenden Artikel bestraft.

§. 57.

II. Strafe:

1) Des einfachen Ungehorsams.

Wer einzeln einem an ihn besonders gerichteten Dienstbefehle nicht gehorcht, wird in wichtigen Fällen mit Gefängniß bis auf höchstens sechs Monate bestraft.

In weniger wichtigen Fällen wird eine Ordnungsstrafe verhängt (§. 157 u. flg.).

§. 58.

2) Der Widerseßlichkeit.

Wer sich zwar einzeln, aber öffentlich und beharrlich, einem an ihn besonders gerichteten Dienstbefehle widersetzt, der soll mit Zuchthausstrafe von ein bis vier Jahren, wenn er bei der Widerseßlichkeit unbewaffnet war, und mit Zuchthausstrafe von zwei bis sechs Jahren, wenn er dabei bewaffnet war, belegt werden. Bei mildernden Umständen kann Gefängnißstrafe ausgesprochen werden.

§. 59.

Jeder Militär, welcher im Angesicht des Feindes ^{3) Der Pflicht-} beharrlich verweigert, anzugreifen, sich zu vertheidigen, ^{verweigerung} oder einen Dienstbefehl seiner Obern zu vollziehen, ^{im Angesichte} ist ^{des Feindes.} mit dem Tode durch Erschießen, welchem die Kassation vorhergehen soll, zu bestrafen.

Bei mildernden Umständen soll, statt der Todesstrafe, Kettenstrafe bis auf zwanzig Jahre verhängt werden.

§. 60.

Wer seinen militärischen Obern im Dienste mit ^{4) Der Beschim-} Worten oder Geberden beschimpft oder bedroht, soll ^{pfung, Bedro-} mit Gefängniß von mindestens einem Monat, in den ^{hung und Ver-} schwersten Fällen mit Zuchthaus bis auf zwei Jahre ^{letzung von mili-} bestraft werden. Wenn diese That außer dem Dienste ^{tärischen Obern.} geschehen ist, so tritt die Hälfte der obigen Strafe ein.

Wer wirkliche Thätlichkeit gegen seine militärischen Obern im Dienste ausübt, wird mit Zuchthausstrafe belegt. Gesah die That außer dem Dienste, so tritt ein- bis zweijähriges Gefängniß oder Zuchthausstrafe von gleicher Dauer ein.

Wer seinem militärischen Obern absichtlich eine bedeutende Verletzung ohne Waffen, oder eine geringe Verletzung mit einer Waffe beibringt, verschuldet Kettenstrafe bis auf acht Jahre, oder, wenn mildernde Umstände vorhanden sind, Zuchthausstrafe.

Wenn die bedeutende Verletzung ohne Waffe, oder die geringe Verletzung mit einer Waffe, dem Kommandanten eines Postens, Detaschements, oder Corps, oder irgend einem militärischen Obern im Angesichte des Feindes, oder bei Gelegenheit einer andern wichtigen Dienstverrichtung beigebracht worden, oder wenn ein militärischer Oberer bei was immer für einem Anlasse mit

einer Waffe bedeutend verletzt wird, so ist der Schuldige mit dem Tode durch Erschießen oder mit Kettenstrafe bis auf zwanzig Jahre zu belegen.

§. 61.

5) Der Widerseßlichkeit, Beschimpfungen, Bedrohungen oder Thätlichkeiten gegen eine Schildwache, Patrouille oder Sauvegarde.

Widerseßlichkeit Einzelner gegen eine Schildwache oder Patrouille, welche ihre Consigne erfüllt, wird nach dem §. 58, — Beschimpfungen, Bedrohungen oder Thätlichkeiten gegen eine solche werden nach dem §. 60 bestraft.

Erfolgt die Widerseßlichkeit von Seite Mehrerer verabredetermaßen oder beharrlich, so tritt die Strafe des Aufruhrs ein.

Eben so werden Vergehen gegen eine Sauvegarde bestraft, sie mögen von der dazu geordneten Mannschaft an dem Gegenstande der Sauvegarde, oder gegen einander, oder von Andern gegen sie verübt worden seyn.

§. 62.

6) Der Aenderung der Consigne in der Nähe des Feindes.

Jeder Kommandant eines Postens, welcher in der Nähe des Feindes die von einem Obern erhaltene Consigne ändert, ohne demselben auf der Stelle davon Nachricht zu geben, insofern dieses in seiner Macht gestanden wäre, soll, wenn die Handlung sich nicht zur Verrätherei eignet (§§. 41, 42), mit Gefängnißstrafe belegt werden.

Vierter Titel.

Von den Dienstverletzungen.

§. 63.

Dienstverletzung.
I. Begriff.

Wer einen allgemeinen Dienstbefehl oder ein Reglement nicht befolgt und sich deswegen nicht hinlänglich rechtfertigen kann, macht sich einer Dienstverletzung

schuldig nud wird nach Anleitung der folgenden Artikel bestraft.

§. 64.

Wer einzeln einen allgemeinen Dienstbefehl oder ein Reglement absichtlich nicht befolgt, wird in wichtigen Fällen mit Gefängniß bis auf sechs Monate bestraft. In weniger wichtigen Fällen wird eine Ordnungsstrafe verhängt (§. 157 u. flg.).

II. Strafe:
1) Der einfachen Nichtbe-
folgung einer
Vorschrift.

§. 65.

Wer sich zwar einzeln, aber öffentlich und beharrlich, einem allgemeinen Dienstbefehle oder Reglemente widersetzt, soll mit Zuchthausstrafe von ein bis vier Jahren, wenn er bei der Widerseßlichkeit unbewaffnet war, und mit Zuchthausstrafe von zwei bis sechs Jahren, wenn er dabei bewaffnet war, belegt werden. Bei mildernden Umständen kann Gefängnißstrafe ausgesprochen werden.

2) Der Widerseßlichkeit.

§. 66.

Wer sich in Kriegszeiten, ohne rechtmäßige Entschuldigung nicht auf seinen Posten begibt wenn Generalmarsch geschlagen oder geblasen worden, der soll für das erste Mal mit Gefängniß bis auf drei Monate bestraft werden.

3) Des Ausbleibens bei dem Generalmarsch.

Bei dem zweiten Male sollen Offiziere, Unteroffiziere und Korporale entseßt und, so wie die Gemeinen, mit Gefängniß bis auf ein Jahr bestraft werden.

Bei dem dritten Male wird ein- bis vierjährige Zuchthausstrafe angewendet.

In Friedenszeiten wird dieses Vergehen höchstens mit einem Drittel der obigen Strafen, niemals aber mit Zuchthausstrafe belegt.

§. 67.

4) Des Ausblei-
bens v. Marsche
oder Gefechts.

Ein Offizier, der sich nicht auf seinem Posten einfindet, wenn er gegen den Feind marschiren oder fechten soll, und sich hierüber nicht genügend entschuldigen kann, wird kassirt, wenn dieses aus Feigheit geschehen ist, sonst aber entsezt, und in beiden Fällen mit Gefangenschaft von zwei Monaten bis zwei Jahren belegt.

Ein Unteroffizier oder Korporal, der sich dieses Fehlers schuldig macht, wird entsezt, und mit Gefangenschaft von zwei Monaten bis auf zwei Jahre belegt.

Die gleiche Strafe der Gefangenschaft trifft den schuldigen Gemeinen.

Im Wiederholungsfalle erfolgt Zuchthausstrafe bis auf vier Jahre, nebst Kassation.

§. 68.

5) Der Loslassung eines Gefangenen.

Wenn ein Wachposten, eine Bedeckung oder ein Gefangenwärter einen Gefangenen vorsätzlich losläßt, so sind die Thäter, je nach der Wichtigkeit des Gefangenen und mit Rücksicht ob diese Wichtigkeit ihnen bekannt sein konnte oder nicht, mit Gefängnißstrafe, mit Zuchthausstrafe oder mit Kettenstrafe, letztere bis auf höchstens sechs Jahre, zu belegen.

Ist die Entweichung des Gefangenen durch Bestechung bewirkt worden, so tritt jedenfalls Zuchthausstrafe oder Kettenstrafe ein.

Wenn die Entweichung des Gefangenen nur durch Nachlässigkeit veranlaßt wurde, so sind die Schuldigen in weniger wichtigen Fällen mit einer Ordnungsstrafe (§. 156, Nummer 20), in wichtigern Fällen aber mit Gefängnißstrafe zu belegen.

§. 69.

Wer einen Dienstauftrag übernimmt und denselben gar nicht oder nicht vorschriftsmäßig vollzieht, ohne sich deswegen rechtfertigen zu können, der soll, je nach der Wichtigkeit des Auftrags und der Umstände, mit Gefängnißstrafe oder mit einer bloßen Ordnungsstrafe belegt werden.

§. 70.

Schildwachen oder andere im Dienste stehende Militärs verfallen in Zuchthausstrafe bis auf vier Jahre, wenn sie in der Nähe des Feindes ohne hinlängliche Rechtfertigungsgründe ihrer Consigne zuwiderhandeln, insofern dabei nicht die Strafe der Verrätherei verschuldet wird (§§. 41, 42).

§. 71.

Jede Schildwache oder Bedette, welche ihren Posten ohne rechtmäßige Entschuldigungsgründe verläßt, wird folgendermaßen bestraft;

1) in der Nähe des Feindes und wenn damit bedeutende Gefahr verbunden war, mit dem Tode;

2) in der Nähe des Feindes, jedoch ohne bedeutende Gefahr, mit Kettenstrafe bis auf zehn Jahre, oder mit Zuchthausstrafe;

3) in Kriegszeiten, aber entfernt vom Feinde, mit zwei bis fünf Jahren Zuchthausstrafe;

4) in Friedenszeiten mit Gefängnißstrafe bis auf ein Jahr.

§. 72.

Eine Schildwache oder Bedette, welche schlafend angetroffen wird, trifft folgende Strafe:

1) in der Nähe des Feindes und wenn damit bedeutende Gefahr verbunden war, Zuchthausstrafe von

6) Der Vernachlässigung eines besondern Auftrags.

7) Der Zuwiderhandlung einer Consigne von Seite einer Schildwache.

8) Des Verlassens des Postens von Seite einer Schildwache oder Bedette.

9) Des Schlafens einer Schildwache oder Bedette.

mindestens zwei Jahren, oder Kettenstrafe bis auf sechs Jahre;

2) in der Nähe des Feindes ohne bedeutende Gefahr, Zuchthaus bis auf vier Jahre;

3) in Kriegszeiten, aber entfernt vom Feinde, Gefängniß von einem Monat bis auf ein Jahr;

4) in Friedenszeiten, Gefängniß bis auf drei Monate.

§. 73.

10) Des Verlaßs
sens des Po-
stens.

Jeder Militär, welcher in der Nähe des Feindes, ohne Noth oder höhern Befehl, den ihm angewiesenen militärischen Posten verläßt, wird, wenn damit bedeutende Gefahr verbunden war, mit dem Tode, wenn dieses aber nicht der Fall ist, mit vier Jahren Zuchthaus = bis zehn Jahre Kettenstrafe belegt.

§. 74.

11) Des Weg-
werfens der
Waffen und
Ausspannens
der Pferde.

Jeder Militär, welcher in einem Gefechte ohne rechtmäßige Entschuldigung die Waffen von sich wirft, jeder Artillerist, der sein Geschütz verläßt, und jeder Train-soldat oder Fuhrmann eines groben Geschützes, Munitionswagens oder einer Kriegskasse, der unter obigen Umständen oder auch in der Nähe des Feindes die Pferde ausspannt und sein Fuhrwerk verläßt, hat Zuchthausstrafe, in den schwersten Fällen Kettenstrafe bis auf sechs Jahre verschuldet, und ein Offizier überdieß noch die Kassation, alles insofern er nicht unter die Vorschrift des §. 42, Nummer 14, fällt.

§. 75.

12) Der Flucht.

Wenn im Gefechte oder in der Nähe des Feindes ein Offizier wahrnimmt, daß einer oder mehrere seiner Leute anfangen die Flucht zu ergreifen, oder daß sie andere dazu aufwiegeln, so ist er berechtigt, den oder die Ungehorsamen niederzumachen oder niedermachen zu lassen,

wenn sie auf eine laute Aufforderung zu ihrer Pflicht, nicht gehorchen.

Werden solche Anfänger oder Anstifter einer Flucht nachher behändigt, so sind sie, je nach den obwaltenden Umständen, mit dem Tode durch Enthauptung, oder mit Kettenstrafe bis auf zwanzig Jahre zu belegen.

§. 76.

Wer mit der Anschaffung oder Austheilung eines Gegenstandes an ein Truppendeich oder an einzelne oder mehrere Militärpersonen beauftragt ist, und zum Schaden von Jemanden diese Austheilung oder Anschaffung vorsätzlich ganz oder theilweise unterläßt, obschon er die Mittel dazu in Händen hat, soll mit Zuchthaus bis auf vier Jahre, oder mit Gefängniß von mindestens zwei Monaten, nebst der Entsehung, je nach der damit verbundenen Gefahr und Folgen, bestraft werden, den Fall der Veruntreuung oder Verrätherei vorbehalten.

§. 77.

Jeder für die Verpflegung oder Gesundheit der Truppen Angestellte, welcher sich in Erfüllung seiner Dienstpflicht grober Nachlässigkeit schuldig macht, und jeder Kommandant, welchem eine solche Vernachlässigung seiner Mannschaft bekannt wird und der derselben nicht abhilft, obwohl er das Eine oder Andere thun konnte, oder den Fall nicht an die Behörde anzeigt, soll mit Gefängniß von ein bis auf sechs Monate bestraft werden; in erheblichen Fällen kann noch überdieß die Entsehung gegen ihn verhängt werden.

Wenn mit einer solchen Nachlässigkeit die Absicht verbunden ist, einen unrechtmäßigen Vortheil oder Gewinn zu erwerben, so soll sie als Veruntreuung oder Betrug, je nach den Umständen, bestraft werden.

Sollte die Vernachlässigung den gänzlichen Verlust der Gesundheit oder den Tod eines Untergebenen verursachen, so kann die Strafe bis auf vier Jahre Ketten erhöht werden.

§. 78.

15) Der Nachlässigkeit in Versorgung von Kriegsvorräthen oder Geräthschaften.

Wer Kriegsvorräthe oder Geräthschaften, die ihm anvertraut sind, aus Nachlässigkeit zu Schaden kommen oder verderben läßt, soll dieselben vergüten, und mit Gefängnißstrafe bis auf ein Jahr belegt werden, welche bei erheblichen oder Wiederholungsfällen mit Entsetzung verschärft werden kann.

Wenn der verursachte Schaden tausend Franken übersteigt, oder dabei eine grobe Pflichtverletzung Statt gehabt hat, so ist auf Gefängnißstrafe bis auf zwei Jahre nebst Entsetzung zu erkennen; vorbehalten die Fälle, welche unter der Vorschrift des §. 42, Nummer 13, über Verrath stehen.

§. 79.

16) Der Nichtanzeige gewisser Verbrechen.

Jeder Militär ist verpflichtet, wenn ihm der Anschlag zu einem der nachfolgenden Verbrechen, als: Verrätherei, Aufruhr, Meuterei, Ausreißen, Falschwerben und Tödtung, bekannt wird, Anzeige davon der nächsten Behörde zu machen.

Wer dieses unterläßt, soll, wenn er keine zureichenden Entschuldigungsgründe hat, und das Verbrechen wirklich begangen worden ist, mit einer Strafe belegt werden, die bis auf den Viertel der auf das von ihm nicht verhütete Verbrechen gesetzten Strafe ansteigen darf.

Diese Strafe darf aber niemals eine härtere als Gefängnißstrafe seyn.

Befreit von dieser Pflicht der Anzeige sind Verwandte oder Verschwägerte der Schuldigen, in der geraden Linie

unbeschränkt, und in der Seitenlinie bis und mit dem Grade von Geschwisterkindern.

§. 80.

Der Militär, welcher von einem Obern oder einer ^{17) Der Nicht-} Patrouille aufgefordert wird, zur Verhaftung eines Ver- ^{mitwirkung zu} brechers mitzuwirken und nicht gehorcht, der soll mit ^{einer Verhaf-} tungs- Gefängnißstrafe belegt werden.

§. 81.

Wer die ihm anvertraute Gewalt auf eine ungerechte ^{18) Des Miß-} Weise ausübt, insbesondere wer die ihm rechtmäßig zu- ^{brauchs der Ge-} kommende Strafbefugniß überschreitet, wird, je nach der ^{walt.} Größe der Schuld und des widerrechtlich zugefügten Uebels, mit Gefängnißstrafe, mit welcher die Entsehung verbunden werden kann, belegt. In geringfügigen Fällen tritt bloß eine Ordnungsstrafe ein (§. 156, Nummer 22).

§. 82.

Kein Offizier oder Beamter soll sich erlauben, eine ^{Fortsetzung.} gesetzlich bestimmte Strafe durch die Art ihrer Vollziehung zu verschärfen, zu mildern, oder dieselbe überhaupt anders vollstrecken zu lassen, als nach Vorschrift des Gesetzes. Wer diesem zuwiderhandelt, ist mit Gefängnißstrafe, mit welcher die Entsehung verbunden werden kann, zu belegen. In geringfügigen Fällen tritt bloß eine Ordnungsstrafe ein.

§. 83.

Ein Offizier, Unteroffizier oder Korporal, welcher ^{19) Der Un-} seiner Stelle entseht oder eingestellt ist, und nach amt- ^{maßung einer} licher Kenntniß hiervon die Rechte derselben auszuüben ^{entzogenen Ge-} walt. fortfährt, ist mit Gefängnißstrafe zu belegen.

Wird ein Offizier von einem Kommando durch den gesetzmäßigen Obern abberufen, ohne auf der Stelle zu

gehorschen, so wird er kassirt und, wenn aus seinem Ungehorsam bedeutend nachtheilige Folgen entstanden sind, überdieß mit Gefängniß von mindestens sechs Monaten oder mit Zuchthaus, und in den schwersten Fällen mit Kettenstrafe oder selbst mit dem Tode durch Erschießen belegt.

§. 84.

20) Der verbo-
tenen Korre-
spondenz.

Niemand darf ohne die Erlaubniß seines Obern an Jemand in der feindlichen Armee oder an eine Person, welche seines Wissens mit dem Feinde in Verbindung steht, einen Brief absenden, wenn auch der Inhalt desselben ganz unschuldig und also der Fall der Verrätherei nicht vorhanden ist; dieses Verbot bezieht sich jedoch nicht auf die pflichtmäßige militärische Korrespondenz eines Kommandanten mit feindlichen Kommandanten. Die Uebertretung desselben zieht Gefängnißstrafe nach sich, deren Dauer sich nach dem Grade ihrer Gefährlichkeit richtet.

§. 85.

21) Der An-
maßung von
Unterschei-
dungs- und
Ehrenzeichen.

Jeder Militär, welcher die Unterscheidungszeichen eines Grades, den er nicht bekleidet, oder ein Ehrenzeichen, das ihm nicht gehört, öffentlich getragen hat, um sich die Vorzüge des einen oder andern anzumäßen, wird mit Gefängnißstrafe, in unbedeutenden Fällen mit einer Ordnungsstrafe belegt (§. 156, Nummer 21).

F ü n f t e r T i t e l.

Von dem Ausreißen und Falschwerben.

Ausreißen.

§. 86.

I. Ausreißen.
A. Begriff.

Wer ohne Erlaubniß sich von seinem Corps entfernt, in der Absicht, dasselbe zu verlassen, oder wer nach einer

erlaubten Abwesenheit in dieser Absicht von demselben ausbleibt, wird als Ausreißer betrachtet.

§. 87.

Die verbrecherische Absicht, das Corps zu verlassen, ^{B. Vermuthung.} wird in den nachbeschriebenen Fällen angenommen und das Verbrechen des Ausreißens für vollendet erachtet, es sey denn, daß der Angeschuldigte sich genügend rechtfertigen könne:

- a. wer, wenn die Armee sich auf dem Kriegsfuße befindet, vierundzwanzig Stunden, und wenn die Armee sich auf dem Friedensfuße befindet, achtundvierzig Stunden lang ohne gehörige Erlaubniß von dem Appell ausgeblieben ist; bei Offizieren kommt das Verlassen des angewiesenen Standortes diesem Ausbleiben gleich;
- b. wer, wenn die Armee sich auf dem Kriegsfuße befindet, vier Tage, und wenn die Armee sich auf dem Friedensfuße befindet, acht Tage nach Verfluß der Zeit einer erlaubten Abwesenheit nicht zurückgekehrt ist;
- c. wer eine auf höhern Befehl festgesetzte Grenzlinie in Kriegszeiten überschreitet.

§. 88.

Neben den allgemeinen Erschwerungsgründen sind bei ^{C. Erschwerungsgründe.} dem Verbrechen des Ausreißens noch folgende besondere Erschwerungsgründe zu berücksichtigen:

- a. wenn der Ausreißer einen Grad bekleidet hat;
- b. wenn er im Dienste war;
- c. wenn er seine eigenen oder
- d. vom Staate ihm anvertrauten Waffen, Pferde, Bagage oder Ausrüstung mitgenommen.

§. 89.

D. Strafe.

Die Strafe des Ausreisens ist:

- a. bei'm Friedensfuß, ein Monat bis auf zwei Jahre Gefängniß;
- b. bei'm Kriegsfuß, jedoch nicht in der Nähe des Feindes, ein- bis zweijährige Zuchthausstrafe, welche bei mildernden Umständen in Gefängniß umgewandelt werden kann;
- c. bei'm Kriegsfuß, in der Nähe des Feindes, Kettenstrafe bis auf zehn Jahre, bei mildernden Umständen Zuchthausstrafe;
- d. bei'm Kriegsfuß, zum Feinde hinüber, der Tod durch Erschießen.

§. 90.

Der Militärpflichtige, welcher auf eine nach bestehenden Vorschriften gehörig ergangene und an ihn gelangte Aufforderung, sich in Dienst zu stellen, nicht gehorcht, wird gleich einem Ausreißer bestraft.

F a l s c h w e r b e n.

§. 91.

II. Falschwer-
ben.

Wer Leute in eidgenössischem Dienst und Gold in einen andern Kriegsdienst anwirbt, soll mit Zuchthausstrafe bis auf höchstens vier Jahre, und wenn die Anwerbung für den Dienst des Feindes geschieht, mit dem Tode durch Erschießen bestraft werden.

S e c h s t e r T i t e l.

Von der Tödtung.

M o r d.

§. 92.

Tödtung.
I. Mord.
A. Begriff.

Wer einen Andern auf rechtswidrige Weise absichtlich des Lebens beraubt, und entweder den Entschluß hierzu

mit Vorbedacht gefaßt, oder das Verbrechen mit Uebersetzung ausgeführt hat, ist des Mordes schuldig.

§. 93.

Die Strafe des Mordes ist der Tod durch Enthauptung für den Urheber, und Kettenstrafe bis auf zwanzig Jahre für die Gehülfen.

T o d t s c h l a g.

§. 94.

Wer ohne Vorbedacht in der Hitze des Affektes den ^{II. Todtschlag.} Entschluß, einen Andern zu tödten, faßt und ausführt, ^{A. Begriff.} macht sich des Todtschlages schuldig.

Wer mit Vorbedacht, jedoch nicht mit dem bestimmten Entschlusse zu tödten, sondern in einer feindseligen Absicht einen Menschen dergestalt verlegt, daß der Tod des Beschädigten daraus erfolgt, soll ebenfalls als Todtschläger angesehen werden.

§. 95.

Der Todtschlag wird mit Kettenstrafe bis auf Lebens- ^{B. Strafe.} lang belegt.

§. 96.

Ist aber der Todtschlag während der Begehung eines ^{Fortsetzung.} andern Verbrechens, oder um dieses möglich zu machen, oder um die durch Verbrechen gewonnenen Sachen, oder die Person des Thäters in Sicherheit zu bringen, verübt worden, so kann auf Todesstrafe durch Enthauptung erkannt werden.

§. 97.

Wenn hingegen bei einer Tödtung sich ergibt, daß ^{Fortsetzung.} der Thäter nur eine geringfügige Mißhandlung verüben wollte, und daraus wider seinen Willen der Tod erfolgte, so wird er mit Zuchthausstrafe, und in besonders gelinden Fällen mit zweijährigem Gefängniß belegt.

§. 98.

Fortsetzung:

Das gleiche ist der Fall, wenn der Todtschlag die Folge einer widerrechtlichen, augenblicklich vorangegangenen Anreizung ist, ohne daß jedoch die That als rechtmäßige Tödtung angesehen werden kann.

Tödtung aus Fahrlässigkeit.

§. 99.

III. Tödtung
aus Fahrlässig-
keit.

Die Tödtung eines Menschen aus Unvorsichtigkeit oder Nachlässigkeit, ohne böse Absicht, soll, je nach dem Grade der Unvorsichtigkeit oder Nachlässigkeit des Urhebers, mit Gefängnißstrafe von einem Monat bis auf zwei Jahre belegt werden.

Tödtung in Kaufhändeln.

§. 100.

IV. Tödtung in
Kaufhändeln.

Ist in einem Kaufhandel oder Schlägerei Jemand getödtet worden, so ist —

1) jeder Theilnehmer, welcher dem Entleibten eine tödtliche Verletzung beigebracht hat, insofern die Handlung nicht als Mord angesehen werden kann, als Todtschläger zu bestrafen.

2) Finden sich an dem Entleibten theils tödtliche, theils nicht tödtliche Verletzungen, so sind die Urheber der letztern nach den Gesetzen von der Körperverletzung zu bestrafen (§. 103 u. flg.).

Hat es in diesem Falle nicht zur Gewißheit gebracht werden können, wer die tödtlichen Verletzungen zugefügt habe, so sollen diejenigen Theilnehmer, von welchen es hergestellt ist, daß sie keine derselben zugefügt haben, nach Verhältniß der außerdem noch befundenen geringern Verletzungen, die Uebrigen aber mit der Strafe der schweren Körperverletzung nach Anleitung des §. 103 belegt werden.

3) Waren die von verschiedenen Theilnehmern beigebrachten Verletzungen nicht einzeln, sondern nur durch ihr Zusammentreffen tödtlich, so kann zwar keiner des Todtschlags, aber alle, welche an der Mißhandlung des Getödteten Theil genommen haben, sollen der schweren Körperverletzung schuldig erkannt und mit der im §. 103 angedrohten Strafe belegt werden; wobei so viel möglich auf den Grad der Mitwirkung Rücksicht zu nehmen ist.

In allen Fällen, wo nach Vorschrift des folgenden siebenten Titels die Strafe der Körperverletzung eintritt, ist der erfolgte Tod als ein Erschwerungsgrund zu betrachten.

D u e l l.

§. 101.

Ist die Tödtung in geregelterm Zweikampf erfolgt, so v. Tödtung im ist Gefängnißstrafe bis auf zwei Jahre oder Landesverweisung bis auf acht Jahre zu erkennen. Zweikampfe.

S i e b e n t e r T i t e l.

Von der Körperverletzung und Gewaltthätigkeit gegen Personen.

K ö r p e r v e r l e t z u n g.

§. 102.

Wer, ohne die Absicht zu tödten, jedoch mit rechts- I. Körperver-
widrigem Vorsatz, einen Andern durch gewaltsamen lezung.
Angriff, thätliche Mißhandlung, Verwundung, Ver- A. Ueberhaupt.
letzung oder auf andere Weise an seinem Körper oder
seiner Gesundheit beschädiget, ist des Verbrechens der
Körperverletzung schuldig.

Geschah die Körperverletzung in tödtlicher Absicht, so ist neben der vollendeten Verletzung der Versuch einer Tödtung vorhanden, und es tritt die Vorschrift des §. 20 und der folgenden in Anwendung.

§. 103.

B. Einzelne Arten der Körperverletzung.

1) Ausgezeichnete Körperverletzung.

Wenn der Verletzte durch die Beschädigung zu seinen Berufsarbeiten völlig unbrauchbar gemacht worden, und keine begründete Wahrscheinlichkeit zu seiner Wiederherstellung vorhanden, oder wenn der Verletzte des Gebrauchs der Sprache, des Gesichts, des Gehörs, des Gebrauchs beider Arme, Hände oder Füße beraubt, oder zur Fortpflanzung des Geschlechts unfähig gemacht worden ist, so soll auf Zuchthaus nicht unter vier Jahren, bis auf fünfzehnjährige Kettenstrafe erkannt werden.

§. 104.

Fortsetzung.

Wenn zwar keiner der im vorhergehenden Paragraphen bezeichneten Fälle vorhanden ist, jedoch —

- a. dem Verletzten eine dreißig Tage oder länger dauernde Krankheit verursacht, oder derselbe auf dreißig Tage oder länger zu seinen Berufsarbeiten untüchtig geworden ist;
 - b. wenn er für immer an einem Theile seines Körpers verstümmelt, verunstaltet oder des Gebrauchs eines seiner Glieder beraubt worden ist;
 - c. wenn die Verletzung einen bleibenden Nachtheil an der Gesundheit zur Folge hat,
- so ist in diesen Fällen Kettenstrafe bis auf acht Jahre, Zuchthaus oder mindestens einjähriges Gefängniß zu verhängen.

§. 105.

Fortsetzung.

Wenn die Verletzung Lebensgefahr nach sich gezogen hat, so ist dieselbe, ohne Rücksicht auf die Größe der

Beschädigung und die längere oder kürzere Dauer der Krankheit, mit der im vorhergehenden Artikel bezeichneten Strafe zu belegen, es wäre denn, daß sie unter die Bestimmung des §. 103 fiele.

§. 106.

Körperverletzungen, die keine der vorbeschriebenen ^{2) Einfache Körperverletzung.} Eigenschaften an sich tragen, werden mit Gefängniß bestraft.

§. 107.

Wenn sich jedoch, wenigstens mit Wahrscheinlichkeit, ^{Besonderer Milderungsgrund.} ergibt, daß der Thäter nur eine geringfügige Mißhandlung verüben wollte, und daraus wider seinen Willen eine bedeutende Verletzung entstand; oder wenn die Verletzung Folge einer unmittelbar vorhergegangenen rechtswidrigen Anreizung ist, so kann bei Körperverletzung des ersten Grades (§. 103) die Strafe bis auf einjähriges, bei solcher zweiten Grades bis auf zweimonatliches Gefängniß herabgesetzt werden.

Körperverletzungen aus Fahrlässigkeit.

§. 108.

Die Verletzung eines Andern aus Unvorsichtigkeit ^{3) Körperverletzung aus Fahrlässigkeit.} oder Nachlässigkeit, ohne böse Absicht, soll, je nach dem Grade der Unvorsichtigkeit oder Nachlässigkeit des Urhebers und der Größe der Beschädigung, mit Gefängnißstrafe bis auf ein Jahr belegt werden.

Körperverletzung in Kaufhändeln.

§. 109.

Haben bei einem Kaufhandel Mehrere an den Verwundeten Hand angelegt, so ist — ^{4) Körperverletzung in Kaufhändeln.}

1) wenn die zugefügten Verletzungen nur durch ihr Zusammentreffen den eingetretenen Erfolg hervorgebracht

haben, jeder, welcher eine Verletzung zugefügt hat, als Urheber dieses Erfolgs zu bestrafen;

2) wenn es gewiß ist, daß nur die eine oder die andere der zugefügten Verletzungen diesen Erfolg bewirkt hat, jeder, welcher eine dieser Verletzungen zugefügt hat, als Urheber des eingetretenen Erfolgs zu bestrafen.

3) Hat es in dem letztern, unter Nummer 2 vorgesehenen Falle nicht zur Gewißheit gebracht werden können, von wem diese Verletzungen zugefügt worden sind, so sollen diejenigen, von welchen es hergestellt ist, daß sie keine derselben zugefügt haben, nach Verhältniß der außerdem noch befundenen geringern Verletzungen, die Uebrigen aber, statt der auf den eingetretenen Erfolg gesetzten Strafe, mit der Hälfte derselben belegt werden.

Körperverletzung durch Duell.

§. 110.

5) Körperverletzung im Zweikampfe.

Hat eine der in den §§. 103 und 104 bezeichneten Körperverletzungen in geregeltem Zweikampfe Statt gefunden, so wird gegen den Thäter auf Gefängnißstrafe bis auf ein Jahr oder Landesverweisung bis auf ein Jahr erkannt.

Nothzucht.

§. 111.

II, Nothzucht.
A. Begriff.

Wer —

- a. eine Weibsperson durch körperliche Gewalt oder gefährliche Drohungen zum Beischlaf zwingt;
 - b. eine solche absichtlich durch Beibringung betäubender Mittel außer Stand der Abwehrung gesetzt hat, und in diesem Zustande den Beischlaf mit ihr vollzieht;
 - c. ein unreifes Mädchen mißbraucht,
- macht sich der Nothzucht schuldig.

§. 112.

Das Verbrechen der Nothzucht wird bestraft: B. Strafe.

1) wenn die Genothzüchtigte an den Folgen der an ihr verübten Gewaltthätigkeit gestorben ist, mit dem Tode durch Enthauptung;

2) wenn dieses nicht der Fall ist, aber die Genothzüchtigte durch die That an ihrer Gesundheit bedeutenden Schaden erlitten hat, oder wenn sich Mehrere bei der Nothzucht Hülfe geleistet haben, mit Kettenstrafe von zehn bis fünfzehn Jahren;

3) wenn keiner dieser beschwerenden Umstände vorhanden ist, mit Kettenstrafe von vier bis zehn Jahren.

S c h ä n d u n g.

§. 113.

Wer eine wahnsinnige, blödsinnige oder in einem III. Schändung.
Zustande von Bewußtlosigkeit sich befindende Weibsperson A. Begriff.
zum Beischlafe mißbraucht, macht sich des Verbrechens der Schändung schuldig.

Die Strafe dieses Verbrechens ist Zuchthaus. B. Strafe.

M e n s c h e n r a u b u n d E n t f ü h r u n g.

§. 114.

Wer sich ohne Recht eines Menschen wider seinen IV. Menschenraub und Entführung.
Willen durch Gewalt oder List, oder vor dessen zurück-
gelegtem fünfzehnten Jahre auch mit seinem Willen, A. Begriff.
jedoch ohne Einwilligung der Eltern oder Vormünder, dergestalt bemächtigt, daß solcher dem Schutze des Staates oder derjenigen, welche ihn in rechtmäßiger Gewalt haben, entzogen wird, der macht sich des Menschenraubes und, wenn diese Handlung an einer Weibsperson begangen wird, um sie zur Unzucht zu mißbrauchen oder zur Ehe zu bewegen, oder sie zu solchem Zwecke einem andern zu überliefern, der Entführung schuldig.

§. 115.

B. Strafe.

Das Verbrechen des Menschenraubs und der Entführung wird, je nach der Größe der Gefahr und des Nachtheils, welchem der Geraubte ausgesetzt worden und mit Rücksicht auf die Dauer der Freiheitsberaubung, mit Zuchthausstrafe bis auf sechs Jahre, oder mit Kettenstrafe bis auf zwanzig Jahre belegt.

Widerrechtliches Gefangenhalten.

§. 116.

V. Widerrechtliches Gefangenhalten.

Wer rechtswidrigerweise einen Menschen durch Einsperrung oder auf andere Art seiner persönlichen Freiheit beraubt, ist, wenn nicht der Begriff eines schweren Verbrechens zur Anwendung kommt, der widerrechtlichen Gefangenhaltung schuldig.

Dieses Verbrechen wird mit Berücksichtigung der Dauer der Gefangenhaltung und der Behandlung, welche der Gefangene während derselben erfuhr, mit Gefängniß- oder Zuchthausstrafe belegt. In ganz geringfügigen Fällen kann eine bloße Ordnungsstrafe verhängt werden (§. 156, Nummer 22).

Verletzung des Hausrechtes.

§. 117.

VI. Verletzung des Hausrechtes.

Wer in eines Andern Wohnung widerrechtlich an Personen oder Habseligkeiten Gewalt ausübt, macht sich der Verletzung des Hausrechtes schuldig, und wird, dafern die That nicht in ein anderes schwereres Verbrechen übergeht, mit Gefängnißstrafe belegt. In schwerern Fällen kann Zuchthausstrafe verhängt werden.

Achter Titel.

Von der Brandstiftung, den Verheerungen,
Verwüstungen und Eigenthumsschädigungen.

§. 118.

Wer in ein öffentliches Magazin, in welchem Mund- = I. Brandstiftung. oder Kriegsvorräthe des Staates sich aufbewahrt befinden, in ein Wohnhaus oder anderes Gebäude, welches von Menschen bewohnt ist, oder endlich an Gegenstände oder Gebäude, welche menschlichen Wohnungen nahe sind und diesen das Feuer leicht mittheilen könnten, in der Absicht, Brand zu stiften, Feuer einlegt, durch welches wirklich ein Brand entsteht, der soll mit zehnjähriger bis lebenslänglicher Kettenstrafe, in besonders schweren Fällen mit dem Tode durch Enthauptung bestraft werden.

Wenn bei dem Brande ein Mensch das Leben verloren hat, so soll die bezeichnete Todesstrafe eintreten.

§. 119.

Eine vorsätzliche Brandstiftung, welche an Staats- Fortsetzung. eigenthum oder Kriegsvorräthen, einem unbewohnten Hause, Gebäude, Brücke, Schiffe, Holzvorrath, Wald, eingesammelten oder uneingesammelten Früchten, oder irgend einem andern derartigen Gegenstande verübt wird, ist mit zehnjähriger bis lebenslänglicher Kettenstrafe zu belegen, wenn daraus ein Schaden von mehr als viertausend Franken entstanden ist. Bei geringerem Schaden, oder unter vorzüglich mildernden Umständen, soll die Brandstiftung mit Kettenstrafe bis auf zwanzig Jahre belegt werden.

Erreicht der gedrohte oder wirklich eingetretene Schaden nicht einhundert Franken, so wird der Thäter mit Zuchthausstrafe belegt.

§. 120.

II. Ueber-
schwemmung.

Wer vorsätzlich eine Ueberschwemmung verursacht, indem er Dämme, Deiche, Schleusen oder andere Wasserwerke in dieser Absicht durchsticht oder beschädigt, soll nach den Bestimmungen über Brandstiftung bestraft werden.

§. 121.

III. Sprengung
einer Mine.

Die vorsätzliche Sprengung eines Gebäudes durch eine Mine wird ebenfalls der Brandstiftung gleichgeachtet.

§. 122.

Wer eine der in den vier vorhergehenden Paragraphen bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begeht, ist, je nach dem Grade der Unvorsichtigkeit oder Nachlässigkeit und der Größe des Schadens, mit Gefängnißstrafe von einem Monat bis auf zwei Jahre zu belegen.

§. 123.

IV. Vernichtung-
gen und Beschä-
digungen.

Wer aus Rache, Bosheit, Muthwillen oder sonst auf widerrechtliche Weise fremdes Eigenthum verheeret, verwüstet oder beschädigt, der wird nach den Grundsätzen über den Diebstahl (§. 124) bestraft. Werden dabei Menschen getödtet oder körperlich beschädigt, so wird das Verbrechen nach den Umständen als Mord, Todtschlag oder Gewaltthätigkeit gegen Personen angesehen.

Neunter Titel.

Von dem Diebstahl, dem Raub, der Erpressung und Plünderung.

Diebstahl.

§. 124.

Wer wissentlich eine fremde bewegliche Sache ohne I. Diebstahl. Einwilligung des Berechtigten, jedoch ohne Gewaltthätigkeit an einer Person, in seinen Besitz nimmt, um sich dieselbe rechtswidrig zuzueignen, begeht einen Diebstahl. A. Begriff überhaupt.

§. 125.

Der Diebstahl ist als ausgezeichnet zu betrachten, wenn einer der nachfolgenden Umstände eintritt: B. Ausgezeichnete Diebstähle. 1) Begriff.

- a. wenn der Diebstahl mit Einbruch, das ist, mit gewaltsamer Eröffnung eines Gebäudes, Gemaches oder Gehaltes, mit Uebersteigung von Mauern, Ersteigen von Dächern und dergleichen, oder mit Gebrauch falscher Schlüssel geschehen ist;
- b. wenn er an Gegenständen verübt worden, welche der öffentlichen Sicherheit anvertraut sind, indem sie ihrer Natur nach nicht verwahrt werden können, oder nach herrschender Sitte nicht zureichend verwahrt zu werden pflegen;
- c. wenn derselbe begangen worden, während der Thäter im wirklichen Dienste war;
- d. wenn der Diebstahl an Gut verübt worden, welches aus Kriegs-, Feuers- oder Wassersnoth gerettet worden ist;

- e. wenn der Thäter einen Kriegskameraden, jemanden in seinem Quartier oder seinen Dienstherrn bestohlen hat;
- f. wenn sich der Thäter zu Ausübung des Diebstahls mit Waffen versehen hat.

§. 126.

2) Strafe.

Die Strafe des ausgezeichneten Diebstahls besteht in:

- a. Gefängnißstrafe von wenigstens sechs Monaten bis auf sechsjähriges Zuchthaus, nebst Entsehung, wenn der Werth des Gestohlenen nicht mehr als zweihundert Franken beträgt;
- b. Kettenstrafe bis auf fünfzehn Jahre, wenn der Werth des Gestohlenen zweihundert Franken übersteigt.

Das Zusammentreffen mehrerer der im vorhergehenden Artikel aufgezählten qualifizirenden Umstände ist als Schärfungsgrund der Strafe zu betrachten.

§. 127.

C. Einfacher Diebstahl.

1) Begriff.

Der Diebstahl, bei welchem keiner der im §. 125 angeführten qualifizirenden Umstände eintritt, heißt einfacher Diebstahl.

2) Strafe.

Die Strafe des einfachen Diebstahls besteht in:

- a. Gefängnißstrafe, wenn der Werth des Gestohlenen nicht fünfzig Franken übersteigt;
- b. Zuchthausstrafe nebst Entsehung, wenn der Werth des Gestohlenen fünfzig Franken, aber nicht zweihundert Franken übersteigt;
- c. Zuchthausstrafe von wenigstens zwei Jahren, nebst Entsehung, bis auf zehnjährige Kettenstrafe, wenn der Werth des Gestohlenen zweihundert Franken übersteigt.

§. 129.

Neben den allgemeinen Erschwerungsgründen (§. 36) ^{D. Besondere} sind sowohl bei dem ausgezeichneten als einfachen Dieb- ^{Erschwerungs-} stahl als besondere Erschwerungsgründe zu betrachten: ^{gründe.}

- a. wenn der Diebstahl durch mehrere verübt worden;
- b. wenn er zur Nachtzeit verübt worden.

R a u b.

§. 130.

Wer, um sich fremden beweglichen Eigenthums zu ^{II. Raub.} bemächtigen, einer Person Gewalt anthut, sey es durch ^{A. Begriff.} thätliche Mißhandlungen oder durch Drohungen, welche mit einer für das Leben oder die Gesundheit gegenwärtigen Gefahr verbunden sind, der ist, wenn er auch seine Absicht nicht erreicht haben sollte, des Raubes schuldig.

§. 131.

Der Raub ist mit Kettenstrafe bis auf zwanzig ^{B. Strafe.} Jahre zu belegen.

§. 132.

Unter nachfolgenden Umständen kann die Kettenstrafe ^{C. Erschwe-} über zwanzig Jahre bis auf Lebenslang erhöht, und ^{rungsgründe.} bei'm Zusammentreffen mehrerer dieser Umstände selbst auf Todesstrafe durch Enthauptung erkannt werden:

- 1) wenn der Räuber in eine Wohnung eingebrochen, eingestiegen oder in eine Behausung zur Nachtzeit eingedrungen ist;
- 2) wenn derselbe sich unkenntlich zu machen gesucht hat, zum Beispiel, durch Masken, Schwärzen des Gesichtes, falschen Bart und dergleichen;
- 3) wenn er für Ausübung des Raubes sich mit Waffen versehen, oder von seinen Waffen Gebrauch gemacht hat;

4) wenn der Raub auf offener Landstraße begangen worden;

5) wenn derselbe von Mehrern verübt wurde.

§. 133.

Fortsetzung.

Der Raub wird mit dem Tode durch Enthauptung bestraft:

1) wenn dabei eine Person, um ihr die Entdeckung verborgener Habseligkeiten abzupressen, gepeinigt worden ist;

2) wenn dabei eine Person auf die in den §§. 103 und 104 bezeichnete Weise verletzt wurde; oder wenn sie an den Folgen der Mißhandlung starb.

Erpressung.

§. 134.

III. Erpressung.
A. Begriff.

Wer außer dem im §. 130 bezeichneten Fall, in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vortheil zu verschaffen, jemanden durch thätliche Mißhandlung oder durch gefährliche Drohungen zu einer Handlung oder Unterlassung nöthigt, begeht das Verbrechen der Erpressung.

§. 135.

B. Strafe.

Die Erpressung ist dem Raube gleich zu achten, und soll nach den hier vor enthaltenen Bestimmungen über den Raub bestraft werden.

In Fällen von geringer Bedeutung kann indessen ein- bis zweijährige Gefängnißstrafe angewendet werden.

Maraude und Plünderung.

§. 136.

IV. Maraude.

Wer in Feindes Land unerlaubterweise Gegenstände wegnimmt, welche zur Bekleidung, Bedeckung, Nahrung

oder Fütterung dienen, in der Absicht, sie hierzu zu gebrauchen, soll als Marauder mit einer Ordnungsstrafe belegt werden.

§. 137.

Die unerlaubte Wegnahme anderer Gegenstände in v. Plünderung. Feindes Land, so wie die Wegnahme der vorgedachten Gegenstände, in der Absicht, sich einen Gewinn zu verschaffen, wird als Plünderung gleich dem Diebstahl bestraft.

§. 138.

Wenn bei der Marauden oder Plünderung eine Person *Fortsetzung.* gewaltsam gemißhandelt oder verwundet wird, so wird die Handlung nach den Grundsätzen über den Raub bestraft.

§. 139.

In Freundes Land wird jede unerlaubte Wegnahme *Fortsetzung.* von Gegenständen, um sich dieselben zuzueignen, als Diebstahl oder Raub bestraft, je nachdem mit der Wegnahme Gewaltthätigkeiten gegen eine Person verbunden waren oder nicht.

§. 140.

Wer ohne Erlaubniß während eines Gefechtes oder *Fortsetzung.* unmittelbar nach demselben auf dem Schlachtfelde einen Erschlagenen auszieht oder plündert, wird mit Gefängniß bestraft. Gehörte der Erschlagene zu den eidgenössischen oder verbündeten Truppen, so wird die Handlung als Diebstahl bestraft.

Wer dieses Verbrechen gegen einen Verwundeten verübt, wird ebenfalls mit Gefängniß bestraft. Gehört der Verwundete zu den eidgenössischen oder verbündeten Truppen, so wird die Handlung als Raub bestraft.

Gegen einen solchen, der nicht Militär, aber der militärischen Gerichtsbarkeit unterworfen ist, wird die Strafe geschärft.

§. 141.

Fortsetzung.

Wer eine Sache plündert, die mit seinem Wissen unter Saubegarde steht, der wird nach den Grundsätzen über den Raub bestraft.

§. 142.

Fortsetzung.

Ein Offizier, welcher sich einer in seiner Gegenwart unternommenen unerlaubten Plünderung oder Verheerung nicht widersetzt, oder dieselbe seinem unmittelbaren Obern nicht anzeigt, wenn er sie nicht hindern konnte, soll entsetzt, oder mit Gefängnißstrafe bis auf höchstens sechs Monate belegt werden.

Zehnter Titel.

Von der Veruntreuung, dem Betrug und dem falschen Zeugnisse.

Veruntreuung.

§. 143.

I. Veruntreuung.

A. Begriff.

1) Ueberhaupt.

Wer eine fremde bewegliche Sache in seinem Besitze oder Gewahrsam hat und sich dieselbe rechtswidrig zueignet; ferner, wer eine zurückbehaltene Gebühr (§. 76) in seinen eigenen Nutzen verwendet, oder öffentliche Gelder oder andere Gegenstände, die ihm anvertraut sind, ganz oder zum Theil unterschlägt, untreu verwaltet oder verrecknet, um sich dadurch einen Gewinn zu verschaffen, der macht sich des Verbrechens der Veruntreuung schuldig.

§. 144.

Insbefondere macht sich dieses Verbrechens schuldig: 2) Insbeson-

1) wer auf ein zum Behuf der Verpflegung geführ-^{tere.}tes Verzeichniß in eigennütziger Absicht eine größere Zahl Mannschaft oder Pferde setzt, als der wirkliche Bestand ist;

2) wer Gold, Lebensmittel, Fourrage, Munition oder Kriegsgeräthschaften, deren Aufsicht oder Vertheilung ihm anvertraut worden, zu seinem Nutzen veräußert oder sonst verwendet;

3) wer im Einverständniß mit Lieferanten verdorbene Sachen austheilt, schlechte Lieferungen macht, oder für Gewinn von dem Lieferanten annimmt;

4) wer sich bei der Unterhandlung mit Lieferanten durch Geschenke oder Versprechungen dazu bestimmen läßt, einen von ihnen vor den andern zu begünstigen;

5) wer bei Austheilung von Gold, Lebensmitteln, Fourrage und andern Sachen Untreue, von welcher Art es sey, begeht;

6) wer in eigennütziger Absicht unrichtige Rechnungen über Auslagen für den Dienst eingiebt;

7) Unteroffiziere, Korporale und Soldaten, welche ihnen anvertraute Munition, Waffen oder Kleidung, oder Fuhrleute, welche dergleichen oder Fourrage veräußern oder verpfänden (§. 156, Nummer 18).

§. 145.

Die Veruntreuung wird, gleich dem Diebstahl, nach B. Strafen in dem §. 128 aufgestellten Bestimmungen bestraft.

B e t r u g.

§. 146.

Jede zum Nachtheil der Rechte eines andern absicht-^{II. Betrug.}lich unternommene Täuschung ist Betrug.
^{A. Einfacher Betrug.}
^{1) Begriff.}

Auch derjenige, welcher von fremdem Betruge wissenschaftlich Gebrauch macht, ist als Betrüger anzusehen.

§. 147.

2) Strafe.

Der einfache Betrug wird, gleich dem Diebstahl, nach den in dem §. 128 aufgestellten Bestimmungen bestraft.

§. 148.

B. Qualifizirter Betrug.

Als ausgezeichnete Arten des Betrugs werden betrachtet und bestraft:

1) Fälschung öffentlicher Urkunden.

a. Die Fälschung öffentlicher Urkunden. Wer Staatspapiere, öffentliche Kreditpapiere oder im Staate als öffentliche Urkunden geltende Schriften nachahmt oder verfälscht, wird, nach Maßgabe der Wichtigkeit der Urkunde oder der Größe des bezweckten oder verursachten Schadens, mit Kettenstrafe belegt.

Bei Verfälschung von Pässen, Wanderbüchern, Marschrouten, Urlaubsbewilligungen und solchen amtlichen Bescheinigungen, die nur zu polizeilicher Ausweisung bestimmt sind, so wie bei dem öffentlichen Gebrauche solcher Schriften, kann der Richter, statt der Kettenstrafe, Zuchthaus- oder Gefängnißstrafe verhängen.

Kommt bei einer Verfälschung der Gebrauch falscher Siegel oder Stempel hinzu, so ist hierauf als Schärfungsgrund Rücksicht zu nehmen.

2) Fälschung von Privaturkunden.

b. Die Fälschung von Privaturkunden. Wer solche Urkunden fälschlich auf fremden Namen ausstellt oder verfertigt, betrüglich nachahmt, an einer solchen Urkunde etwas Beträchtliches verändert, zusetzt, auslöscht, wird, je nach der Wichtigkeit der Urkunde, mit Zuchthausstrafe oder mit Kettenstrafe bis auf höchstens zehn Jahre belegt.

c. Verfälschung von Lebensmitteln. Wer ^{3) Fälschung von Lebensmitteln.} Speise oder Getränk, die zum Austheilen oder zum Verkaufe bestimmt sind, mit Sachen verfälscht, von denen er weiß, daß sie der Gesundheit schädlich sind, der wird, je nach der hiermit verbundenen Gefahr oder dem wirklich entstandenen Schaden, mit Zuchthaus- oder Kettenstrafe belegt.

Ist der Tod eines Menschen dadurch veranlaßt worden, so kann Todesstrafe verhängt werden.

Geschieht die Verfälschung zwar in betrüglicher Absicht, aber ohne Kenntniß der beigemischten Sache, so wird die Strafe um die Hälfte gemindert.

§. 149.

Andere Fälle von ausgezeichnetem Betrug, welche in dem vorhergehenden Artikel nicht aufgezählt sind, werden nach der Vorschrift des §. 3 behandelt.

Falsches Zeugniß.

§. 150.

Wer mit Bewußtsein der Unwahrheit seiner Aussage ^{III. Falsches Zeugniß.} gerichtlich ein falsches Zeugniß ablegt, wird, je nach der Wichtigkeit der Sache, mit Zuchthausstrafe oder mit Kettenstrafe bis auf höchstens sechs Jahre, und in den gelindesten Fällen mit Gefängnißstrafe belegt. War die Aussage eine eidliche, so wird die Strafe verdoppelt.

§. 151.

Wenn in Straffällen, in Folge eines falschen Zeug- ^{Fortsetzung.} nisses, eine Strafe über einen Unschuldigen ausgesprochen und vollzogen worden, so trifft den falschen Zeugen diese gleiche Strafe, vorausgesetzt, daß dieselbe härter ist, als die in dem vorhergehenden Artikel bestimmte.

§. 152.

IV. Falsche
Anklage.

Die Strafbestimmungen der §§. 150 und 151 gelten auch für diejenigen, welche, in der Absicht einen Unschuldigen in Strafe zu bringen, denselben einer strafbaren Handlung anklagen.

Fiffter Titel.

Von den Ehrverletzungen.

§. 153.

I. Beschimpfung.

Einfache Beschimpfungen und geringe Verläumdungen sollen als Ordnungsfehler bestraft werden (§. 156, Nummer 14).

Größere Ehrverletzungen und Verläumdungen werden mit Gefängniß bis auf sechs Monate belegt.

Vorbehalten ist jedoch die Verfügung des §. 60 über Beleidigungen dieser Art, deren sich Untergebene gegen einen Obern schuldig machen.

§. 154.

II. Verletzung
weiblicher
Schamhaftig-
keit.

Wer durch Handlungen die weibliche Schamhaftigkeit öffentlich verletzt, soll mit Gefängniß bis auf sechs Monate bestraft werden.

Zwölfter Titel.

Von der Religionsstörung.

§. 155.

Beschimpfung
religiöser Ge-
genstände.

Wer Gegenstände der religiösen Verehrung durch Handlungen vorsätzlich beschimpft, oder in beschimpfender Absicht beschädigt oder zerstört; wer den öffentlichen

Gottesdienst oder einen Religionslehrer in seinen öffentlichen Amtsverrichtungen muthwillig stört, wird mit Gefängnißstrafe bis auf ein Jahr belegt, welche unter erschwerenden Umständen mit Entsetzung und Fortjagen verschärft werden kann.

Wörtliche Beschimpfungen religiöser Gegenstände sind mit einer Disziplinarstrafe zu belegen (§. 156, Nummer 15).

Zweiter Theil.

Von den Disziplin- und Ordnungsfehlern.

Erster Titel.

Bezeichnung der Disziplin- oder Ordnungsfehler.

§. 156.

Als Disziplin- oder Ordnungsfehler werden alle ^{Aufzählung der} Handlungen oder Unterlassungen angesehen, welche den ^{Ordnungs-} ^{fehler.} allgemeinen Vorschriften, den Befehlen der Vorgesetzten oder der militärischen Ordnung überhaupt zuwiderlaufen; insbesondere aber:

1) verspätetes Eintreffen oder Ausbleiben bei'm Verlesen des Namensaufrufes (Appel), bei'm Exerciren, bei den Musterungen und Inspektionen oder andern anbefohlenen Dienstverrichtungen (§§. 57 und 64);

2) verspätetes Eintreffen in der Wohnung, dem Quartier oder Zelte nach dem Zapfenstreich (Retraite) (§§. 57 und 64);

3) Unreinlichkeit oder sonstige Nachlässigkeit im Unterhalten der Uniform, Ausrüstungsgegenstände, Kasernen-, Feld- und Lagergeräthschaften (§§. 57 und 64);

4) Uebertretung der polizeilichen Vorschriften oder der gegebenen Ordres, Verletzung der gewöhnlichen Pflichten, welche durch die Polizeireglemente oder durch die Reglemente über den innern Dienst der eidgenössischen Truppen vorgeschrieben sind, so wie nicht gehörige Vollziehung eines erhaltenen Dienstauftrags, wenn die Fälle nicht von solcher Bedeutung sind, daß sie nach dem Gesetze höher bestraft werden müssen (§§. 57 und 64);

5) Betrunktheit auf den Straßen, im Quartier, im Lager, während des Exercirens oder einer andern Dienstverrichtung (§§. 1 und 64);

6) Raufereien oder Streitigkeiten der Militärs unter sich oder mit Bürgern, vorausgesetzt, daß bei solchen Streitigkeiten keine bedeutenden Folgen eintreten, und daß kein Gebrauch von Waffen oder andern Instrumenten gemacht werde (§§. 1 und 106);

7) ungehorsames, störrisches oder sonst ungebührliches Betragen gegen militärische Obere, vorausgesetzt, daß solches Betragen nicht in ein eigentliches Vergehen oder Verbrechen übergehe (§. 56 und flg.);

8) unwahrhafte Angaben gegen militärische Obere in Sachen, welche den Dienst oder die Mannszucht betreffen (§§. 1 und 57);

9) verweigerte Angabe seines eigenen, oder böswillige Verschweigung des Namens eines Dritten, ungeachtet bestimmter Nachfrage von Seite eines Obern; eben so die Angabe eines falschen Namens (§§. 1 und 57);

10) Uebertretung einer auferlegten Ordnungsstrafe (§. 57);

11) unerlaubter Verkehr mit Gefangenen, namentlich das Zutragen von Speise oder Getränk (§. 64);

12) ungebührliches Betragen, Zumuthungen oder Forderungen an einen Quartierträger oder seine Hausgenossen, falls sie nicht von der Art sind, daß sie einen höhern Grad von Strafbarkeit erlangen (§§. 1 und 134);

13) ungebührliches Betragen gegen Untergebene, Kameraden oder Bürger (§. 81);

14) geringe Ehrverletzungen (§. 153);

15) wörtliche Beschimpfungen religiöser Gegenstände (§. 155);

16) unbedeutende Eigenthumsbeschädigungen und Entwendungen (§. 124);

17) die Marauden (§. 136);

18) das Verpfänden irgend einer dem Soldat zum Gebrauch anvertrauten Sache, vorausgesetzt, daß wegen des geringen Werthes der Sache solche Handlung sich nicht zum Verbrechen eigne, so wie leichtsinniges Schuldenmachen überhaupt (§§. 1 und 144, Nummer 7);

19) Nichtbestrafung oder Nichtmeldung eines von einem Untergebenen begangenen Dienstfehlers (§. 77);

20) Veranlassung der Entweichung eines Gefangenen aus Nachlässigkeit (§. 68);

21) unbefugtes Tragen der Unterscheidungszeichen eines Grades oder eines Ehrenzeichens (§. 85);

22) Mißbrauch oder Ueberschreitung der anvertrauten Gewalt, so wie unbefugte Gewaltsanmaßung in geringfügigen Fällen (§§. 81, 82 und 116);

23) die Uebertretung eines Tagsbefehls, insofern dieselbe sich nicht zu einem Verbrechen (§. 70 u. flg.) oder Vergehen eignet.

Zweiter Titel.

Disziplin- oder Ordnungsstrafen.

§. 157.

Die auf Disziplin- oder Ordnungsfehler gesetzten Strafen sind folgende.

§. 158.

A. Für Gemeine.

- | | |
|---|--|
| Strafen.
A. Für Gemeine.
1) Militärfrohnen.
2) Strafererziren und Wachestehen.
3) Veränderung in der Kleidung.
4) Gemeiner Arrest. | <p>1) Militärfrohnen (corvées). Diese bestehen in den im Quartier, Lager oder Posten vorkommenden Dienstleistungen, welche nicht zu eigentlichen militärischen Verrichtungen sich eignen. Die Dauer dieser Strafe kann bis auf vierzig Tage ausgedehnt werden.</p> <p>2) Strafererziren und Wachestehen. Dieses besteht darin, daß der Betreffende, nebst dem gewöhnlichen Exerciren und Wachestehen, annoch außerordentlich zu diesen Dienstleistungen angehalten wird. Die Strafe kann während vierzig Tagen verhängt werden; wobei übrigens jederzeit angemessene Zwischenräume, wie solche für die Gesundheit des Bestraften und für den Dienst erforderlich sind, beobachtet werden sollen.</p> <p>3) Veränderung in der Kleidung. Diese besteht darin, daß der dazu Verurtheilte während der Strafzeit seine Unterscheidungszeichen nicht tragen darf, oder ihm eine andere Auszeichnung in der Kleidung befohlen wird. Diese Strafe kann bis auf vierzig Tage verhängt werden.</p> <p>4) Gemeiner Arrest (Konsignirung). Der hierzu Verurtheilte darf den ihm angewiesenen Raum, sey es im Quartier, in der Kaserne oder im Lager, nicht verlassen, mit fortdauernder Verbindlichkeit jedoch zu den</p> |
|---|--|

Dienstverrichtungen. Diese Strafe kann bis auf vierzig Tage ausgedehnt werden.

5) Verhaft in einem Polizeizimmer (salle de police), bis auf dreißig Tage. 5) Verhaft im Polizeizimmer.

6) Verhaft im militärischen Gefängniß (cachot), bis auf zwanzig Tage. Damit kann magere Kost, das heißt, Wasser und Brod, für die Hälfte der Strafzeit verbunden werden, jedoch dergestalt, daß diese magere Kost nur jeden andern Tag eintreten darf. 6) Verhaft im militärischen Gefängniß.

§. 159.

B. Für Unteroffiziere und Korporale.

Neben den im vorhergehenden Paragraphen, Nummer 4, 5 und 6 festgesetzten Strafen können diese belegt werden: B. Für Unteroffiziere und Korporale.

1) mit Einstellung im Grade; der hierzu Verurtheilte hört während der Strafzeit auf, die Rechte und Vorzüge seines Grades auszuüben, ohne jedoch die Unterscheidungszeichen abzulegen;

2) mit Verlust des Grades; der hierzu Verurtheilte tritt in die Reihe der Gemeinen zurück.

§. 160.

C. Für Offiziere.

1) Einfacher oder gemeiner Arrest. Der Arrestant darf sein Quartier nicht verlassen, ausgenommen in den Dienstverrichtungen. Der Degen wird ihm nicht abgenommen. Die Strafe kann bis auf vierzig Tage auferlegt werden. C. Für Offiziere. 1) Einfacher Arrest.

2) Geschärfter Arrest im Quartier, wo ihm der Degen abgenommen wird, und er keinen Dienst verrichten darf. Diese Strafe kann bis auf dreißig Tage bestimmt werden. 2) Geschärfter Arrest.

3) Strenger
Arrest.

3) Strenger Arrest in einem verschlossenen Zimmer, oder in dem Quartier mit einer Schildwache vor der Zimmerthür oder dem Zelte, für die der Arrestant gehalten werden kann, täglich einen bis zwei Franken zu bezahlen. Diese Strafe kann bis auf zwanzig Tage verhängt werden.

§. 161.

Verbot der
Besuche.

Der einem Offizier aufgelegte gemeine oder geschärfte Arrest kann mit dem Verbot, Besuche zu empfangen, verbunden werden.

Mit dem strengen Arrest ist dieses Verbot allzeit verbunden.

§. 162.

Verhältniß der
Verurtheilten
auf dem Mar-
sche.

Wenn die Truppen sich auf dem Marsche befinden, so marschiren die zum Verhaft verurtheilten Gemeinen und Unteroffiziere in der Arrièregarde.

§. 163.

Fortsetzung.

Der zum einfachen Arreste verurtheilte Offizier marschirt mit seiner Kompagnie. Ist derselbe zu geschärfstem Arreste verurtheilt, so bestimmt der Chef des Corps, ob er mit der Kompagnie marschiren soll, oder in der Arrièregarde, mit oder ohne Degen. Bei strengem Arrest marschirt der Offizier in der Arrièregarde ohne Degen.

Dritter Titel.

Strafkompetenzen.

§. 164.

I. Strafkomp-
etenz überhaupt.

Die Disziplin- oder Ordnungsfehler werden durch die militärischen Obern bestraft nach folgenden Kompetenzen.

§. 165.

Ein Korporal kann allen untergeordneten, unter II. Straffkompetenz insbesondere:

- a. Konsignirung für einen Tag;
- b. Militärfrohn für einen Tag;
- c. Straferziren oder Wachestehen während eines Tages;
- d. Verhaft im Polizeizimmer für einen Tag.

A. Eines Korporals.

§. 166.

Ein Wachtmeister und ein Fourier:

- a. Konsignirung bis auf zwei Tage;
- b. Militärfrohn bis auf zwei Tage;
- c. Straferziren oder Wachestehen während zwei Tagen;
- d. Verhaft im Polizeizimmer für einen Tag.

B. Eines Wachtmeisters und Fouriers.

§. 167.

Ein Feldweibel:

- a. Konsignirung bis auf drei Tage;
- b. Militärfrohn bis auf drei Tage;
- c. Straferziren oder Wachestehen während drei Tagen;
- d. Verhaft im Polizeizimmer bis auf zwei Tage.

C. Eines Feldweibels.

§. 168.

Ein Unterlieutenant oder Lieutenant:

- 1) Gegen Unteroffiziere, Korporale oder Gemeine:
 - a. Konsignirung bis auf fünf Tage;
 - b. Militärfrohn bis auf fünf Tage;
 - c. Straferziren oder Wachestehen während fünf Tagen;
 - d. Verhaft im Polizeizimmer bis auf drei Tage;
 - e. Veränderung in der Kleidung bis auf drei Tage.

D. Eines Unterlieutenants oder Lieutenants.

2) Gegen Offiziere:

Einfacher Arrest bis auf zwei Tage.

§. 169.

E. Eines Hauptmanns oder Kompagniekommandanten.

Ein Hauptmann oder Kompagniekommandant:

1) Gegen Gemeine:

- a. Konsignirung bis auf acht Tage;
- b. Militärfröhnen bis auf acht Tage;
- c. Strafererziren oder Wachestehen während acht Tagen;
- d. Verhaft im Polizeizimmer bis auf sechs Tage;
- e. Veränderung in der Kleidung bis auf sechs Tage;
- f. Verhaft im militärischen Gefängniß bis auf vier Tage.

2) Gegen Korporale und Unteroffiziere, neben den gleichen Strafen:

Einstellung im Grade bis auf acht Tage.

3) Gegen Offiziere:

Einfacher Arrest bis auf acht Tage.

§. 170.

F. Eines Majors.

Ein Major hat die gleiche Kompetenz wie der Hauptmann, mit dem Unterschiede, daß er jede Strafe auf zwei Tage länger aussprechen, und Offiziere auch mit drei Tagen geschärften oder strengen Arrestes belegen kann.

§. 171.

G. Des Oberstlieutenants oder Kommandanten eines Bataillons oder mehrerer Kompagnien.

Der Oberstlieutenant oder Kommandant eines Bataillons oder mehrerer Kompagnien hat die Kompetenz, jede Art der in den §§. 158, 159, 160 und 161 bestimmten Ordnungsstrafen zu verhängen, und zwar unbedingt bis auf die Hälfte der daselbst vorgeschriebenen höchsten Dauer, und mit Vorbehalt der Genehmigung seiner unmittelbaren Obern auf die ganze Dauer.

§. 172.

Ein eidgenössischer Oberst, Brigadenkommandant, Divisionskommandant und der Oberbefehlshaber können unbedingt alle in den §§. 158, 159, 160 und 161 vorgeschriebenen Ordnungsstrafen verhängen.

§. 173.

Alle Offiziere des eidgenössischen Generalstabs und des Bataillonsstabs üben die ihrem Grade anhängende Kompetenz aus.

III. Fernere
Bestimmung
über die Aus-
übung der
Strafkompe-
tenz.

§. 174.

Jeder Offizier, welcher zur Zeit mit einem Kommando beauftragt ist, das sonst einem höhern Offizier zusteht, übt, während der Zeit wo er dieses Kommando führt, die Kompetenz aus, welche dem Offizier zusteht, den er ersetzt.

Fortsetzung.

§. 175.

Jeder Kommandant eines Detaschements, dessen Verbindung mit seinen Obern sich unterbrochen befindet, übt, so lange dieser Zustand dauert, die Kompetenz des Offiziers des nächsten höhern Grades aus.

Fortsetzung.

§. 176.

Die Strafen für Disziplinfehler können, nach dem Maßstabe der oben angegebenen Kompetenzen, einem Fehlbaren durch alle Diejenigen auferlegt werden, welche einen höhern Grad als er bekleiden.

Fortsetzung.

§. 177.

Die in diesem Titel bezeichneten Kompetenzen beziehen sich lediglich auf Ordnungsfehler. Die Strafen dürfen niemals das festgesetzte Maximum übersteigen.

Fortsetzung.

IV. Straffkom-
petenz über die
Angestellten der
Kriegsverwal-
tung.

Hinsichtlich der Ausübung des disziplinarischen Straf-
rechts über die Angestellten der Kriegsverwaltung, soll
es folgendermaßen gehalten werden:

- a. Jeder Beamte oder Angestellte bei der Kriegsver-
waltung übt, je nach seinem Grade und der ihm,
diesem lehtern zufolge, zukommenden Kompetenz,
in Anwendung des eidgenössischen Strafgesetzbuches,
das Strafrecht über diejenigen zur Kriegsverwal-
tung Gehörigen aus, die ihm im Grade nachgesetzt
sind, so wie dann auch über diejenigen Militärs,
welche dem Kriegskommissariat zum Behuf beson-
derer Verrichtungen von den Corps beigegeben
werden, für so lange nämlich, als sie dessen Be-
fehlen untergeordnet bleiben. Hierauf soll sich
das Strafrecht der Beamten und Angestellten der
Kriegsverwaltung beschränken, da sie zudem nie zu
irgend einem Militärkommando gelangen können.
- b. Alle zur Kriegsverwaltung gehörigen Personen,
von welchem Rang und Grade selbige immer sein
mögen, sind für Disziplinfehler dem Strafrecht
des kommandirenden Offiziers desjenigen Corps
oder Detaschements unterworfen, dem sie zugetheilt
werden. Für Fehler in der Verwaltung, Nach-
lässigkeiten u. dgl., welche dem Corps oder Deta-
schement zum Nachtheil gereichen und erweislich
dem Chef einer Abtheilung der Kriegsverwaltung,
oder einem oder mehreren seiner Untergebenen zur
Last fallen, — ist der Kommandant des Corps
oder Detaschements befugt, den oder die Schul-
digen nach gesetzlicher Vorschrift zu bestrafen, wovon
er aber dem unmittelbaren Obern des Bestraften

sogleich Kenntniß geben soll. Untergeordnete Offiziere, von welchem Grade sie auch sein mögen, können für Fehler in der Verwaltung in keinem Fall eine Person der Kriegsverwaltung strafen, sondern haben ihre Klagen bei dem Kommandirenden des betreffenden Corps oder Detaschements anzubringen.

- c. Alle Personen, welche nicht integrirende Theile der Armee, oder eines besondern Corps, Detaschements u. s. f. derselben ausmachen, sondern nur zu vorübergehenden Dienstleistungen bei der Armee sich befinden, wie z. B. Lieferanten, Fuhrleute, Schiffeleute, Arbeiter u. s. w., stehen während der Dauer ihrer Dienstleistungen unter dem unmittelbaren Befehl desjenigen Offiziers, dem die Leitung der Verrichtungen, für welche solche Leute zugegeben worden, anvertraut ist. Demnach hat derselbe in vorkommendem Fall, auch das Strafrecht über selbige, nach der Kompetenz seines Grades, auszuüben.

Vierter Titel.

Von den Meldungen (Rapporten).

§. 179.

Jeder Offizier, Unteroffizier oder Korporal ist gehalten, dem Obern des zunächststehenden Grades bald möglichst Kenntniß von den Strafen zu geben, die er verordnet hat.

Diese Bestrafungen sind in den Generalrapport jedes Tages aufzunehmen.

Eben so hat er Meldung zu machen hinsichtlich ihm bekannt gewordener Uebertretungen, die seine Kompe-

tenz übersteigen. Findet der Obere den Fall auch über seine eigene Kompetenz, so hat er denselben einem höhern Vorgesetzten einzuberichten.

§. 180.

Recht des Obern
in Folge der
Meldung.

Der Obere, dem über eine verhängte Strafe Meldung gemacht worden, kann dieselbe, je nach Beschaffenheit der Umstände, aufheben, mildern, bestätigen, oder auch inner den Schranken seiner eigenen Kompetenz verschärfen.

§. 181.

Weitere Bestimmungen.

Jeder eine größere oder kleinere Truppenabtheilung befehligende Offizier, Unteroffizier oder Korporal kann bei vorfallenden Uebertretungen, welche seine Kompetenz übersteigen, den oder die Schuldigen untergeordneter Grade einstweilen in Arrest setzen lassen.

§. 182.

Fortsetzung.

Wenn Offiziere oder Unteroffiziere vom Stab einen Offizier, Unteroffizier, Korporal oder Soldat, der zu einer Kompagnie gehört, bestrafen, so sollen sie den betreffenden Hauptmann, oder, wenn der Bestrafte ein Hauptmann oder ein Stabsoffizier ist, den Kommandanten des Bataillons benachrichtigen.

§. 183.

Fortsetzung.

Offiziere einer Kompagnie, welche einen Mann einer andern Kompagnie bestrafen, haben es seinem Hauptmann anzuzeigen, die Unteroffiziere und Korporale hingegen dem Feldweibel.

Fünfter Titel.

Von den Beschwerden (Reklamationen).

§. 184.

Jeder Untergeordnete, wenn er auch glaubt mit Beschwerden Grund sich beschweren zu können, ist dennoch gehalten, bei dem Obern, der Ordre des Vorgesetzten, so wie der ausgesprochenen Disziplinarstrafe, sich zu unterziehen. Allein nachdem er gehorcht hat, kann er bei dem Obern des Vorgesetzten sich beschweren.

§. 185.

Der Obere wird den klagenden Theil sowohl als den Untersuchung Beflagten anhören, und wenn es sich ergibt, daß der von Seite des Vorgesetzten übel gestraft hat, so soll er gegen letztern Obern. ebenfalls eine angemessene Strafe verhängen. Ist hingegen die erhobene Beschwerde ungegründet, so kann die Strafe, gegen welche reklamirt wurde, verschärft werden.

§. 186.

Wenn der Kommandant des Corps Kenntniß erhält, Besondere Be- daß ein Untergebener sich einer Uebertretung schuldig stimmung. gemacht, und er findet, es sei der Fall von solcher Beschaffenheit, daß nicht eine bloße Ordnungsstrafe angewendet werden könne, so übermacht er die Anzeige sogleich, Behufs kriegsgerichtlichen Verfahrens, der kompetenten Behörde. Inzwischen soll er den Beflagten provisorisch in Verhaft setzen lassen, wenn der Fall es erheischt.

§. 187.

Jeder militärische Obere soll gegen einen Ordnungsfehler oder Verbrechen einschreiten, das in seiner Gegenwart verübt wird, selbst dann, wenn der Fehlbare sich

nicht unter seinen Befehlen und nicht in dem nämlichen Corps befinden sollte.

A n h a n g s t i t e l.

Von der Kompetenz in Zivilsachen.

§. 188.

Bürgerliche
Klagen über-
haupt.

Bürgerliche Klagen gegen Militärpersonen, betreffend das Mein und Dein, den Stand der Personen u. s. w., gehören in der Regel zur Entscheidung vor die bürgerlichen Gerichte.

§. 189.

Ansprachen
unter sechszehn
Franken.

Einzig über Ansprachen, welche den Betrag von sechszehn Franken nicht übersteigen, und von der Zeit herrühren, während welcher sich der Beklagte im Militärdienste befindet, urtheilen die militärischen Obern auf Anrufen des Klägers, so lange der Beklagte bei der Armee sich befindet, nach Anleitung der folgenden Artikel.

§. 190.

Art der Erledi-
gung derselben.

Solche Ansprachen, sei der Kläger ein Militär oder Bürger, sind bei dem Kommandanten des Corps des Angesprochenen einzuklagen.

§. 191.

Fortsetzung.

Der Kommandant soll trachten, einen solchen Streit in Minne beizulegen. Wo dieses nicht möglich ist, entscheidet er denselben sofort nach angestellter summarischer Untersuchung, ohne daß eine Weitersziehung Statt hat.

§. 192.

Betrifft die Ansprache, welche an eine Militärperson gemacht wird, mehr als sechszeⁿh Franken, so ist der ^{Ansprachen über sechszeⁿh Franken.} Kläger an den bürgerlichen Richter zu verweisen.

Erfordern die Umstände eine provisorische Entscheidung, so ertheilt dieselbe der Kommandant des Corps des Angesprochenen. In diesem Falle steht es den Parteien frei, den Streitfall nach beendigtem Feldzug vor den bürgerlichen Richter zu bringen, wobei die provisorische Entscheidung auf keine Weise präjudizirlich sein soll.

§. 193.

In keinem Falle dürfen weder Gold, Décompte ^{Besondere Be-} oder Rationen, noch Waffen, Kleider oder andere zum ^{stimmung.} Dienste gehörige Sachen einer Militärperson in Beschlag genommen werden, um sich daraus bezahlt zu machen.

Jedoch kann der Kommandant eines Corps zu Gunsten eines Ansprechers einen Abzug vom Solde eines Offiziers verfügen, der aber den fünften Theil desselben nicht übersteigen darf.

A n h a n g.

Kriegsartikel,

welche zu den vorgeschriebenen Zeiten den Truppen vorgelesen werden sollen.

1) Ihr, eidgenössische Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, sollet dem Vaterland unverbrüchliche Treue und allen Dienstbefehlen den strengsten Gehorsam leisten,

Euch ordnungsliebend, mannhaft, gerecht und anständig gegen Jedermann betragen. Der Fehlbare wird nach Maßgabe bestraft werden.

2) Wer Verrätherei begeht, das ist, eine Handlung, durch die er dem Feinde nützen, oder unsern Truppen schaden will, der hat den Tod verschuldet. Wer in der Nähe des Feindes wissentlich falsche Consigne gibt, oder falschen Rapport macht, oder durch öffentliche Reden, Lärm, Geschrei und dergleichen, Unordnung oder Schrecken unter unsere Truppen zu bringen sucht, der ist gleichfalls ein Verräther.

Bei harter Strafe soll überhaupt Niemand ohne Erlaubniß seines militärischen Obern an irgend Jemand bei dem Feinde einen Brief absenden, derselbe enthalte, was es sei.

3) Beharrlicher Ungehorsam Mehrerer zugleich ist Aufruhr, und die Verabredung oder Aufwieglung dazu Meuterei; sie werden je nach den Umständen mit Ketten- oder Todesstrafe belegt.

Am härtesten werden dafür bestraft die Rädeßführer, Offiziere und Unteroffiziere, die Spielleute, welche zum Aufruhr schlagen oder blasen, und die, welche von einem Obern mit Namen gerufen werden und sich nicht augenblicklich von dem Aufruhr trennen. Es kann auch jeder Obere gegen Aufrührer Waffengewalt anwenden, und jeder Offizier oder Unteroffizier ist strafwürdig, der nicht aus allen Kräften den Aufruhr zu dämpfen sucht.

Bei Strafe der Meuterei ist verboten, öffentlich und nach geschehener Abmahnung eines Obern, nach Geld, Brod oder andern Austheilungen, Vorthellen und Dienst erleichterungen zu schreien.

4) Wer auch einzeln seinem Vorgesetzten nicht gehorcht, oder unanständig begegnet, wird hart bestraft werden, und mit dem Tode, wenn er auf Befehl den Feind nicht angreift, oder sich gegen denselben nicht gehörig schlagen will.

Drohung gegen einen Obern mit Worten oder Geberden wird mit Gefängniß oder Zuchthaus, Thätlichkeit gegen einen solchen mit Zuchthaus- oder Kettenstrafe, Verletzung mit einer Waffe endlich mit Ketten oder dem Tode bestraft. Gleich bestraft wird die Widerseßlichkeit, Bedrohung, Beschimpfung oder Thätlichkeit gegen eine Schildwache, Patrouille oder Sauvegarde, die ihre Consigne erfüllt.

Bei harter Strafe soll jeder Postenkommandant in der Nähe des Feindes seinem Obern sogleich Meldung machen, wenn er eine erhaltene Ordre oder Consigne abändern muß.

5) Wer allgemeinen Dienstbefehlen oder Reglementen nicht gehorcht, einen Dienstauftrag oder ihm anvertraute Kriegsvorräthe oder Geräthschaften vernachlässiget; wer auf den Generalmarsch hin, oder wenn er gegen den Feind marschiren soll, nicht auf seinem Posten erscheint, oder einen Gefangenen losläßt, oder nicht verhaften hilft, wenn er dazu aufgefordert wird, oder endlich ein ihm bekannt gewordenes Verbrechen, oder den Anschlag dazu, nicht sogleich anzeigt, der wird hart bestraft werden.

Eine Schildwache oder Bedette, so wie jede Militärperson, die in der Nähe des Feindes ihren Posten verläßt, hat das Leben verwirkt, unter andern Umständen aber Ketten, Zuchthaus oder Gefangenschaft verschuldet. Eben so wird eine Schildwache oder Bedette, welche schläft, hart bestraft.

Wer in der Gefahr die Waffen wegwirft, Pferde von einem Kriegsfuhrwerk ausspannt und flieht; wer sonst die Flucht ergreift oder dazu anreizt, der wird mit Zuchthaus, Ketten oder nach Umständen am Leben bestraft. Ein Offizier kann Flüchtlinge, die auf seinen Befehl nicht stehen wollen, niedermachen.

6) Das Ausreißen zum Feinde soll am Leben bestraft werden; anderes Ausreißen, besonders während des Dienstes, mit Waffen und Geräthe, nach Bewandtniß, mit Gefangenschaft, Zuchthaus oder Ketten. Auch der Vorschub dazu wird hart bestraft.

Wer ohne gehörige Erlaubniß, wenn die Armee sich auf dem Kriegsfuße befindet, während vierundzwanzig Stunden, und sonst, während achtundvierzig Stunden, von dem Appell ausgeblieben ist; wer nach abgelaufenem Urlaub nicht gehörig zurückkehrt, oder wer in Kriegszeit eine vorgeschriebene Grenzlinie überschreitet, ohne sich in allen diesen Fällen hinlänglich rechtfertigen zu können, der wird als Ausreißer bestraft.

7) Das Falschwerben für den Feind wird mit dem Tode bestraft, für andere Dienste mit Zuchthaus.

8) Auf Mord und Todtschlag ist Lebensstrafe gesetzt.

9) Gewaltthätigkeit gegen Personen und Schlägereien sind bei harter Strafe verboten.

Die Nothzucht wird mit Kettenstrafe und in schweren Fällen mit dem Tode bestraft.

10) Die Brandstiftung wird am Leben bestraft.

11) Der Diebstahl wird mit Gefängniß, Zuchthaus oder Ketten nach seiner Wichtigkeit bestraft, besonders hart aber der Diebstahl an einem militärischen Obern, Kameraden, in der Kaserne oder im Quartier.

12) Der Raub und die Erpressung wird immer mit Kettenstrafe und, unter erschwerenden Umständen, mit der Todesstrafe belegt.

13) Alles Plündern ist bei scharfer Strafe verboten, namentlich das Plündern eines Todten oder Verwundeten auf dem Schlachtfelde. Wer aber wissentlich eine unter Saubewache stehende Sache plündert, oder bei der Plünderung Jemanden mißhandelt oder verwundet, der wird gleich einem Räuber bestraft.

14) Veruntreuung, Betrügerei und Verfälschung wird nach Beschaffenheit mit Gefangenschaft, Zuchthaus oder Ketten bestraft.

15) Verheerungen und Verwüstungen aus Muthwillen, Rache, Bosheit und dergleichen werden gleich dem Diebstahle bestraft.

16) Wer falsches Zeugniß oder Anklage führt um Gewinn, oder um Jemanden zu schaden, oder einen Schuldigen der verdienten Strafe zu entziehen, der wird mit Kettenstrafe belegt, insbesondere wenn er dabei einen falschen Eid geschworen hat. Noch härter ist die Strafe, wenn deswegen ein Unschuldiger bereits eine Strafe erlitten hätte.

17) Ehrverletzungen, Beschimpfungen und Verläumdungen werden mit Gefängniß bestraft.

18) Wer den öffentlichen Gottesdienst stört, oder Gegenstände der religiösen Verehrung beschimpft, beschädigt oder zerstört, wird ebenfalls mit Gefängniß bestraft.

19) Neben den in den vorhergehenden Artikeln bezeichneten Verbrechen werden alle Ordnungsfehler und nachfolgende leichtere Vergehen mit Disziplin- oder Ordnungsstrafen, nämlich: Konsignirung, Arrest, Mili-

tärfrohnen, Strafererziren und Strafwachen, ausgezeichnete Kleidung, Einstellung und Verlust des Grades, bestraft:

- a. verspätetes Eintreffen oder Ausbleiben bei'm Verlesen (Appel), bei'm Exerciren, bei den Musterrungen und Inspektionen oder andern anbefohlenen Dienstverrichtungen;
- b. verspätetes Eintreffen in der Wohnung, dem Quartier oder Zelte nach dem Zapfenstreiche (Retraite);
- c. Unreinlichkeit oder sonstige Nachlässigkeit im Unterhalten der Uniform, Ausrüstungsgegenstände, Kasernen-, Feld- und Lagergeräthschaften;
- d. Uebertretung der polizeilichen Vorschriften oder der gegebenen Ordres, Verletzung der gewöhnlichen Pflichten, welche durch die Polizeireglements oder durch die Reglements über den innern Dienst der eidgenössischen Truppen vorgeschrieben sind, so wie nicht gehörige Vollziehung eines erhaltenen Dienstauftrages, wenn die Fälle nicht von solcher Bedeutung sind, daß sie nach dem Gesetze höher bestraft werden müssen;
- e. Betrunktheit auf den Straßen, im Quartier, im Lager, während des Exercirens oder einer andern Dienstverrichtung;
- f. Kaufereien oder Streitigkeiten der Militärs unter sich oder mit Bürgern, vorausgesetzt, daß bei solchen Streitigkeiten keine bedeutenden Folgen eintreten, und daß kein Gebrauch von Waffen oder andern Instrumenten gemacht werde;
- g. ungehorsames, störrisches oder sonst ungebührliches Betragen gegen militärische Oberg, vorausgesetzt, daß solches Betragen nicht in ein eigentliches Vergehen oder Verbrechen übergehe;

- h. unwahrhafte Angaben gegen militärische Obere in Sachen, welche den Dienst oder die Mannszucht betreffen;
- i. verweigerte Angabe seines eigenen, oder böswillige Verschweigung des Namens eines Dritten, ungeachtet bestimmter Nachfrage von Seite eines Obern; eben so die Angabe eines falschen Namens;
- k. Uebertretung einer auferlegten Ordnungsstrafe;
- l. unerlaubter Verkehr mit Gefangenen, namentlich das Zutragen von Speise oder Getränk;
- m. ungebührliches Betragen, Zumuthungen oder Forderungen an einen Quartierträger oder seine Hausgenossen, falls sie nicht von der Art sind, daß sie einen höhern Grad von Strafbarkeit erlangen;
- n. ungebührliches Betragen gegen Untergebene, Kameraden oder Bürger;
- o. geringe Ehrverletzungen;
- p. wörtliche Beschimpfungen religiöser Gegenstände;
- q. unbedeutende Eigenthumsbeschädigungen und Entwendungen;
- r. die Maraude;
- s. das Verpfänden irgend einer dem Soldaten zum Gebrauch anvertrauten Sache, vorausgesetzt, daß wegen des geringen Werthes der Sache solche Handlung sich nicht zum Verbrechen eigne, so wie leichtsinniges Schuldenmachen überhaupt;
- t. Nichtbestrafung oder Nichtmeldung eines von einem Untergebenen begangenen Dienstfehlers;
- v. Veranlassung der Entweichung eines Gefangenen aus Nachlässigkeit;
- x. unbefugtes Tragen der Unterscheidungszeichen eines Grades oder eines Ehrenzeichens;

- y. Mißbrauch oder Ueberschreitung der anvertrauten Gewalt, so wie unbefugte Gewaltsanmaßung in geringfügigen Fällen;
- z. die Uebertretung eines Tagsbefehls, insofern dieselbe sich nicht zu einem schweren Vergehen eignet.

Damit sich nun ein jeder vor Nachtheil, Schande und Strafe hüte, werden diese Kriegsartikel zur Warnung öffentlich bekannt gemacht, die in dem Strafgesetzbuche noch ausführlicher enthalten sind, nach welchem jeder Widerhandelnde gerichtet werden soll.

Z w e i t e s B u c h.

Organisation der Rechtspflege in Strassachen bei der eidgenössischen Armee.

E r s t e r A b s c h n i t t.

Von der militärischen Gerichtsbarkeit.

§. 194.

1) Allgemeiner
Grundsatz der
militärischen
Gerichtshörig-
keit.

Der eidgenössischen Militärgerichtsbarkeit und den Vorschriften dieses Gesetzbuches sind unterworfen:

1) alle Personen, welche in eidgenössischem Solde oder auf dem Mannschaftsrapporte einer in diesem Solde befindlichen Truppe stehen;

2) alle bei der Armee anerkannten Freiwilligen;

3) alle andern Personen, welche freiwillig den Truppen nachfolgen und mit denselben in fortdauernder Verbindung stehen, wie Bediente von Militärpersonen, Markedenter, Wäscher und dergleichen;

4) diejenigen Personen, welche auf eine Zeit lang bei der Armee zu besondern Verrichtungen angestellt sind, wie zu militärischen Transporten, zu den Feldposten, zu militärischen Bäckereien, Schlächtereien, Magazinen, Militärspitälern und dergleichen, für Handlungen, die sich auf solche Dienstverrichtungen beziehen.

§. 195.

Ferner sind alle Personen, die des Falschwerbens, ^{2) Ausdehnung auf andere Fälle und Personen.} des Auskundschaftens für den Feind oder eines Verbrechens oder Vergehens an Personen oder Sachen, welche zur Armee oder zu militärischen Verrichtungen gehören, angeklagt werden, für diese Handlungen der militärischen Gerichtsbarkeit und den Vorschriften dieses Gesetzbuches unterworfen, sobald die Armee in Feindes Land steht.

Personen, welche außer der Schweiz wohnen und sich des Falschwerbens oder Auskundschaftens schuldig machen, sind im Betretungsfalle der Militärgerichtsbarkeit unterworfen, auch wenn die Armee nicht in Feindes Land stehen sollte.

Außer diesen Fällen soll keine Zivilperson in Strafsachen durch eine Militärbehörde in Untersuchung gezogen oder beurtheilt werden (§. 197).

§. 196.

Bei Straffällen, wo Zivilpersonen und Militärper- ^{3) Bestimmung für gemischte Fälle.} sonen der Theilnahme beschuldigt sind, darf die beschuldigte Militärperson nur durch den militärischen und die

beschuldigte Zivilperson nur durch den bürgerlichen Richter verhaftet, verhört und beurtheilt werden, mit Vorbehalt der Bestimmung des §. 285.

In solchen Fällen hat jede Gerichtsstelle auf das Ansuchen der andern das Angemessene zu verfügen und ihr darüber Bericht zu erstatten.

Die beschuldigte Militärperson wird zuerst durch den militärischen Richter beurtheilt, und sodann die beurtheilte Prozedur auf Verlangen dem bürgerlichen Richter übersendet Behufs der Beurtheilung der Zivilperson.

§. 197.

4) Ausnahme hinsichtlich der Zeugen.

Diese Vorschriften beziehen sich nicht auf Personen, welche in der Untersuchung eines Straffalles als Zeugen abgehört werden sollen; vielmehr ist jede Militärperson verpflichtet, sich von einem bürgerlichen Richter, und jede Zivilperson sich von einem militärischen Richter abhören zu lassen, sobald sie dazu auf gehörige Weise vorgeladen worden (§. 357).

§. 198.

5) Natur und Umfang der militärischen Strafgerichtsbarkeit im Allgemeinen.

Die militärische Strafgerichtsbarkeit ist rein persönlich, und erstreckt sich auf alle durch die eidgenössischen Gesetze mit Strafe bedrohten Verbrechen und Vergehen, welche die ihnen unterworfenen Personen von ihrem Eintritt in den Dienst bis zur Entlassung aus demselben begehen. In Beziehung auf den im §. 90 vorgesehenen Fall gilt für die Offiziere des eidgenössischen Stabes die militärische Strafgerichtsbarkeit von dem Tage an, wo die Aufforderung, sich in den Dienst zu stellen, an sie gelangte.

§. 199.

6) Bestimmung der Abtheilungen des Heeres für die Gerichtsbarkeit.

Bei der Aufstellung eines Gerichts sind durch denselben Befehl jedesmal die Abtheilungen des Heeres,

welche seiner Gerichtsbarkeit unterworfen werden, zu bestimmen und sodann weiterhin die nöthigen Abänderungen zu verhängen.

§. 200.

In zweifelhaften Fällen entscheidet der oberste Kommandirende, welchem Gericht die Sache anhängig zu machen sei. ^{7) Konflikt, Konnexität und Konkurs.}

Eben so bezeichnet er bei Verbrechen, bei welchen mehrere unter verschiedenen Gerichten stehende Militärpersonen als Theilnehmer erscheinen, unter den verschiedenen Kriegsgerichten dasjenige, welches die Sache in ihrem Gesamtumfange behandeln soll.

Bei dem Konkurse mehrerer Verbrechen, welche die gleiche Person begangen hat, während sie unter verschiedenen Militärgerichtsbarkeiten gestanden, behandelt das Gericht, bei welchem der oberste Kommandirende eines dieser Verbrechen anhängig gemacht hat, auch die übrigen.

Die Rechtshängigkeit bei einem Gerichte wirkt fort, obgleich die Abtheilung des Heeres, zu welcher der Angeschuldigte gehört, inzwischen der Gerichtsbarkeit eines andern Gerichts unterworfen wurde.

§. 201.

Verbrechen, welche zwar während des eidgenössischen Dienstes begangen, aber im Augenblick des Austritts des Thäters aus diesem Dienste noch bei keinem eidgenössischen Gerichte rechtsanhängig waren, sollen durch die kompetenten Behörden des Kantons untersucht und beurtheilt werden, unter dessen Truppen der Angeschuldigte während des eidgenössischen Dienstes gestanden, oder, wenn er zu keinem Kontingente gehört hat, des ^{8) Ueberweisung an Kantonalgerichte.}

Kantons, in welchem er unmittelbar vor seinem Eintritt in den eidgenössischen Dienst seinen ordentlichen Wohnsitz hatte.

Sind mehrere Angeschuldigte, die zu den Truppen verschiedener Kantone gehörten, oder ihren letzten ordentlichen Wohnsitz in verschiedenen Kantonen hatten, so bestimmt die vorörtliche Behörde, welcher von den verschiedenen Kantonen den Fall zu übernehmen habe.

Es sollen jedoch in solchen Fällen die Strafbestimmungen des gegenwärtigen Gesetzbuches angewendet werden.

§. 202.

9) Allgemeine Bestimmungen hinsichtlich der Zivilsache und des Zivilpunktes in Strafsachen.

Der Gerichtsstand für Zivilsachen, so weit sich Militärbehörden damit befassen können, wird durch die Eigenschaft des Beklagten bestimmt. Die Zivilperson muß den Militär vor dem militärischen, und der Militär die Zivilperson vor dem bürgerlichen Richter belangen.

Der Zivilpunkt bei Strafprozessen soll in der Regel durch das Strafurtheil erledigt und daher in der Vor- und Hauptuntersuchung darauf die nöthige Rücksicht genommen werden. Einzig wenn der Geschädigte es ausdrücklich verlangt, oder wenn die Zivilansprüche so verwickelt sind, daß ihre Erörterung eine namhafte Verzögerung des Prozesses bewirken würde, so ist der Zivilpunkt auf den ordentlichen Zivilweg zu verweisen.

Zweiter Abschnitt.

Organisation und Kompetenz der Behörden.

Erster Titel.

Einleitung.

§. 203.

Die Kompetenz der Militärpersonen, welchen die ^{1) Allgemeine} Bestrafung der Disziplin- oder Ordnungsfehler zusteht, ^{Bestimmung über Kompe-} ist in den §§. 164 bis 178 dieses Gesetzbuches bestimmt. ^{tenz.} Die Kompetenz der Behörden hingegen, welchen die Untersuchung und Beurtheilung der Verbrechen und Vergehen zusteht, wird in dem gegenwärtigen Abschnitte festgesetzt.

§. 204.

Die eigentliche Strafgerechtigkeit wird durch folgende ^{2) Gerichtsbe-} Behörden verwaltet: ^{hörden.}

1) durch ein oder mehrere ordentliche Kriegsgesichte nach der Bestimmung des obersten Kommandirenden (§. 199, §§. 206 bis 216);

2) durch außerordentliche Kriegsgesichte für abgeschnittene Corps und für den obersten Kommandirenden (§§. 223 bis 236);

3) durch Kassationsgerichte (§§. 217 bis 222);

4) durch den obersten Kommandirenden, als höchste Aufsicht über die Rechtspflege bei der Armee und für die Ertheilung des Befehls zur Vollziehung der Strafurtheile oder zum Aufschub derselben (§§. 239 bis 242);

3) Strafpolizei-
beamten.

Die Disziplinargewalt und die Rechtspflege werden durch den kommandirenden Offizier, welcher für die gute Mannszucht seiner Untergebenen verantwortlich und daher mit der Polizeigewalt über dieselben ausgerüstet ist, vermittelt. An denselben müssen alle Straffälle, je nach der gesetzlichen Ausscheidung, entweder Behufs der Erledigung auf disziplinärem Wege, oder Behufs der Verweisung zur gerichtlichen Verhandlung gelangen. Diese Strafpolizei übt:

1) der oberste Kommandirende über alle eidgenössischen Obersten, welche unter seinen Befehlen stehen, so wie über seinen Stab, seine Sekretäre und übrigen Angestellten;

2) der Kommandant einer Abtheilung des Generalstabes über diese Abtheilung;

3) der Kommandant einer Armeedivision über die Kommandanten seiner Brigaden, über seinen eigenen Stab, seine Sekretäre und übrigen Angestellten;

4) der Kommandant einer Brigade über die Corpskommandanten derselben, über seinen Stab, seine Sekretäre und übrigen Angestellten;

5) der Kommandant eines Truppencorps, welches unmittelbar unter den Befehlen des Stabes einer Brigade oder des Generalstabes steht, für dieses Truppencorps;

6) der Kommandant eines Plazes oder Detaschements über die ihm untergebene Mannschaft.

Zweiter Titel.

Organisation und Kompetenz der Kriegsg- gerichte.

§. 206.

Ein ordentliches Kriegsgerecht besteht aus einem ^{1) Bestand des Kriegsggerichts.}
Großrichter und acht Mitgliedern, nämlich:

- 1 Großrichter,
- 1 Oberstlieutenant,
- 2 Hauptleute,
- 2 Lieutenante,
- 2 Unterlieutenante,
- 1 Unteroffizier.

a. Großrichter,
acht Mitglieder.

§. 207.

Zu dem Gerichte gehören überdieß drei ordentliche ^{b. Ersahmänner.}
und vier außerordentliche Ersahmänner.

Die erstern sind zur Ergänzung des Gerichts in Fällen von Abhaltung einzelner Mitglieder bestimmt.

Die letztern werden mit Rücksicht auf den Fall aufgestellt, wenn bei dem ordentlichen Bestand des Gerichts (§. 206) keines der Mitglieder einen eben so hohen Grad als der Angeklagte bekleiden würde.

§. 208.

Die ordentlichen Ersahmänner sind: ein Hauptmann, ^{ordentliche.}
ein Lieutenant oder Unterlieutenant und ein Unteroffizier.
Aus denselben soll im einzelnen Falle vorzugsweise derjenige einberufen werden, welcher dem zu ersetzenden Mitgliede im Range am nächsten steht.

§. 209.

Die außerordentlichen Ersahmänner sind: zwei eidge- ^{außerordent-}
nössliche Obersten und zwei Oberstlieutenante. Ihr Ein- ^{liche.}
tritt in das Gericht findet folgendermaßen Statt:

a. Wenn der Angeklagte ein eidgenössischer Oberst ist, so tritt der Unteroffizier so wie der nach dem Datum seines Brevets, oder wenn die Brevets vom gleichen Tage sind, nach dem Alter, jüngere Unterlieutenant aus, und es werden aus jenen ein Oberster und ein Oberstlieutenant als erste Mitglieder des Gerichts einberufen.

b. Wenn der Angeklagte ein Oberstlieutenant ist, das erste Mitglied aber keinen höhern als Majorsrang hat, oder wenn der Angeklagte Major ist und das erste Mitglied aus irgend einem Abhaltungsgrunde ersetzt werden muß, so tritt ein Oberstlieutenant an seine Stelle.

§. 210.

c. Auditor, Ankläger, Gerichtsschreiber u. s. w.

Ferner gehören zu dem Gerichte: ein Auditor, ein Ankläger, ein Gerichtsschreiber, so wie die nöthigen Ordonnanzen zur Bedienung, die Wachen und Bedeckungen des Gerichts und der Gefangenen, endlich die Gefangenwärter.

Wegen außerordentlichen Geschäftsdranges können auch mehrere Auditoren einberufen und mit der nöthigen Kanzlei versehen werden.

§. 211.

2) Zeitpunkt der Ernennungen und des Eintritts der Stellen.

Der Großrichter, die Mitglieder, die Ersahmänner, der Auditor, der Ankläger und der Schreiber eines Kriegsgerichts werden ernannt, sobald eine ganze Brigade in dem eidgenössischen Dienste steht.

Diese Ernennung kann auch früher angeordnet werden, und zwar durch den obersten Kommandirenden, wenn er wenigstens den Rang eines eidgenössischen Obersten hat, sonst durch den Kriegsrath.

Wenn eine größere Truppenzahl oder die Menge eintretender Straffälle die Niedersetzung mehrerer Kriegs-

gerichte erfordert, so verfügt der oberste Kommandirende das Nöthige (§. 199).

Der Auditor und der Schreiber stellen sich sogleich nach ihrer Ernennung in dem Standquartier ein, welches dem Kriegsgerichte angewiesen ist; der Großrichter und der Ankläger, sobald ein Straffall an den Auditor gelangt ist (was ihnen derselbe ohne den mindesten Verzug anzuzeigen hat); die Mitglieder und Ersatzmänner hingegen erst, wenn sie einberufen werden.

§. 212.

Der oberste Kommandirende, oder, wenn dieser nicht ^{3) Erwählungs-} wenigstens den Rang eines Obersten hätte, der eidgenössische Kriegsrath, ernennt auf den Vorschlag des Oberauditors (§. 240) den Großrichter, den Auditor und den Ankläger aus den Offizieren des Justizstabes. Die gleiche Behörde ernennt ferner, auf den Vorschlag des Kommandanten der Heeresabtheilung, die dem Kriegsgerichte unterworfen werden soll, vereinigt mit dem Kommandanten der zu dieser Abtheilung gehörigen Corps und aus demselben, die acht Mitglieder und die drei Ersatzmänner. Sie ernennt endlich die Mitglieder und die Ersatzmänner ohne einen Vorschlag, wenn kein Corpskommandant unter dem Befehl des Kommandanten der betreffenden Heeresabtheilung steht.

Der Großrichter ernennt auf den Vorschlag des Auditors den Gerichtsschreiber, und der Auditor stellt die nöthigen Gefangenwärter an. In Abwesenheit des Großrichters steht dem Auditor die provisorische Ernennung des Gerichtsschreibers zu.

Der Großrichter, oder vor seiner Anwesenheit der Auditor, verlangt von dem Kommandanten der Heeresabtheilung die nöthigen Ordonnanzen, Wachen und

Bedeckungen, die während dieses Dienstes unmittelbar unter seinem Befehle stehen.

§. 213.

4) Amtsdauer.

Nach erfolgter Beeidigung bleiben die Ernannten bis zur allfälligen Ablösung an ihren Stellen bei dem Kriegsgericht, obgleich ihr Corps der Gerichtsbarkeit eines andern Kriegsgerichts unterworfen würde. Jedoch kann der oberste Kommandirende zu jeder Zeit den Großrichter, die Mitglieder und Ersatzmänner auf ihr Begehren, den Auditor aber und den Ankläger auch ohne dieses, einzeln entlassen, oder an ein anderes Gericht versetzen, in welchem Falle die erledigte Stelle auf die vorgeschriebene Weise ergänzt wird. Ausnahmsweise kann die Versetzung eines Großrichters für einen einzelnen Fall auch ohne sein Begehren geschehen, wenn ohne dieselbe der Angeklagte höhern Grades als der Großrichter wäre.

Der eidgenössische Kriegsrath entläßt die Kriegsgerichte, welche demselben alsdann ihr Archiv übergeben.

§. 214.

5) Kompetenz des Kriegsgerichts.

Ein Kriegsgericht beurtheilt alle in dem Gesetzbuche vorgesehenen Verbrechen und Vergehen der unter seiner Gerichtsbarkeit stehenden Personen.

§. 215.

6) Kompetenz der Anklagekammer.

Jedem Kriegsgericht ist eine Anklagekammer beigeordnet, von deren Erkenntniß es abhängt, ob der Verdächtige vor jenem als Angeklagter verfolgt werden darf.

§. 216.

7) Bestand und Bildung derselben.

Die Anklagekammer besteht aus drei Mitgliedern, nämlich in der Regel aus einem Oberstlieutenant oder Major und zwei Hauptleuten; doch soll das erste Mitglied immer mindestens den Grad des Angeklagten haben.

Die Anklagekammer wird gleichzeitig mit der Aufstellung des Kriegsgerichts und zwar so gebildet, daß der oberste Kommandirende die gedoppelte Anzahl von Offizieren des vorgeschriebenen Grades, also zwei Obersten, zwei Oberstlieutenante oder einen Oberstlieutenant und einen Major, und vier Hauptleute bezeichnet, der Kommandant des Corps aber, für welches das Kriegsgericht besteht, aus denselben diejenigen einberuft, welche sich nach ihren Standorten am besten zu dieser Berrichtung eignen.

Dritter Titel.

Organisation und Kompetenz des Kassationsgerichts.

§. 217.

Gleichzeitig mit der Bestellung des Kriegsgerichts ^{1) Aufstellung} (§. 211) wird ein Kassationsgericht gebildet, welches alle ^{des Kassationsgerichts und Bestand desselben.} während einer Truppenaufstellung vorkommenden Kassationsbegehren zu beurtheilen hat. Dasselbe besteht aus fünf Mitgliedern, mit Inbegriff des Präsidenten, und drei Ersakmännern.

§. 218.

Drei Mitglieder, und aus ihnen der Präsident, ^{so 2) Wahlart.} wie zwei Ersakmänner, werden von dem Vorort aus den sämtlichen Präsidenten und Vicepräsidenten der Kantonalobergerichte gewählt, zwei Mitglieder aber und ein Ersakmann, ebenfalls durch den eidgenössischen Vorort, aus den Offizieren des eidgenössischen Justizstabes. Aus einem Kanton kann nicht mehr als ein Mitglied oder Ersakmann genommen werden.

Die Ersahmänner der einen Klasse ersetzen die Richter der gleichen Klasse.

§. 219.

3) Bestellung
der Kanzlei und
Bedienung.

Das Kassationsgericht bestellt selbst seine Kanzlei und Bedienung, auf Vorschlag des Präsidenten, welchem dießfalls die vorläufige Verfügung zusteht. Dasselbe erhält von dem Kriegsrath die allfällig erforderlichen Ordonanzen, Wachen und Bedeckungen.

§. 220.

4) Einberufung.

Das Kassationsgericht wird durch seinen Präsidenten einberufen, sobald ein Kassationsbegehren eingelangt ist.

§. 221.

5) Entscheidung
des Kassationsgerichts.

Das Kassationsgericht entscheidet auf das Begehren des Anklägers oder des Angeklagten, ob das Urtheil, oder das Verfahren des Kriegsgerichts, oder beides, ganz oder theilweise aufzuheben, und ob die Sache vor demselben oder vor einem andern Gerichte auf's neue zu behandeln sei.

§. 222.

6) Auflösung.

Bei Auflösung der Truppen entläßt der Vorort das Kassationsgericht, welches ihm alsdann sein Archiv übergibt.

Vierter Titel.

Organisation und Kompetenz der außerordentlichen Kriegsgerichte.

A. Für abgeschnittene Corps.

§. 223.

1) Bedingung
der Aufstellung
und Wiederauf-
lösung.

Wenn ein Truppencorps, bei dem wenigstens sechs Kompagnien stehen, von aller Verbindung mit einem

Kriegsgerichte abgeschnitten ist, und die Umstände den Vershub der Untersuchung und Beurtheilung eines Straffalles nicht gestatten, so kann der Kommandant desselben ein außerordentliches Kriegsgericht für dieses Truppencorps niedersetzen. Dasselbe ist aufgelöst, sobald entweder der Fall beurtheilt, oder die Verbindung mit einem ordentlichen Kriegsgerichte so weit hergestellt ist, daß die Gefangenen demselben überliefert werden können. Es soll daher in diesem Falle das Protokoll und die übrigen Akten sogleich durch den Kommandanten des Truppencorps an den obersten Kommandirenden versendet werden, welcher über die Fortsetzung des Verfahrens und die Ablieferung der Gefangenen verfügt.

Dagegen hat das wirklich ausgefallte Urtheil des außerordentlichen Kriegsgerichts und der Beschluß seiner Anklagekammer dieselbe Geltung, wie bei einem ordentlichen Kriegsgerichte.

§. 224.

Ein außerordentliches Kriegsgericht besteht aus einem ²⁾ Bestand. Großrichter und sechs Mitgliedern, in der Regel von folgendem Range:

- 2 Hauptleute,
- 1 Oberlieutenant,
- 1 Unterlieutenant,
- 2 Unteroffiziere.

Wenn der Angeklagte höhern als Hauptmannsgrad hat, so sind, statt der zwei Unteroffiziere, wo möglich zwei höhere Offiziere, von denen wenigstens der eine mit dem Angeklagten den gleichen oder einen höhern Grad hat, zu ernennen.

§. 225.

Zu dem Gerichte gehören ferner die in den §§. 208 und 210 erwähnten Personen; doch können bei dem

Mangel fähiger Offiziere die Berrichtungen des Anklägers und des Auditors in Einer Person verbunden werden.

In dem, §. 224 erwähnten Falle wird unter den Ersahmännern, statt eines Unteroffiziers, wo möglich ein Offizier, welcher dem Angeklagten im Grade mindestens gleich steht, ernannt.

§. 226.

3) Ernennungs-
art.

Der Kommandant des abgeschnittenen Truppencorps, welcher in keinem Fall in dem außerordentlichen Kriegsgerichte sitzen kann, ernennt ohne Vorschlag, aber, so weit möglich, aus den Offizieren des Justiztabes, den Großrichter, den Auditor und den Ankläger, und auf den Vorschlag seiner Corpskommandanten die sechs Mitglieder und die drei Ersahmänner. Stehen nicht wenigstens vier Corpskommandanten unter dem Kommandanten des abgeschnittenen Truppencorps, so wird die Zahl derjenigen, welche diesen Vorschlag zu machen haben, bis auf vier, je aus den ersten dienstfähigen Offizieren im Range nach dem Kommandanten, ergänzt.

Der Großrichter ernennt auf den Vorschlag des Auditors den Gerichtsschreiber, und der Auditor bestellt die nöthigen Gefangenwärter.

Der Großrichter verlangt von dem Kommandanten des abgeschnittenen Corps die nöthigen Ordonnanzen, Wachen und Bedeckungen, die während dieses Dienstes unmittelbar unter seinem Befehle stehen.

§. 227.

Nach erfolgter Beeidigung bleiben die Ernannten bis zur Auflösung des Gerichts an ihren Stellen. Dem Kommandanten des abgeschnittenen Corps steht das Recht der Entlassung nach den im §. 212 angegebenen Bestimmungen zu.

§. 228.

Die Kompetenz des außerordentlichen Kriegsgerichts ^{4) Kompetenz.} erstreckt sich auf alle zu dem abgeschnittenen Truppencorps gehörigen Personen.

§. 229.

Die Anklagekammer (§. 215) wird von dem Kommandanten des abgeschnittenen Truppencorps bestellt. ^{5) Bestellung der Anklagekammer.} Rücksichtlich der Zahl und des Grades der Mitglieder gelten die Bestimmungen des §. 216; doch ist es gestattet, im Nothfall auch Offiziere geringern Grades zu ernennen.

§. 230.

Wenn ein abgeschnittenes Truppencorps oder Detachement nicht wenigstens sechs Kompagnien enthält, so ^{6) Vorschrift für kleinere Corps.} ist über vorkommende Verbrechen oder Vergehen ohne Niedersehung eines Kriegsgerichts lediglich die Voruntersuchung zu führen. Nach Vollendung derselben sollen die Akten und die allfällig verhafteten Personen bis zur Herstellung der Verbindung mit einem Kriegsgerichte (§. 223), oder bis das abgeschnittene Corps zu der vorgeschriebenen Stärke angewachsen ist, daß ein außerordentliches Kriegsgericht niedergesetzt werden kann, aufbehalten werden.

B. Für Verbrechen der obersten Kommandirenden.

§. 231.

Der oberste Kommandirende wird für Verbrechen ^{1) allgemeine Bestimmung.} und Vergehen vor ein außerordentliches Kriegsgericht gezogen.

§. 232.

2) Bestand und
Ernennungs-
art.

Dasfelbe besteht aus einem Großrichter und acht Mitgliedern, nämlich vier Militär- und vier Zivilpersonen. Die Wahl der Mitglieder geschieht auf Veranstaltung des Vorortes, wie folgt:

Die Militärpersonen werden aus allen eidgenössischen Obersten in gedoppelter Anzahl ausgeloset, worauf der Angeklagte und der Ankläger, jeder zwei derselben, alternativ zu refusiren haben. Die Zivilpersonen werden aus den sämtlichen Präsidenten der Obergerichte so gewählt, daß die Gesamtzahl durch alternative Refusation, zuerst des Angeklagten und dann des Anklägers, auf vier reduziert wird.

Der Vorort bezeichnet aus dem Justizstabe den Großrichter, welcher bei dem außerordentlichen Kriegsgerichte zu funktioniren hat.

§. 233.

3) Ersatzmänn-
ner.

Die zuletzt refusirten zwei Militär- und zwei Zivilpersonen sind, mit Ausnahme des im §. 247 vorgeschriebenen Falles, die Ersatzmänner des Gerichts. Sie sind nöthigen Falls nach der umgekehrten Ordnung ihrer Refusation so einzuberufen, daß das Zahlverhältniß zwischen den Militär- und Zivilpersonen, welche das Gericht bilden sollen, stets beibehalten wird.

§. 234.

4) Kompetenz
des Vorortes
für die Vor-
untersuchung.

Dem Vorort steht die Anhebung und Führung der Voruntersuchung zu. Er ernennt zu diesem Behuf die erforderlichen Kommissarien für die Verrichtungen eines Auditors und eines Anklägers.

§. 235.

5) Kompetenz
der Tagfagung
für die Anklage.

Die Tagfagung entscheidet als Anklagekammer über die Zulässigkeit der Anklage.

§. 236.

Gleichzeitig wie ein außerordentliches Kriegsgericht ^{6) Außerordentliche Kassationsbehörde.} für Beurtheilung eines obersten Kommandirenden errichtet wird, soll eine außerordentliche Kassationsbehörde in Beziehung auf die Aussprüche dieses Gerichts bestellt werden.

Dieselbe besteht aus einem Präsidenten und acht Mitgliedern. Sie wird zusammengesetzt und gewählt ganz auf die gleiche Weise, wie das außerordentliche Kriegsgericht (§. 232).

§. 237.

Für das Verfahren, sowohl bei dem außerordentlichen Kriegsgericht als der Kassationsbehörde, ^{7) Verfahren derselben.} gelten im Ganzen die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzbuches.

§. 238.

Wenn die Kassationsbehörde eine Kassation ausspricht, und zugleich verfügt, daß die Sache von einem ^{8) Neues außerordentliches Kriegsgericht.} andern Gerichte aufs neue zu behandeln sei (§. 221), so wird ein neues außerordentliches Kriegsgericht gebildet, nach Anleitung der §§. 232 und 233; in demselben dürfen aber weder Mitglieder des ersten außerordentlichen Kriegsgerichts, noch der außerordentlichen Kassationsbehörde sitzen.

Fünfter Titel.

Befugnisse des obersten Kommandirenden
und des Oberauditors.

§. 239.

Der oberste Kommandirende hat die allgemeine Ober- ^{1) Allgemeine Kompetenzbestimmung.} aufsicht über die Rechtspflege bei den eidgenössischen

Truppen, die unter seinem Befehle stehen. Auf das einzelne des Verfahrens und auf den Inhalt der zu fällenden Urtheile steht ihm kein Einfluß zu.

§. 240.

2) Stellung und
Berrichtungen
des Oheraudi-
tors und Ver-
hältniß dessel-
ben zum obersten
Kommandiren-
den.

Der oberste Kommandirende, wenn er den Grad eines eidgenössischen Generals besitzt, hat zum Gehülfen für alle Gegenstände, welche in die Rechtspflege einschlagen, den Oherauditor. Hat er dagegen bloß den Grad eines eidgenössischen Obersten, so steht es jederzeit im Ermessen des Kriegsraths, ihm entweder den Oherauditor beizugeben, oder auf seinen Vorschlag einen andern Auditor als seinen Stabsauditor zu bezeichnen.

Der Oherauditor ist der Chef des Justizstabes, und wird von der Tagsatzung ernannt.

§. 241.

Unter der Leitung des Oherauditors oder des Stabsauditors stehen alle Auditoren und Ankläger der Gerichte bei den Truppen, die der oberste Kommandirende befiehlt; er führt im Namen des letztern und unter seiner eigenen Unterschrift die nöthige Korrespondenz über alle Gegenstände der Rechtspflege mit allen Behörden, welche einen Zweig der Rechtspflege verwalten; er untersucht vorläufig alle Gegenstände dieser Art, welche an ihn selbst, oder an den obersten Kommandirenden gelangen, stattet demselben Bericht darüber ab und fertigt die Befehle oder Weisungen des obersten Kommandirenden, die in das Fach der Rechtspflege einschlagen, unter desselben Unterschrift oder unter derjenigen des Chefs des Generalstabes aus; er stellt mit Genehmigung des obersten Kommandirenden die nöthige Hülfe bei seiner Kanzlei an.

§. 242.

Der oberste Kommandirende muß jedes Urtheil ^{3) Besondere Befugniß des obersten Kommandirenden, bezüglich der Vollziehung der Strafurtheile.} Be-
 hufs der Vollziehung mit seinem Vollziehungsbefehl
 versehen. Bei einem abgeschnittenen Corps kommt diese
 Befugniß dem Kommandanten desselben zu.

Dritter Abschnitt.

Allgemeine Vorschriften für die Organisa-
 tion und Kompetenz der Gerichtsbehörden.

§. 243.

Für alle durch dieses Gesetzbuch der Tagsatzung über- ^{1) Ersetzungen der Behörden:}
 tragenen Einrichtungen wird dieselbe, wenn sie nicht ^{a. Der Tag-}
 versammelt ist, durch die vorörtliche Regierung ersetzt, ^{satzung;}
 mit Ausnahme des im §. 235 bezeichneten Falles.

Der eidgenössische Kriegsrath wird durch die Mili- ^{b. Des eidgen. Kriegsraths;}
 täraufsichtsbehörde vertreten.

Den obersten Kommandirenden vertritt der eidgenös- ^{c. Des obersten Kommandi-}
 sische Kriegsrath, wenn der erstere nicht den Rang eines ^{renden;}
 eidgenössischen Obersten hat, oder nicht mehr im aktiven
 Dienste steht.

Der Großrichter wird durch einen andern Offizier ^{a. Des Groß-}
 des Justizstabes von gleichem oder möglichst nahe stehen- ^{richters;}
 dem Range vertreten; die dießfällige Verfügung steht bei
 augenblicklicher Abhaltung dem Gerichte, in den übrigen
 Fällen den Wahlbehörden zu.

Die Mitglieder des Gerichts werden durch die Ersatz- ^{e. Der Mitglie-}
 männer nach der Auswahl des Großrichters (vergleiche ^{der des Ge-}
 §. 208) vertreten, und, wenn die Ersatzmänner nicht ^{richts;}
 hinreichen, durch Offiziere vom Rang der zu Vertreten-

den, die der Großrichter für den Fall einberuft und zu letztem Ende das verbindliche Ansuchen an ihren Obern erläßt.

- f. Des Ober-
auditors;
g. Des Stabs-
auditors;
h. Der Audito-
ren und An-
kläger;
i. Des Gerichts-
schreibers;

Der Oberauditor wird, so weit die Verhältnisse des Grades es zulassen, durch einen Stabsauditor vertreten, der Stabsauditor durch einen Auditor, Auditoren und Ankläger einer durch den andern, und wechselseitig nach der Verfügung des Ober- oder Stabsauditors. Der Auditor bezeichnet und beruft den Stellvertreter des Gerichtsschreibers.

- k. Der Mit-
glieder des Kas-
sationsgerichts.

Die bürgerlichen Mitglieder des Kassationsgerichts, wenn die Ersakmänner nicht hinreichen, werden durch Präsidenten oder Vicepräsidenten der Kantonalobergerichte, und die militärischen Mitglieder durch Offiziere des Justizstabes vertreten. Die dießfällige Verfügung steht dem Vororte zu.

§. 244.

- 2) Erwählung
der Mitglieder
und Ersakmän-
ner der Kriegs-
gerichte.

Die Mitglieder und die Ersakmänner der Kriegsgerichte werden in der Regel aus der Truppenabtheilung gewählt, für welche das Gericht aufgestellt ist, und zwar so viel möglich gleichmäßig aus den verschiedenen Corps, die zu dieser Truppenabtheilung gehören. Bei dem Mangel an Offizieren der verschiedenen Grade können die Fehlenden aus dem unmittelbar nachfolgenden Grade genommen werden.

§. 245.

- 3) Außerordent-
liche Einberu-
fung von Offi-
zieren für das
Gericht.

Wenn bei einer geringen Zahl in aktivem Dienste stehender Truppen der Dienst nach dem Ermessen des obersten Kommandirenden durch die Ernennungen an ein Gericht wesentlich benachtheiligt würde, oder wenn ein Kriegsgericht niedergesetzt werden muß, ohne daß wirklich Truppen in eidgenössischer Dienstativität wären,

so können auf den Beschluß des eidgenössischen Kriegsraths die nöthigen Offiziere der vorgeschriebenen Grade aus den Kantonen bezeichnet und zum Dienste bei dem Gerichte einberufen werden.

§. 246.

Der Obergerichtspräsident, der Obergerichtspräsident, der Stabsauditor und alle übrigen Auditoren, so wie die Ankläger, müssen aus dem Justizstab gezogen werden und beziehen den Gehalt ihres Grades.

Der Gerichtsschreiber kann aus den Truppen oder aus dem Zivilstande genommen werden, und der Obergerichtspräsident bestimmt unter Genehmigung des Kriegsraths seinen Gehalt.

Die Mitglieder des Kassationsgerichts, seine Kanzlei und Weibel beziehen die für eidgenössische Kommissionen üblichen Tagelder.

§. 247.

Verwandte oder Verschwägerter in der geraden Linie unbeschränkt, und in der Seitenlinie bis und mit dem Grade von Geschwisterkindern, sollen nicht zugleich bei dem nämlichen Gericht als Obergerichtspräsident, Mitglieder oder Ersatzmänner angestellt werden.

Keiner, der dem Angeklagten oder dem Geschädigten in einem dieser Grade verwandt oder verschwägert ist, oder der bei einem Straffall ein persönliches Interesse hat, kann bei der Untersuchung oder der Beurtheilung einer Sache als Obergerichtspräsident, Mitglied, Auditor, Ankläger oder Gerichtsschreiber handeln. Die im Austritte befindlichen Personen werden auf die in dem §. 243 bestimmte Weise ersetzt.

§. 248.

- 6) Pflicht zu gerichtlichen Verrichtungen. Jede bei der Armee angestellte Person ist schuldig, der Ernennung an eine militärische Gerichtsstelle Folge zu leisten, gleich wie dem Kommando zu einer andern Dienstverrichtung.

§. 249.

- 7) Dolmetscher. Wenn nicht alle Gerichtspersonen die Sprache des Angeeschuldeten verstehen, oder der letztere die Sprache der erstern nicht, so soll für diesen Fall ein Dolmetscher angestellt und beeidigt werden.

§. 250.

- 8) Dienstfreiheit und Stellung der Gerichtspersonen. Jede bei einer militärischen Gerichtsbehörde angestellte Person ist von allem andern Dienste frei, sobald sie zu der Behörde einberufen und bis sie entlassen wird. Sie steht während dieser Zeit einzig unter dem Befehl des Großrichters, bleibt aber auf dem Bestandetat ihres Corps und bezieht den Sold und die Vergütung der Rationen bei demselben. Diese Bestimmung findet auf das Kassationsgericht keine Anwendung.

§. 251.

- 9) Entschädigung derselben. Den Mitgliedern eines Gerichts, so wie den Beamten desselben, soll für die Unkosten, welche ihnen durch diese Stellen außerordentlich zuwachsen, eine mäßige Entschädigung bezahlt werden, welche der oberste Kommandirende bestimmt.

§. 252.

- 10) Beeidigung der Gerichtspersonen. Alle Offiziere des Justizstabes, so wie die übrigen Gerichtspersonen, sollen den Gerichtseid schwören, bevor sie die Verrichtungen ihrer Stellen antreten.

Die Beeidigung der erstern ist im §. 272 bestimmt.

Der Großrichter, der Auditor und der Ankläger eines außerordentlichen Kriegsgerichts für ein abge-

schnittenen Truppenkorps werden, wenn sie nicht schon als Offiziere des Justizstabes den Eid geleistet haben, ersterer durch den Kommandanten des Corps, und letztere durch den Großrichter beeidigt. Die Ersahmänner und die Mitglieder aller Kriegsgerichte werden durch den Großrichter in der ersten Sitzung, welcher sie bewohnen, der Gerichtsschreiber durch den Auditor beeidigt.

Der Präsident des Kassationsgerichts wird durch den Vorort, die Mitglieder werden durch den Präsidenten beeidigt.

Bei der Beeidigung wird die nachstehende Eidesformel laut und deutlich vorgelesen; sodann spricht der Beeidiger die vorgeschriebene Schwörformel, Satz um Satz, mit lauter Stimme vor, und der zu Beeidigende spricht die Worte stehend, mit aufgehobenen Schwörfingern, deutlich nach.

Jede Beeidigung muß in das Protokoll der Behörde oder in das Ordrebuch des beeidigenden Kommandanten eingetragen werden.

„E i d e s f o r m e l.“

„Es schwören die eidgenössischen Gerichtspersonen
 „für die militärische Rechtspflege: die Pflichten und
 „Berrichtungen ihrer Stelle gewissenhaft zu erfüllen;
 „stets nach Vorschrift der Gesetze zu handeln und zu
 „richten, Niemanden zu Lieb noch zu Leid; sich alles
 „angelegen sein zu lassen, was zur pflichtmäßigen
 „Ausübung ihres Amtes und zur genauen Handhabung
 „der Dienstpflicht gehört, also daß sie es vor Gott und
 „ihrem Gewissen verantworten mögen.“

„S c h w ö r f o r m e l.“

„Den mir vorgelesenen Eid gelobe ich wahrhaft zu
 „halten, getreulich und ohne Gefahr, als ich bitt', daß
 „mir Gott helfe (und alle Heiligen)!“

§. 253.

11) Formelle
Vorschriften.
a. Hinsichtlich
der Gerichtsver-
sammlungen.

Die Militärgerichte versammeln sich in einem Saal um eine Tafel, auf welcher das Gesetzbuch liegt. Dieser Umstand ist jedesmal im Protokoll deutlich anzuführen.

Der Großrichter sitzt oben an der Tafel und neben ihm an einem Seitentische der Gerichtsschreiber. Der erste Beisitzer im Range sitzt an der Seite rechts zu oberst an der Tafel, der zweite gegenüber links, und so fort; der Ankläger und der Vertheidiger unten an der Tafel; hinter diesem der Angeschuldigte. Der Ankläger und der Vertheidiger halten ihre Vorträge stehend, und der Angeschuldigte soll die Vorträge seines Vertheidigers stehend anhören, es sei denn, daß ihm der Großrichter aus besondern Gründen erlaube, sich niederzusetzen.

Wenn ein Ersatzmann für ein Mitglied wirklich eintritt, so bezieht er den Platz dieses Mitgliedes.

§. 254.

b. Der Kleidung der Gerichts-
personen.

Die dem Militärstand angehörigen Gerichtspersonen sollen den Sitzungen in vollständiger Uniform, mit dem Seitengewehr beiwohnen. Die Kopfbedeckung wird während der Sitzung abgelegt. Die Mitglieder des Kassationsgerichts, welche aus den Ziviljustizbeamten gewählt werden, tragen schwarze Kleidung, Degen und aufgeschlagenen Hut; die Mitglieder, welche dem Justizstab angehören, ihre Uniform.

§. 255.

c. Der vollständigen Besetzung
des Gerichts.

Zur Ausfällung eines Urtheils muß das Gericht, wo nichts Abweichendes bestimmt ist, vollständig besetzt sein.

§. 256.

Zur Verurtheilung in Schuld und Strafe (§§. 342, ¹²⁾ Allgemeine 346) wird eine Mehrheit von wenigstens fünf gegen drei ^{Bestimmungen in Bezug auf die} (bei einem außerordentlichen Kriegsgerichte für abge- Abstimmungen. schnittene Corps vier gegen zwei) Stimmen erfordert. Bei Entscheidung von Vor-, Zwischen- und Nebenfragen gilt die einfache absolute Stimmenmehrheit. Bei gleichgetheilten Stimmen entscheidet bei letztgedachten Fragen der Großrichter. Das Abstimmen geschieht mittelst gleichzeitigen Aufhebens der Hand.

§. 257.

Bei allen öffentlichen Verhandlungen hat der Groß- ¹³⁾ Aufsicht bei richter für vollkommene Ruhe und Ordnung zu sorgen; ^{den Verhandlungen.} er ist berechtigt, für Bezeigungen von Beifall oder Mißfallen oder andere Störungen entweder Ordnungsstrafen aufzulegen und sofort vollziehen zu lassen (und zwar ohne Unterschied zwischen Zivil- und Militärpersonen), oder einzelne Personen abtreten, oder sogar das Lokal gänzlich räumen zu lassen.

§. 258.

Ueber alle Verhandlungen, Beschlüsse und Urtheile ¹⁴⁾ Protokolls. eines Militärgerichts soll durch die Kanzlei ein getreues ^{führung.} Protokoll geführt und dem Gerichte, oder wenn dasselbe binnen zwei Tagen nach der fraglichen Handlung sich nicht versammeln würde, dem Großrichter zur Prüfung und Ratifikation vorgelegt werden. Ausgenommen sind die Verhöre in der Hauptuntersuchung, von welchen bloße Notiz durch Angabe des Namens der Verhörenden und Verhörten genommen wird.

Alle Ausfertigungen sollen bei Vermeidung von Ordnungsstrafen ohne irgend welche Zögerung geschehen. Dieselben sind, wenn sie Urtheile betreffen, mit der

Unterschrift des Großrichters, des ersten Mitgliedes und des Schreibers, sonst aber als Missiven mit derjenigen des Großrichters und des Schreibers, oder als Protokollsauszüge nur mit der Beglaubigung des letztern zu versehen.

Das Protokoll wird von dem Großrichter verwahrt und nach Auflösung des Gerichts in das eidgenössische Archiv niedergelegt.

§. 259.

15) Standquar-
tier der Ge-
richtsbehörden.

Die ordentlichen Kriegsgerichte versammeln sich an dem durch den obersten Kommandirenden ihnen angewiesenen Orte. Bei außerordentlichen Kriegsgerichten der ersten Art (§§. 223—230) steht diese Befugniß dem Kommandanten des abgeschnittenen Corps, bei denen der zweiten Art (§§. 231—238) der Tagsatzung zu.

§. 260.

16) Rechte und
Pflichten einzel-
ner Gerichts-
personen:
a. Des Groß-
richters.

Der Großrichter des Gerichts empfängt alle Befehle, welche ihn persönlich oder das gesammte Gericht betreffen, unmittelbar durch den im vorhergehenden Paragraph bezeichneten Obern.

Er kann einzelnen Mitgliedern auf bestimmte oder unbestimmte Zeit Urlaub ertheilen; er beruft dieselben ein, versammelt das Gericht, wie es die Geschäfte erfordern, ergänzt dasselbe nöthigen Falls durch Ersatzmänner und beeidigt sie bei ihrem Eintritte.

Er beaufsichtigt die Pflichterfüllung einer jeden einzelnen Gerichtsperson, ohne jedoch die Freiheit ihrer Meinung über die zu behandelnde Sache beschränken zu dürfen.

Er übt die Rechte und die Straffkompetenz eines Strafpolizeibeamten über die unter seiner Leitung stehenden Personen aus, und erstattet im Fall von grober

Nachlässigkeit oder Pflichtverletzung Bericht an den Obern, unter welchem die Behörde steht.

Er leitet den Geschäftsgang und alle Verhandlungen vor und in dem Gerichte; er bestimmt den Gegenstand der Berathungen und setzt die berathenen Fragen zur Abstimmung.

Er führt die Polizei in dem Versammlungsorte des Gerichts, auch über die Zuhörer, welche nicht Gerichtspersonen sind, und befehligt die Ordonnanzen, Wachen und Gerichtsdiener für die Handhabung der Sicherheit und Ordnung.

Die Vorladungen vor das Gericht ergehen in seinem Namen, so wie alle Schreiben des Gerichts an Behörden oder Personen.

Er wacht über die Ordnung, Genauigkeit und schnelle Fertigung in der Gerichtskanzlei.

§. 261.

Die Mitglieder des Gerichts sollen nach Eid ^{h. Der Mit-} und Gewissen die Gesetze frei anwenden. Sie sind daher ^{glieder des Ge-} Niemanden für ihre Meinungen und Stimmen verant- ^{richts.} wortlich. Sie stehen jedoch für die äußere Erfüllung ihrer Amtspflicht unter dem Befehl des Großrichters, welcher für Ordnungsfehler die Kompetenz seines Grades gegen sie ausüben kann.

Die Ersatzmänner haben die gleichen Rechte und ^{c. Der Ersatz-} Pflichten, wie die Mitglieder, wenn sie für dieselben ^{männer.} einstehen.

§. 262.

Der Auditor führt die Voruntersuchung. Er er- ^{a. Des Audi-} richtet alle dazu gehörigen Akten und führt die erfor- ^{tors.} derliche Korrespondenz.

Er ist der Berichterstatter der Anklagekammer. Der Gerichtsschreiber soll ihm in allen seinen Amtsverrichtungen behülflich sein.

Er macht Anträge über allfällige Entschädigungen, welche durch den Großrichter festzusetzen sind.

Er hat die besondere Aufsicht über die in der Untersuchung liegenden Gefangenen, über ihre Verwahrung und Bedürfnisse und über die Gerichtsdiener oder Gefangenwärter. Die Wachen und Ordonnanzen des Gerichts oder der Gefangenschaften sollen seine Ordres befolgen, wenn der Großrichter nicht selbst befiehlt.

Er führt endlich die Kasse und das Rechnungswesen des Gerichts, und sorgt für den Sitzungsort und für die materiellen Bedürfnisse desselben.

§. 263.

e. Des Anklägers.

Der Ankläger kontrollirt die Voruntersuchung; er verfaßt die Anklage, legt sie der Anklagekammer vor und führt dieselbe vor dem Gericht. Er trägt auch für den Geschädigten das Nöthige vor.

Er führt im Interesse der Justiz die Sache in der Kassationsinstanz, alles nach den nähern Vorschriften der Prozeßordnung.

Bei allen seinen Handlungen und Anträgen soll er unparteiisch, nach Recht und Wahrheit seiner Ueberzeugung gemäß verfahren. Einzig zur wirklichen Verfolgung eines Kassationsbegehrens bedarf er besonderer Vollmacht des Oherauditors.

Für seine Kanzleibedürfnisse hat er sich an den Gerichtsschreiber zu wenden.

§. 264.

f. Des Gerichtsschreibers.

Der Gerichtsschreiber versieht die Kanzlei des Gerichts und der Anklagekammer, und ist persönlich

der Sekretär für die Voruntersuchungen. Er entwirft das Verzeichniß der Prozeßkosten und legt es dem Großrichter vor. Er steht unter der unmittelbaren Leitung und Aufsicht des Auditors und des Großrichters, wenn dieser anwesend ist.

In allen Amtsverrichtungen soll er dem Auditor und dem Ankläger für die nöthigen Skripturen behülflich sein.

§. 265.

Die Zulage für die Gerichtspersonen (§. 251), ^{so 17) Kosten, Be-} wie ihr Gehalt und die Vergütung der Rationen, ^{dürfnisse der} wenn sie aus dem Justizstab gezogen sind, oder keinem ^{Gerichtsbehör-} im den 2c. aktiven eidgenössischen Dienste stehenden Truppenkorps angehören; ferner alle Ausgaben für materielle Einrichtungen, Kanzeleibedürfnisse, Entschädigungen der Zeugen, Besoldung der zum beständigen Dienste der Gerichtsbehörden nöthigen Personen und dergleichen; endlich die Kosten der Verpflegung der Gefangenen werden aus der ^{Gefangen-} Gerichtskasse auf Rechnung der eidgenössischen Kriegs- ^{schaftskosten.} kasse bestritten, welche hinwieder die Kosten bezieht, zu welchen die Schuldigen verurtheilt worden sind.

Den Gefangenen läuft der Sold und die Vergütung ^{18) Sold der} der Rationen nach ihrem Grade bis zu dem Endurtheil, ^{Gefangenen.} welches den Vollziehungsbefehl erhält, und wenn sie gänzlich freigesprochen werden, bis zu ihrer Entlassung, mit Inbegriff der Marschtage in ihre Heimath. Die Löhnung eines Verhafteten wird aber für die Gerichtskosten auf Rechnung innebehalten, und daraus die Kosten seiner Verpflegung und der Prozedur vor allem erhoben, wenn er zu deren Bezahlung verurtheilt wird, dem Freigesprochenen hingegen nach Abzug seiner Verpflegungskosten ausgeliefert.

Bis zur Auslieferung an ein Gericht bleibt der Angeklagte auf den Stats seines Corps, und der Sold, nach Abzug des Baarschusses in das Gewöhnliche (Ordinäre), wenn er aus demselben seine Kost erhält, wird bloß innebehalten und nach der Auslieferung in die Gerichtskasse niedergelegt. Bei der Auslieferung an ein Gericht wird er auf den Stats seines Corps in den Abgang gesetzt und auf die Stats des Gerichts getragen, aus dessen Kasse seine ganze Verpflegung und Besoldung nunmehr fließt.

19) Nahrung
derselben.

Die Nahrung eines Gefangenen soll bis nach dem Vollziehungsbefehl für sein Urtheil die gewöhnliche eines Militärs seines Grades sein.

§. 266.

20) Rechtskraft
der Urtheile.

Jedes in den Schranken seiner Befugniß ausgesprochene Urtheil eines Offiziers über Mein und Dein und jedes mit dem Vollziehungsbefehl des obersten Kommandirenden versehene Urtheil in Strassachen, ist nicht bloß bei dem Heere, sondern in der ganzen Eidgenossenschaft rechtsverbindlich, und jede Behörde in der Eidgenossenschaft ist verpflichtet, zu seiner Vollziehung in ihrem Geschäftskreise mitzuwirken.

§. 267.

21) Aufsicht
über die Voll-
ziehung.

Der eidgenössische Kriegsrath ist beauftragt, über die Vollziehung der Strafurtheile eines eidgenössischen Militärgerichts zu wachen.

A n h a n g s t i t e l.

Organisation des Justizstabes.

§. 268.

1) Allgemeine
Bestimmung.

Bei der eidgenössischen Armee soll ein Justizstab aufgestellt werden, als diejenige Abtheilung des Armees-

stabes, aus welcher für die Rechtspflege bei dem Heere die mit den erforderlichen technischen Kenntnissen versehenen Beamten gezogen werden können.

§. 269.

Der Justizstab besteht aus:

2) Bestand des Justizstabes.

- 1 Obergericht mit dem Grade eines Obersten, Chef des Stabes;
- 2 Großrichtern von denen der eine den Grad eines Obersten, der andere wenigstens den Grad eines Oberstlieutenants hat;
- 3 Kassationsrichtern, von denen zwei den Grad eines Obersten, der dritte wenigstens den Grad eines Oberstlieutenants haben;
- 6 Auditoren, welche theils zu den eigentlichen Verrichtungen der Auditoren, theils als Ankläger zu verwenden sind, und unter denen wenigstens zwei den Majorsgrad, die übrigen den Hauptmannsgrad besitzen.

Wegen eintretenden besondern Bedürfnisses kann der Justizstab durch eine Verfügung des Kriegsraths temporär vermehrt werden.

§. 270.

Nur wissenschaftlich gebildete und praktisch geübte 3) Erfordernisse Juristen können zu einer Beamtung des Justizstabes ^{der Wählbarkeit.} ernannt werden. Dem Kriegsrath liegt es ob, sich für die Wahl oder den Vorschlag dießfalls auf geeignetem Wege die erforderliche Gewißheit zu verschaffen.

§. 271.

Die Ernennung und Brevetirung derjenigen Beamten des Justizstabes, welche einen höhern als Hauptmannsgrad haben, geschieht ausschließlich durch die Tagsatzung auf den einfachen Vorschlag des Kriegsraths. 4) Bestimmungen über die Art der Ernennung.

Die Hauptleute ernennt und brevetirt der Kriegsrath selbst.

Bezüglich auf alle Auditoren hat der Kriegsrath die Berichte und Anträge des Oherauditors einzuholen.

Die Wahl der sämmtlichen Beamten des Justizstabes geschieht auf vier Jahre mit Wiederwählbarkeit.

§. 272.

- 5) Beeidigung. Der Oherauditor, die Großrichter und die Kassationsrichter werden durch den Vorort oder durch eine von letzterm delegirte Behörde, die Auditoren durch den Oherauditor beeidigt.

§. 273.

- 6) Uniform. Die Uniform des Justizstabes ist dunkelgrün mit hellgrün.

D r i t t e s B u c h.

Von dem Verfahren.

E i n l e i t u n g.

§. 274.

- 1) Grundsatz des Verfahrens. Alle Verbrechen und Vergehen, welche das Gesetz mit gerichtlicher Strafe bedroht, sollen im Interesse der öffentlichen Sicherheit untersucht und bestraft werden, auch wenn keine Klage oder Aufforderung von Seite eines Beleidigten oder Geschädigten vorliegt. Jede außergerichtliche Beseitigung solcher Fälle ist allen Militärbeamten bei eigener Verantwortlichkeit untersagt.

§. 275.

Hievon sind ausgenommen alle Ehrverletzungen. ^{2) Ausnahme.} Wegen solcher soll nur in Folge einer durch den Beleidigten erhobenen Klage ein gerichtliches Verfahren eingeleitet, sodann aber hierbei wie in allen andern Fällen verfahren werden.

§. 276.

Alle Klagen und Verzeigungen werden an den Straf=^{3) Behörde für} polizeibeamten (§. 205) gerichtet, welchem überhaupt die Verzeigungen. erste Einleitung jedes Straffalles in dem Sinne obliegt, daß er denselben, sobald er in die gerichtliche Kompetenz fällt, unverzüglich an den Auditor zu verweisen hat.

§. 277.

Jeder Offizier, Unteroffizier oder Korporal, welcher ^{4) Verpflichtung} einen oder mehrere Militärs, die ihm im Range unter=^{zur Verhinde-} geordnet sind, bei Verübung einer strafbaren Handlung ^{run- und zur} oder unter Umständen, die eine solche besorgen lassen, ^{Verzeigung von} antrifft, ist verpflichtet, dieselben zur Ordnung auf=^{Verbrechen.} zufordern, und wenn sie nicht augenblicklich gehorchen, oder die Handlung schon begonnen oder vollzogen ist, so soll er sie festmachen, dem ersten Wachtposten oder der nächsten Patrouille zur Verhaftung überliefern und darauf sogleich dem Offizier Meldung erstatten, unter dessen Befehl die Thäter stehen. Er kann auch die Hülfe von Zivilpersonen oder von Militärs zu der Ergreifung ansprechen, und die letztern sind verpflichtet, dieser Aufforderung zu gehorchen.

Dieses Recht soll jeder eidgenössische Offizier, Unteroffizier und Korporal gegen die Untern im Range von allen Corps der eidgenössischen Truppen ausüben, sobald er seinen Degen oder Säbel trägt, oder ein Zeichen, daran sein Grad erkannt werden mag.

§. 278.

5) Befugniß
zur Festma-
chung von Ver-
brechern.

Jeder Militär und jede Zivilperson ist berechtigt, einen Verbrecher festzumachen, den sie auf frischer That ertappen; jedoch müssen sie eine Militärperson sogleich einem Wachtposten oder einer Patrouille zur Verhaftung ausliefern und dem Offizier Meldung erstatten, unter dessen Befehl der Thäter steht, und eine Zivilperson muß sogleich der bürgerlichen Behörde, mit der Anzeige der That und ihrer Umstände, ausgeliefert werden, wenn sie durch Militär ergriffen wurde.

§. 279.

6) Meldung.

Wenn der Offizier, dem ein Verhafteter übergeben, oder eine Anzeige gemacht wird, nicht selbst Strafpolizeibeamter (§. 205) des muthmaßlichen Thäters ist, so soll er diesem Beamten sogleich die gehörige Meldung erstatten.

Erster Abschnitt.

Von der Voruntersuchung.

§. 280.

1) Zweck.

Der Zweck der Voruntersuchung ist:

a. Ausmittlung des Thatbestandes und des Thäters bis zu einem solchen Grade von Wahrscheinlichkeit, daß der Verdächtige in Anklagezustand versetzt werden kann;

b. vorläufige Sammlung der Beweismittel, so weit diese nöthig ist, um dem Hauptverfahren seinen Fortgang als einer ununterbrochenen Handlung zu sichern.

§. 281.

2) Behörde.

Die Voruntersuchung wird durch den Auditor geführt. An ihn soll daher der Strafpolizeibeamte (§. 276) die

Sache so schnell als möglich, und indem er sich auf die nothwendigen Maßnahmen beschränkt, mit seinem Rapport gelangen lassen.

§. 282.

Wenn sowohl der Auditor als sein ordentlicher Stellvertreter (S. 243) nicht an Ort und Stelle befindlich, ^{3) Stellvertretung des Auditors.} oder sonst abgehalten sind, so vertritt der Strafpolizeibeamte oder ein von diesem beauftragter Offizier seine Stelle. Dabei soll er sich aber auf die Maßnahmen beschränken, bei welchen Gefahr im Verzug ist, wie z. B. die ersten Erkundigungen, Verwahrung und Untersuchung eines Leichnams oder eines Verwundeten, Verhaftung des Verdächtigen, Beschlagnahme von gestohlenen oder sonst für die Untersuchung wichtigen Effekten, u. s. w.

Bei allen Handlungen der Voruntersuchung, welche er als Stellvertreter des Auditors vornimmt, ist er an die dem Auditor vorgeschriebenen Formen gebunden, und soll auch in diesem Fall die Sache so schnell als möglich an denselben befördern.

§. 283.

Die Voruntersuchung soll angehoben werden, sobald ^{4) Anhebung der Voruntersuchung.} die Wahrscheinlichkeit vorliegt, daß ein Verbrechen oder Vergehen begangen worden sei.

Der Auditor hat bei der Voruntersuchung zwei andere Offiziere als Urkundspersonen und den Gerichtsschreiber beizuziehen.

Die Mitglieder der Anklagekammer sind berechtigt, der Voruntersuchung beizuwohnen.

Die Voruntersuchung ist nicht öffentlich.

§. 284.

5) Verhaftung
des Verdäch-
tigen.

Der Verdächtige soll in wichtigen Fällen immer, sonst aber nur wenn seine Entweichung zu besorgen ist, einstweilen in Verhaft gebracht werden. Von allen Verhaftungen, welche der Auditor vornimmt, soll er dem Straßpolizeibeamten unverzüglich Notiz geben.

§. 285.

6) Verfahren
in gemischten
Fällen.

Bei Verbrechen oder Vergehen, welche muthmaßlich durch Militärpersonen und Zivilpersonen gemeinschaftlich begangen worden, kann die Voruntersuchung mit der Zivilbehörde gemeinschaftlich geführt werden, oder beide Behörden sollen sich die von jeder derselben aufgenommenen Akten mittheilen.

§. 286.

7) Vorläufige
Maßnahmen.

Die Voruntersuchungsbehörde soll schleunig durch Anordnung von Wachen oder durch andere Mittel dafür sorgen, daß die sichtbaren Spuren des Verbrechens nicht zufällig oder künstlich zerstört werden. Auch sind diese Spuren sogleich durch Augenschein und genauen Rapport zu den Akten zu erheben.

§. 287.

8) Beiziehung
von Sachver-
ständigen.

Wenn der Augenschein an Gegenständen vorgenommen wird, deren richtige Erkenntniß und Beurtheilung besondere technische Kenntnisse und Erfahrungen voraussetzt, wie z. B. bei Tödtungen, Verwundungen, Verfälschungen, Erbrechung von Schlössern, Schätzung eines Schadens und dergleichen, so soll die Voruntersuchungsbehörde, je nach der Erheblichkeit des Falles, einen oder zwei Sachverständige beiziehen. Bei der Untersuchung von schweren Verwundungen und bei Leichenöffnungen soll, wo immer möglich, ein Divisionsarzt oder ein Bataillonsarzt zugegen sein.

§. 288.

Die Experten sollen ihren Befund, je nach dem Er-⁹⁾ Befund im messen des Auditors, entweder mündlich zu Protokoll ^{Allgemeinen.} abgeben, oder schriftlich einreichen. Im erstern Falle gelten die Vorschriften über die Einvernahme von Zeugen.

§. 289.

Der Befund über die Sektion eines getödteten Men-¹⁰⁾ ueber Sek- schen soll enthalten: ^{tionen insbeson- dere.}

- a. die Angabe, wie und wo die Voruntersuchungsbe-
hörde den Leichnam angetroffen;
- b. die Angabe der Zeit und des Ortes, wann und wo
die Sektion verrichtet worden;
- c. die Bezeichnung des Leichnams nach Geschlecht, Alter,
Gestalt und Größe;
- d. den Befund der innern und äußern Beschaffenheit der
Kopf-, Brust- und Bauchhöhle, und die Art, wie
diese Beschaffenheit wahrgenommen worden, mit
Bemerkung der Ordnung, in welcher die Unter-
suchung abgehalten wurde;
- e. das Gutachten der Sachverständigen über die Be-
schaffenheit der Verletzung und über die Todesursache,
mit Beifügung ihrer Gründe.

§. 290.

Der Leichnam darf erst dann bestattet werden, wenn ¹¹⁾ Prüfung der Auditor den ärztlichen Rapport eingesehen und geneh- ^{des Befundes.} migt hat.

§. 291.

Sachverständige sind in Hinsicht auf die Verpflich-¹²⁾ Beeidigung tung, ihren Befund zu beschwören oder anderweitig zu ^{der Sachver- ständigen.} erhärten, wie Zeugen anzusehen.

§. 292.

13) Hausfuchun-
gen.

Der Auditor ist berechtigt, die nöthigen Quartier- oder Hausfuchungen bei Personen anzustellen, welche der Militärgerichtsbarkeit unterworfen sind. Wenn Hausfuchungen bei Zivilpersonen Statt finden sollen, so müssen die betreffenden bürgerlichen Behörden um deren Veranstaltung angegangen werden.

§. 293.

14) Beschlag-
nehmung der
Werkzeuge der
That u. dgl.

Gegenstände, welche über die Art und Weise, wie die strafbare That verübt worden, Aufschluß geben können, wie die bei der That gebrauchten Instrumente, das durchbohrte Kleid eines Erstochenen und dergleichen, soll die Voruntersuchungsbehörde sogleich in Beschlag nehmen, damit diese Wahrzeichen mit den Merkmalen der That verglichen und dem Gerichte vorgelegt werden könne.

§. 294.

15) Einvernah-
me der Zeugen
und des Schuld-
verdächtigen.
a. Allgemeine
Regel.

Der Auditor verhört den Schuldverdächtigen und die Zeugen in derjenigen Reihenfolge, welche ihm die angemessenste scheint.

Als Zeugen sind alle Personen einzuvernehmen, von denen sich irgend ein Aufschluß über das Verbrechen und die Schuld oder Unschuld des Verdächtigen erwarten läßt. Dabei sollen auch die Umstände, welche den Grad der Glaubwürdigkeit der einzelnen Zeugen bestimmen, zu Protokoll erhoben werden.

§. 295.

b. Verpflich-
tung zur Wahr-
heit.

Jeder Zeuge hat vor seiner Aussage auf Ehre und Gewissen zu versprechen, daß er in allem die Wahrheit reden und nichts, was ihm von der Sache bekannt sei, verschweigen werde. Dabei ist er auf die künftige Vertheidigung aufmerksam zu machen.

§. 296.

Der Schuldverdächtige ist in Abwesenheit der Zeu-^{e. Abhörung.} gen, und diese sind in Abwesenheit des Verdächtigen, jeder einzeln, abzuhören.

§. 297.

Es wird keine Konfrontation weder zwischen den^{a. Konfronta-} Zeugen, noch zwischen dem Verdächtigen und den Zeu-^{tion.} gen vorgenommen, ausgenommen allfällig zur Erwäh- rung der Identität der Personen.

§. 298.

Die an den Angeschuldigten und die Zeugen gerichteten^{e. Fragenstel-} Fragen sollen bestimmt, klar und unverfänglich sein.^{lung.}

Verweigert der Angeschuldigte beharrlich, auf die an ihn gestellten Fragen zu antworten, so wird ohne Rücksicht hierauf die Untersuchung fortgeführt.

§. 299.

Ueber die Einvernahme der Zeugen und des Ver-^{16) Protokoll.} dächtigen, so wie über alle übrigen Handlungen der Voruntersuchung, wird ein genaues und fortlaufendes Protokoll geführt. Die Fragen und Antworten sollen, so viel möglich, wörtlich niedergeschrieben werden. Dem Einvernommenen ist das Protokoll zu verlesen, seine Erklärung über dessen Richtigkeit zu gewärtigen, und diese durch seine Unterschrift zu bezeugen.

§. 300.

Die Voruntersuchung soll mit möglichster Schnellig-^{17) Besondere} keit geführt werden; der Auditor ist für jeden Verzug, ^{Vorschriften:} der nicht durch die Akten gerechtfertigt ist, verantwort-^{a. Zur unver-} lich. Wenn ein Verdächtiger verhaftet ist, so soll seine ^{züglichen Füh-} Einvernahme spätestens am Vormittage nach dem Tage ^{rung der Vor-} seiner Verhaftung Statt finden. ^{untersuchung;}

§. 301.

b. Zur ununterbrochenen Führung derselben.

In allen Fällen soll die Voruntersuchung von ihrer Anhebung an ununterbrochen (einzig mit Vorbehalt der nächtlichen Ruhestunden) bis zu Ende fortgeführt werden. Eine Ausnahme findet Statt, wenn äußere Hindernisse, wie die Herbeischaffung abwesender Zeugen und dergleichen, eine Unterbrechung nothwendig machen. In diesem Falle soll die Fortsetzung sobald als immer möglich vor sich gehen, und die Gründe der Unterbrechung sollen im Protokoll bemerkt werden.

§. 302.

c. Gegenwart des Anklägers.

Es ist Pflicht des Anklägers, der Voruntersuchung beizuwohnen; doch soll seine Abwesenheit die Vornahme der einzelnen Handlungen derselben nicht hindern. Er sowohl als der Verdächtige ist befugt, an den Auditor Begehren Behufs Sammlung der Beweismittel für die Schuld und beziehungsweise Unschuld zu stellen.

§. 303.

18) Schluß der Voruntersuchung.

Die Untersuchung ist zu schließen, wenn der im §. 280 bezeichnete Zweck erreicht, oder die Mittel, ihn zu erreichen, erschöpft sind.

§. 304.

19) Weiteres Verfahren.
a. Fertigstellung der Anklageakte.

Wenn der Auditor die Voruntersuchung für vollendet hält, so übergibt er die sämtlichen Akten dem Ankläger, welcher nun unverzüglich die Anklageakte mit seinen bestimmten Anträgen: ob Jemand, und wer, für ein bestimmtes Verbrechen in Anklagezustand zu versetzen sei, — unter Anführung der betreffenden Gesetzesstelle, dem Auditor zu Händen der Anklagekammer einreicht.

§. 305.

Sodann übersendet der Auditor die Anträge des Anklägers sammt den Akten mit seinem Gutachten an die Anklagekammer.

b. Einreichung derselben der Anklagekammer.

§. 306.

Die in den zwei vorhergehenden Paragraphen bezeichneten Arbeiten soll der Ankläger sowohl als der Auditor in zweimal vierundzwanzig Stunden fertigen und einreichen. Wenn dafür in besondern Fällen etwas mehr Zeit erforderlich ist, so sollen sie sich darüber bei der Einreichung schriftlich rechtfertigen.

c. Fristbestimmung für diese Arbeiten.

Behufs des ungehinderten Fortganges des Prozesses sollen der Auditor und der Ankläger, von Anfang der Voruntersuchung bis zur Einreichung der in den §§. 304 und 305 bezeichneten Schriften, ihren Wohnsitz an dem für die Untersuchung passendsten Orte aufschlagen. Müssen mehrere Voruntersuchungen zu gleicher Zeit geführt werden, so sollen sie sich dießfalls, je nach der Wichtigkeit und Dringlichkeit derselben, auf angemessene Weise einrichten.

Zweiter Abschnitt.

Von der Vernehmung in Anklagezustand.

§. 307.

Die Anklagekammer versammelt sich sogleich unter 1) Zeitpunkt der Versammlung und Vernehmung des Auditors als Berichterstatters und Konsulenten. Sie prüft die eingelegten Akten und Anträge und entscheidet durch absolutes Stimmenmehr, ob Se- mand, und wer, wegen eines oder mehrerer in dem Gesetze verzeichneter Verbrechen in Anklagezustand zu vernehmen sei.

2) Zeitpunkt der Versammlung und Vernehmung der Anklagekammer.

§. 308.

2) Vorschrift
im Fall der
Versehung in
Anklagezustand.

Wenn die Versehung in Anklagezustand gegen Jemanden ausgesprochen wird, so ist das Verbrechen, oder sind die mehreren Verbrechen, auf welche sich die Anklage gleichzeitig oder alternativ beziehen soll, unter Anführung der darauf bezüglichen Gesetzesstelle bestimmt anzugeben.

§. 309.

3) Erforderniß
dazu.

Der Anklagezustand soll erkannt werden, wenn sich aus der Voruntersuchung mit bedeutender Wahrscheinlichkeit ergibt, daß die betreffende Person das fragliche Verbrechen verübt habe.

§. 310.

4) Beschluß der
Anklagekammer
bei Ver-
sehung in An-
klagezustand.

Wenn die Anklagekammer die Versehung in Anklagezustand statthaft findet, so hat sie dieses durch einen einfachen Beschluß ohne Angabe der Gründe auszusprechen und denselben, mit der Unterschrift des Präsidenten und des Schreibers versehen, sammt allen Akten dem Großrichter zu Händen des Kriegsgerichts zu übermachen. Sie hat ferner dem Auditor von ihrem Beschlusse Notiz zu geben.

§. 311.

5) Mittheilung
desselben an den
Angeschuldigten.

Dem Auditor liegt sodann ob, den Angeeschuldigten von diesem Beschlusse in Kenntniß zu setzen und ihn zur Bezeichnung seines Vertheidigers aufzufordern, worauf er ihn sogleich unter schriftlicher Angabe, ob und wen er zum Vertheidiger gewählt habe, zur Verfügung des Kriegsgerichts stellt.

§. 312.

6) Wahl des
Vertheidigers
durch den Ange-
schuldigten.

Der Angeeschuldigte ist befugt, jeden rechtlichen Mann aus dem Zivil- oder Militärstande zum Vertheidiger

anzusprechen; doch darf durch die Person des Vertheidigers keine Verzögerung verursacht werden. Wenn die Entfernung des Wohnortes oder andere Verhältnisse des gewählten Vertheidigers eine solche besorgen lassen, so soll der Auditor, nach eingeholter Weisung des Großrichters, den Angeschuldigten zu einer andern Wahl auffordern.

§. 313.

Wenn die Anklagekammer die Versekung in Anfla- 7) Beschluß der gezustand verwirft, so erklärt sie durch einen einfachen Anklagekam- Beschluß ohne Angabe der Gründe, daß die Anklage mer im Fall der Verwerfung gegen die fragliche Person bei der gegenwärtigen Sach- der Anklage. lage nicht Statt finde. Dieser Beschluß wird, mit den Unterschriften des Präsidenten und des Schreibers versehen, sammt allen Akten dem Auditor zugestellt, welcher davon dem Ankläger Kenntniß gibt.

§. 314.

Die Rücksendung der Akten an den Auditor unter- 8) Uebersendung bleibt, wenn dieselben die Untersuchung über ein anderes der Akten an Verbrechen der gleichen oder auch einer andern Person das Kriegsge- richt im andern begreifen und deswegen an das Kriegsgericht gelangen Falle. müssen. In diesem Fall wird dem Auditor von diesem Verhältniß Kenntniß gegeben, und es steht ihm die Einsicht der Akten frei.

§. 315.

In dem Fall des §. 313 ist der allfällig Verhaftete 9) Freilassung sofort freizulassen, wenn der weitere Verhaft nicht durch des Verhafteten. einen andern gegen ihn schwebenden Prozeß gerechtfertigt wird. Dagegen soll in diesem Fall die Voruntersuchung wieder aufgenommen werden, wenn sich neue Verdachtsgründe ergeben.

Dritter Abschnitt.

Von dem Hauptverfahren.

§. 316.

I. Einleitendes Verfahren. Wenn der Angeklagte noch keinen Vertheidiger hat, so wird ihm vor allem ein solcher durch den Großrichter bestellt. Jeder Angehörige der Truppencorps, für welches das Kriegsgericht aufgestellt ist, muß dieser Ernennung kraft seiner Dienstpflicht Folge leisten.

1) Bestellung des Vertheidigers von Amts wegen.

§. 317.

2) Zutritt des Vertheidigers. Der Vertheidiger hat freien Zutritt zu dem Angeklagten und zu sämmtlichen Akten.

Zutritt des Vertheidigers zu dem Angeklagten.

§. 318.

3) Refusationsrecht des Angeklagten. Der Angeklagte hat das Recht, sich von den Mitgliedern und Ersahmännern des Gerichts zwei ohne Angabe von Gründen zu verbitten. Zu diesem Behuf ist ihm ein Verzeichniß derselben zuzustellen.

3) Refusationsrecht des Angeklagten.

§. 319.

4) Bestimmung der Refusanten. Wenn mehrere Angeschuldigte sind, so müssen sie sich über die zwei Mitglieder verständigen, welche sie sich verbitten wollen. Können sie dieses nicht, so sind diejenigen als verboten anzusehen, auf welche sich die meisten Stimmen vereinigt haben, und bei Gleichheit der Stimmen diejenigen, welche das Loos bezeichnet.

4) Bestimmung der Refusanten im Fall von mehreren Angeklagten.

§. 320.

5) Bezeichnung der Zeugen. Der Ankläger sowohl als der Vertheidiger haben dem Großrichter ein schriftliches Verzeichniß der Zeugen, deren Vorladung sie verlangen, einzureichen. Hierfür kann ihnen derselbe nöthigen Falls eine kurze Frist ansetzen. Will der Angeklagte von der im §. 318 erwähnten

5) Bezeichnung der Zeugen durch den Ankläger und Vertheidiger.

ten Befugniß Gebrauch machen, so soll es ebenfalls durch diese Eingabe geschehen.

§. 321.

Der Großrichter bestimmt den Tag der Gerichtsverhandlung und erläßt die erforderlichen Ladungen an Ankläger, Angeklagte und Vertheidiger, eben so an alle Zeugen, welche von dem Ankläger oder dem Vertheidiger bezeichnet, oder in der Voruntersuchung bereits einvernommen worden sind, mit Ausnahme derjenigen unter den letztern, von welchen keinerlei Aufschluß zu erwarten steht.

II. Tagfahrt.
1) Vorladung des Anklägers, Angeklagten, Vertheidigers und der Zeugen.

§. 322.

Experten, von denen sich schriftliche Gutachten oder protokollierte Aussagen bei den Akten befinden, oder welche sonst vor Gericht einvernommen werden sollen, sind in der Regel als Zeugen vorzuladen und zu behandeln.

2) Vorladung der Experten.

§. 323.

Auch dem Geschädigten ist von dem Tage der Gerichtsverhandlung, Behufs allfälliger Geltendmachung seiner Zivilansprüche, Kenntniß zu geben.

3) Vorladung der Geschädigten.

§. 324.

Die gerichtliche Verhandlung, mit Ausnahme der Berathung des Gerichts, ist öffentlich. Sie soll in einem geräumigen Lokal gepflogen und den in der Nähe befindlichen Truppen der Zutritt so viel als möglich erleichtert werden. Zu diesem Behuf soll die erforderliche Bekanntmachung geschehen, und das Gerichtslokal während der ganzen Zeit der Verhandlung auf eine in die Augen fallende Weise kennbar gemacht werden.

III. Gerichtsverhandlungen.
1) Allgemeine Vorschriften.

a. Öffentlichkeit der Verhandlungen mit Ausnahme der Berathungen.

§. 325.

Die Verhandlung soll am frühen Vormittag beginnen und wo möglich an demselben Tage, ohne Unter-

b. Kontinuität der Verhandlung.

brechung, bis und mit der Eröffnung des Urtheils vollendet werden. Wenn dieses nicht möglich ist, so darf die Unterbrechung bloß während der Nachtstunden Statt finden. Würde es wegen äußerer Hindernisse unausweichlich, die Verhandlung auf einen oder mehrere Tage zu unterbrechen, so soll dafür gesorgt werden, daß die Fortsetzung so bald als möglich geschehe.

§. 326.

2) Gang der öffentlichen Verhandlung.

a. Verlesung

d. Anklageakte.

Die Verhandlung beginnt mit Verlesung der Anklageakte.

§. 327.

b. Entscheid

streitiger Refu-
sationsfragen.

Hierauf werden allfällig zweifelhafte Refusionsfragen vorgetragen und entschieden.

§. 328.

c. Zeugenverhör
durch den An-
kläger;

Der Ankläger verhört sodann in der ihm beliebigen Reihenfolge die von ihm bezeichneten Zeugen. Nach der Einvernahme eines jeden steht dem Vertheidiger sowohl als dem Angeklagten das Recht zu, an denselben im Interesse der Vertheidigung die erforderlichen Fragen zu richten.

§. 329.

Durch den Ver-
theidiger und
Angeklagten;

Sodann verhört der Vertheidiger, und allfällig auch der Angeklagte selbst, die weitem von seiner Seite bezeichneten Zeugen. Der Ankläger ist seinerseits zur Ergänzung der Verhöre berechtigt.

§. 330.

Durch den
Großrichter
u. s. w.

Der Großrichter beaufsichtigt die Zeugeneinvernahme, schützt die Zeugen vor Ungebühr, und erinnert sie, wenn es nöthig, an ihren Eid. Er hat das Recht, aus eigenem Antriebe, oder auf Verlangen eines Mitgliedes des

Gerichts, Fragen an die Zeugen einzuschieben oder nachzuholen. Den Mitgliedern des Gerichts steht es zu, nach gänzlich vollendeter Einvernahme jedes Zeugen, beliebige Fragen an denselben zu richten.

§. 331.

Jeder Zeuge hat, wenn bei ihm die Bedeutung eines a. Beeidigung Eides als bekannt vorausgesetzt werden kann, vor seiner der Zeugen. Einvernahme folgenden Eid abzulegen:

„Ihr werdet schwören, auf alle Fragen, die an Euch
„als Zeugen gerichtet werden, der Wahrheit gemäß zu
„antworten und nichts zu verschweigen; Euere Aussa-
„gen Niemanden zu Lieb noch zu Leid, sondern so abzu-
„legen, wie es einem wahrhaften Zeugen geziemt, und
„Ihr es vor Gott und Euerm Gewissen verantworten
„möget, — alles getreulich und ohne Gefährde.“

„ S c h w ö r f o r m e l . “

„Den mir vorgelesenen Eid gelobe ich wahrhaft zu
„halten, getreulich und ohne Gefährde, als ich bitt’,
„daß mir Gott helfe (und alle Heiligen)!“

§. 332.

Die Haupteinvernahme jedes Zeugen soll in Abwe- e. Allgemeine senheit aller andern geschehen, und keiner vor Beendi- Vorschrift für gung der ganzen Verhandlung entlassen werden. die Zeugenver-
höre.

§. 333.

Nach den Zeugen ist der Angeklagte durch den Groß- f. Einvernahme richter einzuvernehmen. Das Verhör soll kurz, unver- des Angeklag- fänglich und frei von Zudringlichkeit sein. ten.

§. 334.

Wenn der Angeklagte auf alle oder einzelne Fragen die Antwort verweigert, so findet dießfalls kein Zwang

Statt, und die Verhandlung nimmt ihren weitem Fortgang.

§. 335.

g. Nachträgliche
Fragenstellung
an die Zeugen.

In Folge des Verhörs des Angeklagten können noch nachträglich Fragen an die Zeugen gestellt werden.

§. 336.

h. Vorlegung
der Werkzeuge
der That, der
Akten u. s. w.

Bei der ganzen Verhandlung sollen die Gegenstände, welche als Wahrzeichen oder Werkzeuge des Verbrechens zu den Akten gebracht worden, und eben so die schriftlich erhobenen Akten vorliegen, und letztere, wenn es zur Aufhellung dient, verlesen werden.

§. 337.

i. Vorträge des
Anklägers und
Vertheidigers.

Nach vollendeter Einvernahme der Zeugen und des oder der Angeschuldigten hält der Ankläger seinen Vortrag für Entwicklung der Schlüsse, betreffend Schuld und Strafe, mit Anführung und Verlesung der einschlagenden Gesetzesstellen, eben so allfällig betreffend den Schadenersatz, worüber auch dem Geschädigten selbst das Wort zusteht. Sodann folgt der Vortrag des Vertheidigers, nach welchem der Angeklagte gefragt wird, ob er selbst etwas beifügen wolle. Dem Ankläger steht die Replik und dem Vertheidiger als Antwort die Duplik zu.

§. 338.

k. Pflicht des
Anklägers und
Vertheidigers
bei Wahrneh-
mung von Feh-
lern.

Wenn der Ankläger oder der Vertheidiger bei dem bisher näher bestimmten Verfahren Fehler wahrzunehmen glaubt, insbesondere solche, welche die Kassation begründen könnten, so sind sie verpflichtet, den Grob- richter sogleich darauf aufmerksam zu machen, worauf derselbe das Nöthige verfügen, oder einen Beschluß des Gerichts veranlassen wird.

§. 339.

Es folgt hierauf die Refapitulation der Verhandlung durch den Großrichter. Dieselbe besteht in genauer Bezeichnung der wesentlichen faktischen und rechtlichen Fragen, in einer summarischen Aufzählung der Beweismittel für Schuld und Unschuld und in Ableitung, Würdigung und Gegeneinanderhaltung der daraus fließenden Beweisgründe. Der Großrichter nimmt zu diesem Behuf während der vorhergehenden Verhandlung persönlich die nöthigen schriftlichen Notizen, welche indessen bloß zu seinem Gebrauche dienen.

1. Refapitulation der Verhandlung durch den Großrichter.

§. 340.

Nach beendigter Refapitulation zieht sich das Gericht zur Berathung zurück; dieselbe wird von dem Großrichter geleitet.

2) Berathung des Gerichts.
a. Abtretung desselben.

§. 341.

Zuerst wird die Frage behandelt, ob der Angeklagte des in der Anklageakte bezeichneten oder eines bestimmten andern, in dem Gesetze mit Strafe bedrohten Verbrechens schuldig sei. Es findet hierüber eine doppelte Umfrage Statt. Dieselbe wird nach der umgekehrten Ordnung des Grades, welchen die Mitglieder des Gerichts bekleiden, gehalten. Der Großrichter selbst hat keine Stimme, doch steht ihm jederzeit frei, über die Stellung der Frage und Behufs der Ordnung der Berathung das Nöthige zu bemerken.

b. Umfrage über Schuld.

§. 342.

Nach beendigter Umfrage läßt der Großrichter die definitiven Anträge stellen und leitet die Abmehrung über dieselben. Er selbst hat keine Stimme. Um die Schuld zu erkennen, sind wenigstens fünf (bei außerordentlichen

c. Antragstellung und Abmehrung.

Kriegsgerichten für abgeschnittene Corps vier) Stimmen erforderlich.

§. 343.

a. Vorschrift für den Entscheid. Der Angeklagte muß in Beziehung auf das fragliche Verbrechen einfach entweder für schuldig, oder für nicht schuldig erklärt werden.

§. 344.

e. Berathung über Strafe, Schadenersatz u. s. f. Wenn der Angeklagte eines Verbrechens für schuldig erklärt worden ist, so folgt die Berathung über Strafe, Schadenersatz, Kosten und andere Nebenpunkte. Dieselbe wird mit einem Vortrag des Großrichters eröffnet, worin er den Grad der Strafbarkeit des Verbrechens an sich, das Vorhandensein und das Gewicht der Milderungs- und Schärfungsgründe, und was sonst auf die Anwendung des Gesetzes Einfluß haben kann, so wie auch den Zivilpunkt, alles mit Erwähnung der verschiedenen möglichen Ansichten, erörtert. Darauf folgt doppelte Umfrage nach der im §. 341 bestimmten Ordnung. Nach jeder Umfrage steht es dem Großrichter zu, das weiter Nöthige zu bemerken.

§. 345.

f. Abstimmung. Nach beendigter Berathung stellt der Großrichter die Fragen und hält die Abstimmung. Er selbst hat keine Stimme.

§. 346.

g. Mehrheit für Ausfällung der Strafe. Zur Ausfällung einer Strafe sind immer wenigstens fünf (bei außerordentlichen Kriegsgerichten für abgeschnittene Corps vier) Stimmen nothwendig. Der Großrichter hat keine Stimme.

§. 347.

h. Verfahren bei der Schuld-, loßsprechung. Wenn das Gericht den Angeklagten keines in seine Kompetenz fallenden Vergehens schuldig erkannt hat,

so findet in der in den §§. 344 und 345 bezeichneten Ordnung die Verathung über Freisprechung, Ueberweisung an die Kantonalgerichte, Kosten und andere Nebenspunkte Statt.

§. 348.

Wenn der Angeklagte in Beziehung auf das fragliche i. Verfahren Verbrechen oder Vergehen zwar für nicht schuldig erklärt bei dem Vorhandensein eines Disziplinfehlrs. und daher freigesprochen wird, das Gericht aber findet, daß er sich eines Ordnungsfehlers schuldig gemacht habe, so ist er von den (I. Buch, 2. Theil, 3. Titel) bezeichneten Militärobern, welchen die Bestrafung der Ordnungsfehler zukommt, zu beurtheilen.

§. 349.

Dem wegen eines Verbrechens oder Vergehens Ver- k. Auflegung urtheilten werden in der Regel die Kosten aufgelegt. der Kosten dem Verurtheilten. Dabei sind indessen bloß die Entschädigungen der Zeugen und Experten in Rechnung zu bringen. Aus besondern Gründen kann auch der Verurtheilte ganz oder theilweise mit den Kosten verschont werden.

Die Gebühren für Skripturen, welche für den Angeklagten auf sein oder des Vertheidigers Begehren gefertigt werden, sind jederzeit besonders zu vergüten. Ueber die Kosten der Verpflegung vergleiche §. 265.

Einem Zeugen, der nicht in aktivem Militärdienste steht, sollen fünf Baken Reisegeld per Stunde, sowohl der Her- als Heimreise, und zwei Franken für jeden Tag des Aufenthalts bezahlt werden.

Einem Experten sollen fünf Baken Reisegeld per Stunde, sowohl der Her- als Heimreise, und zwei bis acht Franken, nach Ermessen des Großrichters, für jeden Tag des Aufenthalts verabreicht werden.

Für Skripturen, die für den Angeklagten auf sein oder des Vertheidigers Begehren gefertigt werden, sind zwei Bogen per Folioseite zu berechnen.

§. 350.

I. Der Zivil-
partei.

Im Falle von Freisprechung können die Kosten ganz oder theilweise der Zivilpartei auferlegt werden, wenn dieselbe auf arglistige oder muthwillige Weise das kriegsgerichtliche Verfahren veranlaßt hat.

§. 351.

4) Urtheil.
a. Form und
Inhalt.

Das Urtheil des Kriegsgerichts soll enthalten:

- a. eine Einleitung, worin die Namen des Großrichters und der sämtlichen Mitglieder des Gerichts mit ihrem Range und Heimathorte, des Anklägers, der allfälligen Zivilpartei, des oder der Angeklagten und des Vertheidigers angegeben sind;
- b. einen faktischen Theil, worin der Auditor, welcher die Voruntersuchung geführt, und der Zeitpunkt, in welchem diese begonnen und vollendet worden, so wie eine kurze Notiz von dem Hauptverfahren, nämlich Ort und Zeit desselben, die Namen der Zeugen für Anklage und Vertheidigung und der allfällig zugezogenen Experten u. s. w., enthalten sein soll;
- c. Hinweisung auf die Anklageakte und Angabe der Schlüsse des Anklägers und des Vertheidigers;
- d. das Erkenntniß über Schuld und Nichtschuld, und wenn jene ausgesprochen worden, die Angabe der Stimmenzahl;
- e. wörtliche Anführung der zur Anwendung kommenden Gesetzesstellen;
- f. das eigentliche Dispositiv, enthaltend die Strafe, Freisprechung, Bestimmungen über den Zivilpunkt,

Kosten und andere Nebenpunkte; — im Falle eine Strafe ausgesprochen worden, mit Angabe der Stimmenzahl;

g. Verfügung über die Mittheilung des Urtheils;

h. Datum und Unterschrift des Großrichters, des ersten Mitgliedes des Gerichts und des Sekretärs.

§. 352.

Unmittelbar nach der Ausfällung des Urtheils wird ^{b. Eröffnung.} dasselbe dem Angeklagten, in Gegenwart des Anklägers und des Vertheidigers, öffentlich, vor gesessenem Gerichte durch den Großrichter eröffnet, und den beiden Parteien zugleich angezeigt, daß jede binnen zweimal vierundzwanzig Stunden bei ihm die schriftliche Erklärung, daß, und auf welche Hauptpunkte gestützt, sie das Rechtsmittel der Kassation gebrauchen wollen, einreichen könne.

§. 353.

Wenn binnen obiger Frist die bemeldte Erklärung ^{c. Rechtskraft.} von keiner Seite erfolgt, so ist das Urtheil in Rechtskraft erwachsen, und wird dem obersten Kommandirenden mitgetheilt. Bei Urtheilen, hinsichtlich welcher Begnadigung nachgesucht werden kann (§. 386), ist jedoch dem Verurtheilten sogleich nach Abfluß der bezeichneten Frist, oder auch nachdem das Kassationsbegehren verworfen wurde, durch den Auditor anzuzeigen, daß, wenn er um Begnadigung einkommen wolle, er dieß binnen vierundzwanzig Stunden dem Großrichter zu erklären und sodann binnen weitem vierundzwanzig Stunden das Begnadigungsgesuch bei ihm einzureichen habe. Zum Behuf der erwähnten Erklärung wird nach Abfluß der vierundzwanzig Stunden der Verurtheilte mit seinem Vertheidiger vor den Großrichter

beschieden. Die Erklärung sowohl als die vorhergehende Anzeige ist durch den Gerichtsschreiber zu protokollieren. Wenn binnen der angegebenen Frist das Begnadigungsgesuch eingereicht wird, so wird dasselbe mit dem Urtheil dem obersten Kommandirenden übersendet.

Vierter Abschnitt.

Allgemeine Vorschriften, betreffend das Verfahren, nebst einigen Regeln über den Beweis.

§. 354.

1) Requisiten:
Der Zivil- an
die Militärbe-
hörden;

Es soll von den eidgenössischen Militärbehörden jeder schriftlichen Aufforderung einer eidgenössischen Zivilbehörde entsprochen werden, welche die Ausübung der bürgerlichen Rechtspflege erheischt, insofern dieses in ihrer Kompetenz steht, der Militärdienst die Entsprechung erlaubt, und die Aufforderung den anerkannten Grundsätzen der Kompetenzausscheidung zwischen der Zivil- und Militärgerichtsbarkeit (§§. 196 und 197) nicht zuwider ist.

Das Ansuchen muß jedoch an den Straspolizeibeamten der betreffenden Person, oder an einen militärischen Obern derselben gestellt sein, und es steht dem angesuchten Offizier frei, die Befehle seiner unmittelbaren Obern darüber einzuholen.

§. 355.

2) Der Militär-
behörden an die
Zivilbehörden.

Auf die gleiche Weise soll eine jede eidgenössische Zivilbehörde der schriftlichen Aufforderung entsprechen, welche der oberste Kommandirende, der Großrichter oder Auditor eines Militärgerichts, oder ein militärischer

Estrafpolizeibeamter in Sachen der militärischen Rechtspflege an sie erläßt, insofern dieses in ihrer Kompetenz steht, und die Aufforderung den anerkannten Grundsätzen der Kompetenzausscheidung beider Gerichtsbarkeiten nicht zuwider ist.

Der bürgerliche Beamte ist ebenfalls berechtigt, die Befehle seines unmittelbaren Obern darüber einzuholen.

§. 356.

Damit die Ladung einer Militärbehörde für eine ³⁾ Form der Person des Bürgerstandes verbindlich sei, muß diese Ladungen. Ladung von dem Richter des Wohnsitzes des Vorzuladenden bewilligt sein, und die Ladung einer Militärperson von dem militärischen Estrafpolizeibeamten, unter dessen Befehl der Vorzuladende steht, die Ladung mag von einer bürgerlichen oder militärischen Behörde ausgehen.

Der Offizier, welcher die Ladung eines seiner Untergebenen bewilligt, muß demselben zugleich allemal den nöthigen Urlaub für die Reise und Erscheinung ertheilen, und kann den Vorgeladenen durch eine Militärperson begleiten lassen, welche im Rang über demselben steht.

Die Behörde, welche die Ladung erläßt, wendet sich selbst und schriftlich mit dem Ansuchen um die Bewilligung an die Behörde, welche dieselbe ertheilen soll, und der Zweck, zu welchem die Person vorgeladen wird, muß in der Ladung deutlich angezeigt sein.

§. 357.

Jede Person des Militär- oder Bürgerstandes ist ⁴⁾ Verpflichtung bei eigener Verantwortlichkeit verpflichtet, einer ver- zum Gehorsam. bindlichen Ladung Folge zu leisten, die derselben gehörig insinuirt worden.

5) Verpflichtung zum Zeugniß. Ebenso ist Jedermann verpflichtet, sich in Straf-
sachen als Zeuge abhören zu lassen, mit Ausnahme der
im §. 358 bezeichneten Personen.

6) Zwangsmittel. Eine gehörig vorgeladene Person, welche dessen ungeachtet nicht erscheint, ohne sich über ihr Ausbleiben gehörig zu rechtfertigen, soll, wenn sie der Militärgerichtsbarkeit unterworfen ist, unmittelbar, sonst aber durch Vermittlung der Zivilbehörde, gefänglich zur Stelle gebracht werden.

Gegen einen Zeugen, welcher sich ohne rechtmäßigen Grund (§. 358) weigert, die ihm vorgelegten Fragen zu beantworten, kann Verhaft bis auf längstens drei Monate verfügt werden.

7) Entschädigung der Zeugen. Personen, welchen die Abhörung Reisekosten oder Zehrungskosten veranlaßt, sollen vor ihrer Entlassung eine angemessene Entschädigung erhalten.

§. 358.

8) Ausnahme von der Verpflichtung zum Zeugniß wegen Verwandtschaft. Diejenigen Personen, welche mit dem Angeklagten oder Verdächtigen verhehlicht, oder in auf- oder absteigender Linie, oder in dem ersten Grad der Seitenlinie verwandt (Geschwister) oder verschwägert (Schwager und Schwägerin) sind, haben die Befugniß, die Einvernahme sowohl in der Vor- als Hauptuntersuchung abzulehnen, und dürfen, auch wenn sie von dieser Befugniß keinen Gebrauch machen wollen, erst, nachdem ihnen dieselbe ausdrücklich zur Kenntniß gebracht worden, einvernommen und niemals zu irgend welcher Erhärtung ihrer Aussagen angehalten werden.

§. 359.

9) Allgemeine Regel für den Beweis. Bei der Würdigung eines vorliegenden Beweises soll der Richter an keinerlei äußere Form, noch an irgend eine allgemeine Werthung der Beweismittel

(wohin z. B. der Satz gehört, daß zur Herstellung einer Thatsache zwei Zeugen erforderlich seien, und dergleichen) gebunden sein, sondern er soll sich nach sorgfältiger Wahrnehmung und Gegeneinanderhaltung aller Theile der Beweisführung lediglich fragen: ob er von der Schuld des Angeklagten überzeugt sei, oder nicht, — mit andern Worten: ob er dieselbe nach dem ordentlichen Gang der menschlichen Dinge als gewiß ansehe, oder ob ihm dagegen irgend ein vernünftiger Zweifel übrig bleibe.

§. 360.

Das Gericht ist in keiner Beziehung an die Anträge des Anklägers gebunden, sondern es hat die Strafe innerhalb der Schranken des Gesetzes nach Würdigung des Falles überhaupt und der allfälligen Milderungs- oder Schärfungsgründe insbesondere zu bestimmen.

10) Freies Ermessen des Gerichts bei der Strafbestimmung.

§. 361.

Die Kosten, zu denen eine Person verurtheilt ist, sind von dem Gerichtsschreiber zu verzeichnen. Dem Großen steht die Ermäßigung zu.

11) Verzeichnung und Ermäßigung der Kosten.

§. 362.

Die Kantonsregierung des Verfallten soll die Kosten für die eidgenössische Kriegskasse und die allfällige Entschädigung für den Damnskaten durch ihre Beamten einziehen, und zwar auf Kosten des erstern, oder des betreffenden Kantons.

12) Art des Bezuges.

§. 363.

Jedes Urtheil, welchem der oberste Kommandirende seinen Vollziehungsbefehl beigesetzt hat, soll durch den Oberauditor dem eidgenössischen Kriegsrath in beglaubigter Abschrift übersendet werden, der dasselbe der

13) Mittheilung des Urtheils Beauftragung des Bezugs der Kosten.

Kantonsregierung des Beurtheilten mittheilt. Die Urkunde, durch welche diese Mittheilung geschieht, bildet den Forderungstitel zu der Einziehung der Prozeßkosten oder der Entschädigung (§. 362).

§. 364.

14) Zurücksendung des Urtheils Behufs der Vollstreckung.

Wenn der oberste Kommandirende einem Urtheil seinen Vollziehungsbefehl beigefügt hat, so sendet er dasselbe nebst den allfällig an ihn gelangten Akten an den Großrichter zurück. Dieser veranstaltet die Vollziehung, oder läßt den Verurtheilten an die Behörden ausliefern, welchen die Vollziehung der Strafe zusteht.

§. 365.

15) Verfahren gegen Abwesende.

Wenn der Angeklagte oder Verdächtige sich flüchtig gemacht, oder sonst sich außer dem Bereiche des zuständigen Militärgerichts befindet, so sollen zwar die zur Herbeischaffung desselben erforderlichen Schritte gethan, auch die Voruntersuchung in allen Beziehungen so gut als möglich geführt, jedoch in Beziehung auf den Abwesenden weder das Hauptverfahren veranstaltet, noch ein Endurtheil gefällt werden.

§. 366.

Ist die Voruntersuchung so weit, als dieß in Abwesenheit des Verdächtigen möglich ist, vollendet, so wird die Sache bis zur Beibringung desselben eingestellt, und wenn diese bis zur Zeit der Entlassung des Kriegsgerichts noch nicht erfolgt ist, an die betreffende Kantonsregierung zu Händen der kompetenten Gerichtsstelle überwiesen.

Fünfter Abschnitt.

Von dem Kassationsverfahren.

§. 367.

Wenn von einer oder von beiden Parteien die Kassation¹⁾ angerufen worden ist, so veranstaltet der Großrichter unverzüglich die Ueberweisung aller Akten und Protokolle an die Kassationsinstanz.

§. 368.

Der Präsident des Kassationsgerichts setzt unmittelbar²⁾ nach dem Empfange der Akten den Tag für die Verhandlung an, wo möglich nicht weiter als auf vierzehn Tage, und erläßt an den Ankläger und den Verteidiger die erforderlichen Ladungen. Zugleich ist der Großrichter oder das gesammte Kriegsgericht zu allfällig nothwendiger Berichterstattung aufzufordern, damit dieselbe am Tage der Verhandlung vorliegen könne.

§. 369.

Die Verhandlung vor dem Kassationsgericht ist³⁾ mündlich und öffentlich. Jede Partei hat zwei Vorträge. Der Kassationsbegehrende hat den ersten Vortrag; wenn beide Parteien Kassation verlangen, der Ankläger.

§. 370.

Die Kassation findet statt:

- a. wegen Inkompetenz des Gerichts;
- b. wegen Verletzung gesetzlicher Prozeßformen, wenn sich mit Wahrscheinlichkeit ergibt, daß sie in Beziehung auf Schuld oder Strafe auf das Urtheil einen für den Kassationsbegehrenden nachtheiligen Einfluß gehabt habe;

⁴⁾ Erfordernisse der Kassation.

- c. wegen unrichtiger Anwendung des Strafgesetzes auf den vorliegenden Fall, d. h. wenn zum Nachtheil des Kassationsbegehrenden entweder eine andere als die vom Gesetze bestimmt vorgeschriebene Strafe ausgesprochen, oder das gesetzliche Maximum oder Minimum überschritten worden ist.

§. 371.

5) Ausschluß
anderer Fälle.

Die Annahme oder Nichtannahme des Beweises, so wie die Würdigung aller andern Punkte, welche auf das Erkenntniß über Schuld und Nichtschuld einwirken, können niemals die Kassation begründen.

§. 372.

6) Umfang der
Kassation.

Die Kassation besteht entweder bloß in der Aufhebung des Urtheils, so weit dasselbe den Ungeschuldigten betrifft, für oder gegen welchen die Kassation begehrt wurde, oder sie begreift außerdem auch das Verfahren ganz oder theilweise. Das Letztere ist regelmäßig bei dem ersten und zweiten, das Erstere bei dem dritten der im §. 370 aufgezählten Kassationsgründe der Fall.

§. 373.

7) Zweck der
selben.

Der Zweck der Kassation ist Aufhebung des Fehlers, welcher die Kassation veranlaßte, mit allen seinen nachtheiligen Folgen. Hiernach hat das Kassationsgericht in jedem einzelnen Fall zu bemessen und in seinem Urtheil genau auszusprechen, inwieweit das vorliegende Urtheil und Verfahren aufgehoben werde.

§. 374.

8) Einleitung
der neuen Be-
handlung.

An die eigentliche Kassation schließt sich jederzeit die Einleitung zur neuen Behandlung des Falles an. Das Gericht, welches sich damit zu befassen hat, soll durch das Kassationsurtheil bezeichnet werden.

§. 375.

Diese Ueberweisung kann geschehen:

- a. an das Gericht, welches die Sache bereits behandelt hat;
- b. an ein anderes Kriegsgericht;
- c. an die Kantonalgerichte im Sinne des §. 3.

9) Aufzählung der hiefür kompetenten Gerichtsbehörden.

§. 376.

Die Ueberweisung an die Kantonalgerichte findet immer Statt, wenn zur Zeit der Ausfällung des Kassationsurtheils der einzige oder die sämtlichen Angeklagten, auf welche sich die Kassation bezieht, nicht mehr im eidgenössischen Dienste stehen.

10) Ueberweisung an die Kantonalgerichte.

§. 377.

In Folge dieser Ueberweisung findet rücksichtlich der Strafe die eidgenössische, für das Verfahren dagegen die Kantonalgesetzgebung ihre Anwendung.

11) Vorschrift für dieselben.

§. 378.

In den übrigen Fällen soll, wenn die Kassation nicht wegen Inkompetenz erfolgt, die Rückweisung dann an das Kriegsgericht, welches den Fall bereits behandelte, geschehen, wenn angenommen werden kann:

12) Rückweisung an das frühere Gericht.

- a. daß dasselbe den Willen und die erforderliche Unbefangenheit besitze, um den fraglichen Fehler zu verbessern, und
- b. daß es dieses ohne Verletzung seiner Ueberzeugung thun könne.

§. 379.

Wenn die Ueberweisung an ein anderes Kriegsgericht geschieht, so soll durch das Kassationsurtheil je nach den Umständen bestimmt werden, ob die Stelle des Großrichters und eben so diejenige des Auditors neu besetzt werden müsse; oder ob das Gericht bloß in

13) Weisung an ein anderes Kriegsgericht.

seinen Mitgliedern und Ersatzmännern neu zu bestellen sei; oder endlich, ob die Sache an ein anderes, allfällig bereits in Funktion stehendes, ordentliches eidgenössisches Kriegsgericht gelangen solle.

§. 380.

14) Neue Ernennungen.

Die neuen Ernennungen geschehen gemäß den Bestimmungen des §. 212. Die Mitglieder des frühern Kriegsgerichts sind nicht wieder wählbar, wohl aber die Beamten desselben.

§. 381.

15) Fälle der Kassation des Urtheils und des Hauptverfahrens.

In allen Fällen, wo die Sache in Folge der Kassation an ein anderes als das bisherige Gericht verwiesen wird, muß außer dem Urtheil wenigstens noch das Hauptverfahren, von dem Anfang der öffentlichen Verhandlungen an, kassirt werden.

§. 382.

16) Angabe der Gründe der Kassation.

Das Urtheil, durch welches eine Kassation verhängt wird, muß den Grund oder die Gründe bestimmt angeben, welche die Kassation bewirkt haben.

§. 383.

17) Mittheilung des Kassationsurtheils.

Das Kassationsgericht theilt sein Urtheil dem Oberauditor zu Händen des obersten Kommandirenden und dem Großrichter mit; sofern durch dasselbe eine Kassation ausgesprochen wird, sind die Akten dem Oberauditor zu übermachen, damit die für das weitere Verfahren erforderlichen Einleitungen getroffen werden können. Ist dagegen keine Kassation erfolgt, so werden die Akten an den Großrichter geschickt, welcher hierauf gemäß dem §. 353 verfährt.

§. 384.

18) Rechtsmittel:
a. Im Fall der

Ist die Sache an ein Kantonalgericht gewiesen worden, so finden gegen das Urtheil desselben die Rechts-

mittel Statt, welche die Kantonalgesetzgebung mit sich ^{ueberweisung} bringt. ^{an ein Kanton-}
^{algericht;}

§. 385.

Gegen das neue Urtheil eines Kriegsgerichts hin- ^{b. Gegen das}
 gegen kann, wie gegen das frühere, von beiden Parteien ^{neue Urtheil}
 neuerdings die Kassation nachgesucht werden. ^{eines Kriegs-}
^{gerichts.}

Sechster Abschnitt.

Von der Begnadigung.

§. 386.

Jede durch rechtskräftiges Urtheil eines eidgenössi- ^{1) umfang des}
 schen Kriegsgerichts verhängte Todes-, Ketten-, Zucht- ^{Begnadigungs-}
 haus-, Gefängniß-, oder Landesverweisungsstrafe kann ^{rechts.}
 durch Begnadigung gänzlich aufgehoben oder gemildert
 werden. Das Letztere geschieht entweder durch Ver-
 wandlung der Strafart oder durch Abkürzung der frag-
 lichen Freiheitsstrafe.

In keinem Falle kann sich die Begnadigung auf den
 Zivilpunkt beziehen.

§. 387.

Die Ausübung des Begnadigungsrechts, gemäß vor- ^{2) Begnadi-}
 stehendem Paragraphen, steht dem obersten Komman- ^{gungsbehörde.}
 dierenden zu, nachdem er sich mit den drei im Range
 zunächst auf ihn folgenden Offizieren und dem obersten
 Offizier des Justizstabes in seinem Quartier, in einer
 Versammlung derselben, berathschlagt hat, und wenig-
 stens zwei von den vier Offizieren nebst ihm für die
 Begnadigung stimmen.

Wie das Begnadigungsgesuch an den obersten Kom-
 mandirenden gelangt, ist im §. 353 angegeben.

Handelt es sich um Begnadigung des obersten Kommandirenden, so steht das Recht der Begnadigung allein der Tagsatzung zu.

§. 388.

3) Unterstützung
des Begnadi-
gungsgesuchs
durch das Ge-
richt.

Das Gericht kann auch von sich aus ein Begnadigungsgesuch unterstützen. Es soll dieses nur dann thun, wenn es die Ueberzeugung hat, daß das Gesetz, wenn bei Erlassung desselben der vorliegende Fall vorgeschwebt hätte, auf eine für den Verurtheilten günstigere Weise erlassen worden wäre. In diesem Falle soll das Gericht die Gründe seiner Ansicht genau angeben.

§. 389.

4) Begnadigung
durch die Tag-
satzung-

Ein zur Ketten-, Zuchthaus- oder Landesverweisungsstrafe Verurtheilter kann während der Strafzeit ein Begnadigungsgesuch an die versammelte Tagsatzung richten.

Siebenter Abschnitt.

Von der Vollziehung der Strafen.

§. 390.

1) Vollziehungs-
befehl.

Jedes Urtheil soll von dem obersten Kommandirenden mit dem Vollziehungsbefehl (§. 242) versehen werden, sobald dasselbe in Rechtskraft erwachsen ist, und keine Begnadigung Statt findet.

Bevor jedoch der oberste Kommandirende einem Todesurtheil den Vollziehungsbefehl beifügen darf, muß er die drei im Rang zunächst auf ihn folgenden Offiziere und den obersten Offizier des Justizstabes, der in seinem Quartier anwesend ist, versammeln, und der Vollziehungsbefehl darf nur beigefügt werden, wenn

zwei von den vier Offizieren nebst dem Kommandirenden hiefür stimmen.

Wenn hingegen drei von den vier beigezogenen Offizieren nicht für Ausstellung des Vollziehungsbefehls stimmen, so findet sich die Todesstrafe in lebenslängliche Kettenstrafe umgewandelt.

§. 391.

Ausnahmsweise darf jedes Urtheil eines ordentlichen ^{2) Fälle der} oder außerordentlichen Kriegsgerichts unmittelbar nach ^{Vollziehung un-} seiner Ausfällung und ohne Rücksicht auf ein allfälliges ^{mittelbar nach} Kassations- oder Begnadigungsbegehren vollzogen wer- ^{Ausfällung des} ^{Urtheils.} den, wenn der oberste Kommandirende (oder der Kommandant eines abgeschnittenen Corps), die drei im Range zunächst auf ihn folgenden Offiziere und der oberste Offizier des Justizstabes in seinem Quartier in förmlich abgehaltenem Kriegsrathe einstimmig und bei ihrem Kriegseide erklären, der Dienst des Vaterlandes fordere es dringend, daß das Urtheil ohne Verschub vollzogen werde. Diese Erklärung muß dem Urtheil beigefügt und durch die Unterschriften der sämtlichen obbenannten Personen bekräftigt werden.

§. 392.

Nachdem der Großrichter das Urtheil mit dem Voll- ^{3) Ueberliefer-} ziehungsbefehle zurück erhalten, sorgt er dafür, daß der ^{ung des Ver-} Verurtheilte zu seinem Corps zurückgeführt, das Urtheil ^{urtheilten Be-} auf die nachfolgende Weise nochmals verkündet und die ^{hufs der Voll-} ^{ziehung.} Strafe vollzogen werde. Zu diesem Behuf sendet er das mit dem Vollziehungsbefehl versehene Strafurtheil nebst dem Verurtheilten dem Kommandanten, welcher der Polizeibeamte des betreffenden Corps ist.

Aus wichtigen Gründen kann jedoch der oberste Kommandirende eine andere Form der Verkündung des

Urtheils vorschreiben, als die nachstehende, und dasselbe an einem andern Orte vollziehen lassen, als bei der Truppe, zu welcher der Verurtheilte gehört. Er stellt alsdann die nöthigen Befehle hiefür aus, die er dem Grofsrichter mittheilt. Das gleiche Recht hat auch der Kommandant eines abgeschnittenen Truppencorps.

§. 393.

4) Frist für Verkündung und Vollziehung.

Der Kommandant des Corps soll ordentlicher Weise das Urtheil innerhalb vierundzwanzig Stunden, bei außerordentlichen Umständen aber ohne irgend welchen Aufschub, verkünden und vollziehen lassen.

§. 394.

5) Form der Verkündung bei der Todesstrafe und Kassation.

Die Verkündung des Urtheils geschieht bei der Todesstrafe und bei der Kassation, letztere mag besonders ausgesprochen oder mit einer andern Strafe verknüpft sein, auf gleiche Weise.

Das ganze Corps, bei welchem der Verurtheilte gestanden, rückt mit dem Gewehr aus und bildet ein geschlossenes oder auf einer Seite offenes Quarré. Ist dieses Corps nicht wenigstens zweihundert Mann stark, so wird es aus einem oder mehreren der nächsten Corps bis wenigstens auf diese Zahl ergänzt. In das Quarré werden ein Tisch und sechs Stühle gesetzt. Der Kommandant nimmt seinen Platz oben am Tische, und links neben ihm der Aidemajor; die drei ersten Offiziere im Range bei dem Corps, mit Ausnahme desjenigen, welcher die Truppe kommandirt, und der Hauptmann des Verurtheilten setzen sich auf beiden Seiten. Die Fahne wird mit der Lanze auswärts auf den Tisch gelegt; der Kommandant zieht seinen Degen und legt denselben quer über die Fahne.

Auf den Befehl des Kommandanten wird der Verurtheilte ohne Fesseln, durch die Wache, unter der Aufsicht des Prosöen, und wenn er zum Tode verurtheilt ist, von einem Geistlichen seines Bekenntnisses begleitet, unten vor den Tisch geführt. Bei dem Eintritte des Verurtheilten schultert die Truppe das Gewehr, und die Tamboure schlagen den Bann.

Hierauf befehlt der Kommandant dem Aidemajor, das Urtheil sammt dem Vollziehungsbefehl abzulesen. Die Truppe präsentiert das Gewehr während der Verlesung, die stehend und mit lauter Stimme geschehen soll. Es wird nach der Verlesung wiederum Bann geschlagen; die Truppe schultert, die Fahne wird in die Linie zurückgetragen, der Tisch und die Stühle weggeschafft; der Kommandant übernimmt den Befehl über die Truppe; die vier Offiziere treten in die Linie auf ihre Posten, und das Urtheil wird sofort vollzogen.

§. 395.

Wenn die Todesstrafe durch die Enthauptung ^{6) Art der Voll-} vollzogen werden soll, so erfolgt vorerst die Kassation ^{ziehung:} auf die im §. 396 vorgeschriebene Weise. Sodann ^{a. Der Todes-} läßt der Aidemajor den Verurtheilten durch die Wache aus dem Quarré oder bis auf den Flügel der Fronte führen, ruft dort den Scharfrichter hervor und übergibt demselben den Verurtheilten zur Hinrichtung, welche mit dem Schwerte vollzogen wird. Der Hauptmann des Verurtheilten, oder wenn derselbe in keiner Kompagnie gestanden, der älteste Hauptmann des Corps, soll der Hinrichtung als Vollziehungskommissär beiwohnen und dem Kommandanten sogleich nachher darüber schriftliche Meldung erstatten, die stufenweise an den obersten Kommandirenden, und von diesem an den eid-

genössischen Kriegsrath gelangt. Ein hinlängliches Detaschement Truppen soll die Hinrichtung bedecken.

Die Todesstrafe durch Erschießen wird auf folgende Art vollzogen:

Wenn das Bataillon oder Corps nicht bereits zur Verkündung des Urtheils auf dem Richtplatz versammelt war, so marschirt es auf denselben, nachdem der Verurtheilte einer Wache übergeben worden, die aus einem Offizier mit vierundzwanzig Gemeinen nebst den dazu gehörigen Unteroffizieren und Korporalen besteht und in zwei Züge abgetheilt wird. Der Verurtheilte marschirt zwischen beiden Zügen, neben ihm der Geistliche, vor ihm der Profos seines Corps und hinter ihm zwei andere Profosen oder Polizeidiener. Die Truppe formirt sich auf dem Richtplatze in Linie oder Quarré mit einer offenen Seite.

Der Verurtheilte wird vierzig Schritte vor die Fronte oder vor die offene Seite des Quarré geführt und daselbst zum Niederknien gebracht, worauf ihm der Profos die Augen verbindet; sollte er Widerstand leisten, so wird er an einen Pfahl festgebunden.

Während dieser Zeit läßt der Aidemajor zwölf Gemeine mit scharf geladenem Gewehr, ohne Bajonnet, auf zwei Glieder vortreten. Das erste Glied nähert sich, mit gespanntem Hahn und das Gewehr hoch, dem Verurtheilten bis auf ungefähr sechs Schritte, und zwei Schritte hinter demselben steht das zweite Glied in der gleichen Stellung; der Aidemajor stellt sich rechts vorwärts vor dem ersten Glied, daß ihn die sechs Mann sehen können. Wenn er nun dem Geistlichen das Zeichen gegeben hat, sich zu entfernen, so schlagen die sechs Mann des ersten Gliedes ohne Kommando an, und zwar die zwei in der Mitte auf die Stirne, und die

zwei auf jedem Flügel auf die Brust; und wenn der Aidemajor „Feuer“ kommandirt, drücken sie fest los. Sollte der Hinzurichtende noch Zeichen des Lebens geben, so läßt man die sechs Soldaten des zweiten Gliedes vortreten, welche ihn je zwei vor den Kopf schießen, bis er todt ist. Von dem Augenblick, wo der Verurtheilte aus der Mitte seiner Wache weggeführt wird, sollen alle Tamboure Wirbel schlagen.

Das Detaschement, welches den Verurtheilten auf den Richtplatz geführt hat, bleibt während der Hinrichtung vor der Mitte des Bataillons, Front gegen dasselbe, in Schlachtorordnung, bis das ganze anwesende Corps bei dem Leichnam vorbeidefilirt ist, und schließt sich sodann an das Corps an.

Eine durch einen Wachtmeister befehligte Wache bleibt hierauf bei dem Leichnam, der sogleich mit Baumzweigen oder mit einem Tuche bedeckt werden soll, bis er weggenommen wird.

Der Leichnam soll in der Stille begraben werden.

§. 396.

Die Strafe der Kassation wird auf folgende Weise h. Der Kassation. vollzogen.

An einem Offizier.

Wenn das Urtheil gemäß dem §. 394 eröffnet ist, so stellt sich die Wache des Verurtheilten vierzig Schritte vor die Fahne, Front gegen das Bataillon, auf. Der Verurtheilte wird ungefesselt, in seine Uniform gekleidet, in den Zwischenraum vor die Fahne geführt; ein Soldat trägt seinen Degen, welcher in der Scheide festgemacht wird, ein anderer Soldat seinen Hut oder Tschako vor ihm her.

Der Kommandant der Truppe läßt hierauf Bann schlagen, und die Truppe schultert; dem Verurtheilten wird der Degen in der Scheide durch den Profoszen umgeschnallt und die Kopfbedeckung aufgesetzt. Sodann spricht der Aidemajor mit lauter Stimme folgende Kassationsformel:

„Ihr Herren Offiziere, Unteroffiziere, Korporale
 „und Soldaten! Da steht vor euch der N. N., welcher
 „die Ehre hatte, in diesem Löblichen Bataillon (oder
 „Corps) als angestellt zu sein; er hat sich
 „aber durch das Verbrechen unwürdig ge-
 „macht, dem Vaterland ferner zu dienen, und es ist
 „Urtheil und Recht über ihn ergangen, daß sein Degen
 „und seine Ehrenzeichen ihm entrissen, und er von
 „allen militärischen Ehren entsezt sein, daß er auch
 „nachher die Todesstrafe (Kettenstrafe) ausstehen solle.“

Der letzte Satz wird ausgelassen, wenn dem Verurtheilten keine andere Strafe auferlegt ist als die Kassation, und statt dieses Satzes wird beigefügt:

„— daß er auch nachher von der Armee weggejagt
 „werden solle.“

Hierauf schlagen die Tamboure wiederum Bann; der Profos nimmt dem Verurtheilten den Degen mit dem Kuppel, die Ehrenzeichen und die Kopfbedeckung ab, und wirft ihm die abgenommenen Sachen vor die Füße, schneidet ihm den Kragen und die Aufschläge vom Rock, oder zieht ihm den Rock aus und dafür einen Kittel an, worauf der Verurtheilte zu seiner fernern Bestimmung abgeführt wird.

An einem Unteroffizier, Korporal oder
 Soldaten.

Die Kassation eines Unteroffiziers, Korporals oder Soldaten geschieht mit den gleichen Förmlichkeiten, wie

die eines Offiziers. Dem Verurtheilten wird sein Hut oder Eschako, seine Flinte, Patronentasche und sein Seitengewehr vorangetragen, nachher durch den Profoszen angelegt, wiederum abgerissen und vor die Füße geworfen, wie es oben vorgeschrieben ist. Der Profosz schneidet ihm den Kragen und die Aufschläge vom Rock, oder zieht ihm den Rock aus und dafür einen Kittel an, worauf der Verurtheilte gleichfalls zu seiner Bestimmung abgeführt wird.

§. 397.

Die Verkündung aller andern Strafen, welche durch ein eidgenössisches Militärgericht aufgelegt werden, außer der Todesstrafe und der Kassation, oder einer mit dieser letztern verknüpften Strafe geschieht auf nachfolgende Weise:

Der Kommandant versammelt die drei ersten anwesenden Offiziere des Corps, nebst dem Hauptmann des Verurtheilten und dem Aidemajor in seinem Quartier oder vor seinem Zelte. Dort setzen sie sich in der im §. 394 vorgeschriebenen Ordnung, und die Unteroffiziere der Kompagnie des Verurtheilten stehen auf einem Gliede, vollständig bewaffnet, das Gewehr im rechten Arm, hinter dem Stuhl des Kommandanten.

Der Verurtheilte wird sodann in Begleitung des Profoszen durch die Wache vorgeführt, worauf der Aidemajor das Urtheil stehend abliest, sodann denselben in den Verhaft zurückführen läßt und die nöthigen Anstalten zur Vollziehung der Strafe trifft.

Ueber die Verkündung und Vollziehung eines jeden solchen Strafurtheils, insofern die letztere bei der Truppe Statt findet, soll ohne Säumnis ein von dem Kommandanten und dem Aidemajor unterzeichnetes Verbale an

den Kommandanten der Brigade, und durch die gewöhnliche Stufenfolge an den obersten Kommandirenden zu Händen des eidgenössischen Kriegsraths eingesendet werden.

Ein jedes Strafurtheil eines eidgenössischen Militärgerichts muß überdies bei allen Corps der Brigade, bei welcher das Corps des Verurtheilten steht, auf Befehl des Brigadenkommandanten, bei dem Hauptappell des Tages bekannt gemacht werden.

§. 398.

8) Art der Vollziehung anderer Strafen:
a. Der Entsetzung;

Die Strafe der Entsetzung eines Offiziers, eines Unteroffiziers oder Korporals wird bloß bei dem Hauptappell des Tages der Truppe, bei welcher der Entsetzte steht, mit der Ordre bekannt gemacht, und der Kommandant sorgt dafür, daß der Entsetzte die Zeichen seines bisherigen Grades ablege, ohne daß dieses öffentlich geschehen soll.

Ein entsetzter Offizier wird hierauf von der Armee fortgewiesen, oder, eben so, wie jeder Militär eines mindern Grades, zur fernern Strafe abgeliefert, wenn ihm, nebst der Entsetzung, eine solche auferlegt ist.

§. 399.

b. Des Fortjagens;

Die Strafe des Fortjagens von der Armee wird folgendermaßen vollzogen:

Der Verurtheilte wird unbewaffnet und ohne seine Ehrenzeichen, falls er einen Grad bekleidete, durch den Profoßen, einen Korporal und sechs Mann vor die Wachtparade geführt. Dasselbst erklärt der Aidemajor, daß der Mann zum Fortjagen verurtheilt sei, läßt ihm seinen Tornister geben und ihn durch das erwähnte Kommando und den Profoßen bis auf die Gränze des Lagers oder Kantonnements abführen, wo man ihn

laufen läßt, oder ihn allenfalls an beauftragte Polizeidiener abgeliefert.

§. 400.

Die Vollziehung der Ketten-, Zuchthaus- und Gefängnißstrafe und der Landesverweisung geschieht so, daß der Verurtheilte nach Verkündung des Urtheils (bei der Kettenstrafe überdieß nach Vollziehung der Kassation) an den Strafort, oder, bei der Landesverweisung, nach der Gränze hin abgeführt wird.

Einem Landesverwiesenen soll ein Paß zu seinem Fortkommen ertheilt werden, und der oberste Kommandirende veranstaltet, daß der Verwiesene auf die Gränzen der Eidgenossenschaft geführt werde; so wie die vorörtliche Behörde, auf den Antrag des eidgenössischen Kriegsraths, für die Unterbringung eines Verurtheilten, welcher die Kettenstrafe, die Zuchthausstrafe oder die Gefängnißstrafe auszuhalten hat, in einer entsprechenden Strafanstalt sorgt.

§. 401.

Alle Strafen, welche ein eidgenössisches Militärgericht auferlegt hat, werden auf Kosten der Eidgenossenschaft vollzogen.

Wenn der Kanton, zu dessen Kontingentsstruppen der Verurtheilte gehörte, oder in dessen Gebiet er seinen letzten ordentlichen Wohnsitz gehabt, falls er zu keinem Kontingente gehörte, entsprechende Strafanstalten besitzt, so ist dieser Kanton verpflichtet, den Verurtheilten gegen ein angemessenes Verpflegungsgeld aus der eidgenössischen Staatskasse in die durch das Urtheil bestimmte Strafanstalt aufzunehmen. Verurtheilte aus einem Kanton, welcher keine entsprechende Strafanstalt besitzt, werden auf freiwillige Uebereinkunft mit der vorörtlichen

Behörde in einer solchen Anstalt eines andern Kantons untergebracht; und wenn keine freiwillige Uebereinkunft Statt finden kann, so werden sie in dem Verhältniß der Mannschafftskala für die Truppenkontingente auf die Strafanstalten derjenigen Kantone vertheilt, welche die entsprechenden Strafanstalten besitzen, und daselbst gegen ein angemessenes Verpflegungsgeld aus der eidgenössischen Staatskasse aufgenommen (§. 267).

§. 402.

10) *Sistirung der Vollziehung im Fall der Kassation des Urtheils.* Wenn ein Urtheil, welches vor Erledigung des Kassationsbegehrens zur Vollziehung gelangte (§. 391), kassirt wird, so soll die Vollziehung, sofern sie in diesem Zeitpunkt noch andauert, sofort sistirt werden.

§. 403.

11) *Aufhebung der nachtheiligen Folgen bei einem günstigen Resultate.* Wird sodann durch das weitere Verfahren ein günstigeres rechtskräftiges Urtheil herbeigeführt, so sollen die Folgen der zu viel erstandenen Strafe so vollständig als möglich wieder aufgehoben werden.

§. 404.

12) *Gänzliche Aufhebung der Strafe.* Wenn daher dieses Urtheil gänzliche Freisprechung enthält, so muß solches dem Angeklagten im Originale zugestellt werden; dasselbe soll ausdrücklich erklären, daß er die über ihn verhängte Strafe schuldlos ausgestanden, daß ihm dieselbe an seiner Ehre durchaus un- nachtheilig sein solle, und daß es Jedermann, bei der auf eine schwere Ehrverletzung angedrohten Strafe, untersagt sei, ihm seine Verurtheilung oder die ausgestandene Strafe verweislich vorzuhalten. Dieses Urtheil soll auch bei allen dannzumal versammelten eidgenössischen Truppencorps und an dem Heimathorte und Wohnorte des Losgesprochenen öffentlich bekannt gemacht

werden. Auch ist der Losgesprochene für die unschuldig erlittene Strafe zu entschädigen.

§. 405.

Hat er die Kassationsstrafe ausgestanden, so muß ^{13) Tilgung der} überdieß sein ganzes anwesendes Corps mit einer Fahne ^{Kassation.} zur Wachtparade ausrücken. Der Kommandant läßt das Urtheil ablesen und die Fahne dreimal über dem Kopfe des Losgesprochenen schwingen, worauf derselbe, neuerdings mit den Ehrenzeichen seines Grades versehen, der Truppe „als ein unbescholtener Militär“ vorgestellt wird und sogleich bei derselben an seine Stelle eintritt.

§. 406.

Hat der Losgesprochene die Strafe der Entsetzung ^{14) Tilgung} oder des Fortjagens ohne die Kassation erlitten, so muß ^{einer andern Ehrenstrafe.} er auf der Wachtparade, zu welcher wenigstens eine Kompagnie des Truppencorps, bei welchem er gestanden, zugezogen wird, wenn eine solche anwesend ist, durch den Kommandanten der Wachtparade neuerdings mit den Ehrenzeichen seines Grades versehen und der Truppe „als ein unbescholtener Militär“ vorgestellt werden, bei welcher er sogleich an seine Stelle eintritt.

§. 407.

Wird durch das spätere Urtheil die Strafe bloß ^{15) Theilweise} verringert, so folgt keine Entschädigung für die ausge- ^{Aufhebung der} standene härtere Strafe, die jedoch dem Verurtheilten ^{Strafe.} vollkommen unnachtheilig sein soll.

Die in dem §. 404 vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachung hat nur dann Statt, wenn das frühere Urtheil die Todesstrafe oder Kettenstrafe ausgesprochen,

das spätere hingegen bloß Gefängniß oder eine noch geringere Strafe ausspricht.

Hat der Verurtheilte die Kassation ausgestanden, und dieselbe wird durch das spätere Urtheil aufgehoben, so wird im Ganzen nach den Bestimmungen des §. 405 verfahren. Es unterbleibt aber die Ertheilung der Ehrenzeichen, wenn er nicht in seinen vorherigen Grad wieder eingesetzt wird, so wie die Erklärung der Unbescholtenheit, die dadurch ersetzt wird, daß der Mann „als ein ehrenfähiger Militär“ vorgestellt werde; und eben so unterbleibt der Eintritt in die Linie, wenn er zu einer höhern als einer bloßen Ordnungsstrafe verurtheilt geblieben ist.

* * *

Folgende Tagsatzungsbeschlüsse, durch welche einige Punkte des Strafverfahrens bei den eidgenössischen Truppen geregelt worden waren, sind durch die revidirten Strafgesetze für die eidgenössischen Truppen aufgehoben, als:

1) Beschluß wegen Bildung des Obergerichts bei Beurtheilung eidgenössischer Obersten, vom 5. August 1819 (Offiz. Samml., Bd. I, S. 267);

2) Beschluß wegen Kommutation der kriegsgerichtlichen Urtheile bei den eidgenössischen Truppen, vom 25. Heumonats 1818 (Offiz. Samml. Bd. I, S. 267 und 268);

3) Beschluß wegen Verantwortlichkeit des zweiten Befehlshabers beim Bundesheere, vom 12. Heumonats 1820 (Offiz. Samml., Bd. II, S. 11 und 12).

Vollziehungsverordnung

über

die Einführung der Hundetaxe.

Der Regierungsrath der Republik Bern,

16. Juli
1838.

In Vollziehung des Gesetzes vom 29. Juni 1838,
durch welches eine Taxe auf die Hunde gelegt wird,

verordnet:

1. Wer einen oder mehrere Hunde hält, ist verpflichtet, solches der von dem Einwohnergemeinderathe hiezu bestellten Behörde alljährlich am 1. August, für das Jahr 1838 jedoch wenigstens im Laufe des Augustmonats, mit Vorbehalt der Zahlungspflicht vom 1. hinweg, anzuzeigen und die gesetzliche Abgabe dafür zu entrichten.

2. Wer einen Hund anschafft, von dem die Taxe noch nicht bezahlt ist, soll binnen vierzehn Tagen dieselbe entrichten. Geschieht die Anschaffung im Zeitraume vom 1. August bis 1. Februar, so wird die ganze Taxe mit Fr. 4, für den Zeitraum vom 1. Februar bis 1. August aber nur die Hälfte mit Fr. 2 bezahlt.

3. Junge Hunde sind taxfrei, so lange sie nicht frei umher laufen.

4. Reisende Kantonsfremde sollen ihre Hunde entweder am Stricke halten, oder die Taxe bezahlen.

5. In jeder Gemeinde bestellt der Gemeinderath eine oder mehrere Personen zur Kontrollirung und Unter-

16. Juli 1838. suchung der im Gemeindsbezirke befindlichen Hunde. Diese Personen führen eine genaue Kontrolle, in welche sie Namen und Wohnort des Eigenthümers, so wie Geschlecht, Farbe und Alter des vorgewiesenen Hundes möglichst genau eintragen. Für die bezahlte Taxe stellen sie eine Quittung aus, und geben ein Zeichen, welches dem Hunde angehängt wird.

Die Gemeinden werden die Personen entschädigen, welche mit diesen Verrichtungen beauftragt sind.

6. Die Einwohnergemeindräthe sollen alljährlich untersuchen lassen, ob das Gesetz vollzogen werde, und ob alle im Gemeindsbezirke vorhandenen Hunde kontrollirt und die Taxen für dieselben bezahlt sind.

7. Widerhandlungen werden nach dem Gesetze vom 29. Juni 1838, mit einer Buße von Fr. 4 bis Fr. 10, welche dem Verleider, und falls derselbe eine amtliche Person wäre, der Einwohnerkasse zufallen soll, und bei Zahlungsunfähigkeit mit einer Gefangenschaft an Wasser und Brod von ein- bis zweimalvierundzwanzig Stunden bestraft. Ueberdies soll in Fällen, wo die Buße nicht erlegt wird, die Abschaffung des Hundes stattfinden.

8. Die Verordnung vom 3. Juli 1837 (Gesetze und Dekrete, Tom. VII, pag. 135) bleibt ihrem ganzen Inhalte nach in Kraft. Namentlich aber wird der §. 13 derselben in Erinnerung gebracht, laut welchem jeder Hund mit einem Halsbande versehen sein soll, auf dem Name und Wohnort des Eigenthümers deutlich zu lesen stehen. Hunde, die ohne ein solches Halsband umherlaufen, können von Jedermann aufgefangen und dem Waisenmeister zugeführt werden, wofür eine Belohnung von Fr. 1 aus der Einwohnerkasse zu bezahlen ist.

9. Diese Verordnung ist in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufzunehmen und gehörig bekannt zu machen. 16. Juli 1838.

Bern, den 16. Juli 1838.

Der Schultheiß,
Tscharner.

Der zweite Rathsschreiber,
M. v. Stürler.

K r e i s s c h r e i b e n

an

die Regierungsstatthalter, betreffend die Aufhebung
der Thürmungsgebühren für Militärpersonen.

E i t.

Sowohl durch die Polizeisektion als durch das Militärdepartement sind wir auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht worden, mit welchen die Vollziehung der Gefangenschaftsstrafen an Militärpersonen verbunden ist, wenn die Strafe in den Civilgefängnissen bestanden werden muß. Insbesondere wird hierbei der Uebelstand hervorgehoben, daß die in den Civilgefängnissen bestraften Militärs gegen die im aktiven Dienste Bestraften in ein nachtheiliges und unbilliges Verhältniß gesetzt werden, indem den erstern die Bezahlung der Thürmungsgelder auferlegt wird, während dieses bei den letztern nicht der Fall ist. 10. August 1838.

10. August
1838.

Wir haben demnach auf den Wunsch des Militärdepartements und auf den Vortrag der Polizeisektion beschlossen: es sollen von nun an die Thürmungsgebühren für Militärpersonen, welche in Civilgefängnissen bestraft werden, aufgehoben sein.

Von dieser Schlußnahme werden Sie, Herr Regierungsstatthalter, anmit zu Ihrem Verhalt in Kenntniß gesetzt.

Bern, den 10. August 1838.

Der Schultheiß,
Tscharner.

Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

K r e i s s c h r e i b e n

an

die Regierungsstatthalter, betreffend die Beurtheilung
von Streitigkeiten über Gemeindsmarchen.

S i t.

10. August
1838.

Durch eine uns kürzlich zur Beurtheilung vorgekommene Gemeindsmarchstreitigkeit, über welche, wie für jede andere Administrativstreitigkeit, eine förmliche Prozedur auf die in der Prozeßform vom 6. Juni 1818 vorgeschriebene Weise verführt worden, finden wir uns veranlaßt, Sie, zu Ihrem künftigen Verhalt in dergleichen Fällen, und damit unnöthige Weitläufigkeiten

vermieden werden, hiemit aufmerksam zu machen, daß 10. August
 das von dem vormaligen Kleinen Rath in Betreff der 1838.
 Beurtheilung von Streitigkeiten über Gemeindsmarchen
 erlassene Kreisschreiben vom 26. Februar 1812 für
 Streitfälle dieser Art noch jetzt in Kraft bestehe, wonach
 alle über Gemeindsmarchen sich erhebenden Streitigkei-
 ten, wenn die Parteien nicht gütlich verglichen werden
 können, auf Vorstellung und Gegenvorstellung hin, mit
 Beiziehung der Parteien und nach Einholung der nöthi-
 gen Erläuterungen über die betreffenden Punkte, in
 erster Instanz von dem Regierungsstatthalter, sub bene-
 ficio recursus vor den Regierungsrath, beurtheilt wer-
 den sollen.

Bern, den 10. August 1838.

Der Schultheiß,
 Tscharner.

Der Staatschreiber,
 Hünerwadel.

Freizügigkeitsvertrag

mit

dem Kurfürstenthum Hessen.

Eidgenössische Erklärung.

Der Vorort der schweizerischen Eidgenossenschaft ist 1. Oktober
 mit der Staatsregierung des Kurfürstenthums Hessen 1838.
 zum Zwecke wechselseitiger allgemeiner Freizügigkeit über
 nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

1. Oktober
1838.

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Kurfürstenthum Hessen, oder umgekehrt aus dem Kurfürstenthum Hessen in die schweizerische Eidgenossenschaft gehenden Vermögen unter was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen diesen beiden Staaten nicht mehr Statt finden, ohne allen Unterschied, ob ein Vermögensausgang durch Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise veranlaßt wird.

2. Hierdurch sind jedoch weder Zollabgaben noch diejenigen Abgaben aufgehoben, welche in dem einen oder andern der genannten Staaten auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen, ohne Rücksicht auf Ausföhrung eines Vermögens oder Vermögenstheiles zu entrichten sind, oder künftig zu entrichten sein sollten.

3. Diese Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

4. Bei Anwendung vorstehender Uebereinkunft soll nicht der Tag des Vermögensanfalles oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht kommen, so daß von dem Augenblicke an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene, aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

Der Vorort der schweizerischen Eidgenossenschaft erklärt daher hierdurch, daß, nachdem gegenwärtige Erklärung gegen eine entsprechende, Namens der Staatsregierung des Kurfürstenthums Hessen ausgefertigte Urkunde ausgetauscht worden sein wird, die darin

enthaltene Konvention in der schweizerischen Eidgenossenschaft Kraft und Wirksamkeit haben, auch genügend bekannt gemacht werden soll. 1. Oktober 1838.

Luzern, den eilften Hornung Eintausend achthundert dreißig und acht.

Schultheiß und Staatsrath des Kantons Luzern,
als eidgenössischer Vorort,
in deren Namen,
Der Schultheiß,
J. Kopp.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,
Am Rhyn.

Für getreue Abschrift,
der eidgenössische Kanzler,
Am Rhyn.

Kurfürstlich-hessische Erklärung.

Seine Hoheit der Kurprinz und Mitregent von Hessen sind mit der schweizerischen Eidgenossenschaft zum Zwecke wechselseitiger allgemeiner Freizügigkeit übereinstehende Bestimmungen übereingekommen:

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus dem Kurfürstenthume Hessen in die schweizerische Eidgenossenschaft, oder umgekehrt aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Kurfürstenthum Hessen gehenden Vermögen, unter was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen diesen beiden Staaten nicht mehr Statt finden, ohne allen Unterschied, ob ein Vermögensausgang durch Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise veranlaßt wird.

1. Oktober
1838.

2. Hierdurch sind jedoch weder Zollabgaben, noch diejenigen Abgaben aufgehoben, welche in dem einen oder dem andern der genannten Staaten auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen ohne Rücksicht auf Ausführung eines Vermögens oder Vermögenstheiles zu entrichten sein sollten.

3. Diese Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

4. Bei Anwendung vorstehender Uebereinkunft soll nicht der Tag des Vermögensanfalles oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Exportation des Vermögens in Betracht kommen, so daß von dem Augenblicke an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene, aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden möchte.

Das unterzeichnete Ministerium erklärt daher hierdurch im Namen seiner Hoheit des Kurprinzen und Mitregenten von Hessen, daß, nachdem gegenwärtige Erklärung gegen eine entsprechende, Namens der schweizerischen Eidgenossenschaft ausgefertigte Urkunde ausgewechselt worden sein wird, die darin enthaltene Konvention in dem Kurfürstenthume Hessen Kraft und Wirksamkeit haben, auch genügend bekannt gemacht werden soll.

Kassel, am 23. Mai 1838.

Kurfürstlich-hessisches Ministerium der
auswärtigen Angelegenheiten:

(L. S.)

Lepel.

vdt. **Wiederhold.**

Für getreue Abschrift,
der eidgenössische Kanzler,
Am Rhyn.

Der Regierungsrath der Republik Bern

verordnet:

Die vorstehenden, unter'm 2. Augustmonat 1838, zu 1. Oktober 1838.
Wien zwischen den respektiven Bevollmächtigten gewechselten Ertheilungen über die gegenseitige Freizügigkeit zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Kurfürstenthume Hessen, zu denen der Große Rath des Kantons Bern, Namens dieses Standes, unter'm 29. Wintermonat 1837 seinen Beitritt erklärt hat, sollen von nun an in dem ganzen Gebiete der Republik in Vollziehung treten und zu Jedermanns Verhalt in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 1. Oktober 1838.

Der Schultheiß,

Esharner.

Der erste Rathsschreiber,

J. F. Stapfer.

K r e i s s c h r e i b e n

an

die Regierungsstatthalter, betreffend das Anzünden großer Feuer und das Läuten zu ungewohnter Stunde.

Z i t.

4. Oktober
1838.

Durch die Polizeisektion des Justiz- und Polizeidepartements sind wir darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Anzünden großer Feuer, so wie nicht weniger das Läuten zu ungewohnter Stunde, oft die Veranlassung zu falschem Feuerlärm sei und zur Folge habe, daß durch Absendung von Feuerspritzen aus entfernten Orten die betreffenden Gemeinden unnöthiger Weise in Kosten gerathen, die Thätigkeit und der Eifer der Mannschaft aber für künftige Fälle eines wirklichen Brandes geschwächt werden müsse.

Um diesem Uebelstand im Interesse der allgemeinen Sicherheit abzuhelpen, finden wir uns demnach bewogen, Sie, Herr Regierungsstatthalter, in Ermangelung dießorts bestehender Polizeivorschriften, gleich wie die übrigen Regierungsstatthalter, anzuweisen, in Ihrem Amtsbezirk, von Ihnen aus, unter Androhung der Verantwortlichkeit und des Schadenersatzes, so wie einer Buße von Fr. 4 bis Fr. 50 im Uebertretungsfall, eine geeignete Publikation zu Verhinderung polizeiwidrigen Anzündens großer Feuer und allfälligen Lätens zu ungewohnter Stunde zu erlassen, in dem Verstande jedoch, daß immerhin die den Umständen angemessenen

und auf der Verschiedenheit und Eigenthümlichkeit der 4. Oktober
Lokalitäten beruhenden Ausnahmen sollen berücksichtigt 1838.
und gestattet werden können.

Bern, den 4. Oktober 1838.

Der Schultheiß,
Tscharner.

Der zweite Rathschreiber,
M. v. Stürler.

V e r o r d n u n g

über
den Brodverkauf.

Der Regierungsrath der Republik Bern,

In Betrachtung, daß die unter'm 29. Christmonat 10. Oktober
1837 beschlossene Aufhebung der Brodtaxe eine Revision 1838.
der Verordnung über den Brodverkauf vom 4. Jenner
1830 nothwendig macht;

auf angehörten Vortrag der Polizeisektion des Justiz-
und Polizeidepartementes

verordnet:

Erster Abschnitt.

Recht zum Brodbacken auf den Verkauf.

1. Das Recht zum Brodbacken auf den Verkauf
steht Jedermann frei, unter dem Vorbehalte der hienach
aufgestellten polizeilichen Bedingungen.

10. Oktober
1838.

2. Alle diejenigen, welche Brod auf den Verkauf backen wollen, sind gehalten, vorher dem Regierungsstatthalter die Anzeige davon zu machen.

3. Auf diese Anzeige hin wird der Regierungsstatthalter die Feuerfestigkeit der zum Backen erforderlichen Anlagen und Vorrichtungen durch Kunstverständige auf Kosten des Bewerbers untersuchen lassen, und wenn dieselbe gehörig bescheiniget ist, den Namen des Bewerbers auf das dafür bestimmte Verzeichniß setzen und ihm darüber ein Zeugniß zufertigen lassen, im entgegengesetzten Falle aber denselben zurückweisen, bis diese Bedingung erfüllt sein wird.

Die Führung des Verzeichnisses über alle sowohl ältern als neu entstehenden Bäckereien liegt dem Amtsschreiber ob; für die Einschreibung der letztern in dasselbe, so wie die Ausfertigung des Zeugnisses und die Anmerkung des im §. 7 hienach vorgeschriebenen Zeichens hat er ein Schreibemolument von fünf Bagen nebst Stempelgebühr zu beziehen.

4. Wer nach Leistung der vorgeschriebenen Erfordernisse Brod auf den Verkauf zu backen gesinnet ist, soll auf das im Artikel 2 bemeldte Verzeichniß eingetragen werden, in Folge dessen er die ausdrückliche Verpflichtung eingeht, den Beruf nach Maßgabe des Absatzes fortzusetzen und Niemandem gegen baare Bezahlung Brod zu verweigern, sich auch den jeweiligen Verordnungen der Regierung hierüber zu unterziehen.

5. Wenn Jemand, der sich zum Brodbacken auf den Verkauf gehörig ausgewiesen hat, von der erhaltenen Erlaubniß keinen Gebrauch mehr machen will, so soll er dieses dem Regierungsstatthalter anzeigen und sich auf dem Verzeichnisse streichen lassen.

6. Die Bäcker sollen die zum Backen erforderlichen Anlagen und Vorrichtungen auf ihre Verantwortlichkeit stets in feuerfestem Zustand erhalten. 10. Oktober 1838.

7. Alles Brod soll in Laiben von ganzen Pfunden (Schweizergewicht) von ein, zwei, drei, vier und mehreren Pfunden abgewogen und verbacken werden, und jeder Bäcker ist gehalten, das von ihm zum Verkaufe verfertigte Brod mit einem Buchstaben oder angenommenen Zeichen zu stempeln, welches in das bestehende Verzeichniß gesetzt werden soll.

Ausgenommen von diesen Vorschriften sind die Semmelbrode und kleineres oder feineres Backwerk.

Ferner sollen Bäcker wie Brodverkäufer ihre Brodpreise auf einer auszuhängenden Tafel dem Publikum bekannt machen.

8. Das verbackene Brod soll auch noch den Tag, nachdem es gebacken worden, das bestimmte Gewicht haben.

9. Die Bäcker sind dafür verantwortlich, daß nur gesundes, unverfälschtes, nicht mit fremdartigen (das heißt, mit andern als den gewöhnlichen zum Backen der betreffenden Brodart dienenden) Getreidesorten vermischtes Brod auf den Verkauf gegeben werde.

Zweiter Abschnitt.

Brodverkauf.

10. Der Verkauf von Brod, das von einem auf dem Verzeichnisse stehenden Bäcker nach Vorschrift gebacken und mit dessen Zeichen versehen ist, steht Jedermann frei.

11. Jeder Brodverkäufer ist gehalten, dem Käufer das Brod vorzuwägen, wenn derselbe nicht ausdrücklich erklärt, dasselbe unvorgewogen annehmen zu wollen.

10. Oktober
1838.

12. Der Brodverkäufer ist für die Qualität des Brodes verantwortlich; es steht ihm jedoch das Regreßrecht auf seinen Lieferanten zu.

13. Den Bäckern und Brodverkäufern ist gestattet, ihren Kunden das Brod in ihre Wohnung zu liefern.

In denjenigen Ortschaften, wo es die Lokalität erheischt, kann der Unterstatthalter wohlbeleumdeten Personen das Hausiren mit Brod bewilligen. Im Falle des Abschlags steht dem Bewerber der Refurs bei dem Regierungsstatthalter offen.

Eine solche Bewilligung soll unentgeltlich und schriftlich ertheilt werden.

Dritter Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

14. Die Regierungsstatthalter sollen von Zeit zu Zeit, und jährlich wenigstens ein Mal, die Brodwaagen und Gewichte, so wie die Beschaffenheit des Brodes untersuchen und sich darüber zu Handen der Polizeisektion des Justiz- und Polizeidepartements Rapport erstatten lassen, die Fehlbaren aber dem Richter zur Bestrafung verleiden.

Ueberhaupt sollen sie durch die Ortspolizeibehörden und Polizeidiener auf die genaue Handhabung der hievore enthaltenen Bestimmungen achten lassen.

15. Auf die Nichterfüllung und Uebertretung der in gegenwärtiger Verordnung enthaltenen Vorschriften ist eine Strafe von vier bis zwanzig Franken nebst Schadensersatz und Konfiskation des zu leichten, ungesunden oder verfälschten Brodes festgesetzt. In Wiederholungsfällen soll die Strafe verdoppelt werden.

Die Verfälschung des auf den Verkauf gebackenen Brodes durch Beimischung der Gesundheit schädlicher Stoffe soll jedoch nach den einschlagenden Strafbestimmungen des peinlichen Gesetzbuches über das Vergehen der Fälschung bestraft werden. 10. October 1838.

Wenn wegen Armuth eine Buße nicht bezahlt wird, so kann sie in Gefangenschaft zu Wasser und Brod umgewandelt werden, je für vier Franken vier und zwanzig Stunden Gefangenschaft.

Für die Hausgenossen oder Angestellten ist immer der Bäcker oder der Verkäufer verantwortlich, und bei wiederholten Straffällen kann dem Betreffenden das Backen oder Verkaufen, oder beides zugleich, bis auf ein Jahr richterlich untersagt werden.

16. Alle über die Befugniß zu Ausübung des Bäckergerwerbes, des Brodverkaufes und des Hausirens mit Brod entstehenden Streitigkeiten sollen als Gewerbspolizeigegenstände, unter Vorbehalt der Weitersziehung an den Regierungsrath, von dem Regierungstatthalter summarisch und nach Vernehmen beidseitiger Gründe ohne fernern Schriftwechsel in erster Instanz beurtheilt werden. Die Straffälle gehören vor den kompetenten Polizeirichter.

17. Die Bußen und Konfiskationen fallen, wenn kein Verleider ist, zur Hälfte dem Staate, zur Hälfte den Armen des Ortes anheim. Ist aber ein Verleider, so fällt diesem die eine und dem Staate die andere Hälfte der Buße zu.

18. Durch diese Verordnung wird diejenige vom 4. Jenner 1830 aufgehoben, der durch diese letztere Verordnung, in so weit er sich auf den Brodverkauf an Märkten bezieht, aufgehobene §. 8 der Markt- und

10. Oktober 1838. Hausordnung vom 6. April 1829 aber wieder in Kraft erkennt. *) Sie tritt vom Tage der Bekanntmachung hinweg in Exekution und soll in beiden Sprachen gedruckt, auf übliche Weise bekannt gemacht, auch an allen Brodverkaufsorten angeschlagen und in die Gesetzesammlung aufgenommen werden.

Gegeben in Bern, den 10. Weinmonat 1838.

Namens des Regierungsraths,
Der Schultheiß,
Scharner.
Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

*) Dieser §. 8 der Markt- und Hausordnung vom 6. April 1829, welcher, insoweit er sich auf den Brodverkauf an Märkten bezieht, wieder in Kraft erkannt wird, lautet vollständig wie folgt: „Von der Erhebung eines oberamtlichen Marktpatentes (§. 2) sind einzig die Angehörigen des Amtsbezirks, in welchem der Markt gehalten wird, und diejenigen befreit, welche bereits mit einem Hauspatent auf den betreffenden Amtsbezirk versehen sind. Diese beiden Klassen sind aber nichts desto weniger der Ortsbewilligung unterworfen. Hingegen sind sowohl von der Erhebung eines Marktpatents als der Ortsbewilligung (§. 6) befreit: die Angehörigen des betreffenden Amtsbezirks, welche bloß einen Beruf ausüben, oder nur ihre eigene Handarbeit zu Markt bringen. Ferner alle diejenigen Einheimischen und Fremden, welche Pferde, Viehwaare, Geflügel, Eier, Butter, Käse, Getreide, Garten-, Feld- und Baumfrüchte, grünes und gedörrtes Fleisch, Brod, Backwerk und andere Lebensmittel; ferner diejenigen, welche Landeserzeugnisse in ihrem Urstoff — Heu, Stroh, Flachs, Hanf u. dgl. Gegenstände zu Markt bringen. Es soll jedoch die Ortspolizeibehörde, in Betreff des Verkaufs von Fleisch, Käse, Brod, Gebackenem, Garten-, Feld- und Baumfrüchten, zweckmäßige Vorkehrungen treffen, daß das Publikum mit gesunden Lebensmitteln versehen werde.“

D e k r e t
über
die Parzellarvermessungen im Jura.

Der Große Rath der Republik Bern,

In Betracht, daß die Ungleichheit der Vertheilung 29. Novemb.
der Grundsteuer im Jura die Revision des Kadasters 1838.
nothwendig macht, welche nach der Verordnung vom
10. April 1818 ohnehin alle zehn Jahre statt finden
sollte; in Betracht ferner, daß die Ausführung dieser
Maßnahme nicht den wünschenswerthen Grad von Ge-
nauigkeit und Vollkommenheit erreichen kann, wenn ihr
nicht die Parzellarvermessung des Grundeigenthums vor-
angeht, und in der Absicht, den Gemeinden die Mittel
dazu zu erleichtern, und so schneller zu der Revision des
Kadasters zu gelangen; —

auf den Antrag des Finanzdepartements und nach
geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath,

beschließt:

1. Diejenigen Gemeinden des Jura, welche die
Parzellarvermessung des in ihrem Gemeindbezirk befind-
lichen Grundeigenthums noch vorzunehmen haben, erhal-
ten aus der Staatskasse und ohne Zins den Vorschuß aller-
dadurch und durch die Erneuerung der Kadasterscripturen
verursachten Kosten. Diese unzinzbaren Vorschüsse sollen
sie innert zehn Jahren, und zwar alle Jahre einen Zehn-
theil der Summe, zurückbezahlen. Der zur Rückerstat-
tung dieser Vorschüsse erforderliche Betrag ist zur Hälfte
nach dem Schätzungswerthe des Grund und Bodens, zu
ein Viertel von den Parzellen und zu ein Viertel nach

29. Novemb. dem Halt zu erheben, zu der Grundsteuer zu schlagen
1838. und über dieselbe hinaus zu beziehen.

2. Die Grundsteueraufseher sind mit der Verferti-
gung der Vertheilungsrollen zur Rückerstattung dieser
Vorschüsse, und die Einnehmer mit deren Bezug beauf-
tragt; jedoch haben diese Beamten dafür keine Provision
anzusehen.

3. Es wird den Gemeinden ein Zeitraum von sechs
Jahren gestattet, um die Vortheile gegenwärtigen Dekrets
in Anspruch zu nehmen. Nach Verfluß dieses Zeitraums
werden diejenigen Maßregeln getroffen werden, welche
die Revision des Kadasters nöthig machen wird.

4. Auf den Vorschlag des Gemeindrathes, oder auf
Begehren eines Zehnthells der Grundeigenthümer, und
eben so auf die Einladung des Grundsteuerdirektors hin,
sollen die betreffenden Gemeinden des Sura gesetzlich
zusammenberufen werden, um zu berathen, ob sie zu
der Parzellarvermessung ihres Amtsbezirkes schreiten
wollen. Der von der Stimmenmehrheit der Grund-
eigenthümer gefaßte Beschluß ist für alle verbindlich.

5. Der Regierungsrath wird alle in den verschie-
denen Verordnungen, Instruktionen und Kreisschreiben
zerstreuten Verfügungen über den Kadaster und den
Bezug der Grundsteuer in eine einzige Verordnung
zusammenfassen lassen, nachdem er diese Vorschriften
modifizirt, oder je nach dem Bedürfniß innerhalb seiner
verfassungsmäßigen Kompetenz ergänzt haben wird.

Es soll dieser allgemeinen Verordnung ein Tarif über
alle Kosten einer Parzellarvermessung angehängt werden,
welcher als Maximum bei den von den Gemeinden
darüber abzuschließenden Akkorden gelten soll.

6. Der Regierungsrath und das Finanzdepartement 29. Novemb.
insbesondere sind mit der Vollziehung gegenwärtigen 1838.
Dekrets beauftragt, das in allen Gemeinden des Jura
bekannt gemacht und der Gesetzesammlung einverleibt
werden soll.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,
Bern, den 29. November 1838.

Der Vicepräsident,
J. N. Steinhauer.

Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

D e k r e t

über

die Festsetzung der Einzuggelder nach dem Grundsätze
gegenseitiger Gleichstellung.

Der Große Rath der Republik Bern,

In Abänderung der Vorschrift von litt. b., Art. 2 30. Nov.
des Gesetzes über die Einzuggelder vom 20. Dezember 1838.
1816, nach dem Grundsätze gegenseitiger Gleichstellung,
auf angehörten Vortrag der Polizeisektion des Justiz-
und Polizeidepartements,

beschließt:

1. Schweizerbürgerinnen aus andern Kantonen sol-
len bei ihrer Verheirathung mit einem bernischen Kan-
tonsbürger, in Hinsicht des zu bezahlenden Einzuggeldes,

30. Novemb. 1838. den bernischen Kantonsbürgerinnen, welche sich im Falle der Entrichtung eines Einzuggeldes befinden, gleichgestellt sein, insofern in dem betreffenden Kantone auch die Bernerinnen, welche sich mit einem dortigen Kantonsangehörigen verheirathen, in Betreff der ökonomischen Leistungen gleich gehalten sind, wie die eigenen Kantonsbürgerinnen.

2. Dieses Dekret tritt auf den 1. Januar 1839 in Kraft. Dasselbe soll gedruckt, auf übliche Weise bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes, Bern, den 30. November 1838.

Namens des Großen Rathes,
Der Vicepräsident,
Steinhauer.

Der Staatschreiber,
Hünerrwadel.

D e k r e t

über

das Ohmgeld für geistige Getränke.

- Der Große Rath der Republik Bern,
30. Novemb. In Betrachtung der Nothwendigkeit, für den Bezug
und des Ohmgeldes auf geistigen Getränken einen zweck=
1. Dezember mäßigen Modus aufzustellen;
1838. in der Absicht, dem übermäßigen Branntweintrinken
durch ein geeignetes Mittel entgegenzuwirken;

auf den Vortrag des Finanzdepartements und nach 30. Novemb.
 geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath, und
 beschließt: 1. Dezember
 1838.

1. Von jeder neuen Schweizermaß geistiger Getränke wird ein Ohmgeld bezahlt von zwei Rappen von jedem nach der Vef'schen Probe sich erzeigenden Geistigkeitsgrade.

2. Liqueurs und geistige Getränke in Flaschen, welche nicht mit dieser Probe gewogen werden können, zahlen als Ohmgeld zwei Baken auf die Flasche von einer halben Schweizermaß Halt, und, wenn sie in größern Gefäßen eingeführt werden, vier Baken per Maß.

3. Der Regierungsrath ist beauftragt, eine Revision der verschiedenen das Ohmgeld betreffenden Gesetze und Verordnungen zu veranstalten. Unterdessen bleiben die dießfalls bestehenden Verordnungen, welche nicht durch obige Bestimmungen abgeändert werden, in Kraft.

4. Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung dieses Dekrets, welches von dem Tage der Bekanntmachung an in Kraft tritt, beauftragt. Dasselbe soll auf die übliche Weise bekannt gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in den Sitzungen des Großen Rathes,
 Bern, den 30. November und 1. Dezember 1838.

Der Vicepräsident
 des Großen Rathes,
J. M. Steinhauer.

Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

D e k r e t

über

die Aufhebung des §. 23 der Anweisung für die
Richter vom 15. Dezember 1832.

Der Große Rath der Republik Bern,

1. Dezember 1838. Auf den Vortrag der Justizsektion des Justiz- und
Polizeidepartements und nach geschehener Vorberathung
durch den Regierungsrath,

beschließt:

1. Der Artikel 23 der Anweisung für die Richter
vom 15. Dezember 1834, betreffend das Verfahren bei
Hauptuntersuchungen, ist anmit aufgehoben.

2. Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung
dieses Dekrets, welches von nun an in Kraft tritt,
beauftragt. Dasselbe soll durch das Amtsblatt bekannt
gemacht und in die Sammlung der Gesetze und Dekrete
aufgenommen werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,
Bern, den 1. Dezember 1838.

Namens des Großen Rathes,
Der Vicepräsident,
Steinhauer.

Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

D e k r e t

über

die Erhöhung der Besoldung des Postdirektors.

Der Große Rath der Republik Bern,
In Betrachtung der immer zunehmenden Ausdehnung 3. Dezember
des Postwesens und der daraus hervorgehenden Vermeh- 1838.
rung der Geschäfte des Postdirektors;

auf den Vortrag des Finanzdepartements und nach
geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath,
beschließt:

1. Die Besoldung des Postdirektors wird vom
1. Januar 1839 an, von Fr. 2000 auf Fr. 2400 nebst
freier Wohnung im Postgebäude, erhöht.

2. Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung
dieses Dekrets beauftragt, welches in die Sammlung
der Gesetze und Dekrete eingerückt werden soll.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,
Bern, den 3. Dezember 1838.

Namens des Großen Rathes,
Der Vicepräsident,
J. N. Steinhauer.

Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

D e k r e t
über
die Leitung des Postwesens.

Der Große Rath der Republik Bern,

6. Dezember 1838. Nach Verfluß der sechs Jahre, für welche dem Regierungsrathe durch das Dekret vom 25. Juni 1832 die Befugniß der Leitung des Postwesens übertragen worden;

auf den Vortrag des Finanzdepartements und nach
geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath,

beschließt:

1. Der dem Regierungsrathe durch das Dekret vom 25. Juni 1832 ertheilte Auftrag, für Alles, was die Verwaltung des Postwesens betrifft, auf angemessene Weise zu sorgen, wird anmit auf unbestimmte Zeit erneuert.

2. Dieses Dekret soll in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,
Bern, den 6. Dezember 1838.

Namens des Großen Rathes,
Der Vicepräsident,
J. M. Steinhauer.

Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

Freizügigkeitsverträge

zwischen

der Schweiz und den Fürstenthümern Hohenzollern-
Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen.

Eidgenössische Erklärung.

Der eidgenössische Vorort ist Namens der schweizeri- 7. Dezember
schen Eidgenossenschaft mit der fürstlich-hohenzollern- 1838.
hechingischen Staatsregierung in Hinsicht einer wechselseitigen allgemeinen Freizügigkeit über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Fürstenthum Hohenzollern-Hechingen, oder umgekehrt aus dem Fürstenthum Hohenzollern-Hechingen in die schweizerische Eidgenossenschaft gehenden Vermögen unter was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein, ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen eingeführt sind, oder allenfalls eingeführt werden könnten, und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen, ohne Rücksicht auf Vermögensexportation, entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

7. Dezember
1838.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatskassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden seien, und es sollen daher auch alle Privatberechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten aufgehoben sein.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblick an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

6. Gegenwärtige im Namen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der fürstlich-hohenzollern-heckingischen Staatsregierung zweimal gleichlautend ausgefertigte Konvention soll, nach erfolgter Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Luzern, den dreizehnten August eintausend achthundert acht und dreißig (1838).

Schultheiß und Staatsrath des Kantons Luzern,
als eidgenössischer Vorort,

in deren Namen,
Der Schultheiß,

(L. S.)

J. Kopp.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,
Am Rhyn.

Für getreue Abschrift,
der eidgenössische Kanzler,
Am Rhyn.

Hohenzollern-Hechingische Erklärung.

Die fürstlich-hohenzollern-Hechingische Regierung ist nach erhaltener Höchster Genehmigung Sr. Hochfürstlichen Durchlaucht mit dem eidgenössischen Vororte, Namens der schweizerischen Eidgenossenschaft, zum Zwecke wechselseitiger allgemeiner Freizügigkeit über nachstehende Bedingungen übereingekommen:

7. Dezember
1838.

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Fürstenthum Hohenzollern-Hechingen, oder umgekehrt aus dem Fürstenthum Hohenzollern-Hechingen in die schweizerische Eidgenossenschaft gehenden Vermögen unter was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein, ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen eingeführt sind, oder allenfalls eingeführt werden könnten, und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen, ohne Rücksicht auf Vermögensexportation, entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatskassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden seien, und es sollen daher auch alle Privat-

7. **Dezember** berechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung
1838. auf beide Staaten aufgehoben sein.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblick an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

6. Gegenwärtige Vertragsurkunde soll gegen eine ganz gleichlautende vom Schultheißern des eidgenössischen Vororts unterzeichnete Urkunde ausgewechselt, und in Beziehung auf die eingangsbemerkte höchste Genehmigung nach erfolgter Auswechslung öffentlich bekannt gemacht und in Vollzug gebracht werden.

Hechingen, den 26. Mai 1838.

Fürstlich-hohenzollern-hechingische
geheime Konferenz,

(L. S.) **Freiherr von Franke.**

Lorch.

Für getreue Abschrift,
der eidgenössische Kanzler,
Am Rhyn.

Eidgenössische Erklärung.

Der eidgenössische Vorort ist Namens der schweizeri- 7. Dezember
schen Eidgenossenschaft mit der fürstlich-hohenzollern- 1838.
sigmaringischen Staatsregierung in Hinsicht einer wechselseitigen allgemeinen Freizügigkeit über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Fürstenthum Hohenzollern-Sigmaringen, oder umgekehrt aus dem Fürstenthum Hohenzollern-Sigmaringen in die schweizerische Eidgenossenschaft gehenden Vermögen unter was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein, ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft oder auf andere Weise ausgezogen worden.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten bei Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen eingeführt sind, oder allenfalls eingeführt werden könnten, und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder Unterthanen, ohne Rücksicht auf Vermögensexportation, entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied deswegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die Staatskassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften, Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezogen worden seien, und es sollen daher auch alle Privatberechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung auf beide Staaten aufgehoben sein.

7. Dezember 1838. 5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblick an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

6. Gegenwärtige, im Namen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der fürstlich-hohenzollern-sigmaringischen Staatsregierung zweimal gleichlautend ausgefertigte Konvention soll, nach erfolgter Auswechslung, Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

Luzern, den dreizehnten August eintausend achthundert acht und dreißig (1838).

Schultheiß und Staatsrath des Kantons Luzern,
als eidgenössischer Vorort,

in deren Namen,
Der Schultheiß,

(L. S.)

J. Kopp.

Der eidgenössische Kanzler,

Am Rhyn.

Für getreue Abschrift,

der eidgenössische Kanzler,

Am Rhyn.

Hohenzollern-sigmaringische Erklärung.

Die fürstlich-hohenzollern-sigmaringische Regierung 7. Dezember
ist nach erlangter Höchster Genehmigung Sr. Hochfürst- 1838.
lichen Durchlaucht mit dem eidgenössischen Vororte,
Namens der schweizerischen Eidgenossenschaft, zum Zwecke
wechselseitiger allgemeiner Freizügigkeit über nachstehende
Bedingungen übereingekommen:

1. Alle Vermögensabzüge, welche bisher von dem
aus der schweizerischen Eidgenossenschaft in das Fürsten-
thum Hohenzollern-Sigmaringen, oder umgekehrt aus
dem Fürstenthum Hohenzollern-Sigmaringen in die
schweizerische Eidgenossenschaft gehenden Vermögen unter
was immer für einem Namen erhoben wurden, sollen
zwischen den beiden Staaten gänzlich aufgehoben sein,
ohne allen Unterschied, ob das Vermögen durch erlaubte
Auswanderung, Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft
oder auf andere Weise ausgezogen worden.

2. Diejenigen Abgaben jedoch, welche in dem einen
oder dem andern der beiden kontrahirenden Staaten bei
Kauf, Tausch, Erbschaften, Legaten oder Schenkungen
eingeführt sind, oder allenfalls eingeführt werden könn-
ten, und auch von den eigenen Staatsangehörigen oder
Unterthanen, ohne Rücksicht auf Vermögensexportation,
entrichtet werden müssen, sind hierdurch nicht aufgehoben.

3. Die gegenwärtige Uebereinkunft erstreckt sich auf
den ganzen Umfang der beiden kontrahirenden Staaten.

4. Nach diesem Grundsatz soll kein Unterschied des-
wegen gemacht werden, ob die bisherigen Abzüge in die
Staatskassen geflossen oder sonst von Standesherrschaften,
Grundherrschaften, Individuen oder Korporationen bezo-
gen worden seien, und es sollen daher auch alle Privat-

7. Dezember berechtigungen zu Nachsteuer oder Abzug in Beziehung
1838. auf beide Staaten aufgehoben sein.

5. Uebrigens soll bei der Anwendung der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht der Tag des Vermögensanfalls oder der erhaltenen Erlaubniß zur Auswanderung, sondern nur jener der wirklichen Vermögensexportation in Betracht genommen werden, so daß von dem Augenblick an, wo die gegenwärtige Freizügigkeitskonvention in Wirksamkeit tritt, das zwar schon früher angefallene aber noch nicht exportirte Vermögen als freizügig behandelt werden muß.

6. Gegenwärtige Vertragsurkunde soll gegen eine ganz gleichlautende vom Schultheiß des eidgenössischen Vororts unterzeichnete Urkunde ausgetauscht und in Beziehung auf die eingangsbemerkte höchste Genehmigung nach erfolgter Auswechslung öffentlich bekannt gemacht und in Vollziehung gebracht werden.

Sigmaringen, den 15. Dezember 1837.

Fürstlich-hohenzollern-sigmaringische
geheime Kanzlei,

(L. S.)

von Huber.

Bilharz.

Für getreue Abschrift,
der eidgenössische Kanzler,
Am Rhyn.

Der Regierungsrath der Republik Bern

verordnet:

Die vorstehenden, unter'm 31. Weinmonat 1838 7. Decemb.
zwischen den respektiven Bevollmächtigten gewechselten, 1838.
Erklärungen über die gegenseitige Freizügigkeit zwischen
der schweizerischen Eidgenossenschaft und den Fürsten-
thümern Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-
Sigmaringen, zu denen der Große Rath des Kantons
Bern, Namens dieses Standes, unterm 24. Hornung
d. J. seinen Beitritt erklärt hat, sollen von nun an
in dem ganzen Gebiete der Republik in Vollziehung
treten und zu Jedermanns Verhalt in die Sammlung
der Gesetze und Dekrete eingerückt werden.

Bern, den 7. Dezember 1838.

Namens des Regierungsrathes,
Der Schultheiß,
Escharner.

Der erste Rathsschreiber,
J. F. Stapfer.

D e k r e t

über

die Verlegung der Gerichtsferien im Herbst.

8. Dezember 1838. Der Große Rath der Republik Bern,
In der Absicht, durch eine Verlegung der Gerichts-
ferien im Herbst eine zweckmäßigere Anordnung der
Herbstkommunion vermittelt Annäherung derselben an
die Bettagsfeier möglich zu machen;
auf den Vortrag des Erziehungsdepartements und nach
geschehener Vorberathung durch den Regierungsrath,
beschließt:

1. Zu den Gerichtsferien gehören sieben Tage vor
dem ersten bis sieben Tage nach dem zweiten Kommu-
nionsonntage im Herbstmonat.

2. Das vierte Glied der Sazung 116 des Civil-
prozeßgesetzes wird andurch aufgehoben.

3. Der Regierungsrath ist mit der Vollziehung
dieses Dekretes beauftragt. Dasselbe tritt von nun an
in Kraft und soll in das Amtsblatt so wie in die
Sammlung der Gesetze und Dekrete eingerückt werden.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes,
Bern, den 8. Dezember 1838.

Namens des Großen Rathes,
Der Vicepräsident,
J. N. Steinhauer.

Der Staatschreiber,
Hünerwadel.

D e f r e t

über

die Besoldungen der Amtsschreiber.

Der Große Rath der Republik Bern,

In Betracht der Nothwendigkeit, einmal definitiv 13. Dezember 1838.
diejenige Entschädigung festzusetzen, welche den Amtsschreibern aus der Staatskasse für diejenigen Obliegenheiten gebührt, die ihnen das Gesetz speziell gegen den Staat auferlegt, und zugleich, damit eine Regulierung der Besoldungen der Amtsgerichtsschreiber derjenigen Amtsbezirke des Leberbergs zu verbinden, in denen die Einregistrirungsgebühr besteht;

in Ausführung des §. 20 des Gesetzes vom 18. Dezember 1832 über die Organisation der Sekretariate und Gerichtsschreibereien in den Amtsbezirken;

auf den Vortrag des Finanzdepartements und nach geschehener Vorberathung des Regierungsraths,

beschließt:

1. Die Amtsschreiber beziehen vom 1. Januar 1839 an eine fixe jährliche Besoldung aus der Standeskasse auf nachstehendem Fuß; nämlich:

der Amtsschreiber des Amtsbezirks

Bern	Fr. 750
Gestigen	„ 500
Schwarzenburg	„ 400
Laupen	„ 400
Erlach	„ 400
Signau	„ 500

13. Dezember 1838. der Amtschreiber des Amtsbezirks

Konolfingen	Fr. 600
Thun	„ 600
Niedersimmenthal	„ 400
Obersimmenthal	„ 400
Nidau	„ 400
Büren	„ 400
Narberg	„ 400
Fraubrunnen	„ 400
Burgdorf	„ 600
Wangen	„ 500
Narwangen	„ 600
Trachselwald	„ 500
Saanen	„ 400
Frutigen	„ 400
Interlaken	„ 600
Oberhasle	„ 400
Biel	„ 600
Pruntrut	„ 1600
Freibergen	„ 1080
Courtellary	„ 500
Münster	„ 400
Delsberg	„ 1360

2. Die Amtsgerichtschreiber derjenigen Amtsbezirke des Leberbergs, in denen die Einregistrirungsgebühr besteht, beziehen aus der Staatskasse folgende fixe jährliche Besoldungen, nämlich:

derjenige von Pruntrut	Fr. 1000
Freibergen	„ 700
Delsberg	„ 700
Lauffen	„ 500

3. Die Sekretärs der Amtsverweser von Lauffen 13. Dezember und Neuenstadt erhalten nach Mitgabe des Großraths- 1838. dekrets vom 6. Mai 1833 keine Besoldung vom Staat.

4. Für das Vergangene sollen die Amtsschreiber und die betreffenden Amtsgerichtsschreiber durch diejenigen Summen vollständig ausgewiesen sein, die ihnen jährlich als provisorische Entschädigung aus der Staatskasse ausgerichtet worden sind.

5. In obigem Besoldungstableau ist alles dasjenige inbegriffen, was die Amtsschreiber und betreffenden Amtsgerichtsschreiber in Zukunft baar aus der Staatskasse zu beziehen haben, wobei immerhin die Revision des allgemeinen Emolumententarifs vorbehalten bleibt.

6. Der Regierungsrath ist mit Vollziehung gegenwärtigen Dekrets beauftragt, das in die Sammlung der Gesetze und Dekrete aufgenommen werden soll.

Gegeben in der Versammlung des Großen Rathes, Bern, den 13. Dezember 1838.

Der Vicepräsident,
J. N. Steinhauer.

Der Staatschreiber,
Hünernwadel.

K r e i s s c h r e i b e n

an

die Regierungsstatthalter über vorschriftwidrige
Dachungen.

Z i t.

21. Dezember 1838. Die Polizeisektion hat uns angezeigt, wie daß öfters Partikularen auf ergangene und ohne Einwendung gebliebene Publikation beabsichtigter neuer Bauten vorschriftwidrige Dachungen aufführen ließen, in der Beglaubniß, daß hiefür nun keine weitere Bewilligung nothwendig sei.

Der Umstand, daß auf die erfolgte Bekanntmachung eines vorzunehmenden Baues keine Einwendung gemacht wird, obwohl die Eindeckung mit Schindeln darin vorbehalten worden, kann aber keineswegs zur Rechtfertigung gesetzwidriger Dachungen dienen.

Wir finden uns daher bewogen, Ihnen den Auftrag zu ertheilen, den Herrn Amtsschreiber anzuweisen, jedesmal, wo es um die Bekanntmachung eines beabsichtigten Baues, nach Mitgabe der Verordnung vom 24. Jenner 1810 zu thun ist, den Betheiligten zu bemerken, daß eine solche Bekanntmachung und der Umstand, daß keine Oppositionen dagegen einlangen, die Betreffenden von der Beobachtung der Vorschriften des Gesetzes vom 11. Dezember 1828 über die Dachungen nicht befreien, und daß dieselben mithin, wenn sie eine Dachung aus anderem Material als aus Ziegeln oder

Schiefern anzubringen wünschen, dafür immerhin noch 21. Dezember
einer besondern Bewilligung der Regierung bedürfen. 1838.

Bern, den 21. Dezember 1838.

Namens des Regierungsraths,
Der Schultheiß,
Tscharner.

Der erste Rathsschreiber,
J. F. Stapfer.



Nachtrag.

Verordnung

über

die Berechnung der zu verohmgeldenden Getränke und der Zollansätze für Getreidearten nach den neuen schweizerischen Maßen und Gewichten.

Der Regierungsrath der Republik Bern,

26. März
1838.

In Betrachtung, daß einerseits die in der Verordnung vom 19. September 1827 aufgestellten Bestimmungen zur Berechnung der zu verohmgeldenden Getränke nach dem Gewicht, und andererseits die in den verschiedenen Zolltarifen enthaltenen Ansätze und Reduktionen zur Zollberechnung von Getreidearten, durch die seitherige Einführung ganz neuer Maße und Gewichte nicht mehr angewendet werden können, und daher neue, auf die nunmehrigen Schweizermaße und Gewichte gegründete Bestimmungen nöthig machen; in Folge der durch Dekret vom 5. Dezember 1837 vom Großen Rathe erhaltenen Vollmacht und auf den Antrag des Finanzdepartements,

beschließt:

1. Bei Wein, Bier, Essig und Liqueurs in Flaschen oder Krügen enthalten und in Kisten oder Körben verpackt, sind je 100 neue Schweizerpfunde Bruttogewicht für 15 neue Schweizermaße zu berechnen.

2. Für die in Fässern eingeführten Getränke ist bei der Abwägung das wahre Gewicht des leeren Fasses abzu-
ziehen, und wenn sich dasselbe nicht sogleich durch beson-
dere Abwägung konstatiren läßt, so soll für tannene Fässer
10 Prozent, und für Fässer aus Eichen-, Kastanien-,
Eichen- oder anderem Hartholz 16 Prozent für das
Gewicht des Fasses berechnet werden. Von dem durch
solchen Abzug der Tara sich ergebenden Nettogewicht des
Getränkes sind dann

26. März
1838.

- a. für Wein, Essig, Bier und Obstwein, eine Maß
für je drei Schweizerpfunde Gewicht;
- b. für Branntwein, 36 Maß für je 100 Schweizer-
pfunde, und
- c. für Weingeist, 39 Maß für je 100 Schweizerpfunde
zu berechnen.

3. Zu Anwendung der bestehenden Zolltarife auf
die künftige Verzollung des Getreides, Mehls und der
Hülsenfrüchte ist folgendes zu beobachten:

- a. Wenn in den Zolltarifen die Ansätze der gedachten
Brodfrüchte sich nach Säcken oder Mütten bestimmt
finden, so sind je für einen Mütt oder einen Sack
zu berechnen:

in Erbsen, Bohnen, Wicken .	240	Pfund.
Kernen, Roggen, Weizen .	230	"
Reps, Paschi, Gersten .	190	"
Haber, Dinkel	130	"
Mehl	150	"

- b. Wenn die Zollansätze in den Tarifen nach dem
Gewichte bestimmt sind, und die Brodfrüchte an den
Zollstätten nach Maltern und Vierteln angegeben

26. März
1838.

werden, so ist zu deren Berechnung folgendes
Gewichtsverhältniß anzunehmen:

	das Viertel:	das Malter:
Erbsen, Bohnen, Wicken .	24 Pfund,	240 Pfund.
Kernen, Roggen, Weizen, Mühlekorn, Haberkerne,		
Gries	20 „	200 „
Reps, Paschi, Gersten, Haber- mehl	18 „	180 „
Haber, Korn oder Dinkel .	12 „	120 „
Mehl (durchschnittlich) .	15 „	150 „
Mehl, der Saß		200 „

4. Das Finanzdepartement ist mit der Vollziehung
dieser Verordnung beauftragt.

Bern, den 26. März 1838.

Der Schultheiß,
Tschärner.

Der erste Rathsschreiber,
J. F. Stapfer.

B e r i c h t i g u n g.

Seite 140, „Seedorf,“ zweite Kolonne, lies: „1057“
statt „1075“.